Louise E. Cuyler

DIE

BURGUNDISCHE HEIRAT

MAXIMILIANS I.

QUELLENMÄSSIG DARGESTELLT

VON

KARL RAUSCH.

WIEN.
VERLAG VON CARL KONEGEN.
1880.

Inhalt.

Inhalt.

EINLEITUNG.

Der grosse Ländererwerb, den die burgundische Heirat Maximilian's I. dem Hause Habsburg brachte, hat den Verhandlungen zwischen Kaiser Friedrich III. und Herzog Karl dem Kühnen von Burgund immer lebhaftes Interesse gesichert. Dieses klammert sich aber hauptsächlich an äussere Vorgänge, ohne dass den eigentlichen Verhandlungen, welche durch ein Decennium ganz West- und Mitteleuropa bewegten, bisher eine eingehende Darstellung zu Theil wurde.

Durch die Erkenntniss, dass die regierenden Personen jener Epoche nicht immer im Mittelpunkte der politischen Bewegung standen, dass sie häufig passive Zuschauer abgaben bei Ereignissen, deren weltgeschichtliche Bedeutung ihnen vielleicht nicht zum vollen Bewusstsein gelangte, begründet sich die Forderung, die historische Entwickelung in dem Zeitabschnitte, da Karl der Kühne die Aufrichtung einer burgundischen Grossmacht erstrebte, im Sinne moderner Geschichts-Auffassung zu verfolgen.

Einen noch stärkeren Reiz, eine solche Darstellung zu unternehmen, übt auf den Geschichtschreiber der Umstand, dass eben diese Entwickelung vom Standpunkte der österreichischen Politik, die als Siegerin aus den Kämpfen in diesem Zeitraume hervorging, bis jetzt nicht genau beobachtet und erkannt wurde.

War die burgundische Heirat Maximilian's I. die erste Stufe, über welche das habsburgische Haus zur Weltherrschaft emporstieg, so verlohnt es sich wohl, den Zügen der österreichischen Politik zu folgen, die so Grosses leistete; diese ist aber an den Namen Kaiser Friedrich's III. geknüpft.

Ranke hat schon auf den Gegensatz hingewiesen zwischen der, in den Geschichtsbüchern üblichen, abfälligen Beurtheilung dieses Kaisers und den epochemachenden Erfolgen seiner Politik. Umso eher mag es heute jedem Geschichtschreiber geziemen, keine Rücksicht auf eingewurzelte Vorurtheile zu nehmen, wenn eifrige und sorgsame Forschung, wider alles Erwarten, die Schatten aus dem Bilde tilgt, das uns die Historiographie von diesem Regenten überlieferte.

Der schwerste Vorwurf, der gegen ihn erhoben wird, ist, dass er die Krone des heiligen römischen Reiches zu seinen und seines Hauses Privatzwecken missbrauchte. Aber man spricht von einer brandenburgischen, böhmischen, pfälzischen Politik in jenen Zeiten, wie von selbstverständlichen Dingen, und doch waren Brandenburg, Böhmen, die Pfalz Theile des römischen Reiches deutscher Nation und ihre Fürsten waren Reichsfürsten.

War nicht jede Territorialherrlichkeit im deutschen Reiche hervorgegangen aus den, der centralen Reichsgewalt abgetrotzten, Attributen? Jetzt waren stark attribuirte Landesherrlichkeiten da und ein Kaisertum ohne alle Macht-Attribute.

Das ist der Punkt, von dem aus die Politik Friedrich's III. gerechterweise beurtheilt werden muss.

Verstreut durch das Reich sassen freilich Elemente, die durch das emporkommende Territorial-Fürstentum ebenso recht- und machtlos geworden waren, wie der Kaiser. Es war möglich, aus ihnen eine mächtige kaiserliche Partei zu bilden. Aber die Interessengemeinschaft, die allein den Kitt dieser Partei abgeben konnte, war noch nicht allen diesen Elementen zum Bewusstsein gekommen.

Die Entwickelung Deutschlands hatte sich durch den Kampf so heftiger Gegensätze in schwer lösbare Widersprüche verstrickt, und die Rechtsnormen, welche diesen Zuständen entsprachen, mussten im langsamen Werdeprocesse, der Jahrhunderte ausfüllte, sich erst bilden.

Der verschwundenen Macht des Kaisertums folgte bald auch der letzte Schimmer von Autorität des kaiserlichen Namens; der Träger der Kaiserkrone musste dies nur zu oft erfahren. Die heftigsten Feinde des Kaisertums waren die Reichsfürsten. War der Kaiser der Repräsentant der Reichsgewalt, so waren die Landesherren seine natürlichen Gegner. Je schwächer das Reichsoberhaupt war, desto leichter konnten sie volle Selbständigkeit erreichen. Das Kurfürsten-Collegium wählte den schwachen Herzog Friedrich von Oesterreich zum Kaiser, weil seine Ohnmacht die letzten Reste kaiserlicher Autorität vollständig vernichten musste.

Friedrich III. schien diese Erwartungen der Kurfürsten noch zu übertreffen: nichts geschah, was einer Reichsregierung hätte ähnlich sehen können. Als Kurpfalz zur Erledigung kam, masste sich Friedrich der Siegreiche die Kurwürde an, und im ganzen deutschen Reiche fand sich Niemand, um diesen Rechtsbruch zu hindern. So fassten die Fürsten den Reichsgedanken!

Die Territorialgewalten erstarkten bis zum Gefühle voller Souveränität. Die Städte vermochten nicht mehr den neuen Landeshoheiten zu widerstehen, und die reichsunmittelbaren Gewalten, wo sie sich erhalten hatten, fassten ihre Stellung so, dass sie keiner Landeshoheit zu gehorchen hätten, dafür aber auch nicht um das Reich zu fragen brauchten.

Was noch unter der starken Regierung Friedrich Barbarossa's sich zu bilden begonnen hatte, jenes Fürstentum auf Grundlage der Territorien, das stand nun in voller Entwickelung dem Reichsoberhaupte gegenüber.

Hätte Friedrich III. die Politik der Hohenstaufen wieder aufnehmen sollen? Wo war das Reich, dessen Reichspolitik seine Aufgabe gewesen? War es in Brandenburg, war es in Böhmen, war es bei den Eidgenossen, oder war es bei den Städten, die mit ihrem Hintersichbringen jeden Beschluss der Reichsversammlungen unmöglich machten? Das Reichsoberhaupt, das in jenen Tagen die Kaiserkrone zu Ehren bringen wollte, musste andere Wege gehen als die der Gewalt und einer eingebildeten Reichshoheit und Kaiserlichkeit, die man verlachte, es musste die Territorialherren durch seine eigene Territorialgewalt überbieten; die wirksamste Reichspolitik war für den zum Kaiser gewählten österreichischen Herzog Friedrich eine gute österreichische Hauspolitik. Wo Alle nur dynastischen Interessen dienten, konnte das Reichsoberhaupt keine Ausnahme machen, und in jenem Zeitalter des classischen Egoismus auf Fürstenthronen konnte nur ein Mann vor völliger Bedeutungslosigkeit sich bewahren, der den Mut, die Ausdauer und die Fähigkeit hatte, durch passiven Widerstand die gegen ihn anstürmenden Gewalten zu lähmen.

Friedrich III. vermochte diesen Kampf zu führen. Er ging als Sieger aus demselben hervor. Aber diesen Sieg erfocht er nicht durch glänzende Geistesgaben, durch die Gewalt eines mächtigen und imponirenden Charakters, sondern durch eine Zähigkeit und Ausdauer, welche das ermüdende Moment der Zeit nicht kannte. Er war Derjenige, welcher die Grundlage schuf, auf der sich die Weltmacht des habsburgischen Hauses aufbaute. Doch nicht ihm wurden die Früchte seiner Mühen zu Theil, sie erntete sein Sohn und sein Geschlecht. In seinem zähen Streben zur Erreichung seines Zieles musste er oft den Becher der Erniedrigung und Demütigung bis zur Neige leeren. Aber zwei grosse Erfolge bezeichnen auch äusserlich den Gang seiner Politik: der Abschluss der burgundischen Heirat Maximilian's und dessen Wahl zum römischen Könige. Kein Fürstenhaus jener Zeit hat solche Erfolge auf-

zuweisen, und sie fielen dem Kaiser nicht unverdient, als reife Früchte in den Schoss, sondern sie waren das Resultat zäher und ausdauernder Thätigkeit, die nicht nur einen Kampf mit den äusseren Gegnern kämpfte, sondern einen noch schwierigeren mit der Unzulänglichkeit aller Mittel.

Die burgundische Heiratsangelegenheit Maximilian's I. gibt oft Gelegenheit zu sehen, wie sehr diese Unzulänglichkeit aller Mittel den Kaiser in jeder Unternehmung hemmte. — Ja die Geschichte verzeichnet Momente tiefster Demütigung, die der Kaiser über sich ergehen lassen musste, weil ihm Beträge nicht zur Verfügung standen, die heute einem gut situirten Bürgersmann ein Lächeln abnötigen würden. Dass die deutsche Kaiserwürde dem Träger derselben nicht mehr die Mittel gewährte, welche dieses hohe Amt erforderte, ist keine Schmach für diesen, sondern für das Reichsfürstentum und die Glieder des Reiches, die dem Reiche nahmen, was des Reiches war. Das Fehlen aller Mittel ist die Quelle jener Ohnmacht, um derenwillen man den Kaiser verspottete. Wenn er trotz aller dieser Hindernisse sein Ziel erreichte und sowohl den burgundischen Besitz wie die römische Königskrone für seinen Sohn gewann, so waren diese Erfolge kein „Triumph seiner Ohnmacht", sondern der Triumph eines harten Ringens, das sein Ziel nicht im kühnen Fluge erreicht.

Für Friedrich III. gab es nur Ein Mittel, im Reiche nicht völlig wehrlos zu werden, die gehörige Ausbeutung des Kampfes der rivalisirenden Parteien. Die grosse Gegnerschaft zwischen dem wittelsbachischen und brandenburgischen Hause verstand er ebensogut zu benützen, als jene zwischen den beiden nationalen Machthabern Georg Podiebrad und Mathias Corvinus. Er verfügte über keine reale Macht: der geringe Schein eigener Territorialherrlichkeit in seinen Erblanden war in den Kämpfen der Stände und der Glieder seines eigenen Hauses gegen ihn längst verflogen. Aber der kaiserliche Name geschickt gebraucht, konnte ihm die reale Macht ersetzen. Darin

lag das Geheimniss seiner Erfolge, das Geheimniss jener Macht, die er im Stadium der tiefsten Demütigung noch auszuüben vermochte.

So kämpfte Friedrich III. jahrzehntelang mit keinen anderen Waffen, als mit kluger Ueberlegung und weiser Berechnung, und wenn der Erfolg entscheidend ist für die Beurtheilung eines Regenten, so gebührt ihm eine Stelle neben den bedeutendsten seiner Zeitgenossen.

I. Abschnitt.

Beziehungen der burgundischen Macht zu den mitteleuropäischen Staaten.

I. Kapitel.

Einleitende Darstellung der politischen Entwickelung bis zum Jahre 1469.

In Oberdeutschland hatte sich, wesentlich auf Kosten der habsburgischen Besitzungen, ein unter eigentümlichen Formen in sich selbst zusammengeschlossenes Gemeinwesen gebildet, die schweizerische Eidgenossenschaft. Wie in ihrem Entstehen, so war sie auch in ihrer Fortbildung eine permanente Drohung gegen Oesterreich. Aber stets blieb sie siegreich im Angriff, wie in der Vertheidigung. In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts schien auch sie den Gefahren innerer Zwistigkeiten zu erliegen, und im Bunde mit Frankreich machte Oesterreich im sogenannten Züricherkriege den letzten entscheidenden Versuch, mit Waffengewalt das Seine wieder zu gewinnen. Es kam zur Schlacht bei St. Jacob an der Birs, ein Pyrrhus-Sieg für den französischen Dauphin, durch welchen übrigens doch der Entsatz des mit Oesterreich verbundenen Zürich herbeigeführt wurde. Aber 1450 war die Einigkeit in der Eidgenossenschaft wieder hergestellt, das Bündniss Zürichs mit Oesterreich abgethan.

Mit dieser so in sich geeinten und kriegerisch erstarkten Eidgenossenschaft trat Frankreich in Unterhandlungen wegen Abschluss eines Bündnisses. Schon am 8. November 1452 führten diese Verhandlungen zu einem Resultate, denn an

diesem Tage unterschrieben die acht alten Orte und Solothurn ein ewiges Verständniss mit Karl VII. König von Frankreich.[1] Frankreich beeilte sich mit der Ratification des Vertrages, welche schon am 27. Februar des nächsten Jahres erfolgte;[2] denn jene Absicht, welche später Ludwig XI. von Frankreich veranlasste, in ein so enges Bündniss mit den Eidgenossen zu treten, die Schaffung einer zuverlässigen Militärmacht, durch ein stets verfügbares Corps eidgenössischer Söldner, war schon unter Karl VII. in Frankreich vorhanden. Aus einem Schreiben Berns vom 4. April 1453[3] ersehen wir, dass sich der König an die Eidgenossen wendet um 1000 Fussknechte und 4 Männer, die 12 „Spiesse" zu Ross unter sich hätten, um einen Zug gegen eine Stadt zu unternehmen, welche von den Engländern besetzt war. Aber auch die andere Richtung der französischen Politik unter Ludwig XI., ein Bündniss zwischen Oesterreich und den Eidgenossen zu Stande zu bringen, um eine unüberwindliche Vormauer gegen Burgund zu schaffen, macht sich schon jetzt bemerkbar. Auch hierüber unterrichtet uns ein Schreiben Berns[4] vom 30. Juli 1454 wegen Unterhandlungen mit Oesterreich, die den Zweck verfolgten, eine ewige Richtung zwischen diesem und den Eidgenossen zu Stande zu bringen. Einen weiteren Beleg für diese Unterhandlungen, die sich durch lange Zeit resultatlos fortgesponnen zu haben scheinen, gewinnen wir aus einem Schreiben Zürichs vom 13. August 1454.[5] Wie es scheint, war die Erreichung des Zieles um diese Zeit ziemlich nahegerückt, denn die österreichischen Unterhändler dürften ermächtigt gewesen sein, von der alten Forderung Oesterreichs — Rückgabe aller abgenommenen Besitzungen — abzustehen. Für die Fortsetzung der Verhandlungen liegt ein Beleg nicht vor. Die friedliche Politik Philipp's des Guten von Burgund und das gegenseitige Einverständniss, das zwischen Frankreich, Burgund und den Eidgenossen herrschte,

---

[1] Segesser, Abschiede II. Nr. 397. p. 260.

[2] Ebenda Nr. 405. p. 264.

[3] Im Luzerner Archiv. Kurze Inhalts-Angabe bei Dändliker, Ursachen und Vorspiel der Burgunderkriege p. 19. Anmerk. 1.

[4] Im Luzerner Archiv. Dändliker a. a. O. p. 16.

[5] Im Luzerner Archiv. Dändliker a. a. O. p. 16.

ein Schutz- und Trutzbündniss also gegenstandslos erscheinen liess einerseits, andererseits die tiefe Abneigung, welche Oesterreich mit Recht gegen die schweizerischen Eidgenossen beherrschte, scheinen Schuld gewesen zu sein, dass diese Unterhandlungen resultatlos endeten.

Was war die Bedeutung Burgunds? Ein mächtiges Staatswesen hatte sich zwischen Frankreich und Deutschland eingeschoben. Formell war freilich der Bestand desselben wenig gesichert. Ein Theil der Lande, die sich da unter einer starken Regierung zusammenschlossen, ging von Frankreich, ein anderer von Deutschland zu Lehen. Aber diese formelle Schwäche wurde weitaus aufgewogen durch die finanzielle Macht und durch die Kraft einer weisen und massvollen Regierung, deren sich diese Länder namentlich unter Philipp dem Guten zu erfreuen hatten.

Schon unter ihm gewann der Name seines Nachfolgers und Sohnes, damals noch Grafen von Charolais, wachsendes Ansehen und Bedeutung.

Dieses Staatswesen, allmälig zu einer neuen Grossmacht erstarkend, machte sich sowohl für Deutschland wie für Frankreich als ein Factor geltend, mit dem man in Hinkunft rechnen musste. Deutschland, namentlich Oesterreich, hatten vorläufig keine Ursache, in dem Anwachsen der burgundischen Macht für sich eine Gefahr zu sehen. Gefährlich für Oesterreich konnte Burgund nur werden in Verbindung mit jenen Fürstenhäusern Deutschlands, deren Tendenzen auf eine Zertrümmerung und Vernichtung der habsburgischen Macht gerichtet waren. Gelang es jedoch, Burgund mit Oesterreich eng zu verbinden, so schuf sich Friedrich III. einen mächtigen Rückhalt gegen die deutschen Fürsten, vielleicht auch die Möglichkeit, die stets drohender werdende Türkengefahr von seinen Erblanden abzuhalten. Eneas Silvius, der kluge Ratgeber des Kaisers, der früher im Dienste des Baseler Concils gestanden, dann dem Kaiser seine Dienste gewidmet hatte und nun als Papst Pius II. dem eng mit dem päpstlichen Stuhle verbündeten Kaiser Friedrich III. ratend und helfend und seine eigenen Interessen wahrend zur Seite stand, mag es gewesen sein, der, zuerst alle die Umstände erwägend, die dafür sprachen, dem Kaiser den Weg wies zu dem burgun-

dischen Bündnisse. Noch mehr trieb ihn das Verlangen, wenigstens zeigte er es äusserlich, einen Kreuzzug gegen die Türken zu Stande zu bringen, und auch hiefür war die Freundschaft Burgunds ausschlaggebend.

Aber wie war Burgund zu gewinnen? Es war mächtiger als das deutsche Kaisertum und das Papsttum, die sich ja eben seine Macht dienstbar machen wollten. Burgund konnte nur eine feierliche und auch das übrige Europa verpflichtende Anerkennung seiner neugeschaffenen Grossmachtstellung reizen. Diese Anerkennung lag in dem Königtum. Aber wenn sich dieses Königtum auf die blosse Verleihung eines Titels beschränkte, und dagegen die Uebernahme weit hinausreichender, unabsehbarer Verpflichtungen forderte, war es vielleicht nicht begehrenswert genug für den burgundischen Herzog. Doch ein Königtum, das mit der Schaffung einer Machtstellung im deutschen Reiche verbunden war, das hatte allerdings auch für Burgund eine höhere Bedeutung. So baute sich jener Plan auf, den Papst Pius II. in einem Schreiben vom 19. Januar 1463 an Herzog Philipp von Burgund erörterte.[1] Zum erstenmale tritt uns hier der Vorschlag einer Vermählung der Tochter Karl's des Kühnen Maria von Burgund mit Herzog Maximilian, dem Sohne Kaiser Friedrich's III., entgegen. Die Machtstellung im deutschen Reiche findet ihre Formel in der Uebertragung des Reichs-Vicariates in den linksseitigen Rheinlanden.[2] Der Ausspruch des Herzogs Philipp, den er schmeichlerischen französischen Gesandten gegenüber einmal gethan, dass er König wäre, wenn er es gewollt hätte,[3] war also nicht ungerechtfertigt.

Für diesesmal aber führten die Verhandlungen zu keinem Resultate. Möglich, ja wahrscheinlich, dass sie in mannigfachen

---

[1] Freher-Struve II. p. 363. — Müller R. Th. V. cap. XXXV. p. 590.

[2] „. . . . vicariatum Imperii in terris gallicanis ultra Rhenum" a. a. O.

[3] Paradinus Ann. de Bourg. III. p. 883; Müller R. Th. V. p. 590—591. „Je vueil bien, que chacun scache, que, si l'eusse voulu, je fusse Roy." Es hätte zu weit geführt, auf eine Darstellung der früheren Verhandlungen Friedrich's mit Burgund wegen Verleihung der Königskrone und in Sachen eines andern Heiratsprojectes hier einzugehen. Vrgl. hierüber: Chmel, Gesch. Kaiser Friedrich's III. u. s. Sohnes Maximilian I. 2. p. 476 ff. — Birk, Actenstücke etc. Oesterr. Gesch. F. I. 1838 p. 231.

Versuchen weitergeführt wurden, denn die Zähigkeit Friedrich's III. beharrte bei einem einmal gefassten Beschlusse und suchte stets neue Formen der Durchführung. Urkundliche Belege für den Gang dieser Verhandlungen gewinnen wir aber erst wieder nach vier Jahren, nach dem Tode Herzog Philipp's des Guten von Burgund. Inzwischen war in Frankreich Ludwig XI. zur Regierung gelangt.

Er war noch mehr als sein Vater Karl VII. in der Lage, die Wichtigkeit des Bündnisses mit den Eidgenossen zu würdigen, und er säumte nicht, dasselbe auf Grundlage der unter Karl VII. abgeschlossenen Verträge zu erneuern. Die Verhandlungen, welche zum Abschlusse des Bündnisses führten, wurden eingeleitet durch die Vertreter Berns: Thüring von Ringgoltingen und Nicolaus von Diessbach. Unterm 27. November 1463 stellte Ludwig XI. die ihn verpflichtende Urkunde in Abbeville aus.[1] Das Bündniss hatte keinerlei aggressive Tendenzen, also auch nicht gegen Burgund. Die eidgenössische Erklärung bezüglich dieses Bündnisses wurde abgegeben am 23. Februar 1464.[2] Bei dieser Gelegenheit wurden auch Verhandlungen gepflogen, wegen einer Vermittlung der Eidgenossen in einem Conflicte zwischen der französischen Krone und Herzog Philipp von Savoyen. Bei der Wichtigkeit der Stellung Savoyens in den späteren Verwicklungen ist diese Thatsache nicht zu übersehen.

Aber weit grösseres Interesse als diese Beziehungen der Eidgenossen zu Frankreich müssen uns jene Verbindungen Karl's des Kühnen, damals noch Grafen von Charolais, einflössen, die ihn befähigten, später einen so grossen Einfluss auf die deutschen Angelegenheiten zu gewinnen. Seine Politik, grossen Zielen nachjagend, suchte sich im Westen wie im Osten freie Hand zu schaffen, und konnte es gelingen, die Zerbröckelung Frankreichs in eine Reihe kleiner Staatswesen, wie es die Liga für das Gemeinwohl unter Führung des Grafen von Charolais plante, durchzuführen, dann fand er schon geebnete Wege, um die zerfallende Macht des deutschen Reiches in seiner Hand zusammenzufassen, dann

[1] Segesser, Abschiede II. Nr. 521. p. 328—29 und p. 331—37. Abdruck in der Beilage Nr. 40. p. 892.

[2] Ebenda, Abschiede II. Nr. 528. p. 339.

mochte es ihm gelingen, seinen Plan, eine europäische Universal-Monarchie zu schaffen, zu verwirklichen und auf Grundlage dieser Weltmacht den Vernichtungskrieg gegen den Erbfeind der Christenheit, die Türken, zu unternehmen, sie für immer aus Europa hinauszuwerfen. [1]

Schon am 10. December 1464 trat er zu Nancy mit dem Vater jenes Nicolaus von Calabrien und Lothringen, zu dem er später in so nahe Beziehungen kommen sollte, in ein Bündniss, in welches auch der Herzog von Bretagne eingeschlossen wurde. [2] Zu gleicher Zeit scheint er mit den niederländischen Ständen, deren Macht er wohl zu würdigen wusste, Verständigungen abgeschlossen zu haben wegen der Nachfolge in der Herrschaft im Falle des Ablebens seines Vaters Philipp des Guten. Wenigstens liegen zwei Erklärungen vor: die eine von den Ständen von Brabant, Limburg, Flandern, Artois, Hennegau, Namur, Mecheln und Antwerpen vom 27. April 1465 [3] und jene Karl's aus dem Lager von Mitry vom 3. Juli 1465, [4] in welcher er die Aufrechthaltung der Privilegien gewährleistet. — Schon unterm 4. Mai 1462 war ein Bündniss zwischen dem Erzbischofe von Trier und dem Herzoge von Burgund zu Stande gekommen; unterm 31. Mai 1465 übernahm der genannte Erzbischof in einem Schreiben ddo. Coblenz [5] die Verpflichtung, dieses Bündniss aufrecht zu erhalten. — Die baierische Partei schloss sich frühzeitig an die burgundische Macht, an welcher sie ja den hauptsächlichsten Rückhalt fand. Vom 4. Juni 1465 aus Nürnberg [6] ist der Bündnissbrief zwischen Ludwig Herzog von Baiern und dem Grafen von Charolais datirt, und schon unterm 15. Juni 1465 schliesst sich diesem Bündnissbriefe jener des Pfalzgrafen an. [7] Was diese Bündnisse der baierischen Partei mit Burgund für das deutsche Reich zu bedeuten hatten, trat erst später in aller Deutlichkeit hervor. Uebrigens fällt in den Beginn des Jahres 1465 die Gründung eines baierisch-

[1] Hidber, Die Ursachen des Burgunder- und Schwabenkrieges, p. 8.
[2] Godefroy-Commines, IV. p. 14 ff.
[3] Ebenda, IV. p. 102 ff.
[4] Ebenda, IV. p. 107 ff.
[5] Ebenda, IV. p. 22 ff.
[6] Ebenda, IV. p. 28 ff.
[7] Ebenda, IV. p. 32 ff.

schwäbischen Bundes, zu welchem auch Herzog Sigmund von Oesterreich-Tirol herangezogen wurde.[1] Bei der engen Verbindung, die stets auch zwischen dem Pfalzgrafen und den Eidgenossen bestanden hatte, darf man das Zusammentreffen aller dieser Umstände nicht unterschätzen. Es ist ganz selbstverständlich, dass Markgraf Albrecht Achilles, dessen Stellung in Süddeutschland durch ein solches Bündniss auf's äusserste bedroht war, Alles aufbot, den Kaiser abzuhalten, den baierischen Abmachungen beizutreten oder denselben seine Sanction zu geben. Es würde zu sehr von der Darstellung der eigentlichen Heiratsverhandlungen abführen, wollte man alle Züge der baierischen und brandenburgischen Politik aus diesen Jahren verfolgen.

Das Wesentliche ist, dass gleich der mächtig emporstrebenden burgundischen Macht im Westen die Bedeutung des von Georg Podiebrad aufgerichteten nationalen Königtums im Osten stets einflussreicher auf die Gestaltungen in Deutschland zu wirken begann. Es entsprach der kaiserlichen Politik, wie die brandenburgische gegen die wittelsbachische, so die burgundische gegen die böhmische Macht auszuspielen, und hier vereinigten sich die päpstlichen Interessen mit den kaiserlichen.

Bevor wir auf die an dieses Verhältniss sich knüpfenden Pläne näher eingehen, wollen wir noch der Stellung Burgunds im Westen gedenken.

Der Graf von Charolais und Ludwig XI. verständigten sich durch ein vom 5. October 1465 aus Paris datirtes Abkommen, bekannt unter dem Namen Tractat von Conflans,[2] und unterm 22. Mai 1467 erfolgte die Verständigung Burgunds mit den Eidgenossen. Ausdrücklich muss es hervorgehoben werden, dass hier kein Bündniss, sondern nur eine freundliche Verständigung und nicht mit der gesammten Eidgenossenschaft, sondern nur mit einzelnen Orten vorliegt. Zürich, Freiburg und Solothurn hatten über Betreiben Berns

---

[1] Schweizer, Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes, 1876. p. 32 ff., dort auch der urkundliche Nachweis.

[2] Godefroy-Commines, IV. p. 68 ff. Ein Zeugniss für weitere Verhandlungen bietet uns die Mittheilung von dem Vorhandensein eines Briefes Karl's an Ludwig XI. vom 2. Juli 1467, bei Gachard, Bibl. Paris I. p. 350.

diese Verständigung geschlossen. Bern verfolgte damit den Zweck, eine Vereinigung Burgunds mit Oesterreich zu hindern, der Eidgenossenschaft aber in ihrem aggressiven Vorgehen gegen Oesterreich den Rücken zu decken.[1]

Der von Podiebrad drohenden Gefahr suchten Kaiser und Papst mit dem Aufgebote aller Mittel zu begegnen. Es wurde der Plan ausgesonnen, sich Burgunds und der mit diesem verbundenen baierischen Partei zu bedienen;[2] jedenfalls war eine Vermählung Maria's von Burgund, der Tochter Karl's des Kühnen mit dem jungen Kurprinzen von der Pfalz in Aussicht genommen, während Karl die römische Königskrone erhalten sollte. Man suchte hiefür, ausser denjenigen der baierischen Partei, auch die Stimmen der übrigen Kurfürsten zu gewinnen und vornehmlich jene Brandenburgs; doch so anhänglich Albrecht Achilles auch dem Kaiser sein mochte, er wollte es doch mit Podiebrad nicht verderben; die brandenburgische Hauspolitik stand auch ihm höher als die Reichspolitik. Der Kaiser und der Papst sahen sich um andere Hilfe um und hofften sie bei Mathias Corvinus zu gewinnen.[3] Alle diese Verhandlungen währten aber zu lange, um die Einfälle des Sohnes Podiebrad's, Victorin, in die österreichischen Erblande zu hindern.

Inzwischen hatte sich Sigmund von Tirol mit den Eidgenossen neuerdings in Krieg verwickelt. Das baierisch-schwäbische Bündniss hatte keine Dauer gehabt, und auch der Einfluss des Pfalzgrafen hatte keine Einigung zwischen Sigmund und den Eidgenossen bewirken können. Der Waldshuter Friede machte am 27. August 1468 diesen kriegerischen Verwickelungen ein Ende und wurde zum Ausgangspunkt für eine bestimmt eingehaltene Richtung der

[1] Wenn diese Verständigung so aufgefasst wird, ist alles Folgende, die Beziehungen Burgunds zu Oesterreich und den Eidgenossen, leicht verständlich. Vgl. Segesser: Beziehungen der Schweizer zu Mathias Corvinus. p. 8 f. und dort die Quellennachweise.

[2] Schreiben des Markgrafen Albrecht Achilles vom 7. October 1467 und 23. März 1469, Riedel, Cod. dipl. Brandenb. IV. I. p. 447 und 501; Droysen: Gesch. der preuss. Politik II. Abthlg. I. p. 235 ff.

[3] Droysen, a. a. O. p. 245. Das bezügliche Quellenmaterial: Fontes p. 567 v. Palacky. Jetzt Palacky, IV, 2. p. 556. Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Excurs Nr. 11.

österreichischen Politik im folgenden Decennium. Ermöglicht wurde aber diese neue Gestaltung der Dinge theilweise durch jene Verbindung, die am 14. October 1468[1] in Perronne zwischen Ludwig XI. und Karl dem Kühnen geschlossen wurde und diesem im Westen für einige Zeit die Hände frei machte, umsomehr, da er durch das mit Lüttich statuirte Exempel den Trotz der Städte für einige Zeit gebrochen hatte. So erscheint Alles vorbereitet für das Eintreten der neuen Macht in die deutschen Verhältnisse.

Nicht der Kaiser allein war es, der in jenen Zeiten grosser Bedrängniss seine Aufmerksamkeit auf Burgund richtete; er vielleicht weniger als andere Fürsten des deutschen Reiches; und während Sigmund von Tirol am burgundischen Hofe erst schüchtern anfragte, ob Unterhandlungen wegen Abschliessung einer Heirat zwischen Maria, der Tochter Karl's, und Maximilian, dem Sohne des Kaisers, angenehm wären, reiste Jörg von Stein schon mit unbeschränkter Vollmacht an den burgundischen Hof, um die deutsche Königskrone an den Herzog von Burgund zu verhandeln.

Freilich hatte man bis jetzt vergeblich versucht, den Kaiser zu einer freiwilligen Abdicirung zu vermögen, jenen Kaiser, den man unnütz schalt, weil er mit ärgerlicher Zähigkeit an den geringen Prärogativen festhielt, welche dem deutschen Kaisertume noch verblieben waren. Hätte man ihm nur die Handhabung des Gerichtes, die Acht- und Bann-Erklärung entwinden können, man hätte sich weiter nicht um ihn gekümmert. Aber wenn man auch über sein Thun spottete, in den meisten Fällen fanden sich doch Vollstrecker seines Willens. Das war dem Kurfürsten-Collegium unbequem, und wenn diese erlauchten Herren von Reichsreform sprachen, so meinten sie damit nur, wie es anzustellen wäre, dem Kaiser auch noch den letzten Schein kaiserlicher Autorität ungestraft zu entziehen.

[1] Recueil des Traitez de Paix par Fr. Léonard, Paris 1693. I. p. 89—108.

II. Kapitel.

Die Verpfändung der Sigmundischen Landschaften.

Schon im Beginne des Jahres 1469, noch ehe Herzog Sigmund von Oesterreich seine Schritte an den burgundischen Hof lenkte, um sich der drängenden Verlegenheit, welche der Waldshuter Friede ihm bereitete, zu entziehen, hatte Burgund einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Philipp de Bresse, Herzog von Savoyen, Comte de Bugey hatte sich in den Schutz des Burgunderherzogs begeben.[1] Dieser hatte dadurch neue Aussicht gewonnen, sein Machtgebiet zu erweitern und Burgunds Grenzen bis an's mittelländische Meer vorzuschieben.[2]

Herzog Sigmund war inzwischen um eine bittere Erfahrung reicher geworden. Er hatte sich verpflichtet, zehntausend Gulden an die Eidgenossen zu bezahlen, und schon nahte der festgesetzte Termin, der 24. Juni 1469. Vermochte er die Summe nicht zu erlegen, so drohte der Verlust von Waldshut und dem Schwarzwalde und vielleicht neue kriegerische Verwicklungen, denen er nicht gewachsen war. Von keiner Seite war Hilfe zu erwarten. Der Kaiser befand sich selbst in äusserster Bedrängniss. Was nützten die kaiserlichen Erlässe und Anordnungen von Schiedsgerichten? Die Eidgenossen erschienen kaum zu den bestimmten Tagen. Bern führte in der Eidgenossenschaft das grosse Wort, und diese verfolgte demnach auch grössere Ziele als bisher. Die Grossmachtspolitik fand auch in den Schweizer Bergen ihre Vertreter.

So unternahm denn Herzog Sigmund eine Reise an den französischen Hof, um von Ludwig XI. Unterstützung gegen die Eidgenossen, vielleicht auch ein Darlehen zur Tilgung der übernommenen Verpflichtung zu erbitten.[3] Er hatte schon

---

[1] Gachard, Bibl. Paris I. p. 332. Urk. vom 14. April 1469.

[2] Wir werden später Gelegenheit haben, uns mit den Beziehungen der Eidgenossen zu Savoyen eingehender zu beschäftigen. Hier soll nur erwähnt werden, dass Philipp de Bresse stets die Interessen der Eidgenossen vertreten hatte und namentlich mit Bern enge Beziehungen unterhielt, die aus mannigfachen Verhältnissen früherer Zeit stammten. Siehe p. 11. — Vgl. Sonntagsblatt des Bund 1875: Zur Säcularfeier der Burgunderkriege.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 2. XXIII. p. 131 ff.

früher durch seine Gesandten anfragen lassen, aber diese begegneten dem Herzoge auf ihrer Rückreise in Troyes und meldeten, dass der König mit den Eidgenossen verbunden und dass jede weitere Bemühung bei ihm nutzlos sei, dass er auch nicht wünsche, dass Sigmund zu ihm kommen solle. Diese Abweisung war für den österreichischen Herzog ein harter Schlag. Was konnte er thun? Er selbst sagt: „Sollten wir uns also wenden und nichts Endlichs schaffen, so das dann lautprecht wurde, so mocht uns das zu grossem Missrat kommen, wann unsere Feinde dadurch Trost und Stärke und die Unsern Kleinmütigkeit und Erschreckung empfahen möchten." So fasste er den Entschluss, sich an Burgund zu wenden, schickte aber früher nochmals eine Botschaft an den König, die gleichfalls ohne Resultat vom französischen Hofe zurückkehrte.

In der Politik, welche Ludwig XI. in jener Zeit verfolgte, gab es keinen Anhaltspunkt für eine Unterstützung Herzog Sigmund's. Er konnte die Freundschaft der Eidgenossen nicht verscherzen, und das Pfandproject wurde ihm gar nicht vorgelegt, es ist wahrscheinlich erst am burgundischen Hofe ausgesonnen worden.[1] Es liegt keine Ursache vor, an der Wahrheit der Darstellung in der Instruction Herzog Sigmund's für seine Abgesandten an Kaiser Friedrich III. in dieser Angelegenheit zu zweifeln. Und hier wird uns ganz anschaulich geschildert, wie das Project am burgundischen Hofe zu Stande kam. Ich glaube nicht, dass Ludwig XI., trotz seiner Freundschaft mit den Eidgenossen, die Gelegenheit versäumt hätte, die Rheingrenze wenigstens theilweise zu erwerben. Dies beweisen seine diesbezüglichen Versuche nach dem Züricherkriege. Das Manifest, welches er damals erliess, enthielt die Stelle: „Wasgestalten der allerchristlichste König von dem Römischen Kaiser gegen die Unternehmungen der Schweizer, geschworner Feinde aller von Gott veranstalteten Gewalt, besonders des Hauses Oesterreich und gesammten Adels, um Hülfe ersucht

[1] Bezüglich jener häufig wiederkehrenden Angabe, dass Ludwig XI. dem Herzog Sigmund den Rat gegeben, sich an Burgund zu wenden, vgl. die Richtigstellung bei Dändliker, Ursachen und Vorspiel der Burgunderkriege, p. 21, Anm. 3, und die Verweisung auf die Darstellung bei Barante, Histoire des ducs de Bourgogne, als die Quelle dieser Erzählung.

worden; welchem Begehren der König stattzugeben um so eher sich veranlasst gefunden, als die Krone Frankreich seit vielen Jahren der natürlichen Gränze ihres Reiches, die nemlich der Rheinstromm wäre, unbillig beraubt sei, und er dieselbe herzustellen habe."[1]

Eine so günstige Gelegenheit, ohne Schwertschlag das damalige Programm zu verwirklichen, hätte sich Ludwig XI. nicht entgehen lassen. Er hielt eine solche Eventualität, wie sie die Abtretung der Pfandlandschaften an Karl den Kühnen war, für unmöglich, hoffte vielleicht, dass die Eidgenossen kampflos das ihnen für die zehntausend Gulden verpfändete Gebiet behalten würden, was ihm als eine Stärkung seiner Bundesgenossen nur um so willkommener sein konnte.

Seit 15. März 1469 weilte Karl der Kühne in Arras. Dort traf Herzog Sigmund von Tirol am 21. März ein.[2] Zwei Tage nachher verliessen Beide Arras und kamen am 24. März in Hesdin an, woselbst sie von den Damen des burgundischen Hofes, darunter Maria, die Tochter Karl's des Kühnen, erwartet wurden.[3] Am 26. hielt Karl zur Feier des Ostertages festliche Tafel, an welcher ausser dem Herzoge Sigmund auch Herzog Philipp von Savoyen theilnahm. Am 2. April wiederholte sich das festliche Gastmahl und die Fürsten blieben bis zum 15. desselben Monats in Hesdin, dann begleitete Herzog Sigmund Karl den Kühnen nach Rue, nach Crotoy und nach Boulogne, am 21. nach Ardres, wo sie dem Grafen von Warwich begegneten, welcher denselben Tag nach Guines zurückkehrte. Am 22. trafen die beiden Herzoge in Saint Omer ein. Daselbst erschien der Graf von Warwich am 26. mit grossem Gefolge und am 29. ging die fürstliche Gesellschaft nach Aire zu der Herzogin und dem Fräulein Maria von Burgund, um am 1. Mai wieder nach St. Omer zurückzukehren. Dort traf am 4. Mai der Connetable von Frankreich ein, um acht Tage am burgundischen Hofe zu verweilen,

---

[1] Johannes v. Müller, Gesch. der schweiz. Eidgenossenschaft Th. IV. p. 64 und 65. Vgl. die Darstellung bei Dr. Hermann Müller, die deutschfeindliche Politik Karl's des Kühnen. 1874. p. 3 und 4.

[2] Extrait d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines IV. p. 354.

[3] Ebenda, p. 355.

und am 12. Mai wurde wieder den Damen in Aire ein Besuch abgestattet.[1]

In die Zeit des Aufenthaltes vom 2. bis zum 12. Mai in St. Omer fällt der Abschluss jenes Vertrages, durch welchen Herzog Sigmund das Elsass, das Sundgau, die Grafschaft Pfirt, die Städte Strassburg, Waldshut, Rheinfelden, Seckingen und die Schlösser am Rhein an Herzog Karl den Kühnen um achtzigtausend Gulden verpfändete. Herzog Sigmund selbst erzählt, dass er am burgundischen Hofe ehrlich und wohl empfangen und gehalten wurde, dass er zuerst ein Bündniss mit Karl dem Kühnen abschloss, nachdem aber dies allein nicht genügte, ihn aus seiner Zwangslage zu befreien, sich in den Dienst des Herzogs begab, um Schirm und Hilfe bei ihm zu finden; nachdem aber auch dieser Schritt den Zweck, welchen er verfolgte, nicht erfüllte, sei an ihn das Ansinnen gestellt worden, die benannten Landschaften an Karl den Kühnen zu verpfänden.[2]

Herzog Sigmund weist darauf hin, dass er in Speyer und Landshut, wohin er sich ebenfalls um Hilfe gewendet hatte, wohl freundlich aufgenommen wurde, dass er aber nicht die Aussicht auf zureichende Hilfe gefunden habe, ja dass man ihn aufforderte, anderen Beistand zu suchen.

Wir müssen es unter solchen Umständen begreiflich finden, dass sich Sigmund dem burgundischen Herzoge völlig in die Arme warf. Er schloss mit ihm ein Schutz- und Trutzbündniss, das Herzog Karl verpflichtete, ihn mit Waffengewalt gegen die Schweizer zu unterstützen. Ferner wird festgestellt, dass die Einwohner der Pfandlandschaften dem Herzoge Karl von Burgund als ihrem Pfandherrn Gehorsam schulden und den Eid zu leisten haben, dass dagegen Herzog Sigmund sie ihres Eides, den sie ihm geleistet, ledig spricht.[3] Dagegen verpflichtet sich Herzog Karl, die Landschaften, alle Prälaten, Herren, Ritter und Knechte und gemeiniglich alle Einwohner bei ihren Freiheiten, Verschreibungen, Gewohnheiten und altem Herkommen zu belassen.[4] Vornehmlich nimmt Karl der Kühne

---

[1] Extrait etc. p. 356.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 2. XXIII. p. 133. Instruction.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. A. p. 4.

[4] Ebenda, p. 5.

Herzog Sigmund und seine Lande in Schutz und Schirm gegen die Eidgenossen. Er ermahnt diese, dass sie nichts Feindliches gegen Herzog Sigmund unternehmen, sondern in allen Streitigkeiten Recht zu nehmen und zu geben vor dem römischen Kaiser als ihrem ordentlichen Richter. Würden sie solches nicht thun, „sich auch rechtens vor dem von Burgundi nicht bewegen lassen", und gegen Herzog Sigmund Fehden und Feindschaften unternehmen und seine Herrschaft schädigen, dann soll Karl der Kühne ihm allen Beistand leisten gegen die Schweizer und ihren Anhang „nach seinem Vermögen und Gestalt der Sachen".[1]

Weiters verpflichtete sich Karl der Kühne, für Herzog Sigmund jene zehntausend Gulden zu bezahlen, welche derselbe den Schweizern bis zum 24. Juni 1469 zu entrichten hatte.[2] Diese Zahlung wurde am 23. Juni, wie die vorliegende Bestätigung beweist, von Herzog Karl von Burgund auch wirklich geleistet.[3] Durch Lösungsreverse sicherte sich Herzog Sigmund die Möglichkeit, dass er oder seine Erben wieder in den Besitz der verpfändeten Landschaften gelangen könnten.[4]

Zur Ergänzung ist hier der Achtserklärung zu gedenken, welche von Kaiser Friedrich III. aus Anlass des Waldshuterkrieges und des darauffolgenden Friedens am 31. August 1469 zu Wiener-Neustadt gegen die Eidgenossen erlassen wurde.[5] Andere Unterstützung konnte der Kaiser dem Herzog Sigmund nicht gewähren; er selbst hatte ihm ja den Rat gegeben, sich an den König von Frankreich zu wenden.[6]

Karl der Kühne nahm unverweilt Besitz von dem Lande. Zum Statthalter ernannte er Peter von Hagenbach; ein Zeitgenosse schreibt: „Damit als er wonde ihm selber einen starken Zugang zu machen, dadurch er Tütschland und

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. A. p. 6.

[2] Fontes rer. austr. II. Abth. II. Bd. XL. p. 231—36.

[3] Ebenda, XLVI. p. 356—360.

[4] Ebenda, XXXIX. p. 229—231. XXXVIII. p. 223—228; Chmel, Mon. I. 1. p. 5 und I. 1. p. 4.

[5] Lichnowsky, VII. Reg. Nr. 1386, 1387; Segesser, Abschiede II. Nr. 638. p. 402.

[6] Chmel, Mon. habsb. I. 2. XXIII. p. 132.

die Eidgenossen dester bas zwingen möcht, so hat er über dieselben verpfanten Lande einen Landvogt gemacht, genant Herrn Peter von Hagenbach, der dann davor in vergangenen Jahren umb merklich Bosheiten, Verrätherei und Missethaten aus tütschen Landen flüchtig worden und lange Zit des Herzogen von Burgund Diener und in allen Unthaten ihm fast gleich gewesen ist."[1] Die Angabe, dass Hagenbach aus unedlem Geschlechte war, ist irrig. In welcher Weise er den Eidgenossen und den Einwohnern der verpfändeten Lande gegenüber aufgetreten, werden wir später zu untersuchen haben. Sicher war weder seine persönliche Erscheinung, noch die burgundische Verwaltung dem occupirten Lande sympathisch.

Die mit Herzog Philipp von Savoyen und mit Herzog Sigmund von Oesterreich-Tirol nahezu gleichzeitig abgeschlossenen Verträge bedeuteten für Karl den Kühnen mehr, als ein gewonnener Feldzug. In der That lag der Weg nach Deutschland offen vor ihm, und, die Eidgenossen umklammernd, brauchte er nur noch die Provence zu erwerben, um sein Reich bis an die Küste des mittelländischen Meeres auszudehnen.

Schon winkte ihm ein neuer Länder-Erwerb. Geldern und Zütphen sind es, die seine Aufmerksamkeit für die nächste Zeit in Anspruch nehmen.

Die Eidgenossen mochten schnell erkennen, was die Verpfändung der Sigmund'schen Lande für sie zu bedeuten habe. Herzog Sigmund machte kein Hehl daraus, dass er die Lande verpfändet habe, weil er es nicht vermochte, sie gegen die Eidgenossen zu schützen.[2] Der schon erwähnte Zeitgenosse Diebold Schilling hebt auch hier hervor: „dass der Herzog von Burgund darauf den Eidgenossen gar hochmütiglich schrieb ... dann in derselben Missiven zum drittenmale und an dreien Orten geschrieben stund: dass er den Herzogen von Oesterreich, sonders wider die Schweizer in seinen Schirm genommen hätte."[3]

---

[1] Diebold Schilling, burgund. Kriege. p. 75.

[2] Unter Anderen bezeugt dies Commines. Vgl. Commines-Dupont, I. p. 169. „.... ne la povoit deffendre des Suisses".

[3] Diebold Schilling, a. a. O. p. 72.

Es bedarf keines Beweises, dass Herzog Sigmund damals gewiss noch die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, seine, ihm von den Schweizern abgenommenen, Besitzungen wieder zu erwerben; mit Hilfe Burgunds schien es ihm möglich, diese Hoffnung zu verwirklichen.

III. Kapitel.

Frankreich und die Eidgenossen.

Ludwig XI. konnte die Schwere der Niederlage nicht verkennen, die er durch diesen Vertrag Herzog Sigmund's mit Karl dem Kühnen erlitten hatte. Aus den vertraulichen Mittheilungen, welche er den Boten der Eidgenossen Nicolaus und Wilhelm von Diessbach macht, ist leicht zu sehen, was in ihm vorging. Zu der Schmach von Peronne und Lüttich, welche er durch Karl den Kühnen erlitten, war nun auch eine empfindliche Schädigung seiner Interessen getreten. Der Hass zwischen den beiden Männern fusste auf persönlichen und principiellen Motiven. Ludwig XI. war einer der ersten Vertreter des modernen Staatsgedankens, der geschworene Feind aller Sonderrechte im Staatswesen; schon darum war er der Schützer des Bürgerthums, der Feind des mächtigen Adels. Karl dagegen stand an der Spitze dieser Adelspartei und brach den Trotz der Städte, die sich nicht willig beugten. Ludwig XI. hatte sehr unfreiwillig Gelegenheit gehabt, sich persönlich von der Art und Weise zu überzeugen, wie Karl der Kühne seine Städte gehorsam machte. Dieser hatte ihn gezwungen, an seinem Zuge gegen Lüttich theilzunehmen. Der Beraubung seiner persönlichen Freiheit in Peronne fügte er dadurch eine schmachvolle Verleugnung königlicher Autorität hinzu.

Am 30. October 1468 fiel die Stadt Lüttich; sie ward in Brand gesteckt, geplündert und nur die Kirchen blieben verschont; die Frauen und Kinder liess man hinaus, sie durften aber nicht mehr tragen als ein Kleid, die Männer aber, die man fing, wurden in die Maas geworfen. [1])

---

[1] Vetus, Chron. belgicum. Matthäi, anal. I. p. 58.

So war es im Jahre 1466 der Stadt Dynant ergangen. Schon im October 1467 hatten die Lütticher die Faust des Herzogs empfunden; und dies waren nicht die einzigen Städte, die er niederwarf.[1] Auch die Genter hatten seinen Zorn kennen gelernt. Erst vom 15. Juli 1469 ist der Brief datirt, durch welchen sie wieder in Gnaden aufgenommen werden.[2]

An der erwähnten Eroberung Lüttichs theilzunehmen hatte Karl der Kühne Ludwig XI. gezwungen. Beim Einzuge in die eroberte Stadt trug dieser das burgundische Andreas-Kreuz auf seinem Hute und schrie: „Vive la Bourgogne!" So erzählt uns Olivier de la Marche.[3]

Es ist zu glauben, dass Ludwig XI. ohne Hinterhalt sprach, als er den genannten eidgenössischen Boten erklärte, er würde die ihm widerfahrene Schmach niemals vergessen. Aber der Hass gegen Karl war es nicht allein, was ihn dazu antrieb, die Schweizer zu einem Bündnisse gegen Burgund zu gewinnen. Wenn dem stolzen Herzoge nicht energisch Halt geboten wurde, war er nicht mehr zu bewältigen.

Vorläufig dachte Ludwig XI. noch an kein offensives Vorgehen; wenigstens melden die Boten der Eidgenossen am Tage von Solothurn: „Der König hat den Eidgenossen gerathen, in ihren Pässen und Bergen zu bleiben und gute Ordnung zu halten, da seien sie dem Herzog mächtig genug." — Möglicherweise glaubte er, dass der Besetzung der Pfandlandschaften sofort ein Angriff auf die Eidgenossen im Interesse Sigmund's folgen würde. Da er mit dessen Gesandten in seiner Sache gegen die Schweizer unterhandelt hatte, kannte er ja die Ziele, welche er verfolgte.

Die Eidgenossen beschlossen, es solle diese Sachen Jedermann heimbringen, Zürich solle sie an Glarus, Luzern an Unterwalden, Schwyz an Uri mittheilen, und für Bartholomäus wurde ein neuer Tag nach Luzern ausgeschrieben. Aber damit sind die Beschlüsse des Tages von Solothurn am 13. August noch keineswegs erschöpft. Die französische Partei hatte nicht allein das Wort; ein zweiter Beschluss lässt erkennen, dass auch Burgund seine Freunde unter den Eidgenossen

[1] Vetus, Chron. a. a. O. p. 57 u. 58.
[2] Gachard, Archiv de Gand. p. 107.
[3] Olivier de la Marche, ed. Petitot X. p. 289.

hatte. Der Abschied lautet: Ebenso soll angebracht werden, dass gemeine Eidgenossen aus den vier Städten, die mit dem Herzog von Burgund in Vereinigung stehen, zwei Biedermänner wählen, und diese in gemeiner Eidgenossen Kosten zum Herzog von Burgund reiten und ihn in Kraft der Vereinigung mahnen sollen, von dem Schirme, den er dem Herzoge von Oesterreich gegen uns verheissen hat, abzustehen. Ferner sollen sie den Herzog von Burgund unterrichten, wie der letzte Krieg zwischen den Eidgenossen und Oesterreich entstanden sei. Die Boten von Bern sollen auf den nächsten Tag zu Luzern Abschriften, sowohl von dem Verständnisse mit Burgund, als auch von dem Acte, wodurch der Herzog von Burgund den von Oesterreich gegen die Eidgenossen und „Schwytzer" in Schirm genommen, bringen, damit „nieman mög sprechen sy züchen von einandern und die Eydgenossen sind uneins".[1]

Die Verhandlungen nahmen dann ihren Fortgang. Am 3. November schrieben die Eidgenossen aus Zürich voll Dank an den französischen König für die Ehre, mit welcher ihre Boten von ihm aufgenommen wurden. Sie drücken alle Bereitwilligkeit aus, mit ihm in ein enges Bündniss zu treten, vorläufig sich an das bestehende zu halten. Vor Allem bitten sie ihn, falls etwas Ungünstiges von Seite der Herrschaft Oesterreich an ihn gelangen würde, sie davon in Kenntniss zu setzen.[2] Und sie hatten sich so schlimmer Nachricht zu versehen. Auch Peter von Hagenbach bewies, dass burgundisch Regiment einen härteren Klang habe, als österreichisch Regiment. Mühlhausen musste das zuerst empfinden.

Die Eidgenossen hinwieder waren nicht gewillt, ihre Freunde im Elsass im Stiche zu lassen. Am 6. December 1469 schrieben sie aus Bern an Hagenbach nicht unhöflich und nicht drohend, aber doch energisch genug: „Hagenbach werde nun als Anwalt des Herzogs und dessen Stellvertreter in diesen Landen ersucht, diese Beschwerden abzustellen, den Eidgenossen und insbesondere auch ihren Bundesgenossen von Mühlhausen die vertragsmässige Sicherheit des Handels und Wandels zu verschaffen und dafür zu sorgen, dass ihren

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 637. p. 400—402.

[2] Ebenda, Nr. 639. p. 402—403.

Feinden kein Vorschub geleistet werde, worin er zweifelsohne dem Willen seines Herrn entsprechen werde." [1]

Die Verhandlungen wegen Frankreich und Burgund verschwinden nun nicht mehr aus den eidgenössischen Abschieden. Für den Tag in Bern am 23. Februar 1470 bildete die Vereinigung mit Frankreich [2] und für jenen in Luzern am 1. März das Heimbringen, was die Boten von Basel angebracht haben, des Herzogs von Burgund, seines Landvogtes und deren von Mühlhausen wegen, [3] einen Gegenstand der Tagesordnung.

In einem Schreiben, ebenfalls vom 1. März 1470, nehmen die Eidgenossen die Abtretung der Pfandlandschaften erst officiell zur Kenntniss. Mit Vergnügen haben sie vernommen, schreiben sie an Herzog Karl, dass er seine Amtleute in seine neuen Provinzen gesandt habe, um Frieden und Gerechtigkeit zu handhaben und den Angehörigen der Eidgenossen freien Handel und Wandel in denselben zu sichern, nach Massgabe des zwischen seinem Vater Herzog Philipp und ihm und einigen eidgenössischen Orten abgeschlossenen Verständnisses. Nun fahren aber die Feinde der Eidgenossen, Bernhard von Eptingen, Johannes von Huse und Andere, welche mit zahlreichen Mithaften in seinen Landen sich aufhalten, fort, die Angehörigen der Eidgenossen zu fangen, wegzuführen, einzukerkern, während die Eidgenossen ihrerseits doch auch kraft des mit dem Herzoge von Oesterreich abgeschlossenen Friedens freien Wandel haben sollten. Daher bitten und mahnen sie den Herzog von Burgund, seinen Amtleuten zu gebieten, dass sie den Feinden der Eidgenossen in jenen Landen weder Aufenthalt gestatten, noch Vorschub irgend welcher Art leisten, sondern dafür sorgen möchten, dass ihren Angehörigen der freie Handel und Wandel daselbst gesichert werde. [4]

Man kann nicht sagen, dass die Stimmung der Eidgenossen gegen Burgund schon jetzt eine gereizte gewesen wäre, aber das Verhalten Hagenbach's und Nachrichten, die ihnen von allen Seiten zukamen, stürzen sie in Aufregung und lassen ihnen ihre Lage bedenklich erscheinen. So meldet

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 641. p. 404.
[2] Ebenda, Nr. 644. p. 405.
[3] Ebenda, Nr. 645. p. 405.
[4] Ebenda, Nr. 646. p. 406.

Adrian von Bubenberg unterm 5. März vom burgundischen Hofe, dass eine Botschaft Herzog Sigmund's sich dort befinde, heftige Klagen gegen die Eidgenossen beim Herzoge vorbringe und ihn um Hilfe gegen dieselben anflehe;[1] und am 20. März schreibt der König von Frankreich an Nicolaus von Diessbach:[2] Burgund sammle im Herzogtum und in der Grafschaft Kriegsvolk, angeblich zu einem Zuge nach der Grafschaft Pfirt; es möchte wohl dieses Kriegsvolk auch gegen die Eidgenossen bestimmt sein.

In der That sammelte Herzog Karl in jener Zeit Kriegsvolk, ja er unterhandelte eifrigst mit den Ständen wegen der Bewilligung jener Summen, die ihm zur Errichtung eines stehenden Heeres nötig schienen; die Tendenz dieser Rüstungen war ganz offen gegen Frankreich gerichtet.[3] Ludwig XI. hatte alle Ursache, sich bei Zeiten um Bundesgenossen umzusehen und sie hübsch im Feuer zu erhalten gegen Burgund. Freilich waren die Interessen der Eidgenossen an und für sich geschädigt durch Burgund, seit es die Pfandlandschaften inne hatte.

Im Anfange hatte es wohl scheinen können, dass Hagenbach eigenmächtig handle, wenn er die ritterlichen Wegelagerer, welche Schweizer Kaufleute aufgriffen und schatzten, gegen die Rache der Eidgenossen schützte, oder wenn er diese selbst beschimpfte. Der oberdeutsche Adel war der bitterste Feind der Eidgenossen, wie es ja bei der politischen Entwickelung der Eidgenossenschaft nicht anders möglich war, und Hagenbach war ein Freund dieses Adels. Aber nun meldet Adrian von Bubenberg selbst, der Herzog von Burgund habe öffentlich erklärt: „Er wollte nit, dass Herr Peter von Hagenbach sinen Nachburen, Umbsessen noch Landschaft Lieb noch Willen thät, sondern wolle in ihm einen Landvogt haben, der ihm tüg, des ihm gefällig und lieb sei.“[4] Doch lassen es die Eidgenossen an Bemühungen nicht fehlen, mit Burgund auf freundschaftlichem Fusse zu bleiben. Ein Schreiben Berns

---

[1] Segesser, Absch. II. ad Nr. 646.

[2] Segesser, a. a. O. ad Nr. 646.

[3] Gachard, Collection de doc. ined. I. p. 216—224. Anm. 1. p. 216. Anm. p. 224 und 225.

[4] Segesser, Absch. II. Nr. 650. p. 409. Vom 10. Mai 1470.

vom 16. Mai versichert den Herzog Namens der Eidgenossen, dass sie das zwischen ihm und einigen Orten bestehende Verständniss getreulich halten wollen, wie sie gleiche Zusicherung auch von Peter von Hagenbach empfangen hätten.[1] Auch auf dem Tage in Luzern am 4. Juni wird wegen des Verhältnisses zu Burgund verhandelt.[2]

Aber die Lage Mühlhausens wurde immer drückender und Hagenbach schien keine Lust zu haben, von seinen Forderungen gegen die Stadt abzugehen. Es wurden verschiedene Tage zwischen den Bevollmächtigten Berns, Hagenbach's und des Pfalzgrafen gehalten. Aber „Hagenbach hatte allerlei seltsame Worte geredet". — Schliesslich hofften die Eidgenossen Unterstützung von Seite des Pfalzgrafen und setzten einen Tag auf den 19. Juli nach Basel.[3] Uebrigens darf man im Verhältnisse Hagenbach's zu Mühlhausen nicht alle Schuld auf Ersteren schieben.[4] Wie viel formelles Recht aber auch immerhin auf seiner Seite in dieser Sache gewesen sein möge, schwerlich hat er politisch klug und im wahren Interesse Karl's des Kühnen durch sein herausforderndes Auftreten gehandelt. Er ebnete der Politik Ludwig's XI. die Wege.

Gleichwohl hatte Bern Mühe genug, das Bündniss mit Frankreich gegen Burgund, für dessen Abschluss es sich bei Ludwig XI. verpflichtet hatte, auch den übrigen Eidgenossen annehmbar zu machen. Zu dem Tage vom 26. Juli, an welchem das Bündniss hätte vollzogen werden sollen, waren Luzern, Uri, Unterwalden und Glarus nicht erschienen. Bern schrieb ihnen deshalb am 29. Juli: Um die Sache zu fördern, sende man ihnen den von den übrigen Boten zugesagten Entwurf, mit der Bitte, denselben zu prüfen und ihre Boten mit zustimmender Erklärung, mit den übrigen Orten für den 7. August in Luzern zu haben, damit die Briefe aufgerichtet werden können, woran umsoweniger zu zweifeln sei, als man auf früheren Tagen allgemein zugesagt und diese Zusage dem Könige durch Herrn Wilhelm von Diessbach unter Berns Siegel bereits mitgetheilt habe. Ein Zurücktreten wäre für

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 652. p. 410.

[2] Ebenda, Nr. 653. p. 411.

[3] Ebenda, Nr. 655. p. 412.

[4] Schreiber, Taschenbuch.

Bern schimpflich; auch sei der Brief unvorgreiflich und ungefährlich abgefasst.[1] Und am 4. August wendet sich Bern in derselben Angelegenheit mit dringenden Bitten und Vorstellungen an Solothurn.[2]

So kommt denn unterm 13. August in Bern der Vertrag zwischen den Eidgenossen und dem Könige von Frankreich zu Stande.[3] Am 23. September wurde dann von dem Könige in Tours die Ratifications-Urkunde unterzeichnet.[4] Das Bündniss ist direct gegen Burgund gerichtet. Ludwig XI. hatte den Schlag parirt, der ihm durch die Abtretung der Pfandlandschaften versetzt worden war. Er hatte kein Mittel gescheut, um sich das Bündniss mit den Eidgenossen zu ermöglichen und zu sichern. Aber es wäre unrecht, dem Einflusse der französischen Sonnenkronen allein zuschreiben zu wollen, was in der natürlichen Entwickelung vollständig begründet ist.[5]

Dass Bern als der Dränger den eidgenössischen Orten gegenüber erscheint, erklärt sich leicht aus dem Interesse, das es selbst an dem Abschlusse des Bündnisses hatte.

Dieser Erfolg war jedoch für Frankreich nur ein halber Erfolg, so lange das Bündniss Burgunds mit Oesterreich aufrecht blieb.

Nachdem Ludwig XI. das Bündniss mit den Eidgenossen abgeschlossen hatte, gewann er den Mut, das Uebereinkommen von Peronne für ungiltig zu erklären. Er wollte sein aggressives Vorgehen gegen Burgund rechtfertigen, darum hielt er eine Notablen-Versammlung in Tours, was er weder zuvor, noch nachher gethan hat. Er liess aber allein Diejenigen berufen, von deren gutem Willen er überzeugt war.[6] In einem vom 3. December 1470 aus Amboise datirten Schriftstück,[7] gerichtet an die Prinzen von Geblüt und an

---

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 656. p. 412.

[2] Ebenda, Nr. 657. p. 413.

[3] Segesser, Absch. II. Nr. 658. p. 413. Text Beil. Nr. 47.

[4] Ebenda, Nr. 660. p. 414. Godefroy-Commines V. p. 5—6; hier datirt vom 20. September.

[5] Hidber, die Ursachen der Burgunder- und Schwaben-Kriege. p. 5.

[6] Commines-Dupont I. p. 211. Dort in Note 1 und 2 die Zeitbestimmung und andere Bemerkungen über diese Versammlung.

[7] Recueil des Traitez de Paix I. p. 108—112.

die übrigen Notablen in Tours, erklärte er, dass in Folge der Umtriebe des Herzogs von Burgund gegen ihn die Abmachungen von Peronne ungiltig und seine Besitzungen und Landschaften der Confiscation verfallen seien; ebenso werden Abmachungen und Verträge anderer Fürsten mit Burgund für aufgelöst und ungiltig erklärt.

Karl der Kühne versäumte nichts, die Winkelzüge der französischen Politik zu durchkreuzen. Er richtet sein Augenmerk auf England. Am 12. October 1470 sendet er ein Schreiben an die Bewohner von Calais wegen Truppenverstärkungen;[1] gegen die Eidgenossen war er mehr als jemals auf der Hut. Seine Truppenbewegungen an der schweizerischen Grenze erregten die Aufmerksamkeit Basels, wie uns ein Brief dieser Stadt vom 15. November 1470 an die Eidgenossen beweist.[2]

Am 14. Februar 1471 fanden in Brügge die Unterhandlungen der herzoglichen Commissarien mit den Deputirten der flandrischen Stände statt wegen Stellung der grösstmöglichsten Zahl von Pikenären, und die Zahl von 2000 wurde schliesslich von beiden Theilen angenommen.[3] Was hier im Werden begriffen war, konnte die Entwickelung Europas für Jahrhunderte in andere Bahnen lenken. Es bereitete sich eine vollständige Verschiebung der Machtsphäre der einzelnen Staaten vor, und Burgund erscheint als der Mittelpunkt aller dieser Bewegungen.

Wie auf einem Schachbrette schoben sich die massgebenden Figuren hin und her, Deckung suchend nach allen Seiten. Immer näher drängten sich die Angelegenheiten des deutschen Reiches in die Machtsphäre des burgundischen Herzogs. Wie, wenn jene schüchternen Versuche, Burgund mit Deutschland zu alliiren, wie sie wiederholt vom Kaiser selbst ausgegangen waren, zu einem Resultate führten? Wie, wenn es gelang, die Macht des nationalen Königtums in Böhmen mit burgundischer Macht niederzuwerfen, die Ansprüche Friedrich's auf die böhmische Krone zur Geltung zu bringen, die dadurch imponirend gewordene österreichische

[1] Gachard, Bibl. Paris I. p. 346.
[2] Luzerner Archiv. Vgl. Dändliker a. a. O. p. 37, Anm. 2.
[3] Gachard, Notices des Archives de Gand. p. 4.

Hausmacht mit der burgundischen zu einen und dann die widerspänstigen Reichsfürsten zu zähmen? Was hatte dann noch das Königtum Ludwig's XI. zu bedeuten; es musste unter englischen und burgundischen Streichen erliegen! Aber wenn die zu einander in Gegensatz gebrachten Elemente sich einten? Wenn die reichsfürstliche Opposition gegen Friedrich, als deren Haupt Podiebrad erscheint, den Versuch machen wollte, Burgund selbst zu gewinnen? Baiern war ja im engen Bunde mit Karl dem Kühnen! Zweifellos musste ein solcher Versuch grosse Chancen des Gelingens haben. So schwankte das Zünglein der Wage hin und her im Laufe der Jahre 1469 und 1470, alle diese Eventualitäten berührend, nach keiner Seite definitiv sich neigend.

IV. Kapitel.

Die Krone des heiligen römischen Reiches deutscher Nation.

Noch Anfangs 1464 war Kaiser Friedrich III. ausschliesslich von dem Markgrafen Albrecht Achilles in seinen politischen Entschliessungen beeinflusst. Am 1. Januar desselben Jahres hatte er sich diesem gegenüber verpflichtet, „dass er niemand Förderung oder Hülf tun wolle ohne des Markgrafen Wissen und Rat".[1] Es ist dies jene Zeit, in welcher das kaiserliche Regiment am meisten missachtet wurde, auf welche man zumeist verweist, wenn man die harten Urtheile über Kaiser Friedrich III. begründen will.

1465 fängt der Einfluss des Markgrafen an, mehr und mehr zu schwinden und der Kaiser wendet sich der wittelsbachischen Partei zu, ohne sich derselben völlig in die Hände zu geben. Der Markgraf bot Alles auf, um den Kaiser wieder in seine Gewalt zu bringen; wenn er es auch erreichte, dass eine Erkaltung zwischen Friedrich III. und der baierischen Partei eintrat, seinen Einfluss konnte er doch nicht mehr vollständig zurückgewinnen, und die einmal zwischen dem Kaiser

---

[1] Hasselholdt-Stockheim. Text p. 305. Siehe die Darstellung bei Schweizer a. a. O. p. 25 ff.

und Baiern angeknüpften Beziehungen wurden vorläufig nicht zerrissen. Die Aussöhnung des Kaisers mit der baierischen Partei gedieh so weit, dass er von Herzog Ludwig die Ladislaus'schen Kleinodien zurückerhielt, diesen dagegen in Gnaden wieder aufnahm, am 29. Januar 1468.

Je schärfer die Trennung und der feindliche Gegensatz zwischen Friedrich III. und Podiebrad sich entwickelten, und je weiter die Isolirung des Markgrafen Albrecht Achilles in Süddeutschland fortschritt, desto mehr warf sich dieser dem Podiebrad in die Arme. Im Februar 1467 vermählte er seine Tochter Ursula mit Heinrich von Münsterberg, dem Sohne Podiebrad's, trotz der Hindernisse, welche dieser Vermählung entgegengestellt wurden. Kam es auch nicht zu offener Feindschaft zwischen dem Kaiser und ihm, so zog er sich doch vom kaiserlichen Hofe zurück, gab allmälig seine fränkische Politik vollständig auf und wendete seine Aufmerksamkeit ganz den Marken zu.

Indessen kam es zwischen dem Kaiser und Podiebrad zum offenen Bruche. Georg von Stein, welcher Steyer in Ober-Oesterreich pfandweise besass, hat dem Böhmenkönige den äusseren Anlass zum Losbrechen gegen den Kaiser gegeben. Aber da es sich nur um eine Ursache des Kriegens handelte, würde sich ja wohl auch ein anderer Grund im Notfalle gefunden haben. Am 15. Februar 1467 hatte der Kaiser einen Landtag in Linz eröffnet.[1] Auf demselben erschienen Abgeordnete Podiebrad's, um jene Geldsummen zu fordern, welche ihm der Kaiser durch die Befreiung aus den Händen der Wiener schuldig geworden sei. Die kaiserliche Verschreibung hierüber, sagten sie, beweise es klar, dass diese Schuld schon vor drei Jahren hätte abgetragen werden sollen. Der Kaiser wurde durch diese und einige andere Forderungen, vielleicht auch durch die Art, wie sie vorgetragen wurden, auf das äusserste erzürnt. Er antwortete der böhmischen Gesandtschaft: Ihr König könnte billig mit dem zufrieden sein, was er bereits erhalten habe; er thue auch Unrecht, da er unter mancherlei Vorwänden Truppen nach Oesterreich sende und kaiserliche Unterthanen in seinen Schutz nehme, wie dieses bei dem Pucheim, Stein und Stephan Eyzinger der Fall sei.

[1] Kurz, Friedrich IV. II. p. 76.

Gross sei der Schaden, den hiedurch der König dem Kaiser zugefügt habe. Man habe lange genug gegen dieses Unwesen Nachsicht geübt, werde es aber künftig nicht mehr dulden. Zuletzt machte Friedrich dem Könige auch den Vorwurf, dass derselbe bei seiner Krönung zwar geschworen habe, dem katholischen Glauben treu ergeben zu bleiben, dass dieses Versprechen bisher aber sehr schlecht erfüllt worden sei. Die Gesandten fühlten sich durch diese Rede beleidigt und stiessen harte Drohungen aus; sie nahmen nicht einmal die schriftliche Antwort des Kaisers an und verliessen höchst unwillig den Rat. Der Kaiser geriet dadurch in ein ganz ungewöhnliches Feuer und liess, um sein Betragen zu rechtfertigen, die böhmischen Forderungen und seine darauf ertheilte Antwort der ganzen ständischen Versammlung, die beinahe aus zweitausend Personen bestand, öffentlich vorlesen. Er erklärte dann, dass er so grossen Uebermut von Seite der Böhmen nicht länger mehr dulden würde. Er wäre entschlossen, sagte er, Leib und Gut daranzusetzen, um seine gerechte Sache zu vertheidigen. Er wolle den Papst, die Kurfürsten und das ganze römische Reich um Hilfe gegen diesen seinen unbilligen Gegner anrufen und Alles in Bewegung setzen.[1] Wenn die Chronisten jener Zeit solchen Worten des Kaisers stets die Klausel beizufügen pflegen: bald verrauchte die Hitze des Kaisers wieder, und es geschah nichts von dem, was er zu thun sich plötzlich vorgenommen hatte, so hat das allerdings viel zu der unrichtigen Beurtheilung des Kaisers beigetragen, ohne dass es darum wahr wäre. Die zeitgenössischen Geschichtschreiber hatten keine Kenntniss von dem, was der Kaiser unternahm, seine Drohungen zu verwirklichen. Mit Waffengewalt allerdings konnte er selten seiner Meinung den nötigen Nachdruck geben, was aber auf diplomatischem Wege erreichbar war, hat er fast nie versäumt. Das zu erfahren hatte auch Podiebrad diesmal reichlich Gelegenheit.

Die Kriegserklärung, welche Podiebrad's Sohn Victorin seinem Einfalle in Oesterreich Januar 1468 voranschickte, bewegte sich ganz im Gedankengange jener Botschaft.

---

[1] Adrian Rauch, Historia rerum austriacarum. p. 171. — Kurz, Friedrich IV. II. Bd. p. 80 ff.

Dieselbe war in Form eines Briefes abgefasst und an Kaiser Friedrich gerichtet. Victorin's Zug ging über das Kloster Zwettl, in dessen Gegend sich noch heute das Gedenken an die grausamen Hussitenschaaren nicht völlig verwischt hat, wie auch noch Spuren der hussitischen Heerstrasse, „Bohaimersteich" genannt, vorhanden sind.[1]

Die geringen Truppen, die Friedrich aufzubringen vermochte, hätten wohl zur Abwehr nicht genügt; seine diplomatische Thätigkeit erwies sich diesmal wirksamer. Schnell war ein Bündniss zwischen ihm und Mathias Corvinus zu Stande gekommen, und das Unheil der Hussitenschaaren war von Oesterreich abgewendet; Victorin musste nach Böhmen zurückkehren.

Der Hass Podiebrad's gegen den Kaiser hatte seine Quelle in dem Vorgehen des Letzteren auf dem Nürnberger Reichstage, wo Friedrich III. sich den Ketzertheorien des Papstes angeschlossen. Am 1. Jänner 1467 ward die Bannbulle gegen Podiebrad ausgefertigt, am 15. Mai 1467 traf der Bann auch die mit ihm verbündeten Fürsten, also wohl hauptsächlich den Markgrafen Albrecht Achilles wegen Vermählung seiner Tochter Ursula mit Heinrich von Münsterberg, die im Februar 1467 erfolgt war. Der Kaiser setzte in der That den Papst und die Fürsten gegen Podiebrad in Bewegung. Am 13. Juli 1468 richtete er ein Schreiben an Herzog Sigmund von Tirol mit dem Auftrage, die Bulle des päpstlichen Ablasses für die Kreuzfahrer gegen den Ketzerkönig und der Hebung des geistlichen Zehends zum Kriege gegen denselben bekanntmachen zu lassen.[2] Vom 3. November 1468 ist die Urkunde datirt, in welcher sich Mathias Corvinus zur Hilfeleistung verpflichtet.[3] Der Kaiser hat ihm die unverpfändeten Einkünfte des Landes Oesterreich unter und ob der Enns, soweit sie nicht zu seinem Fürstentum Steyer gehören, auf ein Jahr verschrieben: vom Michaelstag, d. i. 29. September 1468 angefangen, bis zu demselben Tage des folgenden Jahres. Dafür verpflichtet sich Mathias, diese Länder während dieses

[1] Die alte Burg Kirchberg am Walde. Abhdlg. von Ignaz Chalaupka, Zeitschrift für österr. Landeskunde.

[2] Kurz, Kaiser Friedrich IV. II. Bd. p. 91, Note a.

[3] Ebenda, Beil. XXXVII. p. 244.

Jahres gegen die Einfälle der Böhmen und Mährer zu schützen, während dieser Zeit keinen Frieden oder Waffenstillstand zu schliessen, und falls zwischen dem Kaiser und den Aufständischen keine Verständigung möglich, auch gegen diese ihm beizustehen.

Podiebrad vermochte dem Ungarkönig keinen wirksamen Widerstand zu leisten. Mathias fiel in Mähren ein, und es gelang ihm, sich vieler Städte zu bemächtigen, während in Schlesien die Aufständischen einen grossen Theil der Kraft Podiebrad's in Anspruch nahmen.

Der Kaiser, nachdem er auf diese Weise die Gefahr von sich abgewälzt hatte, unternahm eine Wallfahrt nach Rom. Er behauptete, dass ihn ein Gelübde dazu verpflichte und hatte sich in der That schon im vorhergehenden Jahre mit Geleitsbriefen versehen.[1] In Rom entwickelte er dem Papste gegenüber eine Devotion, die selbst den Römern auffiel; aber bei alledem verfolgte er genau seine weltlichen Ziele; seine Besprechungen mit dem Papste waren vermutlich auch gegen Mathias gerichtet, dem er gerne auf Grund seiner eigenen Ansprüche die Krone Böhmens entzogen hätte. Es scheint nicht, dass er in dieser Beziehung beim Papste bereitwilliges Entgegenkommen fand, aber sicher ist, dass er den Argwohn des ungarischen Königs erregte, der sich von nun an bestrebte, eine Rückendeckung zu gewinnen, umsomehr, als Podiebrad ein Einverständniss mit Polen herzustellen verstanden hatte. So wurde Anfangs 1469 ein Waffenstillstand zwischen den Kämpfenden geschlossen. Am 7. April fand eine Zusammenkunft zwischen Mathias und Podiebrad in Olmütz statt, die resultatlos blieb. Am 3. Mai 1469 erfolgte die Krönung des Mathias Corvinus zum Könige von Böhmen.

Um diese Zeit, 14. Juli 1469, erfolgte im Streite des Markgrafen Albrecht Achilles mit den Pommern-Herzogen eine ungnädige Citation des Markgrafen durch den Kaiser.[2] Der Vorwurf, dass der Kaiser sich durch Geld habe zu diesem Acte verleiten lassen, müsste bewiesen sein, um als mehr zu gelten, denn eine Verleumdung. Man braucht nur der

[1] Kurz, Friedrich IV. II. Bd. p. 99, Note a.

[2] Droysen, Gesch. der preussischen Politik. II. Abtheilung. I. Band. p. 248.

Stellung Brandenburgs, fast an der Seite Podiebrad's, zu gedenken, in einer Zeit, wo dieser die Erblande des Kaisers verheeren liess, und man wird es nicht auffällig finden, dass der Kaiser einmal einen ungnädigen Act gegen Brandenburg ergehen liess, nachdem er so unzählige Gnadenacte an dem hohenzollerischen Geschlechte geübt hatte. Am kurfürstlich brandenburgischen Hofe wurden inzwischen schon die Verhandlungen eingeleitet wegen Abtretung der Kurwürde an Albrecht.

Podiebrad hatte die Gefahr erkannt, in der er schwebte; er suchte sich derselben zu entledigen. Boten Kaiser und Papst zum Kreuzzuge auf gegen ihn, den Ketzerkönig, so konnte er es versuchen, den Kaiser in seinem eigenen Hause anzugreifen, — hatte dieser oft gedroht, die deutsche Krone niederzulegen, so konnte man ihn zwingen, diese Drohung jetzt zu verwirklichen. Burgund war bereit, auf alle Anträge einzugehen, die zu einer Machterhöhung führen konnten. Für einen kriegerisch und finanziell mächtigen Fürsten war die Krone des heiligen römischen Reiches deutscher Nation noch immer eine Lockung, welcher schwer zu widerstehen war. Wie es mit der Selbstherrlichkeit der deutschen Fürsten aussehen würde, wenn erst Karl der Kühne die deutsche Krone sich auf's Haupt gesetzt hätte, war freilich eine Frage, deren Beantwortung auch für Podiebrad nicht schwer sein konnte; aber das stand für ihn jetzt in zweiter Linie, wo er um seine Selbsterhaltung kämpfte. So lässt es sich begreifen, dass sein Unterhändler, Georg von Stein, dem Herzoge Karl dem Kühnen von Burgund die römische Königskrone antrug. Georg von Stein befand sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1469 am burgundischen Hofe und brachte einen Vertrag zu Stande, der uns vorliegt.[1] Derselbe wurde in Haag abgeschlossen. Wie immer, ist es auch hier die Türkengefahr, welche in den Vordergrund geschoben wird, um die eigentlichen Ziele zu bemänteln. Die Kurfürsten sehen ein, dieselbe ist nicht anders abzuwehren, als durch die Wahl eines neuen römischen Königs. Man habe auf den durch seine Tapferkeit, Gerechtigkeitsliebe

---

[1] Godefroy-Commines, IV. p. 378—381.

und sonstigen Tugenden hervorragenden Herzog Karl von Burgund sein Augenmerk geworfen, und man einigt sich schliesslich mit ihm über folgende Punkte und Artikel, für deren Annahme bei den übrigen Kurfürsten sich Podiebrad verbürgt, namentlich aber bei dem Erzbischof von Mainz, dem Herzog Ernst von Sachsen und dem Markgrafen Friedrich von Brandenburg. Wie man sieht, zielt diese Gewährleistung nur auf die brandenburgische Partei; Köln, Trier und Pfalz waren ja ohnedies dem burgundischen Herzoge vollständig sicher. Karl verpflichtet sich, wenn gewählt, die Wahl anzunehmen, andererseits verpflichtet sich Podiebrad, ihn bei Uebernahme der Verwaltung des Reiches mit aller seiner Macht zu unterstützen. Doch die Dienste, die dieser leisten will, werden nicht so ganz uneigennützig geboten. Denn Karl muss sich verpflichten, wenn er gewählt wird und im Frieden die Verwaltung des Reiches angetreten hat, dem Könige für seine Mühe und Auslagen und für die Gewinnung der übrigen Kurfürsten eine Summe von 200.000 rheinischen Gulden baar zu bezahlen,[1] ausserdem hat er Podiebrad und seine Söhne mit den Gütern des Grafen von Katzenellenbogen zu belehnen, welche Belehnung ihm vom gegenwärtigen Kaiser Friedrich bereits zugesichert ist.

Das ist der Inhalt jenes Schriftstückes, das uns einen Blick gestattet in die Corruption der diplomatischen Künste dieser Zeit.[2]

Bevor noch Georg von Stein bei Karl dem Kühnen erschien, war Herzog Sigmund von Oesterreich-Tirol

[1] „Qui quidem Dominus Karolus dum in Regem Romanorum sic electus et pacificam Imperii administrationem adeptus fuerit, predicto Domino Regi pro suis laboribus et expensis ac aliorum coelectorum propterea faciendis ac etiam gratuitatis causa summam ducentorum milium florenorum Renensium realiter solvere tenebitur." a. a. O.

[2] Die Einleitung bildet die Legitimations-Urkunde Georg's von Stein als Bevollmächtigten des Königs Georg von Podiebrad. Diese besteht in einem Beglaubigungsschreiben, datirt aus Prag vom 2. Juli 1469. Für die Bestimmung der Zeit der Ausstellung des Vertrages ist der Umstand massgebend, dass sich Karl der Kühne vom 12. August bis 3. November 1469 in Haag aufhielt, aus welchem Orte die Urkunde datirt ist. Vom 12. August an war Karl der Kühne durch ungefähr einen Monat krank. Vom 28. September an empfing er wieder Gesandtschaften, darunter auch solche aus Deutschland. Vgl. Godefroy-Commines, Extrait d'une anc. Chr. p. 356.

am burgundischen Hofe gewesen und hatte die Mission auf sich genommen, die Unterhandlungen wegen Vermählung der Tochter Karl's, Maria, mit des Kaisers Sohn, Maximilian, bei Kaiser Friedrich III. einzuleiten. Der Antrag zu dieser Verbindung wurde vom Herzoge Sigmund, wie dieser selbst erzählt, dem burgundischen Herzoge gemacht. Es geschah dies zu jener Zeit, als sich Sigmund wegen Verpfändung seiner Lande am burgundischen Hofe befand. [1] Der Reichtum Karl's des Kühnen und seine Ländermacht hatten eine solche Verbindung als ein dankenswertes Ziel für die Bestrebungen seines Hauses dem Herzoge Sigmund erscheinen lassen, und er selbst meint, „dann es durch Schickung Gottes wohl dazu kommen möchte, dass ein so merklicher Fall wieder an das Haus Oesterreich käme, als in langer Zeit je geschehen wäre." [2] Diese Erwägungen hatten Sigmund aus einem Parteigänger Frankreichs zu einem Verehrer Burgund's gemacht und liessen ihm das burgundische Ehebündniss begehrenswerter erscheinen, als das französische, das er früher bei dem Kaiser befürwortet hatte. Der grosse Ländererwerb, welchen die burgundische Heirat dem Hause Oesterreich bringen konnte, scheint trotz seiner für Friedrich III. wenig freundschaftlichen Stimmung doch auch für ihn das Entscheidende gewesen zu sein.

Es ist nicht zu bestimmen, ob zwischen Herzog Sigmund und Herzog Karl noch während des Ersteren Anwesenheit am burgundischen Hofe Verabredungen getroffen wurden über die Bedingungen dieser Eheschliessung. Nahezu gewiss ist es, dass erst die Verhandlungen mit Georg von Stein in Karl den Gedanken rege werden liessen, durch die Heirat den Kaiser für das Project Podiebrad's zu gewinnen. Die beiden Bestrebungen würden also in der Person Karl's des Kühnen einen unvermuteten Vereinigungspunkt gefunden haben. Karl der Kühne sendete Georg von Stein an den Hof des Herzogs Sigmund, damit er persönlich im Interesse der Sache wirke. [3] Durch ihn wurde Sigmund vollständig für das burgundisch-böhmische Project gewonnen und auch in die

---

[1] Chmel, Mon. h. I. 2. XXIII. p. 134 u. 135.

[2] Ebenda.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. B. p. 9. Schreiben Karl's an Herzog Sigmund vom 3. September 1469. Die begründende Stelle lautet: „Praeterea

Bedingungen eingeweiht, unter welchen Karl in eine Heirat seiner Tochter mit Maximilian willigen würde; die hauptsächlichste Bedingung war jedenfalls die Annahme des böhmischen Vorschlages seitens des Kaisers, Karl auf den deutschen Königsthron zu erheben.

Die Gesandtschaft, welche Herzog Sigmund kurz darnach an den kaiserlichen Hof abordnete, nämlich Ulrich von Fruntsberg und Ludwig von Masmunster, scheint beauftragt gewesen zu sein, dem Kaiser in einer mündlichen Botschaft die Sache vorzutragen.[1]

---

nobilem dominum Georium de Lapide a presentia vestre dilectionis pro nonnullis nostris negotiis nunc proficiscentem vestre eidem dilectioni utcumque possimus facimus plurime commendatum." Die Stelle wurde bis jetzt vollständig übersehen.

[1] Die Zeitbestimmung ergibt sich folgendermassen: Vom 3. September 1469 ist das Schreiben datirt, mit welchem Karl der Kühne Georg von Stein an Herzog Sigmund empfiehlt. Stein dürfte also wahrscheinlich im Laufe des Monates September den burgundischen Hof verlassen haben und Ende September oder Anfang October bei Sigmund eingetroffen sein. Dort ist er bis zum Beginne des Jahres 1470 verblieben, um sich dann an den brandenburgischen Hof zu begeben, wie eine Vergleichung des Actenstückes Fontes rer. austr., II. Abthlg., Bd. XX. 508. p. 616—619 ergibt. Zu gleicher Zeit schickte Herzog Sigmund seine Gesandten Fruntsberg und Masmunster an den Hof des Kaisers. Dort scheint etwas umständlich über die Sache verhandelt worden zu sein. Das ist aus einem Schreiben Herzog Sigmund's an Karl den Kühnen, vom 26. September 1470, zu entnehmen, in welchem er über den Erfolg seiner Intervention beim Kaiser berichtet und in welchem es heisst: „Eur lieb tun wir zu wissen auf den abschid so eur Rete hie von uns abgeschaiden sind, daz wir uns zu stund an zu unserm lieben Herrn und vettern dem Römischen Kaiser gefügt . . ." (Vgl. Chmel, Mon. h. I. 1. 1. D. p. 10 f. und I. 1. VII. p. 25 ff.) Dass die Verleihung der Königswürde durch diese Gesandtschaft bedungen und die Sache mit Sigmund verabredet worden war, erhellt aus folgender Stelle desselben Briefes: „nachdem aber der abschid mit euren Retten enndtlichen beslossen ward auf einen artikl das Römisch Reich berührend und eur lieb maynung daselbs gantz darauf stunde wo solichs nit fürgang möchte haben, daz vielleicht alle ander übung und arbeit nicht erschiessen und umbsunst sein werde." Dass eine mündliche Information vorhanden war, erweist sich aus folgender Stelle der Instruction: vil merklich Ursach halben darin angesehen die du Ludwig von Masmunster wol weisst, nemlich des falls halb so geschehen möcht, wie auch der von Burgundi ein Glied des heiligen Reiches sei . . " Mit diesem Fall kann doch nur die Erhebung Karl's zum römischen Könige gemeint sein. Noch klarer wird die Sache durch die Antwort des Kaisers (vgl. Chmel, Mon. h. I. 1. 4. p. 20—24). Der Kaiser

Erörterung von Detailfragen wird durch diese Gesandtschaft schwerlich in Aussicht genommen gewesen sein.

Die Antwort des Kaisers ist ablehnend. So gross die Vortheile sind, die ihm eine solche Verbindung böte — er verweigert die Annahme mit Rücksicht auf das Reich. „Aber sein kaiserlich Gnad hab in die Sachen gesehen, mit Fleiss darinnen Rat gehalten und meniger Ursach funden, damit sein kaiserlich Gnad dem heiligen Reich und den Kurfürsten und Fürsten des Reichs also verbunden, gewandt und verpflichtet dadurch Solches, so er von Reichs wegen begehrt hat nicht möglich noch in einigerlei Weg sein kaiserlich Gnad zu thun sei." Er will auf das Anerbieten des Burgunders nicht verzichten, er erkennt die volle Bedeutung für das Haus Oesterreich, aber er will es nicht erkaufen auf Kosten des Reiches. Alles, wozu sich der Kaiser herbeilässt, ist, dass er „willig sei, ihn zum König zu machen, also dass er ihm nach seiner Land einem, welches ihm dazu gefällt, selbst einen Namen des Königreiches schaffe, danach will ihn sein kaiserlich Gnad König nennen, ihm auch die Lande, so er vom Reiche innehat, und dem Reiche rechtlich zugehören und heimgefallen sind, dazugeben in solcher Bescheidenheit, dass er damit seine Regalia vom Reiche empfange und dem Reiche davon gehorsam sei." [1] Zum Schlusse wird ein Schutz- und Trutzbündniss angetragen.

Da ist doch wahrlich keine Spur von einem so schmählichen Schacher, wie er in dem Vertrage, welcher durch Stein Namens Podiebrad's mit Burgund abgeschlossen wurde, uns entgegentritt — ein Vertrag, mit dem, wie man sieht, mehr als die Hälfte der Kurfürsten als einverstanden angesehen wurde.

In einem Zusatzartikel erläutert der Kaiser noch einige Bedingungen, die er an eine eventuelle Vermählung Maximilian's mit Maria knüpft. Derselbe enthält folgende Punkte:

---

antwortet auf Dinge, die in der Instruction gar nicht enthalten sind und speciell heisst es: „... dadurch Solches so er von Reichswegen begehrt hat . .", und später wird im selben Schreiben der Vorschlag gemacht, Karl dem Kühnen nach einem seiner Lande den Königstitel zu verleihen.

[1] Chmel, Mon. h. I. 1. 4. p. 20—24. Bezüglich der Datirung vgl. den Excurs.

Herzog Maximilian müsse zur Heirat das 16. Lebensjahr erreicht haben. Die Wiedererwerbung der österreichischen Erblande bei Gelegenheit der Morgengabe hänge von dem Willen Herzog Sigmund's ab. Bündnisse zwischen Burgund und Oesterreich seien genehm. Komme die Heirat zu Stande, so wolle der Kaiser die Holländer, Seeländer und Friesländer aus der Acht ziehen und die Strafgelder der Braut zuwenden. Die Ausgleichung der Forderung Burgunds an weiland Herzog Leopold sei Herzog Sigmund überlassen. Käme die Heirat nicht zu Stande, so solle dieser dafür Sorge tragen, dass es nicht etwa verlaute, Oesterreich habe von Burgund eine abschlägige Antwort erhalten. Ueberhaupt möge die Sache geheim bleiben, damit nicht eine etwaige Heirat und ein Bündniss mit Frankreich vereitelt werde.[1]

Herzog Sigmund beeilte sich, dieses Resultat seiner Bemühungen dem Herzoge Karl von Burgund bekanntzugeben.[2] Dieser erhielt zwei Bescheide, die ihn wenig befriedigen konnten, denn schon früher ist ihm die Nachricht zugegangen, dass Georg von Stein's Werbungen bei dem Brandenburger resultatlos geblieben seien. Der rührige Unterhändler Podiebrad's, dem es, wie er dem Kaiser ja hinlänglich bewiesen, weder an Schlauheit noch Energie fehlte, hatte sich von Sigmund an den Hof des Markgrafen von Brandenburg begeben und bot alle Mittel auf, um Brandenburg zur baierisch-böhmisch-burgundischen Partei herüberzuziehen. Er bot dem Brandenburger die Lausitz, oder die sechs Städte, oder Egerland, oder sechzigtausend Gulden. Auch an anderen Mitteln liess er es nicht fehlen, ihn zu gewinnen. Er verwies auf die freundschaftlichen Beziehungen Burgunds zum Papste, liess durchblicken, dass derselbe bereits sein Einverständniss zu den Abmachungen gegeben, er drohte damit, dass der Pfalz-

---

[1] Chmel, Mon. h. I. 1. 4. p. 20—24. Diejenigen, welche die Instruction Herzog Karl's für seine Gesandten an Herzog Sigmund vor dieses Schreiben Kaiser Friedrich's setzen, möchte ich doch wohl fragen, wie sie den Inhalt beider Schriftstücke miteinander zu vereinigen vermögen. Wenn Burgund einen so vollständig detailirten Antrag gestellt hätte, wie er in der Instruction enthalten ist, brauchte der Kaiser nicht zu fürchten, dass die Schande der Ablehnung auf Oesterreich fallen würde.

[2] Schreiben Sigmund's vom 26. September 1470.

graf gerne bereit sei, an die Stelle des Brandenburgers zu treten, wenn man es ihm nur gönnen wollte, er bot ihm eine hervorragende Machtstellung im Reiche, ja er wollte ihm „zusagen, Sachen zu erlangen, die keinem Fürsten im Reich von einem armen Gesellen im Reich je erlangt worden sind". [1]

Nichts konnte Albrecht Achilles bewegen, seine Zustimmung zu dem Projecte zu geben. Brandenburg hatte zu reiche Erfahrungen; was konnten für dasselbe Versprechungen bedeuten, deren Erfüllung zum Schlusse von der baierischen Partei abgehangen wäre. Welchen Wert hatte selbst Podiebrad's Wort für den Markgrafen? Und nun gar die missliebige Persönlichkeit Stein's, den Albrecht Achilles einmal einen verlogenen Buben nennt.

Fand so von der einen Seite das Project Podiebrad's wenig Förderung, so sah sich Karl auch betrogen, wenn er gehofft hatte, dass Friedrich's III. Beistimmung leicht zu erlangen sein würde. Er mochte schwerlich gedacht haben, dass der Kaiser die Erhöhung des burgundischen Hauses, die ja doch in der Heirat Maria's mit dem Sohne des Kaisers lag, so hoch anschlagen würde. Der Brief Sigmund's [2] belehrte ihn darüber, dass die Krone des heiligen römischen Reiches nicht im Fluge zu erhaschen sei.

Karl der Kühne hatte nach den Anträgen des Kaisers die Möglichkeit, eines seiner Lande zu einem Königreiche erhoben zu sehen und den Königstitel nach einem der-

---

[1] Fontes, rer. austr. II. Abtheilung. Bd. XX. 508. p. 616—619.

[2] Mon. habsb. I. 1. 1. D. p. 10—13 und I. 1. 7. p. 25—28. Auch dieser Brief beweist, dass Detailfragen burgundischerseits noch nicht erörtert worden waren, dass also die schon erwähnte Instruction Karl's noch nicht existirte. Es ward von burgundischer Seite nur ein Postulat in energischester Weise aufgestellt: Erlangung der deutschen Königskrone; darauf bezieht sich die Stelle: „Nachdem aber der abschid mit euren Retten enndtlichen beslossen ward auf einen artikl, das Römisch Reich berührend und eur lieb maynung daselbs gantz darauf stunde, wo solichs nicht Furgang möchte haben, daz vielleicht alle ander übung und arbeit nicht erschiessen und umbsunst sein werde." Man sieht, dass Burgund auf Erfüllung seiner Forderung mit grösster Entschiedenheit zu bestehen gedachte, selbst auf die Gefahr hin, dass die Verhandlungen resultatlos bleiben sollten. — Im Uebrigen enthält dieses Schreiben Sigmund's nur eine Wiederholung der schon an einer früheren Stelle p. 39 f. gegebenen Ausführungen der kaiserlichen Antwort auf die Gesandtschaft Sigmund's.

selben zu führen. Das hatte für den burgundischen Herzog, der sich im Vollgefühle seiner Macht befand, nicht viel zu bedeuten. Doch wollte er die Unterhandlungen nach diesem ersten Misserfolge, der allerdings nach allen Seiten ein vollständiger war, nicht abbrechen. War er auch geneigt, auf die Forderung, zum römischen König erhoben zu werden, zu verzichten, und legte er andererseits keinen Wert auf den blossen Königstitel, so war es ihm desto mehr um unbedingte Anerkennung seiner Grossmachtstellung zu thun. Der Kaiser aber knüpfte an die Verleihung des blossen Titels schon die Bedingung der Anerkennung der Lehenshoheit des deutschen Reiches über gewisse Theile Burgunds. Das war ihm um so unbequemer, als er gerade in jener Zeit die ersten Schritte that, ein anderes Reichslehen, Geldern, zu erwerben. Noch im December 1470 hatte er den alten Herzog von Geldern heimlich aus seiner Haft in Thielt befreien lassen, und am 7. Jänner 1471 trafen Vater und Sohn bei ihm in St. Paul zusammen.[1]

Er machte daher noch einmal einen Versuch, seine Pläne beim Kaiser durchzusetzen. Diesen Versuch leitete er ein mit einem Schreiben, das er unterm 15. Jänner 1471 an Herzog Sigmund richtete,[2] als Antwort auf dessen früher erwähntes Schreiben.[3] Er lässt das Project Podiebrad's fallen und sucht nur die Anerkennung des burgundischen Reiches als geschlossenes Staatswesen und die Einfügung desselben in den deutschen Reichsverband zu erreichen. Der Inhalt des Briefes ist kurz folgender:

Er habe das Project nicht erfunden und früher nicht daran gedacht, römischer König zu werden, bevor er sich nicht überzeugt, dass der Kaiser selbst es wünsche. Er verfolge keine Sonderinteressen damit und habe sich wahrlich nicht leicht dazu bereden lassen. Durch die Abweisung des Kaisers erachte er sich nicht beschwert und eine grosse Sorge sei von ihm genommen, wenn derselbe darauf beharre. Maximilian würde er nur unter der Bedingung zum Schwiegersohn annehmen, dass dieser ihm in der Regierung nachfolge,[4]

---

[1] Godefroy-Commines, anc. chron. p. 360—361.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. E. p. 13—14.

[3] Vgl. p. 41 Note 2.

[4] Offenbar der burgundischen Lande und in der Königswürde.

übrigens wünsche er die Krone nur zu empfangen, wenn es im Interesse des Staates und des öffentlichen Wohles gelegen sei. Den Schweizern habe er geschrieben und Boten geschickt; für weitere Auseinandersetzungen verweist er auf den Gesandten Theodor von Rumblang, der demnächst am Hofe Herzog Sigmund's eintreffen werde.[1]

Wie wenig Karl der Kühne geneigt war, die Idee, im deutschen Reiche eine Machtstellung zu erlangen, fallen zu lassen, sieht man aus diesem Schreiben; wollte er aber zum Ziele kommen, so war es notwendig, die schwerfällige kaiserliche Kanzlei in ihren Entwürfen zu unterstützen. Es liegt uns aus dieser Zeit ein Schreiben des Markgrafen Rudolf von Hochberg an Herzog Sigmund vor,[2] in welchem an einem Beispiele erläutert und gezeigt wird, wie sich die ganze Angelegenheit am schnellsten erledigen lasse. Wir werden wohl nicht irren, wenn wir uns Theodor von Rumblang als den Ueberbringer dieses Briefes denken. Der Inhalt desselben ist kurz folgender: Da ihm die Angelegenheit zu fördern als Schuld und Pflicht erscheint, habe er gedacht, schreibt er an

---

[1] Wie man dieses Schreiben als Abbruch der Verhandlungen bezeichnen kann, wie es geschehen ist (vgl. Lindner), ist unbegreiflich.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 8. p. 28—30. Rudolf von Hochberg beruft sich auf Theodor von Rumblang und ausserdem direct auf das erwähnte Schreiben Herzog Sigmund's, und zwar auf jenen Passus, der aus dem kaiserlichen Briefe in den herzoglichen mit herübergenommen war, dass es dem Kaiser unmöglich sei, Karl zum römischen Könige zu machen, mit Rücksicht auf das Reich, die Kurfürsten und die Fürsten. Nicht anders ist die folgende Stelle zu verstehen: „Item wollte .... sein kaiserlich Gnad auf der letzten Meinung bleiben .... er hätte (könnte) solches (Krönung) nicht zu tun mit der Entschuldigung als jetzt durch Euer Botschaft und in Eurer Schrift gelautet hat, darum so schick ich Euer Gnaden hiebei zu Eurer Unterrichtung und zu mehrer und weiterer Fürhaltung Seiner kaiserlichen Majestät eine wahrliche Abschrift, ... wie denn solichen Sachen im heiligen Römischen Reich gehandelt sind worden vor Zeiten." (Das Schriftstück scheint sehr unleserlich geschrieben zu sein, nur dadurch vermag ich die beispiellos verworrene Edition zu erklären, die es schwierig macht, den Sinn und Zusammenhang zu ergründen.) Durch die unmittelbare Beziehung auf das Schreiben Sigmund's ist nahezu die Gewissheit hergestellt, dass dieser Brief des Markgrafen von Hochberg die Fortführung der Verhandlungen ermöglichen sollte und ferner, dass die Zeitbestimmung desselben, welche für diese Darstellung angenommen wurde, die richtige ist. Vgl. den Excurs.

Herzog Sigmund, „im allerpesten Euren Gnaden ein Unterrichtung zu tun, nach Inhalt dieses Memorials".

Dieses merkwürdige Memoriale ist nicht vorhanden; aus dem vorliegenden Briefe geht jedoch hervor, dass der Herzog von Burgund geneigt war, auf den Königstitel des deutschen Reiches zu verzichten, wenn ihm nur eine Machtstellung, verbunden mit einem entsprechenden Titel, eingeräumt würde. „Da der Kaiser besorgt sei, wenn Herzog Karl zum römischen König gemacht würde, er würde seinerzeit dem Sohne des Kaisers das Reich nicht abtreten wollen, so wolle er ein Mittel angeben, diese Besorgniss gegenstandslos zu machen. Der Kaiser möge dem Herzog von Burgund einen Titel geben nach Weisung der beifolgenden Abschrift, und je weiter, höher, löblicher und ehrlicher derselbe wäre, desto förderlicher wäre es der Angelegenheit, und wenn Herzog Maximilian zu seinen „regierenden Jahren" komme, so möge er römischer König werden, und der Herzog von Burgund werde es nicht hindern, nur eine beratende Stimme bedinge er sich aus, aber der Kaiser solle ihn belehnen mit allen angesprochenen Landen und er möge, wie es von altersher üblich, „die salbe also empfahen als vom heiligen Reich", wie die anderen Fürsten."

Darin fasst sich zusammen, was jetzt der Herzog von Burgund verlangte. Läge uns jene Abschrift vor, so wüssten wir genau, welchen Titel er verlangte; dass es kein leerer war, ist selbstverständlich. Wäre es ihm um einen solchen zu thun gewesen, dann hätte er ja eines seiner Lande zum Königreiche erheben lassen können, wie es ihm vorgeschlagen worden war. Podiebrad's Plan war vergessen, als dieses Schriftstück am burgundischen Hofe verfasst wurde. Denn damals, als Georg von Stein sein Project dem leicht zu begeisternden Karl vorgelegt, hatte es geheissen, dass die Erhebung zum römischen Könige unerlässliche Bedingung sei für die Bewilligung der Heirat.

Eine Antwort des Kaisers oder Herzog Sigmund's auf die Briefe Karl's und des Markgrafen von Hochberg liegt nicht vor. Nur ein Erlass des Kaisers aus der Zeit seines Regensburger Aufenthaltes ist vorhanden.[1] Es ist dies die

[1] Chmel, Reg. Kaiser Friedrich's IV. Nr. 6272. Lichnowsky, Reg. Nr. 1544.

Erklärung des Kaisers, dass die Ernennung des Herzogs Karl zum Schutzherrn von St. Maximin in Trier dem Erzstift keinen Eintrag thun solle.

Man fasst dieses Schriftstück gewöhnlich als einen Beweis für die intimen Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Herzoge auf, indem man auf das Moment der Ernennung Karl's zum Schutzherrn das hauptsächlichste Gewicht legt. Es lässt sich jedoch die Bemerkung nicht unterdrücken, dass man die Tendenz desselben nicht mit völliger Gewissheit bestimmen kann. Eine blosse Exemtion kann den Charakter des Erlasses nicht feststellen, umsoweniger, da dieselbe zu Gunsten des Erzbistums Trier erfolgte, welches mit Karl damals durchaus nicht in freundlichem Einvernehmen stand.

Wenn wir nun auch von diesem Actenstücke ganz absehen, muss uns die Zurückhaltung des kaiserlichen Hofes, wie sie in dem völligen Schweigen ausgedrückt ist, auffällig erscheinen, denn wir haben die Gewissheit, dass während dieser Zeit auch keine kaiserliche Gesandtschaft am burgundischen Hofe sich aufhielt.[1] Dieses Abbrechen aller Verhandlungen ist, wie wir gesehen haben, nicht von Burgund ausgegangen, sondern von Oesterreich. Wir müssen als Ursache dieser Störung einen Einfluss von grosser Bedeutung erkennen. Aus einem Schriftstücke über die Unterhandlungen Brandenburgs mit Pommern erhalten wir die Aufklärung, dass sich Albrecht Achilles am 20. December 1470 am kaiserlichen Hofe befindet.[2] Die Anwesenheit dieses Mannes beim Kaiser vermag uns wohl diesen Umschwung zu erklären.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob die Gefahr wirklich so drohend für das Reich war, wenn die Pläne, die im Jahre 1469 verhandelt wurden, verwirklicht worden wären. Die Macht Karl's wäre zweifellos auf Maximilian übergegangen, eine Verwälschung des Reiches war nicht zu besorgen; für Brandenburg allerdings war die Gefahr gross, namentlich wenn Böhmen und Ungarn sich einigten. Aber wenn man auch

[1] Extrait d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines III verzeichnet während dieser Zeit keine kaiserliche Gesandtschaft am Hofe Herzog Karl's des Kühnen; es hat sich also auch zuverlässig keine dort eingefunden.

[2] Riedel, Codex dipl. brand. II. 5. p. 147.

dem Einflusse des Markgrafen alle ihm zukommende Bedeutung beimisst, darf doch nicht übersehen werden, dass auch andere Umstände massgebend waren. Der Friede und die Eintracht zwischen dem Kaiser und Wittelsbach waren nicht von langer Dauer gewesen. Am 8. Juni 1470 hatte der Kaiser wegen der Weissenburger Angelegenheit den Reichskrieg gegen den Pfalzgrafen erklärt und ihn der Landvogtei im Elsass entsetzt. Dass dieser neuerliche Zwist zwischen Kaiser und Pfalzgrafen der burgundischen Heirats-Angelegenheit förderlich war, ist nicht zu behaupten. Viel wahrscheinlicher ist es, dass diese Vorgänge den Kaiser von der burgundisch-baierischen Partei abzogen und den Einflüsterungen des Brandenburgers geneigter machten. An dieser Feindschaft scheiterte auch später noch die Einigung zwischen dem Kaiser und Burgund. Weiter geschah Manches, um eine Annäherung an Burgund nicht nötig erscheinen zu lassen. Durch Vermittlung Brandenburg's war ein Bündniss mit Polen zu Stande gekommen. Dieses schützte den Kaiser gegen die Eventualität von Mathias angegriffen zu werden. In der That erfolgte am 24. Februar die Absage Polens an Ungarn. — Am 22. März starb Podiebrad. Mit ihm war die gegen den Kaiser geplante Coalition für immer verschwunden.

Nach Podiebrad's Tode entbrannte der Streit um die böhmische Krone. Unter allen Bewerbern der gefährlichste für den Kaiser war Mathias Corvinus. Er hatte scheinbar das grösste Recht, denn er war schon einmal als König von Böhmen gekrönt worden, und auch der Papst vertheidigte die Rechtmässigkeit seiner Ansprüche. Aber die böhmischen Stände wählten am 27. Mai Wladislaus von Polen zum Könige. Nicht mit Unrecht schrieb man dem Kaiser zu, dass er grossen Einfluss auf einen derartigen Ausgang der Wahl genommen habe. Gleichwohl schickte auch er einen Gesandten zu einer im Juli in Iglau veranstalteten Versammlung, auf welcher die Anerkennung des Mathias zum böhmischen Könige ausgesprochen ward.[1]

Der kaiserliche Gesandte erklärte, er habe den Auftrag, dazu beizutragen, dass Mathias die böhmische Krone

[1] Pray, p. 74. Schreiben des päpstlichen Legaten vom 3. Juli 1471. Siehe die Darstellung bei Kurz, Friedrich IV. II. Bd. p. 111.

erlange. Es war dies ein kluger Schachzug der kaiserlichen Politik, um sich wenigstens vorläufig nicht die Feindschaft des Mathias auf den Hals zu laden. Auf dem bevorstehenden Regensburger Reichstage sollte auch diese Angelegenheit zur Austragung kommen. Bevor der Kaiser dahin abreiste, übte er strenge Justiz an einigen der Aufständischen in Oesterreich und Steiermark, darunter an Baumkircher.

V. Kapitel.

Der Regensburger Reichstag 1471.

Am 28. Juni 1471 ritt der Kaiser in Regensburg ein. Die grosse Partei, welche sich unter der Leitung des Böhmenkönigs zusammenzuschliessen schien und deren Ziel die Absetzung des Kaisers, die Aussöhnung Podiebrad's mit dem Papste, die Reichsreform im grossen Style war, existirte seit dem Tode Podiebrad's nicht mehr. Burgund hatte sowohl mit dieser Partei als auch mit dem Kaiser Fühlung gehabt. War schon 1469 der Abschluss des Vertrages zwischen Karl dem Kühnen und Georg von Podiebrad erfolgt, so war nicht minder lebhaft ebenfalls seit 1469 von burgundischer Seite das Bündniss mit dem Kaiser erstrebt worden, um durch ihn zu einer Machtstellung im deutschen Reiche zu gelangen. Ja, wie es scheint, legte Burgund einen viel höheren Wert auf die Beziehungen zum Kaiser, als auf jene zu Podiebrad. Denn trotz des ablehnenden Bescheides, welchen der Kaiser durch Herzog Sigmund den burgundischen Anträgen widerfahren liess, wurden von Karl dem Kühnen doch stets neue Anknüpfungspunkte gesucht, um die Unterhandlungen zu einem befriedigenden Resultate zu führen. Der Kaiser aber hatte kein allzugrosses Vertrauen in die burgundischen Versprechungen. Den Angriffen auf seine Erblande hatte er durch seine Verbindung mit Corvinus und später mit Polen vorläufig ein Ziel gesetzt, die Aufständischen hatte er niedergeworfen, von seinem gefährlichsten Gegner hatte ihn schliesslich der Tod befreit, es bestand keine Nötigung für ihn, die burgundische Freundschaft um jeden Preis zu suchen. Der Reichskrieg, welcher seit 1470 gegen Friedrich von der Pfalz wieder im Gange

war, bedrohte seine Interessen zunächst nicht, und er wurde ja geführt; für das Weitere mochte später Rat werden. Blieb nur die Türkengefahr; gegen diese Abhilfe zu schaffen, das war zunächst das Ziel des Regensburger Reichstages. Dass diese Abhilfe in Gemeinsamkeit mit Reichsreformen beschlossen werden würde, darüber war kein Zweifel. Zweifelhaft konnte nur sein, welche Tendenz diese Reformen haben, gegen wen sie ihre Spitze kehren würden.

Hatten die unzufriedenen Fürsten bei der Nachricht von dem Ausschreiben zum Reichstage gejubelt, in der Hoffnung, sich auf demselben des Kaisers zu entledigen, so war jetzt nicht mehr an ein solches Vorgehen zu denken. Die Ereignisse hatten dem Kaiser zu einem leichten Siege über das Reichsfürstentum verholfen und sein Erscheinen auf dem Reichstage glich einem Triumphe. Wenn aber das Fürstentum zum Kaiser stand, so waren es die Städte, welche die Zeche zahlen mussten. Die beabsichtigte Reichsreform würde also wahrscheinlich gegen die Städte gerichtet sein. Das Bürgertum hatte sich noch nicht die Anerkennung als geschlossener Stand erworben, und die Politik der Städte, als der Repräsentanten dieses Bürgertums, war nicht darnach, um die Interessen desselben zu fördern.

Bevor an eine ernstliche Hilfe gegen die Türken zu denken war, musste ein allgemeiner Landfriede beschlossen, angenommen und auch durchgeführt worden sein. Diese Erkenntniss war schon vor dem Regensburger Reichstag allgemein und die Verhandlungen auf demselben nahmen ebenfalls von ihr ihren Ausgang. Auf Seite der Städte scheint schon vom Anfange an die Hoffnung auf ein erspriessliches Resultat nicht gross gewesen zu sein.

Gleich zu Beginn der Sitzungen kam es zu peinlichen Erörterungen mit den burgundischen Gesandten, die mit den ihnen angewiesenen Sitzplätzen nicht zufrieden waren. Ein Brief an die Eidgenossen bemerkt nach Erzählung dieser Dinge: „Damit ist man bisher umbgangen und ist zu besorgen, dass wir die gemalten Hüser zu Regenspurg voll und lang werden besehen."[1] Auch die Zustände des Reiches waren so

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 676. p. 423—424.

trostlose, dass an ein einheitliches Zusammenwirken aller Factoren nicht zu denken war.

Der Streit der burgundischen Gesandten um den Rang in den Sitzplätzen war von Brandenburg und Mainz provocirt worden. Der Kaiser mag die burgundischen Prätensionen nicht völlig ungerechtfertigt gefunden haben, denn er wählte den Ausweg, durch Anweisung von Sitzplätzen unter den königlichen Gesandten für die Burgunder, den Streit zu beenden. Aber der grosse Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen, an dem alle Versuche der wittelsbachischen Partei, den Kaiser definitiv in ihr Lager herüberzuziehen, scheiterten, war so offenkundig, dass er nicht ohne Einfluss auf den Gang der Verhandlungen bleiben konnte. In einem zeitgenössischen Briefe heisst es:[1] Die Häupter der Zwietracht sind der Pfalzgraf und der Kaiser; dieser mit Worten, jener mit Waffen darauf bedacht, die Angelegenheit zu verwirren; während der Eine Unmässiges verlangt, will der Andere nicht das Geringste zugestehen, und ihnen folgen alle Deutschen, entweder aus verwandtschaftlichen Rücksichten oder aus Parteileidenschaft.

Mit diesen Worten ist die Lage ganz genau geschildert. Deutschland theilte sich in zwei Lager, in die kaiserliche Partei und in diejenige, welche dem Kaiser feindlich gegenüberstand. Die kaiserliche Partei war stark, wo es auf die blosse Negation ankam, sie zersplitterte, wo Positives geschaffen werden sollte. Zur reformatorischen Initiative war sie zu schwach, aber sie konnte jede gegnerische Reform verhindern.

Der Zwist zwischen Kaiser und Pfalzgrafen, der in dem neu entbrannten Reichskriege gerade den Theilnehmern am Regensburger Reichstage sich recht klar vor Augen stellte, hatte eine tiefe Wirkung auf die Reichsverhältnisse. In ihm wurzelte die Abneigung der Städte, zu dem Regensburger Landfriedens-Entwurf ihre Zustimmung zu geben. Sie mussten fürchten, dass sie zur Hilfe gegen den Pfalzgrafen gezwungen werden würden. Freilich war in dem neuen Ent-

[1] Brief des Campanus; theilweise abgedruckt bei Brower et Masen Ann. et ant. Trev. t. II. lib. XIX. p. 298—299.

wurfe die Möglichkeit vorgesehen, diese Hilfe in einer Geldzahlung zu leisten; aber damit war ja nichts gewonnen, denn auch die Leistung einer solchen Zahlung reichte hin, die Feindschaft des Pfalzgrafen auf sich zu laden. So erscheint der in Regensburg schliesslich ohne Beistimmung der Städte publicirte Landfriede als ein Versuch der kaiserlichen Partei, die Gegnerschaft im Reiche niederzubeugen und die kaiserliche Macht zu mehren auf Kosten der Städte. Die Politik der Städte beschränkte sich auf ein blos passives Zuwarten, und damit hatten sie auch die letzten Chancen eines Erfolges verloren, wie die nächste Zukunft lehren sollte.[1]

Man muss nicht glauben, dass der Regensburger Reichstag so resultatlos verlaufen ist, wie es den Anschein haben könnte. Von den grossen Entwürfen, die anfangs zur Sprache kamen, wurde freilich nichts zur Ausführung gebracht. Aber in dem ohne Mithilfe der Städte zu Stande gebrachten Landfrieden lag ein Sieg der kaiserlichen Partei. Dieser Sieg war erkämpft über den Pfalzgrafen mit Hilfe der übrigen deutschen Fürsten. In einer Botschaft des Pfalzgrafen an den Frankfurter Städtetag vom Herbst 1471 heisst es: „. . und dieweil er auch vernommen, wie kaiserliche Majestät einen dunklen Landfrieden gemacht und solcher wie etliche vermeinen, wider ihn und seine Freunde gedacht sein sollte u. s. w." und in einem Schreiben an den Kaiser erhebt er den Vorwurf: „daby ich abnehme, dass Eure Meinung wäre, solch Landfriede nächst Regensburg gemacht, zuerst an mir sich eraigen und vermeint werden sollt."[2]

Freilich bedeutete dieser Erfolg der kaiserlichen Partei keine principielle Entscheidung, auf die es ja ausschliesslich ankommen musste. Der Kaiser konnte an dem Reichsfürstentume keine dauernde Stütze seiner Macht gewinnen. Fast durch alle zeitgenössischen Quellen, auch durch jene, welche ihm nicht besonders günstig waren, wird es bezeugt, dass er nicht gesonnen war, das Reich dem burgundi-

---

[1] Vgl. die Auseinandersetzungen bei Schweizer, Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes, p. 58 ff. und Excurs.

[2] Müller, Reichstagtheater. V. Vorstellung. p. 528 a. Schweizer a. a. O. p. 60.

schen Herzoge zu opfern. Es ist ein Act der Gerechtigkeit, diesen Umstand hier stark zu betonen. Oft hat der Kaiser erklärt, dass er nicht gewillt sei, vom Reiche Theile abzureissen und der Reichsgedanke tritt auch in dem abweisenden Bescheide, den Herzog Sigmund dem Herzog Karl von Burgund zu übermitteln hatte, deutlich hervor. Es ist Böswilligkeit, wenn man in dem Verluste einzelner Reichstheile in anderen Gegenden des Reiches absichtliches Preisgeben von Seite des Kaisers sehen will. Nicht der Kaiser, die Fürsten entbehrten jeder Rücksicht auf das Reichsinteresse.

Selbst in diesem Preisgeben der Städte, wie es uns in den Vorgängen des Regensburger Reichstages entgegentritt, documentirt sich diese Richtung der reichsfürstlichen Politik. Man wollte mit den Städten, mit den reichsunmittelbaren Gewalten fertig werden, das Reich selbst war dann wehrlos.

II. Abschnitt.

Fruchtlose Versuche einer Einigung zwischen Oesterreich und Burgund.

I. Kapitel.

Neue burgundische Projecte.

Der Regensburger Reichstag hatte gezeigt, dass die Autorität des Kaisers gerade durch die Passivität Friedrich's III. auf die Dauer nicht zu ignoriren sei. Der Kaiser hatte durch kluge Benützung der Verhältnisse mehr erreicht, als je zu erwarten war. Das konnte nicht ohne Einfluss bleiben auf seine Beziehungen zu Burgund. Bevor wir aber diese weiter verfolgen, ist es nötig, uns über die allgemeine politische Lage zu orientiren. Zunächst erfordern die Beziehungen Oesterreichs zu den Eidgenossen unsere Aufmerksamkeit. Eifrige Verhandlungen werden gepflogen, um eine ewige Richtung zwischen Oesterreich und den Eidgenossen zu Stande zu bringen. Auf dem Tage zu Luzern am 11. December 1471 wird darüber verhandelt.[1] An Symptomen fehlt es nicht, die eine wachsende Verbitterung gegen Burgund erkennen lassen. So wird auf demselben Tage zu Luzern beschlossen, der Bote von Nidwalden soll heimbringen, dass man den von Appenzell, der da gesagt hat, dass Knechte zum Herzoge von Burgund reiten wollen, beim Eide fragen soll, wer diese Knechte seien.[2] Am 26. Jänner 1472 wird wieder

---

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 682. p. 427.

[2] Ebenda.

wegen der ewigen Richtung mit Oesterreich unterhandelt und beschlossen, dass darüber am angesetzten Tage zu Zug am 23. Februar Jeder sich entscheiden möge.[1] Was diese Vorgänge für Burgund zu bedeuten hatten, bedarf keiner Auseinandersetzung. Mit aller Kraft bemühte sich Karl der Kühne, der Durchführung dieser Pläne zuvorzukommen. Er suchte sich zunächst gegen Frankreich sicherzustellen. Aber er war zu tief verflochten in die Interessen der grossen französischen Lehensträger, die gerne wie die deutschen Territorialfürsten das Königtum macht- und rechtlos gemacht hätten. Die Herzoge von Guyenne und Bretagne hinderten vorläufig das Zustandekommen des Friedens und waren die eifrigsten Schürer des Krieges. Der Herzog von Guyenne erstrebte die Hand der Tochter Karl's des Kühnen. Diese Absicht suchte er mit allen Mitteln zu verwirklichen, ohne dass es ihm gelingen konnte. Er fand Unterstützung bei dem Herzoge von Bretagne und dem Connetable. Letzterer namentlich war es, der Ludwig XI. auf's Neue zum Kriege gegen Karl gereizt hatte, um diesen zur Einwilligung in diese Heirat zu zwingen.

Dieser Krieg, in welchen Karl ungerüstet verwickelt worden war, bedrängte ihn sehr. Aber er verzichtete darauf, sich aus dieser Bedrängniss zu befreien um den Preis der Hand seiner Tochter. Ausdrücklich sagt Commines: „Wenn anfangs Herzog Karl seine Zustimmung zur Heirat gegeben hätte, würden gewiss der Herzog von Guyenne, der Connetable und viele Andere, die ihn dazumal bekriegten, ihre Spiesse gewendet und mit allen Kräften darnach gestrebt haben, dem König Abbruch zu thun." Abgesehen von dem grossen Gegensatze zwischen Ludwig XI. und Karl dem Kühnen schien die innere französische Politik in diesem Momente bei den grossen französischen Lehensträgern durch die Hoffnung auf die Hand der burgundischen Erbtochter sich zu bestimmen.[2]

[1] Segesser, Absch. II. Nr. 685. p. 429—430.

[2] Commines, ed. Dupont I. p. 219. So wenigstens schildert uns Commines die Vorgänge, und ich glaube, dass kein Grund vorhanden ist, seine Angaben zu bezweifeln. Er selbst sagt zur Bekräftigung derselben: „Und zwar erzähle ich dieses Alles darum, nicht als ob ich Jemand beleidigen wollte, sondern weil ich diese Dinge selbst gesehen und erfahren habe."

Ueber die, den Krieg führenden, Parteihäupter hinweg fanden schliesslich Ludwig XI. und Karl der Kühne den Weg einer Verständigung. Karl hatte den ersten Schritt dazu gethan. So kam es zu einem Waffenstillstande zuerst auf vier oder fünf Tage und dann auf ein Jahr vom 14. Mai 1471 angefangen.[1]

Nach Darstellung dieser Verhältnisse gibt uns Commines jene Bemerkungen über Karl den Kühnen, die als charakteristisch hier nicht fehlen sollen. „Der Herzog von Aquitanien — erzählt er uns — kehrte nach dem Friedensschlusse heim, und durch seine Botschafter drängte er Herzog Karl der Heirat wegen; und er erhielt guten Bescheid, wie viele Andere auch. Aber ich halte dafür, dass Herzog Karl nicht bald würde Jemandem seine Tochter gegeben haben, sondern dieselbe viel lieber behalten, damit er Vielen Hoffnung auf ihre Hand machen und sie so in seinem Sinne benützen konnte; denn er hatte so grosse Dinge vor, dass sein ganzes Leben nicht ausgereicht haben würde, dieselben auszuführen, und es waren nahezu unmögliche Dinge; halb Europa würde ihm nicht genügt haben. Sein Geist war kühn und Alles zu unternehmen bereit, und sein Leib stark, um jede Mühe zu ertragen, die nötig war. Er war sehr mächtig an Volk und Geld, aber es fehlte ihm jene Schärfe des Urtheils, die er für seine Unternehmungen nicht entbehren konnte, denn wer weit und breit herrschen will, dem ist vonnöten, dass er eines besonderen und vortrefflichen Verstandes sei. Bei den Tugenden, womit der König und auch Herzog Karl von Gott begabt waren, wenn man sie miteinander hätte mengen können, sie würden das beste Beispiel eines rechten Fürsten gewesen sein. — Aber ohne Zweifel, an Verstand hat es der König dem Herzoge weitaus zuvorgethan, wie denn der Erfolg ihrer Unternehmungen dies auch bewiesen hat."[2]

Durch die fortwährenden Botschaften war es dem Herzoge von Guyenne gelungen, wie schon erwähnt, einige Zusagen

---

[1] Commines, ed. Dupont I. p. 226. Für die ganze Darstellung siehe ebenda, p. 216 ff. — Nachricht über diesen Waffenstillstand findet sich auch bei Jean de Troyes, Chron. scandaleuse, ed. Petitot XIII und XIV. Bd. XIII. p. 413.

[2] Commines, ed. Dupont I. p. 228.

zu erhalten, nur in Worten, wie Commines hervorhebt. — Aber nicht der Herzog von Burgund allein hatte einen solchen Widerwillen gegen diese Heirat, weil er einen so mächtigen Schwiegersohn nicht wünschte, er befand sich vielmehr in diesem Punkte mit dem Könige in vollster Uebereinstimmung. Für Ludwig XI. standen thatsächlich die Früchte seiner bisherigen Politik, die Erfolge aller seiner Bestrebungen auf dem Spiele, wenn diese Heirat zu Stande kam. Man darf sich nicht wundern, wenn er Alles aufbot, dieselbe zu hindern.

Es hatte aber nicht nur der Herzog von Guyenne Aussichten erhofft und theilweise gewonnen auf die Hand Maria's von Burgund. Philibert von Savoyen, der am 28. März 1472 seinem Vater unter der Vormundschaft seiner Mutter in der Regierung folgte, war ebenfalls schon als berücksichtigungswerter Brautwerber anerkannt und noch im Laufe des Jahres 1472 sollte es zu einem Heiratsversprechen zwischen Maria und dem Herzoge Nicolaus von Calabrien-Lothringen kommen.[1]

Karl von Burgund war genötigt, seine ganze Aufmerksamkeit den erwähnten Vorgängen in der Eidgenossenschaft zuzuwenden. Die Gründe, die für ihn massgebend und zwingend waren, dahin nunmehr das Hauptgewicht seiner Thätigkeit zu verlegen, sind leicht zu erkennen. Zunächst handelte es sich ihm jedenfalls um die Erwerbung jener Länder, welche zur Aufrichtung einer burgundischen Grossmacht unentbehrlich schienen. Die Verhandlungen in der Eidgenossenschaft konnten ihm kein Geheimniss sein. Er suchte diese ihm feindliche Strömung zu durchkreuzen. Wenn sich Oesterreich mit den Eidgenossen aussöhnte, war er der natürliche Feind beider, und die Pfandlandschaften wurden ihm zweifellos entrissen. Die Richtung seiner Politik war durch diese Erwägung gegeben: er musste zu den Eidgenossen in ein freundschaftliches Verhältniss treten, und jede Verständigung mit Oesterreich musste verhindert werden. Beides schien nicht schwer. Er liess in den Jahren 1471 und 1472 durch seine Gesandten den Eidgenossen ein

[1] Die Aufzählung der Verlöbnisse bei Commines. ed. Dupont I. p. 267 f. mit einigen unrichtigen Ergänzungen bei Petitot-Commines, Collection XII. p. 55 und 56 Note.

besonderes Bündniss mit ihm selbst antragen [1] und suchte seine Beziehungen zu Herzog Sigmund sorgfältiger zu pflegen als bisher. Dieser war ja einer ewigen Richtung mit den Eidgenossen wenig geneigt. Was dafür geschah, ist auf französischen Einfluss zurückzuführen. Trotz der eifrigen Unterhandlungen wurde der Hass zwischen den Oesterreichern und Schweizern durch tausend Nergeleien fortwährend genährt.

Im Beginne des Jahres 1472 sandte Herzog Sigmund einen Brief an den Herzog Karl von Burgund [2] mit den heftigsten Klagen über die Schweizer. Er bezieht sich auf die Versprechungen Karl's, die ihm dieser durch eine Gesandtschaft in jüngster Zeit gegen die Schweizer gemacht und bittet ihn, Mittel und Wege zu finden, um endlich der Sache ein Ende zu machen und ihn von der stets drohenden Gefahr zu befreien.

Das Ansuchen Sigmund's konnte Karl in diesem Momente nur erwünscht kommen; es ermöglichte die Verhinderung einer Einigung zwischen Oesterreich und den Eidgenossen. Karl sandte eine eigene Gesandtschaft an den Hof Sigmund's. Dieselbe hielt am 28. Juli 1472 einen Vortrag am Hofe zu Bregenz. [3] Die Gesandten beziehen sich darauf, dass Herzog Sigmund schon während der Fastenzeit 1472 [4] eine Gesandtschaft an den Herzog von Burgund abgeordnet habe, mit einem „Memorial und Geschrift"; dass dieser Botschaft Antwort geworden in einigen Angelegenheiten, dass aber in Sachen der Eidgenossen weitere Betrachtung nötig gewesen sei und deren Erledigung einer besonderen Botschaft vorbehalten blieb. Die Ursache, warum die Absendung dieser Botschaft sich so lange verzögerte, liege in den kriegerischen Verwicklungen des Herzogs mit Frankreich, „daran ihm viel gelegen sei, wan die Dinge nicht allein seinen Stand, sondern auch sein Person, danach dann der König getrachtet hab, beruren, deshalben die Notdurft erheische, sich kräftiglicher darin aufzuenthalten sein Furnemen. Er hab sich auch auf des Königs Erdreich gelagert und etlich Städte erobert." Ausserdem habe er aber vernommen, dass

[1] v. Roodt, I. 127, 161 f. Vgl. Dändliker a. a. O. p. 34 ff.
[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 6. p. 25.
[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. F. p. 14 ff.
[4] Ostern fiel 1472 auf den 29. März.

der Herzog mit den Eidgenossen sich vertragen habe und habe auch deshalb mit der Botschaft gezögert, sowie den Eidgenossen geschrieben „Tag mit unsern gnädigen Herrn fürzunehmen und Einigkeit versuchen zu machen, darauf ihm aber von ihnen nicht geantwortet worden sei, als er das auch unserm gnädigen Herrn verkündet habe".

„Jedoch omnia prius experiri quam armis decertare decet sapientem, möge er eine ehrliche Richtung, die ihm aufzunehmen sei, bei ihnen finden, so sei sein Wille, dass er die aufnehme, wolt aber das nicht verfolgen und ihm das Recht auch nicht erschiessen, so soll unser gnädiger Herr in keinem Weg nit zweifeln, er wolle ihn nit verlassen, sondern wider sie mit seinem Vermögen helfen, nicht allein mit seiner Macht, sondern auch mit seinem Leibe. Er wolle auch die Verschreibung und das Zusagen ausserhalb derselben Verschreibung zwischen ihnen gemacht und beschehen halten und noch viel mehr."

„Und wiewol er jetzt mit dem König zu schaffen, dennoch ob die Eidgenossen unsern gnädigen Herrn überziehen, so wollt er sein Gnad in keinem Weg nicht verlassen, sondern thun soviel ihm dann möglich wäre, wan es sei von den Gnaden Gotts seine Macht nicht so klein, er getrauet sich dennoch ander seiner Widersacher aufzuenthalten."

„Darnach ward Meldung gethan, ob nu die Sachen je zum Krieg kommen sollten, so seien sie gefertigt von dem Herzogen von Burgundi und ihnen auch darum Befehl beschehen, davon mit unserm gnädigen Herrn zu reden und den auch endlich zu beschliessen und darin zu handeln, soviel sich dann gebühret und des Kriegs Notdurft erheischen wird."

„Am ersten, ob füglicher wäre, mit Macht zu ziehen in die Lande der Eidgenossen und die zu verheeren."

„Zum andern, ob man mit einem Zeug die Städte und Schlösser belegern wollt."

„Zum dritten, ob sie mit einem täglichen Krieg aus den Städten und Schlössern an sie stossend zu beschädigen oder zu helligen wären."

„Item, zu wissen und zu betrachten, was Hülf zu Rossen und zu Fussen mein gnädiger Herr thun wollt und auch an welchen Enden."

„Item, wie und wo zu solchem Krieg und Zug Speis zu wegen bracht und genommen werden mocht."

„Item, viel anders würde notdürftig zu betrachten, dass sich dann in den Reden und Fürnehmen würde begeben; wäre nu seinen Gnaden ein Gefallen davon reden zu lassen und das zu beschliessen, so wären sie bereit, zu welchen Zeiten das seinen Gesandten gefällig sein wollte, auch das also zu verhelfen beschliessen."

„Item, ob auch wälsches Volk dem von Burgund zu Hülf durch das Land ziehen würde, begehrt er, dass das mit Geleit und Versorgniss fürgesehen würd."

Man sieht leicht, dass es der Herzog von Burgund auf das Aeusserste ankommen lassen wollte, um das beabsichtigte Bündniss zwischen Oesterreich und den Eidgenossen zu hintertreiben.

Die Heiratsverhandlungen waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1471 während des Regensburger Reichstages zwar nicht abgebrochen worden, aber doch zu einem Stillstande gelangt. Aber schon am 10. December 1471 finden wir den Markgrafen von Baden-Rötheln als kaiserlichen Unterhändler am burgundischen Hofe.[1] Ausserdem gab der fortwährende Verkehr Sigmund's mit Karl dem Kühnen Gelegenheit, die Unterhandlungen fortzusetzen. Allmälig hatte sich die Lage des Kaisers, namentlich in seinen Erblanden, so verschlimmert, dass er gezwungen war, das burgundische Bündniss um jeden Preis anzustreben. Je dringender aber die Anerbietungen des Kaisers wurden, um so höhere Forderungen stellte Burgund.

Am 28. April 1472 finden wir wieder eine kaiserliche Gesandtschaft am burgundischen Hofe.[2] Die Verhandlungen scheinen damals bis zu einem Ultimatum Burgunds vorgeschritten zu sein. Es wurde für eine burgundische Gesandtschaft an den Hof Sigmund's eine Instruction[3] ausgearbeitet,

[1] Extrait etc. a. a. O. p. 361 f.

[2] Ebenda, p. 368.

[3] Diese Instruction ist bekannt unter der Bezeichnung: Instruction de Charles duc de Bourgogne à ceux qu'il devoit envoyer vers le Duc Sigismond d'Autriche. Godefroy-Commines IV. p. 392—495; später Lenglet-Commines III. p. 238—243. Bezüglich Datirung und Kritik vgl. den Excurs.

welche uns über die Höhe der jetzigen Forderungen Burgunds vollständig unterrichtet.

Karl der Kühne verlangt jetzt, dass er zum römischen König gekrönt werde und dem Kaiser Friedrich III. in der Kaiserwürde nachfolge, — eine Forderung, die früher niemals gestellt worden war; ja, er wollte kaum den Tod des Kaisers erwarten, denn es heisst, er solle die Kaiserwürde erhalten entweder nach dem Tode Friedrich's III. oder durch dessen freiwillige Entsagung. Im Falle Karl Kaiser würde, sollte die römische Königskrone auf Maximilian übertragen werden und dem Hause Habsburg die Nachfolge auf diese Weise gesichert bleiben. Karl übernimmt gegen diese Begünstigungen die Verpflichtung, die Lande des Kaisers gegen die Türken zu schützen und Ruhe und Sicherheit im deutschen Reiche herzustellen. Die Besprechungen wegen der Heiratsbedingungen sollten in Breisach oder an einem anderen beliebigen Orte stattfinden. Die vorgeschlagenen Artikel setzen fest, dass, wenn dem Herzoge aus seiner jetzigen oder aus einer späteren Ehe noch Kinder erwüchsen, Maria auf alle Erbansprüche gegen eine Abstandssumme von 100.000 rheinischen Gulden Verzicht leisten müsse; im Falle ihres Todes ohne Erben sollte dieses Geld an den Herzog zurückfallen. Der Kaiser sollte Maximilian eines seiner Länder zur Nutzniessung oder eine jährliche Rente von mindestens 10.000 Gulden geben, ausserdem die Zusicherung, dass Maximilian sein einziger Erbe in allen seinen Herrschaften und Ländern werden solle. Maria solle am Hochzeitstage ein Geschenk von 10.000 bis 12.000 Gulden und einen ihrem Range entsprechenden Hofstaat erhalten. Im Todesfalle Maximilian's müsse ihr eine jährliche Rente von mindestens 25.000 Gulden angewiesen, und ihre Ausstattung, sowie ihre Kleinodien dürften ihr nicht vorenthalten werden. Ausserdem sollten dem erstgebornen Sohne aus ihrer Ehe mit Maximilian alle Nachfolge- und Erbschaftsrechte in sämmtlichen Gebietstheilen des Hauses Oesterreich zugesichert werden.

Diese masslosen Ansprüche finden ihre Erklärung einerseits in dem wahrscheinlich drängenden Verlangen des Kaisers nach der Verbindung mit Burgund, andererseits in

dem Umstande, dass Karl sich der Erfüllung seiner kühnsten Pläne näherte, und dass ihm für seine selbstgeschaffene Machtstellung auch der Glanz einer Kaiserkrone nun nicht mehr zu hoch dünkte.[1]

Wenn es gelang, den Kaiser zur Annahme dieser Bedingungen zu vermögen, so erfüllten sich die kühnsten Grossmachtspläne Karl's des Kühnen. Ein Riesenproject nahm alle seine Kräfte in Anspruch, von der Nordsee bis zum mittelländischen Meere hatte er alle Länder theils erworben, theils in seinen Machtbereich gezogen, die Erwerbung der Kaiserkrone war der Schlussstein in seinem Streben, das lotharingische Reich wieder aufzurichten.

Da starb am 28. Mai 1472 unerwartet der Herzog von Guyenne.[2] Der König, wie immer von Allen zuerst davon unterrichtet, schritt sofort zur Besitzergreifung des Erbes, das Karl einst zu erlangen gehofft hatte. Dieser Vorgang des Königs entfesselte die wildesten Leidenschaften Karl's des Kühnen. Er beschuldigte Ludwig XI. offen des Meuchelmordes. Aus dem Lager von Beauvais erliess Karl am 16. Juli 1472 ein Schreiben, in welchem er erklärte, dass er den Tod des Herzogs von Guyenne zu rächen entschlossen sei.[3] Er konnte es nicht verwinden, dass er zu

---

[1] Bezüglich der Lage des Kaisers verweisen wir auf den Umstand, dass Mathias Corvinus in einer Urkunde vom 13. Juni 1472 aufständische Provinzialen gegen den Kaiser in Schutz nimmt. (Vgl. Mon. h. II. p, 3—5.) Dass Karl der Kühne die Aufrichtung eines Reiches in dem Umfange des lotharingischen Königreiches erstrebte und damals an die nahe Verwirklichung dieses Planes glauben musste, ergibt sich aus Folgendem. Karl der Kühne war im engsten Bündnisse mit Yolanthe von Savoyen, welche die vormundschaftliche Regierung für ihren minderjährigen Sohn Philibert führte. Er hatte mit derselben am 20. Februar 1471 einen Schutzvertrag abgeschlossen. Die Erwerbung Gelderns und Zütphens war ihm vollständig gesichert. Durch die Erwerbung der Pfandlandschaften hatte er das Machtgebiet Burgunds bis an den Rhein vorgeschoben. Mit dem Könige René von Sicilien, Grafen der Provence, stand er in Unterhandlungen wegen Gewinnung dieses Landes. (Vgl. das Testament René's vom 22. Juli 1474 bei Godefroy-Commines V. p. 27—43.) Wir kommen auf alle diese Thatsachen in den folgenden Ausführungen eingehender zurück und führen sie hier nur an, um ein Urtheil über die allgemeine Situation zu ermöglichen.

[2] Dupont-Commines I. p. 275 Note.

[3] Gachard, Bibl. Paris I. p. 322. — Godefroy-Commines IV. p. 417—421.

spät von der Erkrankung des Herzogs Kunde erhalten, und dass ihm der König zuvorgekommen.[1]

Er hoffte durch diesen Brief Widerstand gegen die Besitzergreifung des Landes seitens des Königs im Lande selbst hervorzurufen und dadurch den König in eine Zwangslage zu bringen; doch er täuschte sich.

Ausserdem hatte er zu dem, in seinem Sinne, äussersten Mittel, einer öffentlichen Verlobung seiner Tochter Maria mit dem Herzoge Nicolaus von Calabrien-Lothringen, gegriffen, um sich an dem König zu rächen. Am 13. Juni 1472 wurden zu Mons die Heiratsversprechen gewechselt.[2]

Mit welchen Gefühlen Ludwig XI. von dieser Verlobung mag Kenntniss genommen haben, lässt die Erwägung ahnen, dass Nicolaus mit seiner Tochter verlobt war.[3]

Durch diese Verlobung hatte aber Herzog Karl der Kühne sich vom Kaiser losgesagt. Dieser hatte eine schwere Niederlage erlitten, um so schwerer, da seine Stellung in seinen Erblanden ihn völlig hilflos machte. Hatte schon seine Wallfahrt nach Rom das Misstrauen des Mathias Corvinus erregt, so gab zu solchem Misstrauen noch mehr das Benehmen des Kaisers auf dem Regensburger Reichstage Anlass.

Trotzdem er jene Gesandtschaft nach Iglau schickte mit dem Auftrage, dem Könige zu erklären, dass er bereit sei, Alles zu thun, um ihm zur böhmischen Krone zu verhelfen, hatte er sich in Regensburg mit dem Erzbischofe von Gran und einigen missvergnügten ungarischen Magnaten eingelassen, welche ebenfalls eine Gesandtschaft zum Reichstage geschickt hatten. War auch die sich entwickelnde Gegnerschaft zwischen dem Kaiser und Mathias noch nicht deutlich sichtbar, so wurde sie doch schon erkannt. Campanus schreibt: „Es ist ungewiss, welchen der Kaiser begünstigt, Wladislaus oder Mathias, wenn er nicht dem Ungarkönig feindselig ist aus altem Zwist und wegen der Angelegenheit des Baumkircher."

---

[1] Commines, ed. Dupont I. p. 274 f.

[2] Am 25. Mai hatte Karl mit Nicolaus zu Arras ein Bündniss geschlossen. (Vgl. Godefroy-Commines IV. p. 381—386.) — Die Heiratsversprechen ebenda, p. 386—388 und p. 388.

[3] Chronique scandaleuse de Jean de Troyes, ed. Petitot XIII. p. 413 und 414.

Doch liegt uns schon vom 13. Juni 1472 eine Urkunde vor, durch welche Mathias aufständische Provinzialen gegen den Kaiser in Schutz nimmt.[1] Hätte der Kaiser die Vereinigung mit Burgund erreicht, die feindselige Entwickelung des Verhältnisses wäre wohl schon jetzt bis zum Kriege fortgeschritten. Jetzt musste er sich zu Verhandlungen mit Mathias bequemen und es wurden schliesslich Artikel eines Schutz- und Trutzbündnisses angenommen.[2] Freilich wurden die Vereinbarungen nicht gehalten, es handelte sich eben nur darum, Zeit zu gewinnen.

Dass auch die Stellung Karl's des Kühnen zu Herzog Sigmund von Oesterreich-Tirol eine andere werden musste, ist klar. Hier aber stemmt er sich mit aller Macht gegen eine Aenderung. Er liess die Beziehungen Sigmund's zu den Eidgenossen nicht aus den Augen. Nach dem Vortrage seiner Gesandten am 28. Juli 1472 in Bregenz kam es im August 1472 zu einem Tage in Constanz zwischen Oesterreich und den Eidgenossen, auf welchem eine ewige Richtung verhandelt wurde. Am 12. August machte Karl durch seine Gesandten in Constanz dem Herzoge Sigmund neuerliche Kriegsvorschläge. Sigmund solle Provision bereit halten und Städte und Schlösser bewehren gegen die Eidgenossen, ebenso der burgundische Landvogt im Elsass, und sobald die Eidgenossen etwas vornehmen, wird losgeschlagen. Karl der Kühne liefert zum Kriege 4000 Mann zu Ross und 2000 Mann zu Fuss und soll den Eidgenossen die Zufuhr abzuschneiden suchen.[3]

Es kam vorläufig nicht zum Kriege. Man hat aber keine Ursache, die Versprechungen Karl's des Kühnen weniger ernst zu nehmen, als sie gegeben wurden. Denn die Eidgenossen, seit sie Berns Leitung in ihrer auswärtigen Politik vertrauten, schienen Eroberungsgelüsten im grossen Style nachzuhängen und sie kreuzten die Pläne und Absichten Karl's nicht nur mit Rücksicht auf die österreichischen Pfand-

---

[1] Chmel, Mon. habsb. II. p. 3—5.

[2] Chmel, Mon. habsb. II. p. 8 ff.

[3] Fontes rer. austr. II. Abtheilung. II. p. 417—419. — Zellweger V. Urkunde X. 94. — Absch. II. Nr. 692. p. 435—437. — Lichnowsky, Reg. VII, 1623. — Bezüglich der Auffassung Zellweger's vgl. Dändliker a. a. O. p. 33. Note 4.

landschaften, sondern auch auf Savoyen. Amadeus IX. hatte der Herrschaft entsagt, und seine Gemahlin Yolanthe, Ludwig's XI. Schwester, übernahm während der Unmündigkeit des Kronprinzen Philibert die Regentschaft. Damit waren die Brüder des Herzogs nicht einverstanden, und es kam zum bewaffneten Angriff. Namentlich stand Philipp de Bresse unter den Gegnern der Herzogin — ein Mann, der an Bern einen mächtigen Rückhalt hatte. Es war kein Wunder, dass Bern und die Eidgenossen die Sache der Herzogin nicht zu fördern trachteten, als die Gesandtschaft Berns und Freiburgs als Schiedsgericht von Chambery Besitz ergriff am 8. August 1471. Aber auch Karl der Kühne hatte rechtzeitig seinen Einfluss gewahrt und schon am 20. Februar 1471 Yolanthen im Nothfalle seine Hilfe zugesagt[1] und mischte sich nun zu Gunsten Yolanthe's ein, wie Frankreich und auch Andere in den Handel einzugreifen suchten. Wie man sieht, lag trotz des Krieges das Schwergewicht der Politik in dieser Zeit nicht in Frankreich, sondern bei den Eidgenossen. Da arbeitete Ludwig XI. mit all seiner hinterlistigen Staatskunst am Bunde mit Oesterreich, am Conflicte mit Savoyen und Karl der Kühne mochte zusehen, wie er seine Interessen wahrte.

Bei so bis auf's Aeusserste gespannten Verhältnissen war an eine friedliche Ausgleichung der Differenzen nicht zu denken. Der Friedensversuch, welchen der Cardinal Bessarion über Auftrag des Papstes durch einen Brief vom 15. August 1472[2] zwischen dem Könige und den Herzogen von Burgund und Bretagne unternahm, konnte nur zu einer vorübergehenden Einstellung des Kampfes führen.

Gegen Ende des Jahres 1472 begann die Situation am burgundischen Hofe sich allmälig zu ändern. Der Krieg machte seine Rechte geltend. Die Lande mussten in erhöhtem Masse in Anspruch genommen werden,[3] und die wachsende

---

[1] Die ausführliche Darstellung dieser Verhältnisse bei H. F. Ochsenbein, Die Säcularfeier des Burgunderkrieges. Sonntagsblatt des „Bund" 1875. Nr. 50 vom 12. December.

[2] St. Baluze, Specilegium, tom. III. p. 842.

[3] Gachard, Notices de Arch. de Gand. p. 41; — bezüglich der Forderungen Karl's: Gachard, Coll. de Doc. ind. I. 225 und Commines-D'upont I. p. 226 und 227.

Unzufriedenheit konnte nicht unbemerkt bleiben. Das Ehegelöbniss zwischen Nicolaus von Calabrien-Lothringen und Maria von Burgund fand eine schnelle und unerwartete Lösung. Herzog Nicolaus war ein treuer Begleiter Karl's des Kühnen geblieben während des ganzen Sommers. Am 5. November 1472 aber nahm er Abschied, um nach Lothringen zurückzukehren, nachdem er früher brieflich das Heiratsversprechen widerrufen und unter Einem den Allianzvertrag mit Karl dem Kühnen erneuert hatte.[1] Am 11. November liess der Herzog von Burgund den Waffenstillstand feierlich verkünden, welchen er mit dem Könige bis zum 1. April 1473 geschlossen hatte.[2]

Durch diesen Waffenstillstand kam es vorläufig wirklich zu einer Beendigung des Kampfes. Zugleich war aber Karl der Kühne in der Lage, über die Hand seiner Tochter wieder frei verfügen zu können.

II. Kapitel.

Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen Burgund und Oesterreich.

Am 29. November kam Karl der Kühne nach Abbeville und hier empfing er neben Gesandtschaften des Papstes, Arragoniens und Venedigs auch Gesandte des Kaisers.[3] Die trockene Nachricht über diesen Empfang in der officiellen burgundischen Hauschronik lässt uns natürlich für die Herstellung des Zusammenhanges völlig im Stiche. Doch scheint es nicht ganz unmöglich, dass die Initiative zur Wiedereröffnung der Verhandlungen diesmal vom Kaiser ausgegangen ist. Am 14. December verliess Herzog Karl Abbeville und von demselben Tage ist das Beglaubigungsschreiben für seinen Gesandten an den Kaiser, den Abt Casanova, datirt.[4]

---

[1] Extrait d'une ancienne Chronique bei Godefroy-Commines III. p. 371. Die Urkunden bei Godefroy-Commines, IV. p. 388—390 und p. 390—391.

[2] Extrait d'une ancienne Chronique a. a. O. p. 371.

[3] Ebenda, p. 372.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 2. p. 16.

Man ersieht aus diesem Schreiben, dass Casanova schon früher als Unterhändler zwischen dem Kaiser und dem Herzog thätig war, ohne dass man einen bestimmten Anhaltspunkt für eine genaue Zeitangabe aus der bezüglichen Bemerkung gewinnen könnte. Am 24. December finden wir die kaiserlichen Gesandten noch am herzoglichen Hoflager in Brügge.[1] Dieselben scheinen erst nach dem 9. Jänner 1473 Abschied genommen zu haben;[2] wahrscheinlich reiste der Abt Casanova in ihrer Begleitung an den kaiserlichen Hof. Ohne weitere Schlüsse daran zu knüpfen, will ich doch darauf verweisen, dass die kaiserlichen Gesandten am 29. November am burgundischen Hofe eintrafen, dass am 3. December Maria von Burgund das Ehegelöbniss mit Herzog Nicolaus von Calabrien-Lothringen widerrief und dass am 14. December bereits Herzog Karl das Beglaubigungsschreiben für seinen Unterhändler beim Kaiser ausstellt. Er hatte nicht Unrecht, in diesem Schreiben zu sagen, dass er, früher von vielen und mannigfachen Sorgen zurückgehalten, jetzt einige Ruhe gefunden habe. War ja selbst mit seinem erbittertsten Gegner ein Waffenstillstand zu Stande gekommen. Am 7. December war der Vertrag wegen Verkauf Gelderns und Zütphens an ihn durch Herzog Arnold von Geldern ausgefertigt worden.[3]

Hatte sich seine Erwartung wegen der Erwerbung Lothringens nicht erfüllt, so mochten ihn nun die mit dem Kaiser neu aufgenommenen Verhandlungen in ihren schliesslichen Resultaten für diesen Misserfolg entschädigen.

Was Karl der Kühne in diesen Verhandlungen erstrebte, ist ausgesprochen in zwei Instructionen für Peter von Hagenbach, den er im Jahre 1473 als Gesandten an den kaiserlichen Hof verwendete, die eine für sein Verhalten gegenüber dem in jener Zeit beim Kaiser einflussreichen Grafen von Sulz,[4] die zweite für sein Verhalten gegenüber dem Kaiser.[5]

---

[1] Extrait d'une anc. chron. a. a. O. p. 373.

[2] Ebenda, p. 373.

[3] Ebenda, p. 372.

[4] Mon. habsb. I. 1. IX. A. p. 30—32 französischer Text und A. p. 39—41 deutsche Uebersetzung.

[5] Ebenda IX. B. p. 32—34 französischer Text und B. p. 35—37 deutsche Uebersetzung.

Aus der erstangeführten Instruction geht zunächst hervor, dass Karl sich mit dem Grafen von Sulz bereits früher in Unterhandlungen eingelassen hatte; es hat ganz den Anschein, als ob die Anknüpfungspunkte durch den Grafen von Sulz selbst gesucht worden wären.[1] Die vorliegende Instruction hatte unter Anderem den Zweck, dem burgundischen Unterhändler die Directive zu geben, bis zu welcher Höhe er in der Bestechungssumme für den Grafen von Sulz gehen dürfe; von dessen Bereitwilligkeit schien man am burgundischen Hofe vollständig überzeugt. Wenn die Vermählung durchgeführt und Herzog Karl zum römischen Könige gekrönt wäre, wurde dem Grafen von Sulz versprochen: „Ein ehrlich und nützlich Amt zu seinem Staat als er begehren und heischen wollt und dazu zehntausend rheinische Gulden und auch ihn zu behalten in seinem Hof und Rat mit grossem und ehrlichem Sold."

Peter von Hagenbach soll sich in Allem an die Meinung des Grafen von Sulz halten; dieser werde ihm bekanntgeben, von wem er Förderung zu erwarten habe und gegen wen er sich vorsehen müsse. Bevor Hagenbach von dem Kaiser selbst empfangen worden sei, solle er dem Grafen von Sulz gegenüber festhalten an folgenden Bedingungen:

Der Herzog wolle nicht, dass der Kaiser, so lange er lebe, Verzicht leiste auf die kaiserliche Würde; wenn die Vermählung zu Stande käme, wollte er Maximilian schätzen und liebhaben wie seinen eigenen Sohn und dafür sorgen, dass auch dieser in künftigen Zeiten die kaiserliche Würde erlangen möchte. Er selbst wünsche, vorläufig vom Kaiser zum römischen König erhoben und als solcher gekrönt zu werden, um so nach des Kaisers Tode die kaiserliche Würde zu erlangen.

Hagenbach sollte auch bei dem Grafen von Sulz dahin wirken, dass ein Tag vereinbart würde zur Verhandlung

---

[1] Diese Vermutung erregt in mir die Stelle: „et avoit requis ledit conte sudit messire pierre quil en voulsisse savoir de la voulente et Intencion de mondit Seigneur le Duc lequel messire pierre lui en avoit parle, et avoit aussi trouve mondit seigneur bien enclin audit mariage . . ." Vgl. die deutsche Uebersetzung: „Und wie auch der obgenannt Graf begehrt hab an Herr Peter zu herkunden u. s. w."

hierüber. Sollte jedoch der Punkt wegen der römischen Königswürde ganz abgeschlagen werden und der Kaiser nicht Willens sein, dass die Verhandlungen hierüber an einem eigenen Tage weitergeführt würden, so wollte sich der Herzog für Lebzeiten des Kaisers mit dem Reichsvicariate begnügen und damit, dass ihn die Kurfürsten schon jetzt zum künftigen Kaiser erwählten, für die Zeit nach des Kaisers Tode. Wäre dies Alles beschlossen und versichert, dann wollte der Herzog in die Vermählung willigen, aber gleichwohl sollte Hagenbach schon jetzt den Grafen von Sulz darauf aufmerksam machen, dass die Vermählung eine schwere und langwierige Angelegenheit sei „und die Sach von dem Kaisertum leicht und kurz".

Wahrlich, der Kaiser hatte alle Ursache, in den Unterhandlungen mit Burgund vorsichtig zu sein. Diese Stelle der Instruction verrät nur allzudeutlich, was Karl der Kühne plante.

Die Instruction für sein Verhalten gegenüber dem Kaiser schreibt dem Hagenbach vor, sich auf die Verhandlungen des Abtes Casanova zu beziehen und dem Kaiser zu erklären, dass der Herzog wohl gemerkt hätte, man habe den Kaiser gewarnt, er, der Herzog, wolle in die Vermählung nicht willigen, es sei denn, dass der Kaiser seine kaiserliche Würde an ihn abtrete.[1] Peter von Hagenbach möge dem Kaiser erklären, dass der Herzog dies niemals gewünscht habe, sondern er habe im Gegentheil stets begehrt, dass der Kaiser seine kaiserliche Würde behalte, wenn auch die Vermählung vor sich gehe. Nachdem aber Maximilian durch die Vermählung ein Sohn des Herzogs werde, wolle dieser die römische Königswürde erhalten und römischer König sein, so lange der Kaiser lebe, und nach des Kaisers Tode wolle er Maximilian zum römischen König machen und nach seinem eigenen Tode hätte Maximilian die Aussicht, ebenfalls die Kaiserwürde zu erreichen.

Maximilian hätte durch diese Vermählung die Anwartschaft auf die schönsten Länder der Christenheit und könne in leichter Weise zu seinem väterlichen Erbe kommen, das der Kaiser

[1] Vgl. die Stelle in der burgundischen Instruction für die Gesandten des Herzogs an Sigmund, wo von einer eventuellen Verzichtleistung des Kaisers die Rede ist.

jetzt wohl besitzt, das ihm aber nicht gehorsam ist. Die burgundische und die österreichische Herrschaft mit einander vereinigt, würden die Macht eines jeden lebenden Fürsten übertreffen. Das Haus Oesterreich würde eine Grösse und Macht erlangen, wie kein anderes Haus der Welt. — Der Kaiser würde vieler Sorgen, Arbeit und Kosten entledigt, er würde durch den Herzog in seiner Stellung und Macht beschirmt, und er würde höher geschätzt, d. h. einflussreicher sein, als irgend ein Kaiser seit dreihundert Jahren. Die Gefahr der Christenheit, die Türkennot, könnte auf diese Weise abgewehrt, die Fürsten und Städte des römischen Reiches, die sich nun gegen den Kaiser stellten, könnten zum Gehorsam zurückgeführt werden.

Man konnte wahrhaftig nicht verlockender die Vortheile dieser Verbindung schildern. Aber der Preis wurde darum nicht gemindert, den man für all' das vom Kaiser verlangte, und es mochte ihm seine gegenwärtige Lage immer noch erträglicher erscheinen, als die Knechtschaft unter burgundischer Herrlichkeit.

Sollte es Hagenbach gelingen, den Kaiser unter diesen Bedingungen zu gewinnen, so möge er einen Tag in Aachen vorschlagen, auf welchem durch kaiserliche und burgundische Gesandte die Angelegenheiten weiter beratschlagt werden sollten.

Erst wenn die kaiserliche Zustimmung durchaus nicht zu erreichen sei, sollte Hagenbach den Vorschlag wegen Uebertragung des Reichsvicariats und Erwählung zum künftigen Kaiser durch die Kurfürsten machen, und wäre dies erreicht und seine Erwählung auch durch den Papst bestätigt, dann wollte Burgund in die Vermählung willigen. Auch hierüber, wenn sich Schwierigkeiten ergeben, sollte ein Tag in Aachen verabredet werden. Würde eine Einigung erzielt, so möge Hagenbach Maximilian ansehen, sich seine Körpergestalt merken, seine Sitten und Eigenschaften und dieses dem Herzoge bekanntgeben. Die Verhandlungen mit dem Kaiser sollten von Hagenbach in Gegenwart des Abtes Casanova gepflogen werden.

Die Ansprüche, die der Herzog von Burgund stellte, waren übermässig. Der Kaiser konnte sie gar nicht gewähren, denn was verlangt wurde, verstiess so sehr gegen Recht und

Herkommen, dass an die Erfüllung nicht zu denken war. Es ist jedoch keine Nachricht darüber vorhanden, welchen Bescheid der Kaiser gegeben hat.

Zieht man die Art seines Wesens in Betracht, so wird man in der Annahme nicht irren, dass er diesen Anträgen gegenüber geschwiegen hat. Er mochte die Anerbietungen Burgunds nicht gänzlich von sich weisen, das gestattete seine Lage nicht, er konnte dieselben aber auch nicht annehmen. Möglich, dass er die Schwierigkeiten durch eine persönliche Zusammenkunft mit dem burgundischen Herzoge beseitigen zu können hoffte, und dass er durch eine solche Einladung die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglichte, ohne sich über die burgundischen Propositionen schon jetzt erklären zu müssen.

Eine Instruction für die burgundischen Gesandten Peter von Hagenbach und Johann von Etzbach aus dem Juli 1473[1] lässt uns erkennen, mit welcher Freude Karl der Kühne dieser Zusammenkunft entgegensah; dieselbe lautet: „Zum ersten sollen sie dem Kaiser . . . . sagen, wie der Herzog durch Briefe, die ihm der Kaiser geschickt hat, auch durch mündliches Vorbringen seiner Botschaft gemerkt hab grossen Willen und Lieb, die der Kaiser gegen ihn habe, darum auf aller Demütigkeit und Gutwilligkeit sie ihm Dank sagen sollen, desgleichen auch um die Pein und Müd, die er genommen hab, sich in Willen zu fügen gegen Trier zu dem Herzogen."

„Ueber das sollen sie sagen dem Kaiser, wie kein Ding sei in der Welt, das auf diese Zeit der Herzog nie begehr, dann zu sehen die kaiserlich Person und sich bei ihm zu finden auf den bestimmten Tag und das um zwei Ursachen: die erst um der allergrössten Lieb, die er hab gegen seine edle Person, die ander um Ursach willen der Frucht, die er hofft, kommen solle aus ihrer Versammlung und Zusammenkunft."

Die Zusammenkunft wird für den 12. August verabredet; doch haben die Gesandten den Auftrag den Herzog zu entschuldigen, wenn er sich des Krieges wegen um zehn oder zwölf Tage verspäten sollte.

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 9. C. p. 37—39 französisch und deutsch.

Man würde aber doch schwer irren, wollte man die damalige Lage nach diesem Schriftstücke beurtheilen. Die Zusammenkunft und schliessliche Vereinbarung waren sowohl dem Kaiser, wie dem Herzoge nur das letzte Mittel.

Für den Kaiser wie für Burgund beanspruchten in jenem Zeitpunkte je zwei verschiedene Richtungen der politischen Bewegung die vollste Aufmerksamkeit und in deren Entscheid lag auch die Entscheidung über die beabsichtigte Zusammenkunft.

Für den Kaiser waren Ungarn und das Reich die beiden Pole, die sich berührten, und je nachdem sie sich wendeten, musste auch er bestimmte Richtung gewinnen — für Burgund lag der Schwerpunkt der Politik bei Lothringen und bei den Eidgenossen. Dass dem Kaiser, so sehr die burgundische Macht ihn lockte, die Heirat seines Sohnes mit Maria von Burgund um den verlangten Preis zu theuer erkauft schien, ist nicht erst zu beweisen, und dass Karl von Burgund überhaupt jede Verheiratung seiner Tochter verabscheute, weiss man nicht minder. Konnte er Lothringen erwerben ohne des Kaisers Hilfe und den Bund der Eidgenossen mit Oesterreich hindern, dann hatte das Bündniss mit dem Kaiser nur geringen Wert für ihn. — Entschied das Reich sich für den Kaiser in Sachen des Ungarkönigs wie des Pfalzgrafen, so mochte dieser der burgundischen Hilfe leicht entraten.

Wieder war es ein Reichstag, der Entscheidung bringen sollte, und zwar jener von Augsburg im Frühjahre 1473. Während der Kaiser in Augsburg weilte und die Verhandlungen mit Burgund resultatlos sich hinzogen, hatten Karl und Nicolaus von Lothringen in der Heiratsangelegenheit sich wieder genähert. Die Annäherung scheint von beiden Seiten zu gleicher Zeit erfolgt zu sein. In einem Briefe vom 4. Juni 1473[1] aus Nancy nahm Herzog Nicolaus und in einer Instruction vom 10. Juni 1473[2] aus Maastricht nahm Herzog Karl die Verhandlungen wieder auf. Sie führten zu keinem Resultate, der Tod sprach sein Machtwort, am 24. Juli 1473 ist Herzog Nicolaus von Calabrien-Lothringen plötzlich ver-

---

[1] Godefroy-Commines IV. p. 405—406.

[2] Gachard, Bibl. Paris I. p. 344—345.

schieden.[1] Dadurch war Karl der Kühne mit seinen Bestrebungen durchaus an den Kaiser gewiesen.

Dieser hatte Mitte 1472 nach dem Erkalten seiner Beziehungen zu Burgund Anknüpfungspunkte bei Mathias Corvinus gesucht. Wie schon erwähnt, war eine Vereinbarung zu Stande gekommen. Der König von Ungarn widerrief sogar zu Gunsten des Kaisers jene Briefe, in welchen er den aufständischen Provinzialen Schutz und Beistand gegen ihn verheissen hatte und versprach, sie zum Gehorsam gegen den Kaiser zurückführen zu wollen. Freilich waren diese Versprechungen nicht ernst gemeint und es scheint, dass Mathias seine freundschaftlichen Beziehungen zu den Aufständischen niemals unterbrochen hat.[2] — Aus all den langwierigen und peinlichen Verhandlungen geht zunächst hervor, dass Kaiser Friedrich in seinen Erblanden völlig machtlos war, und dass diese Machtlosigkeit in dem Widerstande des österreichsichen Adels gegen jede geordnete Regierung, an welcher nicht er den Löwenantheil hatte und die ihm nicht vollstes Privilegium für alle Gesetzlosigkeiten gab, ihre Ursache hatte. Mathias benützte diese unzufriedenen Elemente als Waffe, die niemals ihre Dienste versagte, gegen den Kaiser, wenn es sich darum handelte, ihn in eine Zwangslage zu versetzen. Sie wurde weniger gefährlich durch die Zähigkeit, mit welcher Friedrich den Forderungen des Mathias, trotz aller Bedrängniss, mindestens passiven Widerstand entgegensetzte.

Und jetzt schien es, als ob doch einmal das Reich zu Gunsten des Kaisers zu interveniren entschlossen sei. Die Türkengefahr, die immer drohender die Gemüter erschreckte, war wohl die eigentliche Ursache, welche die Fürsten bewog, mit Mathias Corvinus in directe Unterhandlungen zu treten, um ihn zur Beschickung des Augsburger Reichstages zu vermögen. Wollte man aber die Türkengefahr ernstlich bekämpfen, so musste zuerst der Friede zwischen dem Kaiser und dem Könige Mathias geschlossen werden. Der Augsburger

[1] Vgl. die Bemerkung bei Dupont-Commines I. p. 244, Note. Dort sind die Nachrichten über Nicolaus entnommen: Art de verifier les dates III. 56. — Anselme I. 122.

[2] Vgl. Chmel, Mon. habsb. I. II. 11. p. 18—19 und 10. p. 16—18 vom 8. September 1472, das erstere Schriftstück ohne Datum.

Reichstag vom Frühjahre 1473 hatte wohl das Wesentlichste zu dieser Erkenntniss beigetragen. Ursprünglich für den 21. März ausgeschrieben, war der Kaiser erst am 25. April nach Augsburg gekommen. Die Beratung wegen Abwendung der Türkengefahr bildete den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand. Der Papst hatte keinen Legaten zu den Verhandlungen geschickt. Es wurde aber ein Anschlag zur Abwehr der Türkengefahr eingebracht, der, im Einverständnisse zwischen Kaiser und Papst entstanden, von jedem Christen bei Strafe der Acht und des Bannes auf das Eifrigste gefördert werden sollte. Für April des nächsten Jahres 1474 wurde der Zug gegen die Türken angesetzt.[1] Aber auch dieser Versuch scheiterte an dem Widerstande der Städte, die unter nichtigen Vorwänden selbst für eine allsogleiche Hilfe von 1000 Pferden Bedenkzeit forderten. Es mag sein, dass es sich den Städten um die Rettung von Principien handelte, um die Rettung des Reiches und der kaiserlichen Autorität waren sie sicherlich viel weniger besorgt. Und doch hatte der Kaiser das Aeusserste aufgeboten, die Städte zur Hilfeleistung zu bewegen; er hatte darauf hingewiesen, dass Burgund nach dem Tode des Herzogs von Geldern dieses Land an sich bringen wolle, Frankreich sich rüste, um einen Theil des deutschen Reiches zu besetzen, dass in Lothringen Sammelplätze seien und aus der Lombardei eine grosse Anzahl Söldner nach Deutschland komme.[2] Auch dieser Hinweis verhallte ungehört. Da sahen auch die deutschen Fürsten, dass eine Beseitigung der Türkengefahr nur durch Ungarn möglich sei, wie man dies in Rom schon längst erkannt hatte und darnach handelte.

Mathias Corvinus hatte gar viele Freunde im deutschen Reiche, und seine diplomatische Geschicklichkeit ist sicherlich nicht gering gewesen. Selbst Fürsten, die sich rühmten, treu zum Kaiser zu halten. hatten es nicht verschmäht, ein enges Bündniss mit ihm zu schliessen. Am 5. Juli 1472 war eine Einigung zwischen den Markgrafen Albrecht Achilles von

---

[1] Es würde mich zu weit führen, den Anschlag hier wiederzugeben. Für die Augsburger Verhandlungen siehe Müller, R. Th. II. p. 539 ff. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. Habsburger Chronik, p. XIV ff.

[2] Chmel, Mon. habsb. Habsburger Chronik, p. XXIII.

Brandenburg und Herzog Wilhelm von Sachsen einerseits und Mathias Corvinus andererseits zu Stande gekommen.[1] Niemand anderer als Georg von Stein hatte namens des Brandenburgers die Verhandlungen geführt.[2] Die Einigung lautete: „Dass wir König zu Ungarn und Böhmen unser Lebtag lang wider die obgenannten Albrecht und Wilhelm nicht sein sollen um keiner Sachen, noch um Niemands willen. Desgleichen sollen und wollen wir: Albrecht und Wilhelm auch nicht sein wider den obgenannten König von Ungarn und zu Böhmen, um keinerlei Ursach und um Niemands willen. Mehr verpflichten wir uns obgenannte Fürsten und König mit Niemand in Einung zu gehen auf solch oder ander Meinung „das da uff Im trüge, das unser keynem wider den andern sein sulle.""[3]

Bei solchen Interessengemeinschaften zwischen den deutschen Fürsten und Mathias kann man es begreiflich finden, dass der Druck, welchen die ersteren auf ihn ausübten, kein allzu harter gewesen sein mochte. In der That zeigt uns die Instruction, welche von Albrecht Achilles für die Gesandtschaft der Kurfürsten und Fürsten an den König von Ungarn unterm 17. Juli 1473[4] entworfen wurde, dass man nicht gesonnen war, etwas Ernstliches zu unternehmen. Die Fürsten versuchen es dem Ungarkönig gegenüber mit sanften Vorstellungen, und die Drohworte sollen die Räte verziehen auf das Längste. Wo aber alle Dinge nicht helfen wollen, sollen sie die Drohworte reden, und auch diese Drohworte lauten keineswegs sehr beunruhigend für Mathias: Wie wir Seiner kaiserlichen Majestät gewohnt seien und die nicht lassen könnten, so er (der Kaiser) also von Tag zu Tag vergewaltigt und bekriegt würde. Nachdem das Haus Oesterreich nicht das mindest Glied des heiligen Reichs ist und wäre sich zu versehen, dass das ganze Reich das nicht dulden würde, das dann nicht dienet zu

[1] Minutoli, Kais. Buch, p. 336.

[2] Ebenda, p. 335.

[3] Die mit Anführungszeichen versehene Stelle scheint von Minutoli ungenau wiedergegeben zu sein. Uebrigens ist der Sinn zu erkennen.

[4] Das Actenstück ist bei Chmel, Mon. I. II. 19. p. 28 ff. abgedruckt mit der Bezeichnung (S. D.) 1473. Das obige Datum lässt sich feststellen durch Abdruck einer Stelle dieser Instruction bei Minutoli, Kais. Buch, p. 337.

dem Türkenzug." Das waren die Drohworte, mit denen man zurückhalten sollte, bis zum Alleräussersten. Im Uebrigen sieht man, dass Mainz, Trier und Albrecht, in deren Namen die Gesandtschaft handelte, völlig befriedigt waren, wenn nur ein erträglicher Waffenstillstand zu Stande kam.

Es versteht sich von selbst, dass die Verhandlungen endlos sich hinzogen, um endlich, erst im Jahre 1474, resultatlos zu verlaufen, wie uns das Ultimatum des Mathias vom 14. März 1474[1] beweist. Die Lage des Kaisers, sowohl mit Rücksicht auf seine aufständischen Unterthanen in seinen Erblanden, wie auf die Türkengefahr war eine derartige, dass er in solchen Unterhandlungen keinerlei Unterstützung finden konnte. Er hielt fest an dem Reiche bis zu dieser Stunde, — das Reich versagte ihm wie früher seine Dienste; die Städte weigerten eine Hilfe von 1000 Pferden, die Fürsten versagten in Wirklichkeit ihren Einfluss, um dem Kaiser Ruhe in seinen Erblanden zu verschaffen gegen einen Fürsten, der die Revolution als seine hauptsächlichste Angriffswaffe führte. Ausserdem war die Angelegenheit des Kaisers gegen den Pfalzgrafen Friedrich den Siegreichen unerledigt.

Der Reichskrieg gegen ihn hatte ein für den Kaiser keineswegs ehrenvolles Ende gefunden. Am 26. August 1471 schon hatte der oberste Feldhauptmann Herzog Ludwig von Veldenz um Frieden bitten müssen. Es wurde ein Schiedsgericht vereinbart, und durch dessen Entscheidung kam es am 2. September 1471 in Heidelberg zum Frieden.[2] Die Friedensbedingungen waren: 1. Herzog Ludwig soll binnen 14 Tagen die Landvogtei abtreten. 2. Die Einungen und Verschreibungen zwischen Kurpfalz und Veldenz sollen, weil sie gegen Kurpfalz verletzt wurden, ab sein und von Ludwig zurückgestellt werden. 3. Herzog Ludwig soll von Neuem seine Lehen von Kurpfalz empfangen. 4. Alle gewonnenen und eroberten Flecken sollen in Händen von Kurpfalz bleiben bis zur endlichen Rachtung der Dinge. 5. Kommt Herzog Ludwig der Rachtung nicht nach, so sollen alle Gefangenen

---

[1] Minutoli, Kais. Buch, p. 338 ff.

[2] Menzel, Regesten Friedrich's des Siegreichen, p. 468, bei C. Hofmann, Quellen und Forschungen etc. Bd. II.

sich wieder stellen. 6. Wenn die von Weissenburg der Rachtung beitreten wollen, sollen sie es binnen 14 Tagen melden.[1]

In der That erfolgte in Gemässheit dieser Friedensartikel am 6. September die Belehnung des Herzog's Ludwig von Veldenz. Am 5. December kam es dann zu einem Vertrage zwischen der Stadt Weissenburg und Friedrich,[2] am 29. Jänner 1472 zu einem Vertrage zwischen diesem einerseits und dem Abt, dem Probst und dem Stift zu Weissenburg andererseits, vermittelt durch die Bischöfe von Worms und Speyer und den Wormser Domcustos Johann Ernst.[3]

Am 23. März 1472 wendet sich dann Friedrich der Siegreiche in einem Briefe direct an den Kaiser. Er wirft ihm vor, dass er den Streit zu keinem Austrag kommen lassen wolle, dass er es mit dem von ihm gestellten Rechtsgebot nicht ehrlich meine, dass er ihm widerrechtlich die Landvogtei entzogen habe und erneuert das Rechtsgebot vor dem Kurfürsten Ernst von Sachsen.[4] Am 7. April 1472 theilte er der Stadt Frankfurt die Abschriften zweier Briefe, der eine vom Kaiser an ihn, der andere von ihm an den Kaiser gerichtet, mit.[5] Der Kaiser musste durch den Inhalt des erwähnten Schreibens in seiner feindlichen Stimmung gegen den Pfalzgrafen nur noch mehr bestärkt werden. Wie es scheint, würdigte er ihn keiner Antwort, denn unterm 12. Mai 1473 wendet sich Friedrich der Siegreiche mit einer Mittheilung an die Stadt Frankfurt, dass er seit Fasten 1472 vom Kaiser keine Antwort erhalten habe, er bittet sie, den Kaiser zu bewegen, seine Rechtsgebote anzunehmen und wenn er dies nicht thue, demselben gegen ihn (Friedrich) keine Hilfe zu leisten[6] und am selben Tage schrieb er auch dem Kaiser, er habe ihn

---

[1] Bei Menzel, Reg. Friedrich's des Siegreichen, p. 468—469 mit der Bemerkung: „Eine wirkliche Originalurkunde oder eine Abschrift über den Frieden konnte ich bis jetzt nicht auffinden. Siehe, was Heintz (Abhandlungen der hist. Classe der königl. baier. Akademie der Wissenschaften, I. Band. I. Theil. S. 363 ff.) über den Frieden sagt." Der Inhalt der Regestennummer ist entnommen: Kremer's Geschichte Friedrich I.

[2] Ebenda, p. 469—470.

[3] Ebenda, p. 475.

[4] Ebenda, p. 476—477.

[5] Ebenda, p. 477, die Originale im Stadtarchive zu Frankfurt.

[6] Ebenda, p. 482, das Original im Stadtarchive zu Frankfurt.

oftmals gebeten und durch seine Mit-Kurfürsten und Fürsten bitten lassen, ihm ein gnädiger Herr und Kaiser zu sein, und die Ungnade, die er auf ihn gewandt habe, gnädiglich abzustellen, nachdem er nicht weiss, wodurch er sie verschuldet habe. Der Kaiser habe ihm die Landvogtei abgesprochen und seine Rechtsgebote unbeachtet, seine Schreiben unbeantwortet gelassen, nachdem er nun in's Reich gekommen und in der Nähe sei, so hoffe er jetzt zu seinem Rechte zu kommen. Er bittet um gnädige Antwort.[1]

Dieser Brief sollte wohl die Versöhnungs-Action, die von den Fürsten beabsichtigt war, ermöglichen. Aber der Kaiser wollte ohne eclatante Genugthuung in eine solche Versöhnung nicht willigen. Der Kaiser verlangte, wie wir aus einem späteren Briefe Friedrich's des Siegreichen vom 27. Jänner 1474[2] ersehen, Zahlung von 32.000 fl., Herausgabe von Mortenau und der Landvogtei im Elsass und Lossprechung der einst gefangenen Fürsten von ihren Verpflichtungen und Herausgabe ihres Lösegeldes.[3] Natürlich dachte der Pfälzer nicht daran, diese Bedingungen zu erfüllen. Er achtete sich ja durch das Vorgehen des Kaisers beschwert und deutlich hatte er es ausgesprochen, wenn seine Erbietungen nicht angenommen würden, geschehe ihm grosses Unrecht, und er werde zur Notwehr gezwungen[4]. Da gab es für den Kaiser kein Pactiren und vom Standpunkte seiner kaiserlichen Autorität, die er ohne Zweifel gegebenen Falles wohl zu wahren wusste, so sehr seinem Wesen strenges Auftreten unpassend schien, konnte von einem Ausgleich unter solchen Verhältnissen nicht gesprochen werden.

Die Hoffnungen des Kaisers, soweit sie auf eine entschiedene Parteinahme der Fürsten für ihn gerichtet waren, waren gescheitert. Das Reich hatte nicht den Willen und nicht

---

[1] Menzel, Reg. p. 482—483, das Original im Stadtarchive zu Frankfurt.

[2] Ebenda, p. 484 f.

[3] Durch den Sieg bei Seckenheim am 30. Juni 1462 waren die beiden Reichsfeldherren Ulrich von Würtemberg und Karl von Baden, der Bischof von Metz und viele andere Herren in die Gefangenschaft Friedrich's des Siegreichen gefallen und mussten sich durch schwere Friedensbedingungen und Zahlung bedeutender Summen lösen.

[4] In seinem Briefe an den Kaiser vom 5. März 1471. Menzel, Regesten, p. 457.

die Kraft, ihn gegen die Einfälle der Türken und gegen die Bedrohung seiner Erblande durch Mathias Corvinus zu schützen, es hatte nicht den Willen und nicht die Kraft, seiner kaiserlichen Autorität gegen die Unbotmässigkeit eines Reichsfürsten seine Unterstützung zu leihen. Persönlich allerdings zeigten die ihm freundlich gesinnten Fürsten alle Willfährigkeit, das beweisen uns die Willebriefe, mit denen die Kurfürsten die österreichischen Privilegien bestätigen. Aber andererseits musste der Kaiser sich dafür in einer Weise ausnützen lassen, die es zweifelhaft erscheinen lässt, mit wem er besser gefahren ist, mit seinen Freunden oder mit seinen Feinden.[1] Man darf sich nicht wundern, dass er nach diesem missglückten Versuche, am Reiche eine Stütze zu finden, sich wieder Burgund zuwandte. Am 14. August erschien ein kaiserlicher Gesandter in Nimwegen am burgundischen Hofe.[2]

Karl der Kühne hatte mit dem Beginne des Jahres 1473 seine Aufmerksamkeit wieder vollständig den deutschen und eidgenössischen Verhältnissen zuwenden können. Am 1. März war die Ratifications-Urkunde wegen einer Verlängerung des Waffenstillstandes von Ludwig XI. unterzeichnet worden.[3] Karl's Hof bildete in dieser Zeit den Sammelplatz für Gesandtschaften aus aller Herren Länder. Als er am 4. April den Vertrag mit Ludwig XI. unterzeichnete, waren anwesend: Gesandte des Papstes, Englands, Neapels, des Herzogs der Bretagne, Venedigs und Andere. Am 24. Mai erwarteten ihn in Mastricht unter Anderen auch die Gesandten des Mathias Corvinus von Ungarn und des Markgrafen Albrecht Achilles.[4] Auch sonst waren die Verhältnisse den Plänen Karl's günstig. Nachdem am 25. Februar der Herzog Arnold von Geldern gestorben war, der ihn zum Erben seiner Lande eingesetzt hatte, gelang es ihm, am 20. Mai den Herzog Gerhard von Jülich zur Abtretung seiner Ansprüche

[1] Bezüglich der Willebriefe siehe Chmel, Reg.-Nr. 6699, 6700, 6701, 6746. Was die Beneficien der Fürsten anlangt, welche zum Kaiser hielten, findet sich in der Habsburger Chronik von Chmel eine lesenswerte Zusammenstellung. Siehe p. XLII ff. und die Anmerkungen.

[2] Extrait d'une ancienne Chronique bei Godefroy-Commines III, p. 379.

[3] Godefroy-Commines IV, p. 421—428.

[4] Extrait a. a. O., p. 377.

auf Geldern und Zütphen gegen eine Summe von 80.000 rheinischen Gulden zu bewegen.[1] Bei der Besitzergreifung Gelderns wurde ihm zwar Widerstand entgegengesetzt, aber es gelang ihm, denselben schnell zu brechen. Nimwegen, das ihm die meisten Schwierigkeiten verursachte, musste sich am 20. Juli ergeben. Der Bürgermeister, der Bischof, die Bürger und Einwohner Nimwegens übergaben mit entblösstem Haupte und auf den Knien liegend die Schlüssel der Stadt. Der Kölner Erzbischof hatte nahezu ununterbrochen während dieser Zeit einen Gesandten am burgundischen Hofe. Dem Tode des Herzogs Arnold von Geldern folgte jener des Herzogs Nicolaus von Calabrien-Lothringen. Hatte Ersterer ihm den Besitz Gelderns und Zütphens eingebracht, so wurde er durch den Letzteren genötigt, seiner, die Erwerbung Lothringens erstrebenden Politik eine andere Richtung zu geben. Diese Richtung führte ihn näher zu dem Kaiser. Dieser war der Lehensherr und in seiner Hand konnte eventuell die Entscheidung liegen.[2] Aber auch von anderer Seite hatten sich die Verhältnisse so gestaltet, dass Burgund nur in einer engen Verbindung mit dem Kaiser seine eigene Stellung sichern konnte.

Die zweideutige Politik Karl's des Kühnen, das Treiben Hagenbach's in den Pfandlandschaften und die Wühlereien Frankreichs hatten die Eidgenossen zu Burgund immer mehr in ein feindliches Verhältniss gedrängt. So sehr sich Karl der Kühne bemühte, sie zu seinen Gunsten umzustimmen, es wollte ihm nicht gelingen. Seine enge Verbindung mit Oesterreich und seine Absichten und Pläne auf eine Machterweiterung, die auch den Bestand der Eidgenossenschaft zu bedrohen schien, liessen eine freundlichere Stimmung gegen Burgund bei den schweizerischen Eidgenossen nicht die Oberhand gewinnen. Die Versuche einer Einigung zwischen ihnen

[1] Extrait d'une anc. chronique bei Godefroy-Commines IV, p. 377.

[2] In Lothringen war 1430 beim Tode des Herzogs Karl nicht dessen Bruder, der Graf von Vaudemont, gefolgt, sondern Karl's Tochter Isabella und ihr Gemahl Renatus, Titularkönig von Neapel; sein Sohn Johann von Calabrien starb 1470, sein Enkel Nicolaus 1473; seine Tochter allein war übrig, Witwe Friedrich's von Vaudemont. In ihrem Sohne Renatus II. waren die Ansprüche der männlichen und weiblichen Linie von Lothringen vereinigt. — Siehe Droysen, Gesch. der preuss. Politik. II. 1. p. 287, Note 1.

und Oesterreich zur directen Bedrohung Burgunds im August 1472 waren zwar gescheitert, aber die Lage Mühlhausens rief ihnen stets die Bedrängniss, in welcher sich ihre Freunde durch burgundischen Uebermut befanden, in's Gedächtniss. Am 24. Februar 1473 wurde zu Luzern in dieser Angelegenheit verhandelt[1] und schon am 14. März kam es zur Verabredung einer Verbindung zwischen den Eidgenossen und dem Bischof von Strassburg, dem Bischof von Basel, dem Markgrafen von Baden, den Städten Strassburg, Basel, Colmar und Schlettstadt, Mühlhausen und den ihr zugewandten Orten.[2] Die Verbindung wurde zwar erst im Jahre 1474 factisch vollzogen, aber es zeigt sich, dass Burgund als ein Feind angesehen wurde, der nur durch enges Aneinanderschliessen aller Bedrohten bekämpft werden könnte, und dass dieses Zusammenschliessen bereits begonnen hatte. Am 5. Juli hiess es in den Verhandlungen des Tages zu Luzern: „es soll jedermann gerüstet sein, Niemand soll Kampf anfangen auf eigene Faust, denn mit unser aller gemeinem Rat und Recht im Namen Gottes erwarten, was man mit uns fürnehmen wölle."[3]

Am 28. Juli in Luzern und am 3. August in Zug fanden die Verhandlungen mit Oesterreich, Burgund und Frankreich ihre Aufnahme und Fortsetzung.[4] Es konnte Karl dem Kühnen nicht mehr frommen, dass er Alles aufbot, die Gesinnung der Eidgenossen gegen ihn nochmals zu wenden. Umsonst versuchte es sein Gesandter, der Abt Casanova, am 3. August, eine freundlichere Stimmung für seinen Herrn zu erwirken. Er erklärte, es sei ferne von Herzog Karl, dass er sie bekriegen wollte, vielmehr sei er bereit, ein Bündniss mit ihnen zu schliessen und sie mit Oesterreich auszusöhnen, wenn sie ihm in Gemeinschaft mit den Venetianern den Herzog von Mailand bekämpfen helfen wollten, das Geld dafür wollte er ihnen gerne geben.[5] Aber wessen man sich von Burgund versah, das lehrt uns ein Brief von Strassburg

[1] Segesser, Abschiede, II. Nr. 697, p. 439—440.
[2] Ebenda, II. Nr. 699, p. 441—442.
[3] Ebenda, II. Nr. 714, p. 451.
[4] Ebenda, II. Nr. 716, p. 452 und Nr. 717, p. 453.
[5] Ebenda, II. Nr. 717, p. 453.

an die Eidgenossen vom 15. September, dass Karl mit grosser Macht Deutschland sich nähere, man aber nicht wisse, wem es gelte, ihnen oder den Eidgenossen.[1]

Auch Burgund war so immer mehr auf die Vereinigung mit dem Kaiser angewiesen, nicht minder als dieser in Burgund seine letzte Hilfe sah. Beide setzten freilich auch in der Zeit, in der sie sich näherten, ihre Verbindung mit den Eidgenossen fort, denn dass bei diesen die Entscheidung lag, konnte damals nicht mehr verkannt werden. Auch weniger kluge Politiker als Ludwig XI. scheinen sich darüber klar gewesen zu sein. Der Kaiser schrieb am 3. April 1473 an den Bischof Hermann von Konstanz, er möge sich bei den schweizerischen Eidgenossen verwenden, dass sie nichts Feindliches gegen Herzog Sigmund von Oesterreich unternehmen.[2] Andererseits war Karl der Kühne bemüht, namentlich durch italienische Söldner seine Rüstung zu vervollständigen. Seine Gesandten in Venedig waren beauftragt, mit berühmten Söldnerhauptleuten zu unterhandeln und dieselben um jeden Preis zu gewinnen, und da seine Verbindung mit Venedig eine sehr enge war, hatte dies keine besonderen Schwierigkeiten.[3] Er wollte und musste auf alle Fälle gerüstet sein, denn dass die schliessliche Entscheidung mit Waffengewalt erzwungen werden müsse, wurde immer deutlicher. Nur suchte Karl der Kühne Denjenigen, gegen den er seine Waffen wenden wollte, zu jener Zeit schwerlich anderswo, als im Westen seines Reiches.

Nach seiner Abreise von Augsburg und Ulm, während seines Aufenthaltes in Niederbaden hatte der Kaiser schon völlig seine Schwenkung auf die burgundische Seite vollzogen. Am 16. Juli hatte er dem Peter von Hagenbach gestattet, das Schultheissenamt von Mühlhausen von der Stadt um die Pfandsumme an sich zu lösen und bis zur Lösung inne zu haben.[4] Zu jener Zeit wusste man im Reiche schon, wessen man sich von der kaiserlich-burgundischen Einigung zu versehen

---

[1] Dändliker, p. 48, Anm. 2. Das Schreiben im Luzerner Archiv.

[2] Fontes rerum austr. II. Abthlg. II. Bd. p. 433—434.

[3] Gachard, Bibl. Paris, p. 346. Siehe auch p. 345. Instruction du duc Charles de Bourgogne à messire Antoine, seigneur de Montjeu etc.

[4] Chmel, Reg.-Nr. 6758.

hätte, denn am 14. August schrieb Markgraf Albrecht Achilles: „Will der Herzog von Burgundi den Kurfürsten viel Widerwärtigkeit thun, so bedarf er desto minder nach dem Reich stellen mit Güte. Will er es dann mit Gewalt thun, so jagt er Herrn und Knecht zu Haufen, dass es aber nit geschieht, wiewohl Jörg vom Stein sagt, unser Herr der Kaiser wolle dem Herzogen das Reich übergeben jetzund zu Trier. Fall aber was darein, dass es nit geschehe, wolle er es mit gewaltiger Hand zuwegen bringen. Darzu ihm der König von Ungarn helfen soll und das zu thun hab als der oberst Kurfürst (als König von Böhmen). Und sagt wie er die Einung zwischen dem König von Ungarn und dem von Burgundi gemacht hab, und sonst viel schimpflicher Sach redet er von unserm Herrn dem Kaiser."

Freilich hoffte man im Reiche, dass der Kaiser sich nicht zu dem äussersten Schritte entschliessen würde, denn an Herzog Wilhelm von Sachsen schrieb Albrecht: „Es soll ohne Zweifel sein, dass unser Herr der Kaiser dem Herzogen von Burgund das Reich nicht übergebe und glauben, wo es an ihm begehrt würde, es würde gar ungefällige Antwort darauf gefallen. Und sein Lieb soll sich an den verlogenen Buben nichts kehren.'"[1]

III. Kapitel.

Fortsetzung der Verhandlungen in Trier.[2]

Wir haben schon verschiedene Phasen der österreichisch-burgundischen Beziehungen vor unseren Augen sich entwickeln sehen und politisch bewertet mag die Zusammenkunft in Trier kaum höher geschätzt werden, als eines der vorausgehenden Ereignisse. Interessant allerdings ist sie weitaus mehr als die übrigen Vorgänge. Denn waren auch Fürstenzusammenkünfte in jener Zeit nichts Seltenes so machte doch die Pracht, die der burgundische Herzog in Trier entfaltete, selbst bei den Zeitgenossen viel von sich reden. Allerdings hatte Karl

[1] Siehe Bader: Die Zusammenkunft Kaiser Friedrich's III. mit Karl dem Kühnen nach brandenburgischen Gesandtschaftsberichten. „Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit." Neue Folge, XI. Jhrg. 1804, Nr. 6, p. 202 und 203.

[2] Vgl. das Tagebuch in den Beilagen.

der Kühne Alles aufgeboten, um wirklich imponirend in Trier auftreten zu können. Schon am 6. September hatte er von Luxemburg aus nach Antwerpen gesendet und alle am Lager befindlichen gold- und silberdurchwirkten Stoffe aufkaufen lassen, um sie nach Metz zu schicken, welche Stadt damals als Zusammenkunftsort in Aussicht genommen war.[1]

Kaiser Friedrich hatte am 14. Juni 1473 Augsburg verlassen, um sich über Ulm nach Baden zu begeben.[2] Am 10. desselben Monats hatte Karl der Kühne mit seinem Zuge nach Moervelt bei Elsem in Geldern die Besitzergreifung der erledigten Reichslehen, Geldern und Zütphen begonnen.[3] Die Kugel war in's Rollen geraten, sie war nicht mehr zu halten. In Ulm scheint der Kaiser mit Ruprecht von Köln verhandelt zu haben, ein Beweis, wie nahe er an die burgundische Partei herantrat.[4] Die Unterhandlungen nahmen in Baden ihre Fortsetzung, wo der Kaiser den ganzen Juli bis Mitte August verweilte. An seinem Hoflager hielten sich die Herzoge Albrecht und Wolfgang von Baiern auf und Pfalzgraf Ludwig von Veldenz. Auch Herzog Ludwig der Reiche von Landshut weilte in der Nähe, zum Curgebrauche in Wildbad. Durch den Grafen von Sulz liess der Kaiser ihn einladen, an seinen Hof zu kommen, dass er den Streit mit dem Pfalzgrafen Friedrich beilegen helfe. Herzog Ludwig war wirklich krank und konnte dieser Einladung nicht folgen.[5] Dass der Graf von Sulz den Vermittler machte zwischen dem Kaiser und Herzog Ludwig, liesse vermuten, dass die burgundische Partei jetzt eine Versöhnung zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen anstrebe. An den Badener Aufenthalt des Kaisers knüpfen sich die an anderer Stelle wiedergegebenen Bemerkungen des Markgrafen Albrecht Achilles. Er hatte allerdings Ursache besorgt zu sein,

---

1 Extrait d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines III, p. 380. — Brandenburgische Gesandtschaftsberichte.

2 Chmel, Habsburger Chronik, p. XLIX.

3 Extrait d'une anc. chr. a. a. O., III, p. 377.

4 Willebrief des Kurfürsten Ruprecht von Cöln mit dem Datum Ulm vom 25. Juni. Chmel Reg. II. 6746.

5 Brandenburgische Gesandtschaftsberichte, publicirt von J. Bader, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit. Neue Folge. 11. Jhrg. 1864. Nr. 6 und 7, p. 201—207 und p. 233—242.

es war ja doch möglich, dass eine Ausgleichung zwischen dem Kaiser und der baierischen Partei erfolge.

In Baden beschäftigten den Kaiser auch eingehend die oberdeutschen Angelegenheiten. Der Streit zwischen Herzog Sigmund und dem Grafen Sonnenburg, sowie jener mit Bilgeri von Heudorf, Mühlhausens wegen, kamen vor dem Kaiser zur Verhandlung.[1] Der Mittelpunkt aller dieser Verhandlungen scheint Markgraf Carl von Baden gewesen zu sein. Wenigstens wird auch berichtet, dass durch seine Hand die Einleitungen gingen, die zu einem Tage zwischen dem Kaiser und den Eidgenossen führten. Merkwürdigerweise wird Bubenberg als derjenige genannt, welcher zu dem Markgrafen kam und mit ihm redete „von eines Tages wegen zwischen dem Hause von Oesterreich auch unserem Herrn Herzog Sigmund und gemeinen Eidgenossen".[2] Der Kaiser bestimmte für sich Basel als Ort der Verhandlung. Bevor er dahin aufbrach, ordnete er eine Gesandtschaft ab an den burgundischen Herzog und zwar den Grafen Rudolf von Sulz und Meister Hanns Keller.[3] Dieselbe traf am 14. August bei Karl dem Kühnen in Nimwegen ein.[4] Da Adrian von Bubenberg die Verhandlungen zwischen dem Kaiser, Sigmund und den Eidgenossen einleitete, möchte man fast glauben, dass auch hier burgundischer Einfluss ausschlaggebend war, dass Burgund es versuchte, Herr der Situation in Oberdeutschland zu bleiben, indem es die von Frankreich eingeleiteten Verhandlungen zu einer Einigung zwischen den Eidgenossen und Oesterreich zu Ende führte.

Am 16. August war der Kaiser von Baden abgereist und in Strassburg eingetroffen, wo er bis zum 27. des Monates verweilte.[5] Man liess ihm alle Ehren widerfahren, die dem Oberhaupte des deutschen Reichs gebührten. Er verlangte den Huldigungseid, den jedoch die Bürgerschaft ihm weigerte.[6]

---

[1] Mon. habsb. I. 1. 10, p. 41.

[2] Ebenda, p. 43.

[3] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[4] Extrait d'une anc. chr. a. a. O. p. 379.

[5] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O. — Code hist. et dipl. de la ville de Strassbourg I. 2, p. 206.

[6] Strassburger Chronik, Code hist. et dipl. de la ville de Strassbourg I. 2. p. 206—208.

In Strassburg kam Peter von Hagenbach als Gesandter Karl's des Kühnen an den kaiserlichen Hof. Man hatte ursprünglich Trier als Ort der Zusammenkunft vorgeschlagen. Später war vom Kaiser Metz in Vorschlag gebracht worden. Peter von Hagenbach widerriet diese Verlegung, weil es zu Metz „fast sehre sterbe". Die Zusammenkunft wurde auf den 5. September nach Trier anberaumt.[1] Die Unterhandlungen, die, den Kaiser noch in Baden beschäftigt hatten, fanden in Strassburg ihre Fortsetzung. Noch am 27. Juli hatte er in Baden dem Bischofe von Strassburg die Belehnung ertheilt. Am 2. August kamen der Bischof von Eichstädt und des Königs von Polen Botschaft zu Baden an. Inzwischen dauerten die Verhandlungen mit der baierischen Partei fort. Herzog Ludwig von Landshut, Friedrich der Siegreiche und der Bischof von Speyer weilten bis 1. August in Wildbad. Der Kaiser war am 2. August mit der cölnischen Angelegenheit beschäftigt. Diese und die Verhandlungen mit Polen, Ungarn und mit der Pfalz nahmen ihn fortwährend in Anspruch.[2] In Strassburg kam es zu Erörterungen in der pfälzischen Angelegenheit; die von den Vermittlern überbrachten Vorschläge erregten den heftigsten Unwillen des Kaisers. Er müsse glauben, sagte er, dass sie Diejenigen, welche sich am Reich und kaiserlicher Majestät vergehen, uneingedenk des ihm gethanen Gelübdes „mit einem nassen Fuchsschwanz abzustrafen gesonnen seien".

„Sie sollten zuvor, einen römischen Kaiser zu erwählen, auch demselben sich mit Pflicht und Eid zu verknüpfen unterlassen haben, weil sie, die Gerechtigkeit ihm im Reiche erhalten zu helfen, also abgeneigt wären."[3] Die Vorwürfe, welche der Kaiser gegen die Reichsfürten erhob, waren vollständig berechtigt.

Auch die Städte schickten ihre Abgeordneten nach Strassburg. Am 24. August überbrachte Gabriel Tetzel aus Nürnberg dem Kaiser im Beisein mehrerer anderer Sendboten die Antwort der Städte bezüglich der ausserordentlichen Hilfe von 1000 Mann. Sie lautete fast abschlägig.[4]

---

[1] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[2] Ebenda.

[3] Fugger, p. 769. — Chmel, Habsburger Chronik, LIV.

[4] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte.

Das Reich liess den Kaiser im Stiche.

Am 27. August verliess der Kaiser Strassburg und zog nach Freiburg. Wie lange der Aufenthalt dauerte, ist nicht genau festzustellen. Am 2. war er noch in Freiburg,[1] am 7. bereits in Basel.[2]

In Basel sollten die Verhandlungen mit den Eidgenossen stattfinden. Wir haben darüber mehrere ziemlich ausführliche Berichte. Die Verhandlungen wurden beiderseits mit dem freundschaftlichsten Entgegenkommen geführt. Nicolaus von Diessbach war der Sprecher der Eidgenossen.[3] Aber, will man nicht den guten Eindruck als eine immerhin beachtenswerte Folge dieser Verhandlungen ansehen, so müsste man dieselben als völlig resultatlos betrachten. Der Kaiser forderte, dass die Eidgenossen dem Haus von Oesterreich sollen wiederkehren, aber die Boten fanden keine Form, solche Forderung an ihre Freunde zu bringen. So wurde denn eine Fortsetzung der Unterhandlungen für Augsburg in Aussicht genommen.[4]

Am 9. September erschien der Gesandte Karl's Peter von Hagenbach, in Basel. Mit ihm war der Propst von Brüxen.[5] Am selben Tage verliess der Kaiser Basel, wo man ihn ebenfalls sehr ehrenvoll empfangen, aber auch die Huldigung geweigert hatte, um durch das Elsass nach Metz zu gehen. Am 18. September traf er in Metz ein.[6] Das Zögern und langsame Vorgehen des Kaisers muss selbst den Zeitgenossen aufgefallen sein. Man merkt es den Berichten an, dass sie geheimnissvolle Ursachen dahinter vermuteten: „So sind die Burgundischen vast weis und die kaiserliche Majestät wird nach seiner Gelegenheit langsam handeln, sich nicht übereilen lassen und die Ding mit der Zeit bewägen." Und an anderer Stelle schreiben die brandenburgischen Gesandten, die den Kaiser begleiten: „Dass wir uns vermuten, er handel nach Rat der Sternseher, dass es nach der Zeit dest bass gerat."

---

[1] Chmel, Reg. II. 6785.

[2] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[3] Knebel, Chronik I, p. 1.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 10, p. 43.

[5] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O. — Knebel, Chronik I. p. 1 ff.

[6] Philippe de Vigneulles, p. 6—7.

Der Herzog von Burgund hatte den Kaiser durch die am 9. September nach Basel an seinen Hof rückkehrenden Gesandten zur Eile mahnen lassen. Er selbst befand sich seit 6. September in Luxemburg.[1] Es waren bei ihm Gesandte Venedigs, Lothringens, des Pfalzgrafen, der Städte Metz und Trier, mit welchen letzteren er wegen seines Aufenthaltes unterhandelte. Der Kaiser hatte die Absicht gehabt, vor seinem Eintreffen in Metz den Herzog von Lothringen in Hagenau zu belehnen, obwol es den Burgundischen nicht sonderlich gefiel.[2] Die Belehnung mag wol durch burgundischen Einfluss unterblieben sein.

Zu Metz wurde der Kaiser von einer glänzenden burgundischen Gesandtschaft empfangen. Herzog Karl erbot sich nun zu einer Zusammenkunft in dieser Stadt. Er verlangte die Oeffnung eines Thores; die Metzer Bürger verweigerten dies, und so blieb es nach mannigfachen Verhandlungen endlich bei der Wahl von Trier.[3]

Der Kaiser verblieb bis zum 26. September in Metz. Auch hier hatte man sowohl ihm als seinem Sohne Maximilian, der ihn auf der ganzen Reise begleitete, alle Ehren widerfahren lassen und reichliche Geschenke geboten.[4]

Am 29. September kam der Kaiser nach Trier.[5] Am selben Tage brach Karl der Kühne von Luxemburg auf, übernachtete in Makeren und traf am 30. September nach dem Diner in Trier ein, wo er mit grosser Feierlichkeit einzog. Der Kaiser war ihm eine halbe Meile entgegengeritten.[6] Die beiderseitige Begrüssung war herzlich und entgegenkommend. Wir wollen der Versuchung widerstehen, alle ceremoniellen Details hier aufzuzählen, die sich an diese Begrüssung, an den Einzug und die weiteren Festlichkeiten knüpfen. Sie mögen mit dieser Bemerkung erwähnt und ihrer

---

[1] Extrait d'une anc. chr. a. a. O., p. 380.

[2] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 10, p. 43 und 44.

[4] Philippe de Vigneulles a. a. O.

[5] Agricola, Epist. de Lalaing, bei Freher-Struve II, p. 302—305. In Mon. habsb. I. 1. 16, p. 59, I. 1. 15, p. 54 und in Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O. erscheint der 28. als Ankunftstag.

[6] Extrait d'une anc. chr. a. a. O., p. 381.

Bedeutung mit der Andeutung Genüge geleistet sein, dass Karl der Kühne den Beweis lieferte, dass es seiner Macht an der soliden Unterlage des Reichtums nicht fehle. Den Kaiser und seine Begleiter musste das burgundische Schaugepränge unangenehm berühren, sie hielten das für welsche Prahlereien.

Als ostensibler Zweck der Zusammenkunft wurde in den ersten Tagen die Türkenhilfe in den Vordergrund geschoben. Die Details der Ankunft, die ersten Aufzüge und Unterhandlungen finden in den zeitgenössischen Berichten und in späteren Darstellungen eine ausführliche Schilderung, die politischen Verhandlungen finden leider eine geringere Beachtung.[1] Die Verhandlungen begannen am 2. October. Bis zum 5. October wird eifrigst über die Türkenhilfe geratschlagt. An diesem Tage wird im kaiserlichen Rate beschlossen, nicht mehr persönlich, sondern durch Bevollmächtigte zu unterhandeln. Am 7. October fand ein köstliches Mahl statt. Die burgundische Hauschronik beziffert die Kosten desselben mit 1117 fl. l. 14 s. 7 d. Die zeitgenössischen Chronisten und Quellen überbieten sich in Aufzählung und Schilderung des Glanzes und der Pracht, der ungeheuren Reichtümer des Burgunderherzogs.

Neben der Türkenhilfe war es später die Frage einer Einung zwischen Frankreich und Burgund, über welche die Räte zu debattiren hatten.

Die eigentlichen Unterhandlungen wurden vom Kaiser und vom Herzoge persönlich und ganz geheim geführt. Sie besuchten sich gegenseitig. Am 8. und 9. der Kaiser den Herzog, am 10. dieser den Kaiser, am 11., 12. und 13. empfing Karl die Besuche der deutschen Fürsten, am 14., 15. und 16. October erneuerten sich die Besuche zwischen Kaiser und Herzog.[2] Wohl nicht mit Unrecht bemerkt ein Zeitgenosse: „Also haben die anderen Herren ein Verdriess darinnen gehabt, dass sie (Kaiser und Herzog) allein bei einander gewesen sein."[3] Am 16. October fanden auch Verhandlungen statt zwischen den Gesandten, Herzog Sigmund und dem Herzog Karl von Burgund.

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 16, p. 59—62, 15, p. 54. — Freher-Struve II, p. 302—305. — Bader, Gesandtschaftsberichte u. viele Andere.

[2] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 382.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 15, p. 54—59.

Am 18. veranstaltete der Herzog ein grosses Tournier, welchem der Kaiser anwohnte, aber mit der vollständigen Uebereinstimmung zwischen Beiden scheint es schon zu Ende gewesen zu sein. Es kam an diesem Tage eine Gesandtschaft des Mathias Corvinus nach Trier[1] und Herzog Albrecht von München verliess an demselben Tage Trier, um nach Heidelberg und Strassburg zu gehen.[2] Man merkte es allgemach, dass die Einigkeit fehle zwischen Kaiser und Herzog: „Was aber also zwischen ihnen beiden gehandelt sei, wird in solcher Still und Geheimniss gehalten, dass weder Fürsten noch Räte davon Wissen haben." Doch hörte man mitunter, „als ob nit ganzer Wille zwischen ihnen sei, aber man siehet kein Zeichen einiger Widerwärtigkeit an den Räten dieser Sachen verwandt. Und lassen uns bedunken es sei mehr Glaubens und Wissens zwischen ihnen gemacht, dann ihre Meinung war, noch zur Zeit die Leut wissen sollten". So schreiben die Gesandten des Markgrafen Albrecht Achilles.

Am 22. unterhandelte Haug von Werdenberg mit den trierischen Räten wegen Verpflegung des Gefolges. Die Trierer sollten von diesem Tage ab keine Bezahlung mehr von den kaiserlichen Leuten nehmen für Betten, Holz, Heu und Stroh. Die trierischen Räte verweigerten die Zusage.

Am 23. endlich stellte Herzog Karl der Kühne dem Kaiser ein Ultimatum. Dasselbe umfasste vier Punkte: Der Kaiser sollte ihn belehnen mit Savoyen, er sollte Holland aus der Acht ziehen, mit Ansehung dessen, dass es ihm (Karl) gehorsam sei, er sollte den Pfalzgrafen unangefochten regieren lassen wie es einem Kurfürsten gebührt, und er würde in solchem Falle für ihn bei dem Kaiser bürgen, dass er ein gehorsamer und getreuer Fürst sein sollte, und viertens: er solle ihn mit Geldern belehnen. Der Kaiser nahm Bedenkzeit. Das Alles geschah vor den Fürsten und Räten.[3] Am 26. kam eine Botschaft des Herzogs von Bretagne nach Trier und man sprach davon, der König von Frankreich

[1] Segesser, Abschiede. II. Nr. 722, p. 460—461.

[2] Ebenda, II. Nr. 722, p. 460—461. — Bader, brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[3] Segesser, Abschiede. II. Nr. 722, p. 460—461.

schicke ebenfalls eine an den Kaiser.[1] Am 28. sollte ein Vertrag zwischen den kaiserlichen und burgundischen Räten aufgestellt werden,[2] ist aber, wie es scheint, nicht zu Stande gekommen. Es hatte eine blutige Rauferei am 26. zwischen kaiserlichen und trierischen Leuten stattgefunden. Der Erzähler meint: „Aber derselbe Kaiser und die Seinen haben kein Wohlgefallen darinne. Die gute Stadt ist gestellt keinen Dank vom Kaiser, burgundischer noch Anderer zu han, wan sie stelent, stosent und stechent und triben die Walen (Welischen) grosse Bosheit."

„Etliche wollen sagen, der Kaiser wolle, dass der König und Herzog einen ewigen Frieden und Einung machent, und dass sie dreie sich zu Hauffe verbindent, und so will derselb Kaiser seine Tochter des Königs Sohn geben, und sein Sohn des Herzogen Tochter, denn so zwingen sie alle, Christen und Heiden."

Aber mit der Einigkeit zwischen dem Könige und dem Herzoge mag es nicht so besonders bestellt gewesen sein, denn er liess einen Diener des Königs von Frankreich henken und einen Priester, ebenfalls aus dessen Diensten, ertränken.[3]

Der Kaiser konnte zu keinem Entschlusse kommen. Die deutschen Fürsten schickten sich an, allgemach Trier zu verlassen: „dann die kaiserlich Majestät ihnen Urlaub nicht versagt und sich erzeigt, als ob er es wohl geleiden mög." „Ich kann in viel Händeln nit verstehen, wer Kaiser, Herr oder Knecht ist," schreibt Stephan von Eyb, „dann als ich merk, hätt man dem Kaiser wollen von hinnen helfen, er wär vor dreien Wochen stattlicher und bass von hinnen kommen dann jetzo geschieht, wann viel Leut haben viel zu schicken."

Endlich, als der Herzog von Burgund merkte, dass der Kaiser durchaus zu keinem Entschluss käme, drohte er zum drittenmale mit seiner Abreise, ohne gerade ernstlich daran zu gehen, diese Drohung zu verwirklichen, „aber also er gesehen hat, dass der Kaiser nicht hat wollen darauf geben, hat er uf die zween letzten Tage Octobris alle seine Gezelte abgebrochen,

[1] Segesser, Abschiede. II. Nr. 722, p. 460—461.
[2] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.
[3] Segesser, Abschiede. II. Nr. 722, p. 460—461.

des mehrer Theil seiner Leute beschieden, auf Sonntag letzten Tag Octobris alle uf zu sein, desselben Tags gleich frühe uf thun trumpeten. Solichs dem Kaiser fürkomen ist und hat balde aufgesessen, sonder einige Verkündigung, Fürsten noch andere und ist zu dem Herzogen in das Kloster geritten, in welchem der ehgenannte Herzog Messe hat gehört. Ist der Kaiser auf des Herzogen Kammer gangen by sinen Räten. Dieselben hant lange Zeit mit dem Kaiser geredt und ihn unterwiesen, wie ihr Herr mit grossem Volke und Kosten seinen Gnaden nach ist gezogen u. s. w. und sollten also scheiden sonder Geschäfte, wäre eine grosse Sache und thaten gleich als wüsste der Herzog nichts von dem Kaiser." Der Herzog verblieb in der Messe bis zu Ende und blieb dann noch eine halbe Stunde in der Kirche. Inzwischen folgten dem Kaiser Maximilian, die Erzbischöfe von Mainz und Trier, die Bischöfe von Eichstädt und Metz, Herzog Ludwig und des Kaisers Räte.

Endlich kam der Herzog und der Kaiser sprach ihn an, er müsse nicht also hinweg. Darnach nahm Herzog Ludwig Urlaub heimzureiten und nachdem dies geschehen, begannen der Kaiser und der Herzog mit je fünf ihrer Räte eine Beratung, die von 4 Uhr Morgens bis zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags währte. Nur der Kurfürst von Mainz war anwesend dabei, sonst Niemand von den Fürsten. Diese kehrten nach Trier zurück, nachdem sie das Warten verdross. Der einzige Punkt, über welchen man sich einigte, scheint die Belehnung mit Geldern gewesen zu sein. Dass er die Forderung des Herzogs bezüglich des Pfalzgrafen abgewiesen habe, erzählt der Kaiser selbst in einem späteren Schreiben. Er motivirte diese Abweisung damit, dass Herzog Ludwig von Baiern es übernommen habe, ihn mit dem Pfalzgrafen auszusöhnen.[1] Der Kaiser selbst ritt gleich nach Trier, um wegen Abräumung der Marktbuden auf dem Marktplatze zu unterhandeln[2], damit die öffentliche Belehnung Karl's des Kühnen mit Geldern stattfinden könne.

---

[1] Siehe das Schreiben bei Chmel, Mon. habsb. I. III., die Stelle p. 536.

[2] Diese Darstellung, entnommen einem Berichte bei Segesser, Abschiede. II, p. 461—462. Der Besuch des Kaisers mit dem erwähnten Ge-

Am 4. November fand denn auch die feierliche Belehnung des Herzogs auf dem Marktplatze zu Trier statt.[1] Die Lehensbriefe wurden zwei Tage später ausgefertigt, am 6.,[2] und erhielt der Erzbischof von Mainz hiefür 1200 Gulden.[3] Noch am 1. und 2. schien die Gefahr einer plötzlichen Abreise nicht vollständig beseitigt. Am 3. schrieb der Pfalzgraf Friedrich an die Eidgenossen über ihre Anfrage, wie die Sachen stünden, dass man nichts wisse, aber es würde wohl Alles an's Tageslicht kommen.[4] Es scheint, dass auch er noch auf Verständigung mit dem Kaiser hoffte und aus diesem Grunde sich so reservirt äusserte.

Am 7. nahm Karl der Kühne die Besuche beim Kaiser wieder auf. Dieselben fanden statt am 7., 9., 10. und 12. November. Am 14. besuchte ihn Maximilian, um seinen Papagei sprechen zu hören. An demselben Tage trafen auch Gesandte Lothringens bei Karl ein, die festlich empfangen wurden.[5] Am 11. hatte er den Grafen Oswald von Thierstein nach Mühlhausen gesendet, um diese Stadt zum Gehorsam aufzufordern.[6]

Mit dem bis jetzt Erreichten konnte sich Karl der Kühne natürlich nicht zufrieden geben. Was er wollte und erstrebte, war in den Instructionen an Hagenbach klar ausgesprochen, es musste sich in Trier entscheiden, ob er es erreichen konnte.

Die Verhandlungen zwischen Kaiser und Herzog, welche nach der Belehnung mit Geldern und Zütphen stattfanden, scheinen sich um die Feststellung der weiteren Forderungen Karl's des Kühnen und der Bedingungen, gegen welche sie gewährt werden könnten, bewegt zu haben. Markgraf Albrecht Achilles, der den Verhandlungen mit ge-

---

folge findet seine Bestätigung im Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 382. Ebenso findet sich eine Bestätigung bei Chmel, Mon. habsb. I. 1. 11, p. 48.

[1] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 383.

[2] Lünig, R. A. VII. Anh. 115.

[3] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 383.

[4] Segesser, Abschiede. II. Nr. 722, p. 459 ff. Dieses Schreiben hat Menzel in seinen Regesten Friedrich's des Siegreichen übersehen.

[5] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 383.

[6] Knebel, Chronik I, p. 13.

spanntester Aufmerksamkeit folgte, theilt mit, worüber man sich vorläufig einigte[1] und seine Mittheilungen werden auch von anderer Seite bestätigt.[2] Der Herzog von Burgund sollte König werden „der hernach folgenden Lande und hat demselben königlichen Namen und seinen Erben, Söhnen und Töchtern incorporirt, die Herzogtum und Fürstentum alle, die er vom Reich mitsammt Geldern, das er heuer gewonnen hat, inne hat, auch das Land zu Lothringen, das heuer ledig ist worden und vom Reich zu Lehen gehet, mitsammt dem Herzogtum von Burgundi, das vor von der Cron zu Frankreich gangen ist, hat auch die Bistume Lüttich, Utrecht und Dolen und andere die unter dem Reich sind und etliche werntliche Fürstentum an denselben Enden, die vom Reich zu Lehen gehen, ihm auch incorporirt zu leihen und unter seiner Oberkeit zu haben von des Reiches wegen und dass er die königliche Würde und die Fürstentum alle von einem römischen Kaiser empfange, und unser Herr der Kaiser hat des Herzogen von Burgund Tochter seinem Sohn geben. So ist der Herzog von Burgundi, als man meinet nicht Kinder wartend mit der Frauen dadurch es Alles auf des Kaisers Sohn und sein Weib gefellt. Die polnischen und böhmischen Räte, die hier sind mit voller Gewalt mit dem Kaiser zu verbinden wider den König von Ungarn, schreibt der Kaiser auch zuzuthun, damit dem König von Ungarn, nachdem er mit den Seinen nicht eins ist, heiss genug würd' werden." Der Kaiser solle vom Pfalzgrafen die Landvogtei, vom Burgunder-Herzoge das Elsass, das an ihn verpfändet ist, erhalten. Aber die Kurfürsten und Kurfürsten Räte haben nichts bestätigt, sondern an die andern und die Räte an ihre Herren Bedacht genommen.

Der Kaiser wollte den Vertrag schliessen ohne Rücksicht auf die Kurfürsten, doch der Herzog von Burgund wollte ohne diese Zustimmung nicht darauf eingehen und daran scheiterte die Uebereinkunft, denn Albrecht Achilles spricht

---

[1] Schreiben an Herzog Wilhelm zu Sachsen vom 13. November aus Kadolzburg. — Müller, R. Th. p. 594—598.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 14, p. 53: Auf die Fürstentumb Gellern (Geldern), Tollf (Zütphen), Lutry (Lothringen), Genn (Burgund) vnd Sophoy (Savoyen), darzu vier Bischöf: Reich (Utrecht), Lietich, Tolln vnd Werdn u. s. w.

die Hoffnung aus, dass Karl der Kühne von dieser Forderung nicht abgehen würde, und er wusste, dass die Kurfürsten ihre Zustimmung niemals geben würden.

Der Kaiser wie der Herzog waren entschlossen, Alles preiszugeben. Der Herzog wollte den Pfalzgrafen und den König von Ungarn opfern, der Kaiser die Lande Sigmund's an sich ziehen und die Möglichkeit gewähren zur Aufrichtung eines burgundischen Reiches, dessen Macht allerdings eine imponirende hätte sein müssen. Aber Karl der Kühne hatte keine Lust, mit dem Kaiser einen Vertrag zu schliessen für das blosse Recht, sich die Durchführung gegen das deutsche Reich mit den Waffen erkämpfen zu müssen. Und das musste er, wenn die Kurfürsten dem Vertrage die Bestätigung weigerten. Dass der Kaiser und der Herzog einig waren, ist nicht zu bezweifeln. Der Herzog hätte sonst schwerlich die Vorbereitungen zur Krönung getroffen.[1]

Es ist nicht zu verkennen, dass durch die Klarstellung dieser Umstände die Beurtheilung der ganzen Zusammenkunft eine andere werden muss. Der Kaiser scheint direct von dem Vorwurfe getroffen zu werden, dass er das Reich an den Burgunder Herzog verkaufte, die Fürsten sind Diejenigen, welche das Reichs-Interesse wahrten. Aber dieser Vorwurf kann nur bei einer kleinlichen Beurtheilung der politischen Verhältnisse entstehen. Der Kaiser schuf allerdings ein burgundisches Reich, aber es sollte das Erbe seines Sohnes sein. Die deutsche Krone konnte nur zu Ansehen gebracht werden durch einen mächtigen Fürsten, der dem übermütigen deutschen Fürstentume eine Grenze in dessen souveräner Entwicklung ziehen konnte. Die deutschen Fürsten vertheidigten in ihrer ablehnenden Haltung nicht das Reich gegen Burgund, sondern ihre Hausinteressen. Wenn der Plan des Kaisers verwirklicht wurde, so wurde Deutschland schon im fünfzehnten Jahrhundert eine mächtige Monarchie gleich Frankreich oder England. Auf einen Regenten von der Kühnheit Karl's wäre ein Regent von der geistigen Ueberlegenheit Maximilian's gefolgt und die Reste der früheren Verfassung hätten die Basis eines Parlamentes gegeben, wie

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 11, p. 45—48. Aufzeichnungen der Räte Sigmund's.

es reicher und vielversprechender selbst in England sich nicht entwickeln konnte. Für Kaiser Friedrich stand neben dem Hausinteresse immer auch das Reichsinteresse im Vordergrunde; so mag man es verstehen, dass die zeitgenössischen Chronisten doch immer hervorheben, dass er das Reich nicht verkaufen wollte, so lieb ihm Gut gewesen sei.

Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Zustimmung der Kurfürsten nicht zu erlangen sei, wurde das Verhältniss zwischen Kaiser und Herzog wieder ein unfreundliches. Die Zwischenträger fanden geneigte Ohren bei beiden Theilen.[1] Der Luxus und die Pracht, welche Karl entfaltete, wurden von dem Kaiser als eine Schädigung des kaiserlichen Ansehens empfunden,[2] der Gegensatz zwischen burgundischem und deutschem Wesen machte sich bemerkbar,[3] und schliesslich erwachte das Misstrauen des Kaisers im vollen Masse, wenn er das enge Bündniss Karl's mit dem Pfalzgrafen,[4] seine Verhandlungen mit Mathias Corvinus,[5] schliesslich seine Weigerung, das Ehegelöbniss zu vollziehen, bevor die gestellten Bedingungen erfüllt seien, in Erwägung zog.[6] Vom 19. bis zum 22. November gab der Herzog ununterbrochen glänzende Festlichkeiten zu Ehren der deutschen Fürsten und der anwesenden Gesandten. Es mochte in der Absicht geschehen, die deutschen Fürsten und Kurfürsten zu gewinnen. Die Absicht verwirklichte sich nicht. So notificirte der Kaiser am 24. November den Fürsten seine bevorstehende Abreise.[7] Man hatte von der Fortsetzung der Unterhandlungen an einem anderen Orte gesprochen. Noch am 24. Abends fand von 6 bis 12 Uhr eine Beratung kaiserlicher und burgundischer Räte statt. An demselben Tage nahmen die Gesandten des Herzogs Sigmund von Karl

---

[1] Olivier de la Marche ed. Petitot IX, p. 190.

[2] Commines ed. Dupont I, p. 167.

[3] Ebenda.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1, p. 52 und 53 und I. 3, p. 536. Ausführliche Darlegung der Trierer Unterhandlungen wegen Friedrich dem Siegreichen.

[5] Chmel, Mon. habsb. I. 2. XIII, p. 103: „wiewol sich Kunig Mathias zu dem von Burgundi und andern tan hat, die wider uns zu bewegen etc."

[6] Agricolà bei Freher-Struve II, p. 305.

[7] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 11, p. 48.

dem Kühnen Abschied.[1] Die Abreise des Kaisers war nicht mehr zweifelhaft. Sie erfolgte am 25. November. Der Herzog von Burgund hatte die Absicht, sich vom Kaiser zu beurlauben, doch war der Kaiser vor Tagesanbruch „selbzehent" zu Schiffe aus Trier abgereist. Heimlich und ungegrüsst war er von dem Burgunder Herzog fort gezogen.[2] Er machte ihn fürchten. Zweifellos hatte auch der König von Frankreich seine Hand im Spiele. Wiederholt hiess es, er sende eine Gesandtschaft an den Kaiser; französische Leute trieben sich in Trier herum, Karl hatte ja zwei, die im Dienste des Königs standen, tödten lassen. Ein Zeitgenosse schreibt: „So soll es fast kümmerlich werden der kaiserlichen Majestät, aus seinem Reich mit Fried zu kommen, der König von Frankreich hat dem Kaiser zugeschrieben (als ich vernommen hab), dass er den Herzogen nicht krönen sollt," und ein anderer bemerkt: „So sagen auch etlich, dass der Gepruch an unserm allergnädigsten Herrn dem römischen Kaiser gewesen sein sollt."

Die burgundische Hauschronik ist sehr schweigsam über dieses Ende der Trierer Verhandlungen. Es heisst nur, am 25. November nahm der Herzog nach dem Diner Abschied von St. Maximin bei Trier und ging nach Makeren.[3] Der Name des Kaisers wird nicht genannt, wol der beste Beweis für die grosse Verletzung der burgundischen Etiquette, die er sich durch seine Abreise hatte zu Schulden kommen lassen.

In der That meint der schon erwähnte Berichterstatter: „Ob dem allen die Burgundischen fast verdriesslich sein und sagen, dass desgleichen dem alten von Burgundi zu Regensburg von der kaiserlichen Majestät auch begegnet sei."[4] Dass eine weitere Verhandlung, wie es scheint in Besançon, in Aussicht genommen wurde, ist wol kaum zu bezweifeln.[5] Es heisst auch, der Kaiser habe sich durch den Grafen Ulrich von Montfort entschuldigen lassen beim Herzoge.[6] Der

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 12, p. 49—51.

[2] Ebenda, I. 1. 15, p. 51—52; sed Imperator clanculum discessit Magn. chr. belg. bei Pist.-Struve III, p. 437—438).

[3] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 383.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 13, p. 51.

[5] Gachard, Coll. des doc. inéd. I, p. 270.

[6] Birken-Fugger, Ehrenspiegel V, p. 779.

Kaiser wendete sich nach Köln, wo in der That der Streit des Domcapitels und der Stadt mit dem Erzbischofe dringend eine Entscheidung forderte.

„Bei seinem heimlichen Abzuge zu Schiff hatte aber unser Herr der Kaiser, so erzählt ein Zeitgenosse, das, was er mit seinem Hause verzehrt hatte, nicht bezahlt, also dass wider ihn ein grosses Geschrei entstand. Da das Herr Adolf, Erzbischof von Mainz, der da zurückgeblieben, vernahm, so legte er für den Kaiser alle seine Kleinodien bei dem Rate von Trier nieder und zog dann mit der ganzen kaiserlichen Familie weiter. Sie kamen nach Köln zum Kaiser.[1]

Ganz verschieden waren die Erzählungen über die Ursache des Bruches zwischen Herzog und Kaiser bei den Zeitgenossen. Eine dieser Variationen, nicht allzu lange nach der Zusammenkunft geschrieben, mag als charakteristisch hier wiedererzählt werden: „In diesem Jahre 1473 zog auch Herzog Karl von Burgund gen Trier und der Kaiser sollte ihn zum Könige machen, da sollte der Herzog von Burgund jegliches Landes Wappen aushängen, dazu er Herre wollte genannt werden. Nun hatte er auch in Pfandsweise das Breisgau, das hatte ihm der Herzog von Oesterreich versetzt, darum dass der Herzog von Oesterreich meinte, Karl sollte sie dringen und zwingen. Also liess er auch das österreichische Wappen an den Stuhl hängen, da sprach der Kaiser: „das wäre wider seine Ehre, dass er einen Fremden sollte gefürsten zu seinem eigenen Erbe", denn der Kaiser war ein Herzog von Oesterreich. Und zog also in einem Zorne von dannen. Das verhöhnte den Herzoge gar sehr."[2]

---

[1] Knebel, Chronik I, p. 23.

[2] Adami Ursini Molybergensis Chronicon Thuringiae ed. Menken Scr. Rer. Germ. III, p. 1239—1360, p. 1341. — Bojemus, in seiner Vita Alberti Ducis, benützt diesen Bericht p. 16. Editio Lipsiae 1586.

III. Abschnitt.

Der burgundische Krieg.

I. Kapitel.

Die Lösung der Pfandlandschaften.

Das strenge Vorgehen Hagenbach's gegen Mühlhausen brachte die Eidgenossen in mächtige Aufregung. Die Stadt konnte ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Möglich, dass die Bürger selbst die drückende Notlage verschuldeten, möglich, dass die burgundische Politik sie absichtlich in diese Bedrängniss brachte, — die Eidgenossen bewährten sich als hilfsbereite Freunde.

Unterm 28. December 1473 wendete sich Bern im Namen der Eidgenossenschaft an Herzog Karl von Burgund mit der Mittheilung, dass in Angelegenheit der Stadt Mühlhausen im Namen der Eidgenossenschaft ein Brief an ihn gerichtet worden und unbeantwortet geblieben sei; es wurde darin eine Frist zur Begleichung der Schulden bis Ostern begehrt, weil man hoffte, durch Hilfe und Rat des Pfalzgrafen bei Rhein die Lage der Stadt erleichtern zu können. Es werden demnach Boten an Herzog Karl abgesendet und um ruhigen Zu- und Abgang derselben gebeten.[1] Am 2. Jänner 1474 wird von Bern, Freiburg und Solothurn der Geleitsbrief für diese Boten ausgefertigt. Es sind die Herren Nicolaus Ritter von Scharnachthal, Herr zu Oberhofen,

---

[1] Diebold-Schilling, p. 93—94.

und Petermann von Wabern, Herr zu Belp, Alt-Schultheiss und Räte.[1] Die Instruction für diese Boten[2] enthält folgende Bestimmungen: Zuerst in Angelegenheit der Stadt Mühlhausen Vorschläge zur Hilfe in ihrer finanziellen Bedrängniss unter Berufung auf die Waldshuter Einung; ferner wegen Verletzung der Constanzer Richtung zwischen Herzog Sigmund und den Schweizern, durch die Aufnahme jenes von Heudorf, den Hagenbach als Rat und Diener aufgenommen und unter Schutz des Herzogs gestellt, trotzdem er eidgenössische Kaufleute aufgehoben; ferner Beschwerden über Hagenbach wegen seines Benehmens in Basel, wo er ungebührliche Reden gegen die Eidgenossen geführt, dass er sich berühmte, die Eidgenossen zu erobern und Herr zu Bern werden zu wollen.

Der Herzog von Burgund hatte schon am 2. Jänner das Schreiben der Berner beantwortet.[3] Er versichert sie seiner wärmsten Zuneigung, wirft ihnen aber ihr Einverständniss mit dem Könige von Frankreich vor, über welches er sich sehr verwundert, „dieweil Ihr jenes Hinterlist und Ränke wol kennet, die der ganzen Welt offenbar sind, und Ihr habt sie auch schwer erfahren." Die Nichtbeantwortung des Briefes mag aus Unachtsamkeit geschehen sein, die Boten sind willkommen und bedürfen keines Geleites, doch vermag er ihnen Zeit und Ort nicht zu bestimmen. „Endlich, damit wir nicht Eure Bitten für die Bürger von Mühlhausen gering zu achten scheinen, so ist gerecht, Euch zu Gemüte zu führen was immer wir aus Rücksicht auf Euch für sie getan, da wir, indem wir hierin Euch gefällig zu sein trachteten, nicht geringen Nachtheil ihren Gläubigern zufügten und vielleicht mehr als die Ehrbarkeit erleiden möchte; denn die Mühlhausener sind des Geldes Schuldner, wir aber der Gerechtigkeit; diese zu versäumen ist schmählich und ehrlos, voraus da zu ihrer Erlangung, jener Gläubiger ohne Ermüden uns anrufen. Darum so gedenket um das zu bitten, was wir ohne Jemandes Nachtheil zu tun vermögen, denn es heisst: „Der Freundschaft erstes

---

[1] Diebold-Schilling, p. 94.
[2] Ebenda, p. 95—99.
[3] Knebel, Chronik. I, p. 29 f.

Gesetz ist, dass man von Freunden nur Ehrbares begehre." Zugleich hatte er auch den Mühlhausenern geschrieben.[1]

Nachdem die Eidgenossen ihre Botschaft an Herzog Karl abgeordnet hatten, hatte ein Tag zu Basel stattgefunden, bei welchem die Boten des Pfalzgrafen anwesend waren, die nun die Rückkunft der eidgenössischen Boten vom burgundischen Hoflager erwarteten.

Das Schicksal dieser Gesandtschaft, ihr Empfang am burgundischen Hofe und ihre Unterhandlungen mit Karl dem Kühnen, haben selbst in zeitgenössischen Berichten mancherlei verschieden gefärbte Darstellungen erfahren. Von den Eidgenossen selbst sind uns drei Berichte überliefert, der eine von Knebel, der andere vom Stadtschreiber in Basel, der dritte von Schilling. Als Correctur dieser drei Berichte erscheinen die kurzen Notizen der burgundischen Hauschronik, welche das Sachliche feststellen. Darnach verliess Karl am 8. Jänner 1474 Ensisheim nach dem Speisen, um nach Tann zu gehen, wohin sich auch die Gesandten der Schweizer und der Berner mit jenen des Papstes, des Pfalzgrafen und Anderer begaben.

Johannes von Müller hat demnach mit seiner Darstellung recht.[2]

Am 23. Jänner traf Karl in Dijon ein, wohin ihm die Gesandtschaften, darunter auch jene der Eidgenossen, folgten. Die Botschaft wurde also in Tann empfangen und musste dem Herzoge nach Dijon nachreiten, dies kann nicht bezweifelt werden, aber das Gehässige, das bisher in dieser Nachricht lag, fällt weg. — Allerdings die Eidgenossen, die, wie bemerkt, sehnsüchtig einen endgiltigen Bescheid erwarteten, mögen diese Verzögerung übel aufgenommen haben, umsomehr, als das Resultat der Gesandtschaft kein günstiges gewesen ist. Karl der Kühne ist schwerlich über den schon früher erwähnten brieflichen Bescheid hinausgegangen. Wie sehr das die Eidgenossen erbitterte, kann man am besten aus

[1] Knebel, Chronik. I, p. 27 f.

[2] Dändliker, p. 49, Note 5, meint, dies wären nur Hypothesen. Die Darstellung, welche er gibt, ist mit Benützung Knebel's und der Anmerkungen Buxtorf-Falkeisen's abgefasst und ist im Wesentlichen erschöpfend.

der Bemerkung eines Zeitgenossen erkennen, dass der Herzog die Boten mit stolzen Worten abwies und „liess Hagenbach das wütend Schwein nach seinem Mutwillen regieren".[1]

Andererseits kann man nicht behaupten, dass Karl in der Mühlhausener Angelegenheit anders handeln konnte, nachdem sie einmal zu solch schlimmem Stande gediehen war, als er wirklich gehandelt hat. Gar aufreizend klingen freilich die Reden, die Hagenbach gegen die Eidgenossen geführt haben soll; aber selbst aus den zeitgenössischen Berichten vermag man zu erkennen, dass die Eidgenossen und namentlich die Berner nicht minder provocatorisch aufgetreten sind.[2] Dass die Worte, die im Streite und in der Aufregung gefallen waren, eine recht weite Verbreitung fanden, dafür scheint Bern gesorgt zu haben. So hatte sich allmälig der gesammten Eidgenossenschaft jene Stimmung bemächtigt, die nötig war, um die Genehmigung und Zustimmung zur Durchführung der französisch-bernerischen Projecte zu erhalten.

Der erste Schritt, der gethan werden musste, war die vollständige Versöhnung mit Oesterreich und die Lösung der Pfandlandschaften. Die Anstrengungen, die Frankreich zur Erreichung dieses Zieles machte, haben wir bis in's Jahr 1473 verfolgt. Sie waren dem Herzog von Burgund nicht fremd geblieben. Er unterschätzte aber die Wichtigkeit derselben, so lange er der Eidgenossen sicher zu sein glaubte. Als ihm die Gesandten Herzog Sigmund's seine geheimen Unterhandlungen mit den Eidgenossen vorwarfen, da hat er durch seinen Kanzler nicht geantwortet, sondern das Haupt gewiegt und gelächelt, und hinzugefügt wird in der Relation: was aber das in Wahrheit auf im trage, sei ihm nit wissentlichen.[3]

Vergeblich hatte sich Herzog Sigmund neuerdings bemüht, Unterstützung gegen die Eidgenossen bei Frankreich zu finden. Ludwig XI. erwies sich in diesem Punkte ebenso unzugänglich wie 1469.[4] Er verfolgte ununterbrochen

[1] Diebold-Schilling, p. 99—100.

[2] Man lese nur die Mittheilungen Knebel's über die Begegnung der Eidgenossen mit Hagenbach in Basel.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 19, p. 92.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 19. A., p. 90: Estote memores: Item quod sit modica spes de auxilio nobis ferendo, quoniam Rex franciae fortissime resistet.

dieselbe Richtung in seiner Politik und scheint in deutschen Angelegenheiten gut beraten gewesen zu sein.[1] Dagegen scheint Karl fest entschlossen gewesen zu sein, eine Lösung der Pfandlandschaften durch finanzielle Hindernisse unmöglich zu machen. Er gedachte mindestens 300.000 Gulden für die Rücklösung zu fordern.[2] Als er aber die Gefahr, die ihm drohte, einmal in ihrer vollen Gewalt erkannte, vermochte er sich derselben nicht mehr zu entwinden.[3] Vergebens schickte er seine vertrauten Räte Heinrich de Colombier und Johann Alard in die einzelnen Hauptorte der Eidgenossenschaft, um für ein Bündniss mit Burgund zu werben.[4]

Es war zu spät.

Während die Gesandtschaft der Eidgenossen von Karl dem Kühnen in Tann empfangen wurde, ist am 10. Jänner 1474 zwischen Ludwig XI. und den Eidgenossen ein Offensivbündniss gegen ihn abgeschlossen worden. Der König versprach in demselben den Eidgenossen Schutz und Hilfe in allen ihren Kriegen und namentlich in jenen gegen Burgund. Er verpflichtete sich, bedeutende Hilfsgelder zu bezahlen.[5]

Es scheint, dass an diesem Tage nur Freiburg und Solothurn unterschrieben im Namen der gesammten Eidgenossenschaft. Am 10. März wurde die Ratification des Vertrages von der gesammten Eidgenossenschaft vollzogen.[6] Am 2. October schloss Bern für sich mit dem König von Frankreich ab.[7]

Nachdem die Eidgenossenschaft sich so völlig mit dem König von Frankreich verbündet hatte, wurde von diesem das grosse Werk, die Herstellung einer ewigen Richtung zwi-

---

[1] Commines, ed. Dupont I, p. 311.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 19. A.; p. 90. Item Hagenbach dixit ducem Austriae egere trecentis milibus florenorum pro redimenda patria.

[3] Erst am 6. März erhielt Karl Nachricht von dem Bündnisse der Eidgenossen mit Frankreich. Vgl. Extrait d'une ancienne chronique a. a. O. III, p. 387.

[4] Godefroy-Commines IV, p. 442—445 und p. 445—458.

[5] Godefroy-Commines V, p. 6—9.

[6] Diebold-Schilling, p. 125—127.

[7] Godefroy-Commines V, p. 9—11.

der Kühne Alles aufgeboten, um wirklich imponirend in Trier auftreten zu können. Schon am 6. September hatte er von Luxemburg aus nach Antwerpen gesendet und alle am Lager befindlichen gold- und silberdurchwirkten Stoffe aufkaufen lassen, um sie nach Metz zu schicken, welche Stadt damals als Zusammenkunftsort in Aussicht genommen war.[1]

Kaiser Friedrich hatte am 14. Juni 1473 Augsburg verlassen, um sich über Ulm nach Baden zu begeben.[2] Am 10. desselben Monats hatte Karl der Kühne mit seinem Zuge nach Moervelt bei Elsem in Geldern die Besitzergreifung der erledigten Reichslehen, Geldern und Zütphen begonnen.[3] Die Kugel war in's Rollen geraten, sie war nicht mehr zu halten. In Ulm scheint der Kaiser mit Ruprecht von Köln verhandelt zu haben, ein Beweis, wie nahe er an die burgundische Partei herantrat.[4] Die Unterhandlungen nahmen in Baden ihre Fortsetzung, wo der Kaiser den ganzen Juli bis Mitte August verweilte. An seinem Hoflager hielten sich die Herzoge Albrecht und Wolfgang von Baiern auf und Pfalzgraf Ludwig von Veldenz. Auch Herzog Ludwig der Reiche von Landshut weilte in der Nähe, zum Curgebrauche in Wildbad. Durch den Grafen von Sulz liess der Kaiser ihn einladen, an seinen Hof zu kommen, dass er den Streit mit dem Pfalzgrafen Friedrich beilegen helfe. Herzog Ludwig war wirklich krank und konnte dieser Einladung nicht folgen.[5] Dass der Graf von Sulz den Vermittler machte zwischen dem Kaiser und Herzog Ludwig, liesse vermuten, dass die burgundische Partei jetzt eine Versöhnung zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen anstrebe. An den Badener Aufenthalt des Kaisers knüpfen sich die an anderer Stelle wiedergegebenen Bemerkungen des Markgrafen Albrecht Achilles. Er hatte allerdings Ursache besorgt zu sein,

[1] Extrait d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines III, p. 380. — Brandenburgische Gesandtschaftsberichte.

[2] Chmel, Habsburger Chronik, p. XLIX.

[3] Extrait d'une anc. chr. a. a. O., III, p. 377.

[4] Willebrief des Kurfürsten Ruprecht von Cöln mit dem Datum Ulm vom 25. Juni. Chmel Reg. II. 6746.

[5] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte, publicirt von J. Bader, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit. Neue Folge. 11. Jhrg. 1864. Nr. 6 und 7, p. 201—207 und p. 233—242.

es war ja doch möglich, dass eine Ausgleichung zwischen dem Kaiser und der baierischen Partei erfolge.

In Baden beschäftigten den Kaiser auch eingehend die oberdeutschen Angelegenheiten. Der Streit zwischen Herzog Sigmund und dem Grafen Sonnenburg, sowie jener mit Bilgeri von Heudorf, Mühlhausens wegen, kamen vor dem Kaiser zur Verhandlung.[1] Der Mittelpunkt aller dieser Verhandlungen scheint Markgraf Carl von Baden gewesen zu sein. Wenigstens wird auch berichtet, dass durch seine Hand die Einleitungen gingen, die zu einem Tage zwischen dem Kaiser und den Eidgenossen führten. Merkwürdigerweise wird Bubenberg als derjenige genannt, welcher zu dem Markgrafen kam und mit ihm redete „von eines Tages wegen zwischen dem Hause von Oesterreich auch unserem Herrn Herzog Sigmund und gemeinen Eidgenossen".[2] Der Kaiser bestimmte für sich Basel als Ort der Verhandlung. Bevor er dahin aufbrach, ordnete er eine Gesandtschaft ab an den burgundischen Herzog und zwar den Grafen Rudolf von Sulz und Meister Hanns Keller.[3] Dieselbe traf am 14. August bei Karl dem Kühnen in Nimwegen ein.[4] Da Adrian von Bubenberg die Verhandlungen zwischen dem Kaiser, Sigmund und den Eidgenossen einleitete, möchte man fast glauben, dass auch hier burgundischer Einfluss ausschlaggebend war, dass Burgund es versuchte, Herr der Situation in Oberdeutschland zu bleiben, indem es die von Frankreich eingeleiteten Verhandlungen zu einer Einigung zwischen den Eidgenossen und Oesterreich zu Ende führte.

Am 16. August war der Kaiser von Baden abgereist und in Strassburg eingetroffen, wo er bis zum 27. des Monates verweilte.[5] Man liess ihm alle Ehren widerfahren, die dem Oberhaupte des deutschen Reichs gebührten. Er verlangte den Huldigungseid, den jedoch die Bürgerschaft ihm weigerte.[6]

---

[1] Mon. habsb. I. 1. 10, p. 41.

[2] Ebenda, p. 43.

[3] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[4] Extrait d'une anc. chr. a. a. O. p. 379.

[5] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O. — Code hist. et dipl. de la ville de Strassbourg I. 2, p. 206.

[6] Strassburger Chronik, Code hist. et dipl. de la ville de Strassbourg I. 2. p. 206—208.

In Strassburg kam Peter von Hagenbach als Gesandter Karl's des Kühnen an den kaiserlichen Hof. Man hatte ursprünglich Trier als Ort der Zusammenkunft vorgeschlagen. Später war vom Kaiser Metz in Vorschlag gebracht worden. Peter von Hagenbach widerriet diese Verlegung, weil es zu Metz „fast sehre sterbe". Die Zusammenkunft wurde auf den 5. September nach Trier anberaumt.[1] Die Unterhandlungen, die, den Kaiser noch in Baden beschäftigt hatten, fanden in Strassburg ihre Fortsetzung. Noch am 27. Juli hatte er in Baden dem Bischofe von Strassburg die Belehnung ertheilt. Am 2. August kamen der Bischof von Eichstädt und des Königs von Polen Botschaft zu Baden an. Inzwischen dauerten die Verhandlungen mit der baierischen Partei fort. Herzog Ludwig von Landshut, Friedrich der Siegreiche und der Bischof von Speyer weilten bis 1. August in Wildbad. Der Kaiser war am 2. August mit der cölnischen Angelegenheit beschäftigt. Diese und die Verhandlungen mit Polen, Ungarn und mit der Pfalz nahmen ihn fortwährend in Anspruch.[2] In Strassburg kam es zu Erörterungen in der pfälzischen Angelegenheit; die von den Vermittlern überbrachten Vorschläge erregten den heftigsten Unwillen des Kaisers. Er müsse glauben, sagte er, dass sie Diejenigen, welche sich am Reich und kaiserlicher Majestät vergehen, uneingedenk des ihm gethanen Gelübdes „mit einem nassen Fuchsschwanz abzustrafen gesonnen seien".

„Sie sollten zuvor, einen römischen Kaiser zu erwählen, auch demselben sich mit Pflicht und Eid zu verknüpfen unterlassen haben, weil sie, die Gerechtigkeit ihm im Reiche erhalten zu helfen, also abgeneigt wären."[3] Die Vorwürfe, welche der Kaiser gegen die Reichsfürten erhob, waren vollständig berechtigt.

Auch die Städte schickten ihre Abgeordneten nach Strassburg. Am 24. August überbrachte Gabriel Tetzel aus Nürnberg dem Kaiser im Beisein mehrerer anderer Sendboten die Antwort der Städte bezüglich der ausserordentlichen Hilfe von 1000 Mann. Sie lautete fast abschlägig.[4]

---

[1] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[2] Ebenda.

[3] Fugger, p. 769. — Chmel, Habsburger Chronik, LIV.

[4] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte.

Das Reich liess den Kaiser im Stiche.

Am 27. August verliess der Kaiser Strassburg und zog nach Freiburg. Wie lange der Aufenthalt dauerte, ist nicht genau festzustellen. Am 2. war er noch in Freiburg,[1] am 7. bereits in Basel.[2]

In Basel sollten die Verhandlungen mit den Eidgenossen stattfinden. Wir haben darüber mehrere ziemlich ausführliche Berichte. Die Verhandlungen wurden beiderseits mit dem freundschaftlichsten Entgegenkommen geführt. Nicolaus von Diessbach war der Sprecher der Eidgenossen.[3] Aber, will man nicht den guten Eindruck als eine immerhin beachtenswerte Folge dieser Verhandlungen ansehen, so müsste man dieselben als völlig resultatlos betrachten. Der Kaiser forderte, dass die Eidgenossen dem Haus von Oesterreich sollen wiederkehren, aber die Boten fanden keine Form, solche Forderung an ihre Freunde zu bringen. So wurde denn eine Fortsetzung der Unterhandlungen für Augsburg in Aussicht genommen.[4]

Am 9. September erschien der Gesandte Karl's Peter von Hagenbach, in Basel. Mit ihm war der Propst von Brüxen.[5] Am selben Tage verliess der Kaiser Basel, wo man ihn ebenfalls sehr ehrenvoll empfangen, aber auch die Huldigung geweigert hatte, um durch das Elsass nach Metz zu gehen. Am 18. September traf er in Metz ein.[6] Das Zögern und langsame Vorgehen des Kaisers muss selbst den Zeitgenossen aufgefallen sein. Man merkt es den Berichten an, dass sie geheimnissvolle Ursachen dahinter vermuteten: „So sind die Burgundischen vast weis und die kaiserliche Majestät wird nach seiner Gelegenheit langsam handeln, sich nicht übereilen lassen und die Ding mit der Zeit bewägen." Und an anderer Stelle schreiben die brandenburgischen Gesandten, die den Kaiser begleiten: „Dass wir uns vermuten, er handel nach Rat der Sternseher, dass es nach der Zeit dest bass gerat."

---

[1] Chmel, Reg. II. 6785.

[2] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O.

[3] Knebel, Chronik I, p. 1.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 10, p. 43.

[5] Brandenburgische Gesandtschaftsberichte a. a. O. — Knebel, Chronik I. p. 1 ff.

[6] Philippe de Vigneulles, p. 6—7.

10. April zu Breisach des Landvogtes Hagenbach bemächtigt,[1] und rasch ging man daran, an ihm Justiz zu üben.

Karl der Kühne war aber nicht gewillt, die geschaffenen Thatsachen ohne Widerspruch anzuerkennen. Er richtete einen Protest gegen die Lösung der Pfandlandschaften in der beabsichtigten Form am 22. April notariell an Herzog Sigmund.[2] Es entbrannte ein Federkrieg zwischen beiden Herzogen, den hier zu verfolgen, keine Ursache vorliegt.[3]

Der Conflict wurde zur unheilbaren Feindschaft durch die Hinrichtung Hagenbach's. Sie wurde am 9. Mai vollzogen.[4]

Am 20. April war Herzog Sigmund mit 300 wohlgerüsteten Reitern in Basel eingezogen. Hermann von Eptingen wurde dazu ausersehen, die Pfandlandschaften wieder zu Handen Oesterreichs zu nehmen. Er begann am 21. April, indem er die Huldigung von Ensisheim entgegennahm, seine Aufgabe zu lösen.

Die Ereignisse waren schneller als der Gang der diplomatischen Unterhandlungen. Der Herzog von Burgund sah sich plötzlich einer imponirenden feindlichen Macht gegenüber, dort, wo er vor wenig Tagen noch stets bereite Hilfsmittel zu haben glaubte. Selten ist der modernen Diplomatie eine solche Ueberrumplung gelungen, wie sie hier von Bern und Frankreich, Burgund gegenüber, ausgeführt wurde.

So war der Herzog von Burgund nicht nur mit dem Kaiser, sondern auch mit Herzog Sigmund verfeindet, das Bündniss zwischen Burgund und Oesterreich war zerrissen, die Ereignisse schritten schnell und unaufhaltsam vorwärts bis zur unabwendbaren Katastrophe.

---

[1] Die ausführliche Darstellung seiner Gefangennehmung bei Knebel I, p. 52 ff.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 22, p. 99—103; A. p. 193—105; B. p. 105 bis 108.

[3] Siehe hierüber folgende Actenstücke bei Chmel, Mon. habsb. I. 1; 23, 24, 25, 26, p. 108—119; Lichnowsky, Reg. VII. 1766.

[4] Von den zeitgenössischen Quellen die ausführlichste Darstellung bei Knebel.

II. Kapitel.

Der Augsburger Reichstag im Jahre 1474.

Von Trier hatte sich Kaiser Friedrich III. nach Cöln gewendet. Von dort hatte er am 13. December eine Gesandtschaft an Herzog Karl von Burgund abgeordnet.[1]

In Cöln war ein Streit ausgebrochen zwischen der Stadt und dem Domcapitel einerseits, und dem Erzbischof Ruprecht andererseits. Die Cölner hatten den Erzbischof vertrieben, und den Landgrafen Hermann von Hessen zum Administrator des Erzstiftes bestellt. Am 3. Jänner 1474 gelobt er als solcher dem Kaiser Gehorsam,[2] und in einer Urkunde vom gleichen Datum die Bezahlung von 1000 rheinischen Gulden, sobald er thatsächlich zum Stifte gelangt sei.[3]

Der Kaiser hielt sich bis zum 17. Jänner in Cöln auf. An diesem Tage reiste er über Würzburg und Ochsenfurt nach Rotenburg an der Tauber, wohin ihm Kurfürst Albrecht Achilles von Brandenburg das Geleit geben liess.[4] Dieser meinte, der Kaiser habe den Weg über Boxsperg aus Furcht vor dem Pfalzgrafen vermieden.[5]

Freilich war die Stimmung zwischen diesem und dem Kaiser allmälig sehr feindlich geworden. Am 27. Jänner richtete der Pfalzgraf an den Kaiser ein Schreiben, in welchem er sich auf die Resultatlosigkeit der im Jahre 1473 unter den Auspicien des Herzogs von Burgund durch seine eigenen Räte mit dem Kaiser eingeleiteten Verhandlungen beruft, und seine Rechtsgebote vor allen Kurfürsten erneuert.[6] Nachdem das Einvernehmen mit Burgund in Feindseligkeit sich umgewandelt, schwand auch das Einvernehmen zwischen dem Kaiser und Wittelsbach, und Brandenburg näherte sich ihm wieder. Alles hatte Albrecht Achilles verloren gegeben, und Alles schien er nun wiedergewinnen zu können. Der Kaiser trat wieder ganz in den Bannkreis dieses Mannes. In Roten-

[1] Lichnowsky, Reg. VII. 1725.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 139, p. 390 f.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 140, p. 392—393.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. Habsburger Chronik, p. LXXIX.

[5] In einem Briefe vom 2. Februar an Herzog Wilhelm von Sachsen. Müller, R. Th. p. 612.

[6] Menzel, Reg. p. 484 und 485.

burg traf er auch den König Christian von Dänemark.

Vom 14. Februar aus Rotenburg ist der Erhebungs- und Lehensbrief datirt, in welchem die Grafschaften Holstein und Stormar mit dem Lande Ditmarsen, zu einem Herzogtume zusammengezogen und erhöht, diesem Könige verliehen werden.

Diese Verleihung war ein Werk des Brandenburgers. Durch einen Bund mit dem Dänenkönige hoffte er seine märkischen Interessen zu schützen. Der Kaiser musste die Kosten dieses Bundes bezahlen durch Rechte, die er kraft seiner kaiserlichen Machtvollkommenheit verleihen konnte und gerne verlieh, wenn er glaubte, treue Anhänger dadurch belohnen zu können. Und er hatte sein volles Vertrauen wieder dem Brandenburger zugewendet. Auch hier hätte der Kaiser sagen können: „Ich wollt, dass Ihr ein Ding, die Simulation genannt, am Eingang des Hofes beiseit hättet gestellt; das ist, das Ihr nicht ein anderes saget und ein anderes gedenkt bei Euren Ratschlägen, so würdet Ihr mir nützlich raten und ich auch desto besser verstehen können, wem ich sollt folgen."[1]

Die Angelgenheiten seiner Erblande traten jetzt näher an den Kaiser heran und forderten Entscheidung. Die Frage der böhmischen Krone musste geordnet werden. Der Kaiser bestellte die Gesandten nach Nürnberg. Dort kam es am 11. März zum Abschlusse eines Bündnisses und zur förmlichen Anerkennung des Wladislaus zum böhmischen Könige.[2]

Da sich Kaiser Friedrich III., wie bereits früher bemerkt wurde, schon 1471 zur Anerkennung des Wladislaus entschlossen hatte, konnte diese ihm jetzt keine Ueberwindung kosten. Das Bündniss mit Polen und Böhmen konnte möglicherweise Schutz gewähren gegen die drohende Haltung des Corvinus, einen Schutz, den der Kaiser von den Reichsfürsten vergeblich erhofft hatte.

Infolge dieser Anerkennung des Wladislaus fiel eine Anzahl böhmischer Adeliger, die zu Mathias hielten, ver-

[1] Lehmann, Speir. Chronik, p. 837.

[2] Chmel, Reg. 6844 und 6846; Habsburger Chronik LXXXI; Mon. habsb. I, p. 495—496. — Kurz, Kaiser Friedrich IV. Beil. XXXIX, p. 247.

wüstend in Oesterreich ein, ohne dass es gelang, ihrer Herr zu werden, denn sie fanden bald Helfershelfer in österreichischen Landen.[1] Der Kaiser hatte jetzt nicht die Mittel, seine Erblande zu schützen, er musste auf das abgeschlossene Bündniss vertrauen.

In Nürnberg trat der Kaiser auch mit Georg Hesler in Berührung. Derselbe verpflichtet sich in einer Urkunde vom 8. März, dem Kaiser lebenslang dankbar zu sein, wenn er durch ihn Cardinal würde.[2]

Dass Albrecht Achilles die Geneigtheit des Kaisers, ihm gefällig zu sein, ausnützte, soweit es gehen konnte, beweist auch die Vermittlung, die er ebenfalls in Nürnberg zwischen dem Kaiser und den Söhnen Podiebrad's, dessen einer sein Schwiegersohn war, zu Stande brachte.[3]

Erst am 5. April kam der Kaiser nach Augsburg, wo sich schon eine grosse Zahl von Theilnehmern am Reichstage versammelt hatte. Der Reichstag war glänzend beschickt, und er war folgenschwer genug in seinen Resultaten, weniger durch die Beschlüsse, die gefasst wurden, als durch die Umbildung der Rechtsnormen, die sich an diesem Tage in der Stellung der Städte vollzog, und durch die mächtigen Verwicklungen, in die Kaiser und Reich mit dem burgundischen Herzog gerieten.

Auch die pfälzische Angelegenheit fand hier einen Abschluss.

Wie auf allen Reichstagen der letzten Jahre, waren auch hier zunächst die Türkenhilfe und der Landfriede Gegenstände der eingehendsten Beratung. Bezüglich der Türkenhilfe liess der Kaiser durch seinen Kammerprocurator-Fiscal der Reichsversammlung erklären: „Der zu Regensburg gemachte Anschlag bedünke ihn der allergleichst und austräglichst. Solchem unverzüglich nachzukommen, habe kaiserliche Majestät sammt dem päpstlichen Legaten den bewilligten Anschlag in Schriften stellen und den Kurfürsten, Ständen und Städten davon Abschrift geben zu lassen befohlen, und

[1] Kurz, Kaiser Friedrich IV., p. 117 ff.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 110, p. 329—330. — Chmel, Reg. Nr. 6843. — Lichnowsky, R. 1744.

[3] Chmel, Mon. habsb. I, p. 393—394.

wollte sich kaiserliche Majestät versehen, es würde sich ein jeder Stand als fromme Christen so gehorsam und willig verhalten, damit der heilige Vater der Papst und seiner kaiserlichen Gnaden, Strengigkeit gegen jemand zu gebrauchen nicht nottun werde, sondern ein jeder Belohnung von dem Allmächtigen und von kaiserlicher Gnaden Dank und Gnaden erwarten u. s. w."[1]

Den Städten wurde auf dem Augsburger Reichstag das Beratungsrecht abgesprochen, und so das Princip aufgestellt, dass die Städte Allem, was die oberen Stände ohne ihre Betheiligung beschlossen, sich unterziehen müssten.[2] Durch die erwähnte kaiserliche Kundgebung war wenigstens ein solcher Rechtszustand factisch geschaffen, und er wurde in den weiteren Verhandlungen von kaiserlicher Seite genau und streng festgehalten. Trotz der Beschwerde der Städte wurde der Landfriede am 14. Mai Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr gegen alle Erwartung, so wie er vor vier Jahren in Regensburg war aufgerichtet worden, auf's Neue verlesen und auf sechs Jahre erstreckt.[3]

Die Städte hatten es nur sich selbst zuzuschreiben, dass man über ihre Rechte zur Tagesordnung überging. Es fehlte ihnen der Mut, einem unbequemen Antrage zu opponiren; nur durch ihr Hintersichbringen hatten sie alle bisherigen Reichstage resultatlos gemacht. Jetzt kam die Zeit, wo man ihre Schwäche benützte, um ihnen die Erfüllung der Reichsschlüsse einfach zu dictiren: „Weil die Städte dem heiligen Reich mehr als andere verwandt und ohne Mittel unterworfen wären, wolle ihnen desto mehr gebühren, den Geboten der christlichen Kirche und der kaiserlichen Majestät gehor-

---

[1] Lehmann, Speir. Chronik, p. 897. Ueber die Annahme der thatsächlich nicht erfolgten Bewilligung des Regensburger Entwurfes vgl. Schweizer Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes, p. 68, Note 2, der sich auf Weiszäker bezieht. Für die Darstellung der Augsburger Vorgänge mit Rücksicht auf die Stellung der Städte zu den Reichstagsverhandlungen, sowie über die Publicirung des Landfriedens ist Schweizer's Darstellung erschöpfend.

[2] Schweizer a. a. O., p. 66.

[3] Ebenda, p. 67, und Excurs wegen des Datums der Verlesung. — Lehmann, Speir. Chronik.

sam zu sein," wie ihnen Haug von Werdenberg im Namen des Kaisers zu verstehen gab.

Aber der Augsburger Reichstag sollte noch andere Dinge bringen. Der Kaiser war müde der resultatlosen Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen, müde des Trotzes, den er ihm entgegengesetzt. Er wollte sein kaiserliches Ansehen, das so oft von den deutschen Fürsten gemissbraucht wurde, einmal zu Gunsten der kaiserlichen Autorität im Reiche geltend machen.

Der Pfalzgraf wurde vorgeladen, vor einem Fürstengerichte, das vom Kaiser bestellt würde, zu erscheinen. Er sendete mit Vollmacht vom 1. Mai drei Bevollmächtigte an seiner Statt.[1]

Ueber Einschreiten des Herzogs Ludwig von Baiern, welcher neuerdings den Versuch machen wollte, die Differenzen zwischen dem Pfalzgrafen und dem Kaiser im Vergleichswege zu ordnen, gewährte der Kaiser nochmals eine Frist von vierzehn Tagen.[2] Die Verhandlung begann am

---

[1] Chmel, Mon. habsb. III, p. 512. — Menzel hat in seinen Regesten Friedrich's des Siegreichen auch dieses äusserst wichtige Actenstück übersehen.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 3, p. 516. Urkunde vom 9. Mai 1474. Für die Darstellung des Sachverhaltes wird fast in allen Büchern des Pfalzgrafen Beschwerde, Müller, R. Th. V, p. 633, benützt und damit die Sache vom Parteistandpunkte erledigt. Die vollständige Erörterung der Angelegenheit im kaiserlichen Sinne in einer Instruction für Verhandlungen mit Herzog Ludwig von Baiern bei Chmel, Mon. habsb. I. 3. Bd. p. 535 bis 538, und im Urtheile, Chmel, Mon. habsb. I. 1, p. 393—412, wird vollständig unbeachtet gelassen. Es ist aber billig, dass auch der Historiker, wenn er sich auf den Richterstuhl setzt, beide Theile höre. — Nur bei so einseitigem Vorgehen sind Urtheile möglich, wie das folgende: „Anstatt bei dem drohenden Krieg mit Burgund sich mit Kurpfalz zu versöhnen, sprach der Kaiser jetzt die Acht über den Pfalzgrafen aus, nicht ohne auch bei dieser Gelegenheit das herkömmliche Recht gröblich zu verletzen, da er in seiner eigenen Sache selbst zu Gerichte sass." Schweizer a. a. O., p. 73. — Oder die Darstellung bei Droysen, Geschichte der preussischen Politik, wo das Todesurtheil gegen Hagenbach und die Acht gegen den Pfalzgrafen in einer Parallele erscheinen, mit einer tendenziösen Citirung verbrämt. Der Passus lautet: „Der Kaiser hatte den Pfalzgrafen vor ein Fürstengericht geladen; er bestellte den Markgrafen zum Richter, trat selbst als Kläger auf; er nahm, als dieser auf die Einwendungen der pfälzischen Bevollmächtigten zur Nachsicht zu neigen schien, ihm den Stab aus der

9. Mai. Markgraf Albrecht Achilles führte den Vorsitz. Aber die Bevollmächtigten verlangten Aufschub der Verhandlungen, bis sie neue Informationen eingeholt, unter dem Vorwande, dass dem Pfalzgrafen weder der Name des Richters, noch jener der Beisitzenden, noch auch der Ort des Gerichtes notificirt worden, dass demnach die Verhandlung mangelhaft und nicht verbindlich sei.

Das hiess die richterliche Entscheidung unmöglich machen, denn die Kurfürsten konnten nicht monatelang in Augsburg verweilen, bis diese Formfragen ihre definitive Erledigung gefunden haben würden, und dann wären wahrscheinlich neue Formbedenken von pfälzischer Seite aufgeworfen worden.

Mit Recht erwiderte der kaiserliche Fiscal Hanns Kellner auf diese Ausflüchte: „Herzog Friedrich hätte an menig Ende des heiligen Reiches viel hoher, schwerer Schrift lassen ausgehen und sich beklagt, dass ihm von der kaiserlichen Majestät weder Gnade noch Recht gedeihen möge. Solches wäre der Handlung, die jetzt vor Augen sei, ganz widerwärtig und ungemäss, denn Herzog Friedrich hätt' der kaiserlichen Majestät und des heiligen Reichs Unterthanen so mannigfaltig Widerwärtigkeit, Ungehorsam und Verachtung bewiesen, dass die kaiserlich Majestät merklich Ursach gehabt hätt, ihn ausserhalb sonderlicher Erklärung des Rechtens darum zu strafen, aber aus angeborner adeliger Tugend und Gütigkeit hätte ihn die kaiserliche Majestät um solch Widerwärtigkeit, Ungehorsam und Verachtung zu Recht vertaget. Und wiewol die kaiserliche Majestät selbst Richter sein mochte, dennoch an ihrer Statt einen andern Richter geordnet, auch das Gericht allein mit Kurfürsten und Fürsten des heiligen Reiches besetzt, in Meinung vor denselben ihr Klag mit Recht auszuführen."

Aber alle Einwendungen fruchteten nichts. Die pfälzischen Bevollmächtigten blieben bei ihrer Anfechtung der

Hand, setzte sich auf den Richterstuhl; er selbst, erst Kläger, dann Richter, sprach die Acht über den Pfalzgrafen (27. Mai). Es war in denselben Tagen, wo an Peter von Hagenbach, der „„gemein Deutschland wälscher Zungen wollte unterthänig machen" ", vor einem Landgericht zu Breisach, das Erzherzog Sigmund bestellt hatte, „„nach dem Recht gethan wurde" ".

Competenz und der Ausflucht ungenügender Vollmacht, entgegen dem Wortlaute ihres Gewaltsbriefes, in dem es doch hiess: „Und ob sie mehrers Gewalts von uns bedürfen würden, den wollen wir ihnen hiemit auch gegeben haben, ohn alles Gefährde."

Da nahm nach fruchtlosen Verhandlungen der Kaiser am 13. Mai, über Ersuchen des Markgrafen Albrecht Achilles, den Stab wieder an sich und nahm den Vorsitz ein. Daraufhin entfernten sich die Bevollmächtigten und erschienen trotz wiederholter Verständigung nicht mehr vor dem Gerichte. Dort wurde ordnungsmässig verfahren, die Termine weitaus über gesetzliche Vorschrift verlängert, die Anklage ungeändert gelassen und am 27. Mai, nachdem sich Niemand zur Vertheidigung gemeldet, die Acht und Aberacht über den Pfalzgrafen Friedrich den Siegreichen ausgesprochen.

Das Urtheil wurde auch vom Markgrafen Albrecht Achilles unterfertigt und gesiegelt, auf Grund dessen, dass er eine Zeitlang den Vorsitz geführt.

Wie man sieht, ist der nackte Sachverhalt etwas verschieden von der dramatischen Darstellung, die man hie und da findet.

Natürlich war mit der Achtserklärung die Sache nicht zu Ende. Schon am 12. Juni erliess der Pfalzgraf ein Schreiben an Fürsten, Herren und Städte,[1] in welchem er sich zu rechtfertigen sucht. Zugleich trat er aber mit Mathias Corvinus in Unterhandlungen, wie uns ein Credenzschreiben vom 19. Juni für Johann von Steinheim, den er mit Briefen an diesen sandte,[2] beweist.

Die Fürsten, namentlich Herzog Ludwig und der Bischof von Augsburg, suchten auch jetzt noch zu vermitteln, und es liegt ein Ausgleichsproject vom 23. August vor, das durch ihre Verhandlungen mit den kaiserlichen Räten zu Stande gekommen ist.[3] Natürlich erwies sich auch diese Bemühung nutzlos. Jetzt bei der drohenden Verwicklung mit Burgund hatte der Pfalzgraf sicher keine Lust, sich

[1] Menzel, Reg. Friedrich's des Siegreichen, p. 485 ff.

[2] Ebenda, p. 491.

[3] Ebenda, p. 491 ff.

mit dem Kaiser zu vergleichen — er wollte der Zukunft nicht vorgreifen.

Die Cölner Wirren, die dem Kaiser seinerzeit den erwünschten Vorwand gewährt hatten, Trier plötzlich zu verlassen, boten jetzt dem Herzog Karl dem Kühnen von Burgund Gelegenheit, sich mit bewaffneter Hand in des Reiches Angelegenheiten zu mengen. Der vertriebene Erzbischof Ruprecht, ein Bruder des Pfalzgrafen, hatte sich an ihn um Hilfe gewendet, hatte sich in seinen Schutz begeben.

Schon nach dem schnellen Abbruche der Trierer Verhandlungen hatten die Gesandten des Pfalzgrafen und des Erzbischofes von Cöln den Herzog von Burgund bei seiner Abreise begleitet. Sie folgten seinem Hoflager am 26. November nach Thionville, wo sie wol mit ihm bis zum 11. December verblieben. Am 24. December hatten sich die Bischöfe von Speyer und Basel und der Markgraf von Baden am Hoflager Karl's des Kühnen in Breisach eingefunden, vielleicht um eine Vermittlung zwischen dem Kaiser und dem Herzoge aufzunehmen. Wie die Ereignisse lehren, hatten diese Vermittlungsversuche, die, wie eine schon erwähnte Urkunde zeigt,[1] mit Genehmigung des Kaisers stattgefunden haben mögen, keinen Erfolg.

Schon am 8. Jänner 1474 finden wir wieder eine Gesandtschaft des Pfalzgrafen am burgundischen Hoflager und am 23. Jänner fand sich in Dijon der Erzbischof Ruprecht von Cöln persönlich beim Herzoge ein. Er mag sich nicht allzulange aufgehalten haben. Wir finden ihn dann am burgundischen Hofe erst wieder am 1. August, schon im Lager vor Neuss.[2]

Es ist nicht zu bezweifeln, dass Versuche gemacht wurden, den kaiserlich-burgundischen Zwist auf friedlichem Wege auszugleichen.[3] Der Kaiser, vielleicht erschreckt durch die Hartnäckigkeit, mit welcher die Vermittlungsversuche zurück-

[1] Lichnowsky, Reg. 1725.

[2] Die Zeitangaben und Nachrichten über die Gesandtschaften: Extrait d'une ancienne chronique a. a. O.

[3] Zeitgenössische Berichte geben hierüber wenig Nachricht. Vgl. Chmel, Habsburger Chronik, p. CXIX ff.

gewiesen wurden, erkannte die Gefahr, welche dem Reiche drohte. Mehr als irgend ein Anderer wusste er Bescheid um die letzten Ziele des Burgunder-Herzogs. Er wandte sich brieflich an den Herzog Wilhelm von Sachsen[1] und an den Grafen Eberhard den Aelteren von Württemberg,[2] den Letzteren namentlich um Rat bittend wegen des von Cöln mit Burgund gemachten schädlichen Vertrages. In dem ersten Schreiben spricht er deutlich die Furcht aus, dass Cöln dem Reiche entrissen werden könnte.

Es wird ja auch erzählt, dass ein burgundischer Herold im prächtigen Aufzuge nach Cöln kam und öffentlich ausrief, man solle den Pfalzgrafen Ruprecht wieder zum Erzbischof, und seinen Herrn, den edlen und gewaltigen Fürsten von Burgund zum Schutzherrn des Hochstiftes und Erzbistums zu Cöln annehmen und erkennen, auch von ihm Besatzung einnehmen; er liess sein Wappen und Mandat auf dem Domhofe, vor des Erzbischofs Saal und an mehreren Orten anschlagen und begehrte vom Rat und Capitel ungescheut, sich seinem Herrn als einem Schutzherrn zu unterwerfen. Aber Rat und Capitel antworteten einmütig, sie wollten eher den Tod als fremde Herrschaft annehmen. Der Pöbel lief zusammen, riss das Wappen und die Proclamation überall herab, trat beides in Kot und stiess viele harte Worte gegen den Herzog und Erzbischof aus.

Der Herzog nahm das als Kriegserklärung und schickte an das Capitel und die Stadt einen Absagebrief.[3]

So war der Krieg auf der ganzen Linie entbrannt: Krieg gegen die Eidgenossen, gegen die niedere Vereinigung und gegen Cöln; denn schwerlich fasste Karl den Krieg jetzt schon als einen solchen gegen das Reich auf. Er hoffte, dass die geplanten Eroberungen ohne ernstliche Einmischung des Reiches gelingen würden.

Der Kaiser war es, der den Reichsgedanken erfasste, den Angriff des Herzogs von Burgund auf das Erzbistum Cöln als einen Angriff auf die Integrität des Reiches ansah und

[1] Lichnowsky, Reg. VII. 1788.

[2] Ebenda, VII. 1789.

[3] Fugger, Ehrenspiegel, p. 792. — Chmel, Habsburger Chronik, p. CXX. In zeitgenössischen Quellen keine Nachricht.

die Fürsten zum gemeinsamen Handeln aufrief. Es war gut, dass noch viele derselben in Augsburg anwesend waren.

Am 16. Juli war Karl der Kühne nach Mastricht gekommen. Am 21. Juli begab er sich von dieser Stadt in das Lager beim Kloster St. Gheerlick, mit diesem Tage eröffnete er gleichsam den Feldzug. Dort verblieb er bis zum 25. Juli und empfing die Gesandtschaften Neapels, Venedigs, des Königs von Dänemark und des Herzogs von Jülich. Am 25. rückte er vor nach Thyver, am 26. nach Lenneke, dann marschirte er mit seiner Armee am 27., 28. und 29., und am 30. Juli lagerte er vor der Abtei Notre Dame vor den Thoren der Stadt Neuss.[1]

Die burgundische Heeres-Organisation, die Karl im Lager vor Neuss erst auch in äusserlichen Dingen, wie z. B. in der Ausstattung der einzelnen Abtheilungen mit Fahnen vollendete,[2] sollte sich nun dem deutschen Reiche gegenüber zuerst erproben.

Das burgundische Heer war eine Elite-Truppe im besten Sinne des Wortes. Jede Waffengattung, die in den europäischen Kriegshändeln der letzten Jahrzehente sich erprobt hatte, war in demselben glänzend vertreten. Karl der Kühne hatte diesbezüglich keine Mühe und keine Kosten gescheut.[3]

Man mag es begreiflich finden, dass der Schrecken der Unbesiegbarkeit diesem Heere vorausging und dass die Cölner zagten, als sie sein Herannahen merkten. Eilends erschienen ihre Boten auf dem Augsburger Reichstage, vom Kaiser Hilfe zu erbitten. Der Geist des Widerstandes erfasste Alle, die sich zunächst bedroht sahen. Wie Cöln an den Kaiser, so wendete sich die niedere Vereinigung am 28. Juli an die Eidgenossen mit der Meldung, dass Karl von Burgund die Feindseligkeiten gegen sie habe eröffnen lassen.[4] Alles flüchtet aus den Dörfern in die Städte und diese treffen Vorsichtsmassregeln. Cöln, Münster, Strassburg,

---

[1] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 390.

[2] Ebenda, p. 391 ff.

[3] Unter anderen Beweisstücken die Instruction vom 3. Jänner 1474 wegen Gewinnung des Hauptmannes Barth. Collione bei Gachard, Bibl. Paris I, p. 345. X.

[4] Im Luzerner Archive; vgl. Dändliker a. a. O., p. 63.

ja Hamburg und Lübeck brennen ihre nächstgelegenen Lusthäuser und Forste, ja auch Klöster ab, damit sich der Feind nicht in denselben verbergen und sich befestigen könne.[1]

Aber so schnell Karl auch heranzog, der neue Verweser des Erzstiftes Cöln hatte seine Tüchtigkeit bewährt. Das burgundische Heer fand Neuss wol verwahrt und gerüstet, auf einen Angriff vorbereitet, von tapferen Männern vertheidigt.

Die Gesandten Cölns wurden von der Reichsversammlung in Augsburg angehört, und nachdem sie abgetreten, wurde die Hilfeleistung von den Reichsständen beschlossen. Der Kaiser versprach nach der Sitzung den cölnischen Abgeordneten, das Reichsheer persönlich führen zu wollen, damit nicht Fürsten und Kurfürsten sich der Theilnahme entschlagen könnten. Die Abgeordneten dankten und versprachen allsobald, nicht allein alles das, was er und sein Hofstaat diesen Reichstag über verzehren, sondern auch ihm, solang der Krieg ihrethalben währen würde, wöchentlich 1000 Gulden zu bezahlen, und zu Ausgang desselben ihn wenigst mit 100.000 Gulden dankbarlich zu beschenken.[2] Allsogleich erliess der Kaiser die Aufgebotschreiben an die Reichsstände wider Burgund.[3]

Am 24. September verliess der Kaiser Augsburg, beschimpft während seiner Abreise von Handwerksleuten, deren Rechnungen nicht beglichen worden waren, und seiner Sachen beraubt. Die cölnischen Abgeordneten schafften endlich das nötige Geld herbei.[4] So wenig achtete man des Kaisers Majestät. Auch die reichen Augsburger Bürger nahmen gerne Ehren vom Kaiser, aber es scheint, dass ihnen eine Bürgschaft von beiläufig siebentausend Gulden zu hoch dünkte.

Es war eine Versammlung in Würzburg ausgeschrieben worden, sie kam aber nicht zu Stande. Der Kaiser verweilte daher nur kurze Zeit in dieser Stadt, um sich nach Frankfurt zu verfügen, wo er am 26. November ankam.

---

[1] Chmel, Habsburger Chronik, p. CXXI und Note 2.

[2] Chmel, Habsburger Chronik, p. CXXII.

[3] Lichnowsky, Reg. VII. 1792.

[4] Chmel, Habsburger Chronik, p. CXXIX und Note. Auch die Erzählung in Ann. Reipublicae Aug. bei Menken, Scr. rer. germ. I. p. 1683 bis 1684. Dort auch die Mittheilung, dass fünf Jahre später der Senat eine Geldstrafe von 1000 Goldgulden zahlte wegen dieser Beschimpfung des Kaisers.

III. Kapitel.

Burgund gegen Kaiser und Reich.

Der langsame Gang der diplomatischen Unterhandlungen hatte mit den Ereignissen nicht Schritt halten können. Während die Vermittler noch hin- und widergingen, war der Krieg entbrannt. Frankreich, das sich so rührig erwiesen hatte, Oesterreich von Burgund zu trennen und es mit den Eidgenossen zu verbinden, verlor die Vorgänge im Reiche nicht aus den Augen. Schon am 13. März 1474 hatte Ludwig XI. eine Gesandtschaft an Kaiser Friedrich abgeordnet, zum Abschlusse eines Bündnisses gegen den Herzog von Burgund.[1] Vielleicht hatte der Kaiser damals noch gezögert, das angebotene Bündniss anzunehmen, jetzt schien es ihm wünschenswert.

Der Krieg jedoch, den Karl der Kühne jetzt gegen den neuen Verweser des Erzstiftes Cöln mit der Belagerung von Neuss eröffnete, war ja, trotz des Augsburger Beschlusses, Unterstützung zu gewähren, noch kein Reichskrieg. Wenigstens war nichts officiell geschehen, was Karl gezwungen hätte, sich als mit dem Reiche Krieg führend zu betrachten; höchstens hatte sich der Conflict verschärft durch die persönliche Parteinahme des Kaisers, aber an Burgund war noch keine Absage, noch keine Kriegserklärung gelangt.

So kann man es verstehen, dass Karl der Kühne aus dem Lager vor Neuss sich am 1. November brieflich an den Erzbischof Adolf von Mainz wandte, um sein Thun zu rechtfertigen und zu entschuldigen. Er sieht die Gefahr, die ihm droht, wenn man in seinem Angriff auf Cöln einen Angriff auf das Reich erkennt, und er sucht diese Gefahr zu beschwören. Darum schreibt er, der Kaiser habe das Gerücht ausgestreut, als führte er Krieg in der Absicht, einen Theil des deutschen Reiches an sich zu bringen. Dieser Vorwurf sei zu unwürdig, doch wolle er darauf antworten. Statt ihn in solcher Weise zu beschuldigen, sollte man ihm Dank wissen, denn er fördere des Reiches Wohl. Der elende Zustand der Kirche durch die Schuld der deutschen Fürsten sei bekannt.

[1] Commines-Lenglet III, p. 371. — Lichnowsky, Reg. 1749.

Das renitente Capitel zu Cöln habe gegen den rechtmässigen Erzbischof den Landgrafen von Hessen aufgerufen, er habe aber dem Erzbischofe beigestanden. Zudem habe das Capitel mit dem Könige von Frankreich gegen ihn conspirirt, daher habe er zu den Waffen gegriffen, die er nicht niederlegen werde.[1]

Der Herzog hatte in diesem Briefe auch darauf angespielt, dass ihm der Kaiser sein Glück neide. Friedrich III. konnte weder diesen persönlichen Angriff ignoriren, noch konnte er darauf verzichten, den Standpunkt des Herzogs, der dort eine persönliche Sache sah, wo das Reichsinteresse in Frage kam, laut als einen unrichtigen zu bezeichnen. Darum entschloss er sich zu einer Entgegnung.

Den Vorwurf, dass er neidisch sei, weist er zurück. „Ziemet uns", sagt er ironisch, „dich darum zu neiden, dass du durch dein Reschheit in unbillig Weis wider uns und das heilig Reich, auch demselben unserm Reich unbillig und zu Schaden kome." Er wirft ferner dem Herzoge vor, dass er ihn durch seine und eine päpstliche Gesandtschaft habe ersuchen lassen, abzustehen von seinem Unternehmen, dass er aber sich geweigert habe, die Botschaft zu empfangen. Er beruft sich auf briefliche Gebote, die dann an ihn ausgegangen und ebenfalls wirkungslos geblieben seien. Hauptsächlich aber verwahrt er sich dagegen, dass er, der Kaiser, in der cölnischen Frage Partei sei. Karl habe sich widerrechtlich zum Schutzherrn des Cölner Erzbistums erhoben und widerrechtlich führe er diesen Titel. Er habe dem Reiche schon vielen Schaden zugefügt, daher stehen Kaiser und Fürsten zusammen gegen ihn, und darüber solle er sich nicht verwundern. Der Kaiser ist müde des fruchtlosen Streitens: „und wollen uns auf dasmal mit Schriften nicht weiter einflechten, sondern nach Rat und zuvörderst mit Gottes Hülf des Reichs Sach als ein frommer Kaiser getreulich handeln."[2]

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 27, p. 120—122. — Lichnowsky, Reg. VII. 1812. Zuerst abgedruckt, und zwar einigermassen abweichend vom Texte bei Chmel, bei Schilteri, Scr. rer. Germ. Dipl. et Doc. var. p. 57—58.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 28, p. 122—125. — Lichnowsky, Reg. VII. B. 23, irrtümlich datirt 1473. — Bei Chmel datirt aus 1475, was

Also nicht um Austragung einer Fehde gegen das Erzbistum Cöln oder gegen den neuen Verweser desselben, gegen das Capitel und die Stadt handelt es sich, sondern um einen Kampf gegen Kaiser und Reich. So hat es der Kaiser vom Anfange an aufgefasst, und seiner Thätigkeit ist es zu danken,[1] dass diese Ansicht allmälig bei allen Ständen des vielgestaltigen Reiches die herrschende wurde.

Nach allen Seiten gingen seine Erlässe und Mandate. Noch von Augsburg aus hatte er an Herzog Wilhelm von Sachsen und Eberhard den Aelteren von Württemberg, wie schon erwähnt, geschrieben. Am 17. September befahl er Regensburg, 4000 Gulden an Kriegsanlagen gegen Burgund von den Regensburger Juden zu erheben und nach Würzburg zu senden.[2] Am 28. October genehmigte er von Würzburg aus das Bündniss Herzog Sigmund's mit den Eidgenossen.[3]

Am 11. November bevollmächtigte er die Erzbischöfe von Mainz und Trier und die Stadt Cöln, die drei Städte Lins, Sitzing und Rheinmagen (Remagen) durch Güte oder Gewalt wieder zu des Reiches Handen zu bringen, da sich dieselben auf Seite des Burgunders und des Erzbischofs gestellt hatten.[4]

Von Frankfurt aus richtete er am 1. December den erneuerten Befehl an Dietrich von Eisenburg, Grafen zu Budingen, dem Erzbischof von Mainz mit seiner Macht zuzuziehen oder sie dem Kaiser zuzuführen.[5] Der Stadt Frankfurt trug er auf, dem Erzbischofe von Mainz gegen den Pfalzgrafen beizustehen, falls dieser ihn bedrängen sollte, und dem Pfalzgrafen in nichts förderlich zu sein.[6]

---

auch unrichtig scheint, da der Absagebrief vom 3. December 1474 datirt, und das vorliegende Schreiben als Antwort auf den früher erwähnten Brief Herzog Karl's vom 1. November 1474 erscheint, also wohl im November 1474 abgefasst sein dürfte.

[1] „Imperator quasi totam Germaniam commovens", heisst es im Chronicon Elwangensis Monasterii M. M. G. XII, p. 34—51 ad annum 1474.

[2] Lichnowsky, Reg. VII. 1795.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. II. Bd. 32, p. 159.

[4] Chmel, Reg. 6933. — Lichnowsky, Reg. VII. 1815.

[5] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 147, p. 416—417.

[6] Chmel, Mon. habsb. III, p. 563.

Von den deutschen Reichsfürsten waren es namentlich die Herzoge von Jülich, die sich auf die burgundische Seite schlugen. An sie ging ein Mandat, es sei angeordnet worden, dass Niemand im Reiche dem Herzog von Burgund Proviant und dergleichen zuführe. Nun haben Einige aus Cöln dies versucht, wurden ergriffen, aber von Jülich'schen Amtsleuten befreit, welche dagegen die Vollstrecker des kaiserlichen Gebotes gefangen nahmen. Nun ergeht die ernstliche Mahnung, diese freizulassen.[1]

Am 22. Jänner wurde ein allgemeines Aufgebot gegen den Herzog von Burgund erlassen.[2] Am 26. Jänner ersuchte der Kaiser den Kurfürsten Ernst von Sachsen, dass er und Herzog Wilhelm von Sachsen den Herzog Albrecht von Sachsen mit den Truppen noch länger bei ihm lassen,[3] und am selben Tage wurden die Herzoge von Jülich aufgefordert, den Landgrafen Heinrich von Hessen durch Stadt und Schloss Düsseldorf und Angerrot gegen den Herzog von Burgund ziehen zu lassen, ihm nötigenfalls, wenn er vom Feinde bedrängt würde, auch Hilfe zu leisten. Sie werden auch aufgefordert, ihre Contingente zum Kriege gegen Burgund ehestens nach Cöln abgehen zu lassen.[4]

Am 28. Jänner werden alle Reichsstädte aufgefordert, den vierten Mann zum Kriege gegen Burgund zu stellen.[5] Am selben Tage ergeht an den Abt von Kamberg die Aufforderung, bei Verlust aller Privilegien und bei Verfällung in Pön und Busse seine Hilfe bis spätestens auf den Samstag Lätare beizubringen.[6]

Am 29. Jänner ergeht eine neuerliche Aufforderung an die Regensburger Judenschaft wegen Zahlung der auferlegten Hilfsgelder.[7]

Am 2. Februar bevollmächtigt der Kaiser den Bischof Heinrich von Münster, Schloss und Stadt Zütphen wieder

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 149, p. 427—428.

[2] Lichnowsky, Reg. VII. 1826. — Müller V, p. 682—683. — Fugger V, p. 809—810.

[3] Lichnowsky, Reg. 1827.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 150, p. 429—430.

[5] Chmel, Reg. 6946. — Lichnowsky, Reg. 1828.

[6] Menken I, p. 515. CXV. — Chmel, Reg. 6947.

[7] Lichnowsky, Reg. 1830.

zu des Reiches Handen zu nehmen.[1] Am 26. Februar richtet der Kaiser den Befehl an die Landschaft Westphalen, sie solle bei Verlust ihrer Privilegien gegen Burgund 2000 Mann zu Fuss und zu Ross nach Deutz absenden, und dort der Befehle der kaiserlichen Hauptleute gewärtig sein.[2]

Am 28. Februar erinnert der Kaiser den Bischof von Regensburg wegen Erfüllung seiner Lehenspflichten im Kriege gegen Burgund.[3] Am 7. März befiehlt der Kaiser allen Insassen der Gebiete Herzog Sigmund's, wider Herzog Karl von Burgund zu ziehen.[4]

Am 13. März kommt eine Gesandtschaft des Kaisers, Hug von Montfort und Trutprecht von Stauffen vor der Eidgenossen Boten zu Luzern, mit hoher Mahnung für die von Bern und die anderen Eidgenossen, dass sie mit ihrer Macht dem Kaiser bei Neuss zu Hilfe zögen.[5] Am 27. März bewilligt der Kaiser dem Grafen Schaffrid von Leiningen und dem kaiserlichen Fiscal Johann Keller, von den sich in Luxemburg ergebenden Orten Eide anzunehmen.[6]

Am 4. April bevollmächtigt der Kaiser den Abt zum heiligen Kreuz von Werd, die Unterthanen und Zinsleute seines Klosters zu zwingen, die Kriegssteuer zum Feldzug wider den Herzog von Burgund zu bezahlen. Den Ungehorsamen darf der Abt ihre Lehen, Sölden, Renten und Zinse nehmen.[7] Am 4. und 14. April wurden die Gerichtsbriefe wider die Herzoge von Jülich erlassen, die angeklagt werden, dass sie die vom Kaiser gegen den Herzog von Burgund begehrte Hilfe nicht geleistet. Es wird über diese Klage verhandelt, und ohne dass die Verhandlung zu Ende geführt wird, das Mandat erlassen, dass sie die Hilfe bei Vermeidung von Strafe ohneweiters zu senden haben.[8] Am 7. April befiehlt

[1] Chmel, Reg. 6948. — Lichnowsky, Reg. VII. 1831.
[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 151, p. 430—431.
[3] Lichnowsky, Reg. VII. 1837.
[4] Chmel, Mon. habsb. I. 2. Band 36, p. 170—172. Reg. Nr. 6952. — Lichnowsky, Reg. VII. 1839.
[5] Diebold-Schilling, p. 150—152.
[6] Chmel, Mon. habsb. I. 153, p. 432—433. — Chmel, Reg. 6958. — Lichnowsky, Reg. VII. 1844.
[7] Lichnowsky, Reg. VII. 1845. — Chmel, Reg. 6962 d. 4. März 1475.
[8] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 154, p. 433—438.

der Kaiser den Hauptleuten des Strassburger Volkes nach Suntz ins Lager zu rücken.[1] Am 14. April befiehlt der Kaiser der Stadt Strassburg, ihren Hauptleuten aufzutragen, ihm wegen des Krieges gegen Burgund den Eid zu leisten.[2] Am 27. April mahnt der Kaiser den Herzog von Cleve an seine Verpflichtung dem Reiche gegen Burgund beizustehen.[3] Am 13. Mai bewilligt der Kaiser den Burgmannen zu Friedberg als eine Entschädigung wegen des Krieges mit Burgund, in jedem Dorfe der Grafschaft Keuchen eine mässige Steuer zu erheben.[4]

Am 16. Mai erklärt der Kaiser, dass der Dienst des Bischofs Konrad von Osnabrück gegen Burgund den Privilegien des Hochstiftes keinen Eintrag thun solle.[5]

Nachdem es schon am 18. April gelungen war, Herzog René von Lothringen zum Eintritt in den Bund gegen Burgund zu bewegen,[6] bestätigt der Kaiser am 17. Mai, dass seine Aufnahme über dessen Ansuchen erfolgte.[7]

Diese Aufzählung mag genügen den Beweis zu liefern, wie Kaiser Friedrich seine Aufgabe erfassste. Freilich ist sie nicht erschöpfend, aber sie zeigt, dass der Kaiser gewillt und gesonnen war, den geringen Rest kaiserlicher Autorität im Interesse des Reiches zu benützen.

Wie verhielten sich die Stände des Reiches? Mit wenigen Ausnahmen suchten auch sie ihre Pflicht zu thun. Es war, als ob nochmals der Gedanke der Reichsgemeinschaft diese zerfahrenen Elemente durchzucke, ein Feuer heiliger Begeisterung loderte empor, und nahezu Alles eilte herbei, um dem allzu offenkundigen Einbruch eines Fremden in deutsches Reichsgebiet zu wehren. Von den Schweizerbergen bis Ostfriesland wirkte der gleiche Gedanke.

---

[1] Lichnowsky, Reg. VII. 1846.

[2] Lichnowsky, Reg. VII. 1849.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 3. Band. Nachtr. II. 66, p. 552.

[4] Chmel, Reg. 6970. — Lichnowsky, Reg. VII. 1858.

[5] Chmel, Reg. 6971. — Lichnowsky, Reg. 1859.

[6] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 63, p. 199—200.

[7] Chmel, Reg. 6972. Die von Seite des Herzogs von Lothringen ausgestellte Urkunde ddo. Nancy 1. Juni 1475 bei Dumont, III. I. 608. — Lichnowsky, Reg. 1862. — Balaicourt, Preuves XI. — Lünig, C. G. D. I. 462.

Zunächst waren es die Eidgenossen, welche entschlossen waren, die Vereinbarungen nun zur thatsächlichen Wirkung zu bringen. Am 29. August, zwei Tage nachdem das kaiserliche Aufgebot gegen Burgund erlassen worden war, richtet Bern an die Eidgenossen die Aufforderung zu einem Tage in Luzern aus Anlass des Einfalles der Burgunder in das Sundgau.[1] Am 25. October richteten dann die Eidgenossen ihren Absagebrief an den Herzog von Burgund,[2] nachdem am 21. October die Tagsatzung zu Luzern der Stadt Bern die Ermächtigung hiezu ertheilt hatte.

Aber nicht in eigener Sache erfolgte die Absage, sondern auf Mahnung des deutschen Reiches, des Fürsten von Oesterreich und der niederen Vereinigung.[3]

Man kann diese Berufung an das Reich, wenn man will, auch anders auslegen, und nur eine Form darin sehen, von der Eidgenossenschaft gewählt, um sich auf alle schlimmen Fälle den Rücken zu decken, man kann aber nicht verkennen, dass es der Reichsgedanke ist, der trotz alledem hier wieder aufgenommen wird, selbst wenn nicht die Zeitgenossen Schlüsse an dieses Factum geknüpft hätten, die der Unabhängigkeit der Eidgenossen vom Reiche später gefährlich wurden.

Der Kaiser hatte den Markgrafen von Brandenburg zu seinem Feldhauptmann ernannt.[4] Dieser, in Verbindung mit dem Kurfürsten von Mainz, arbeitete einen Ratschlag aus gegen Burgund. Der Kaiser solle alle Fürsten und Städte im Reiche und jene, die demselben lehenspflichtig sind, aufrufen, damit sie ein genau bezeichnetes Contingent zu dem Kampfe stellen.[5]

Im Convente zu Andernach beschlossen der Kaiser und die Kurfürsten von Mainz, Trier, Sachsen und Brandenburg, ein Bündniss einzugehen mit dem Könige von Frankreich gegen den Herzog Karl von Burgund.[6] Nachdem

[1] Diebold-Schilling, p. 129—130.

[2] Ebenda, p. 135. — Segesser, Abschiede, II. Nr. 764, p. 515.

[3] Segesser, Abschiede, II. Nr. 762, p. 513.

[4] Droysen, Geschichte der preussischen Politik, II. Abthlg. I, p. 294, Note 1.

[5] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 148, p. 418—427.

[6] Müller, R. Th. V, p. 675—676. — Commines, ed. Lenglet III. 459 zum J. 1475, cit. bei Lichnowsky, Reg. VII. 1820.

man sich nämlich auf dem Augsburger Reichstage über den Beschluss, Cöln zu unterstützen, geeinigt hatte, war eine Gesandtschaft an den König von Frankreich abgeordnet worden, an deren Spitze Herzog Stephan von Baiern stand, um Ludwig XI. zu einem Bündnisse gegen Burgund zu bewegen. Ludwig XI. hatte sich, wenn wir Commines Glauben schenken dürfen, sehr bemüht, den erwähnten Beschluss zu Stande zu bringen,[1] und sich, wie an anderer Stelle mitgetheilt wurde, bereits zur Hilfeleistung erboten.[2] Es wurde zum Zwecke der Beratung eines Bündnisses vom Kaiser ein Convent nach Frankfurt ausgeschrieben. Hier wurde beschlossen, den Allianzvertrag anzunehmen.[3] Die Schlussverhandlungen erfolgten in Mainz und war der Graf von Leiningen zum Abschlusse des Vertrages bevollmächtigt. Die Vertragspunkte über welche man sich einigte waren: Jeder Theil stellt 30.000 Mann; die Eroberungen werden zwischen beiden getheilt, je nachdem das eroberte Gebiet früher zu Frankreich oder zu Deutschland gehörte. Der Krieg sollte fortgesetzt werden, wenn Karl auch von Neuss abziehen würde; kein Theil soll ohne Wissen des anderen Frieden schliessen.[4]

Aber Ludwig XI. war vorläufig nicht gewillt, thätig in die kriegerischen Unternehmungen gegen Burgund einzugreifen; dazu war er zu feige. Er hatte sich nicht geweigert, eine Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen ihm und dem Herzoge Karl, welcher am 15. Mai 1474 ablief, zu bewilligen, und wie uns Commines erzählt, er that es, weil er hoffte, dass Karl der Kühne sich inzwischen in seinem Kampfe mit Deutschland Demütigung, wenn nicht gar seinen Untergang bereiten würde.[5] Der Waffenstillstand wurde verlängert bis 1. Mai 1475 und ist die betreffende Urkunde datirt vom 13. Juni 1474.[6] Diese Thatsachen reichen hin, das

[1] Commines, ed. Dupont I, p. 318.

[2] Müller, R. Th. V, p. 662.

[3] Vgl. hierüber ein Schreiben der Herzoge Wilhelm und Albrecht zu Sachsen bei Müller, a. a. O.

[4] Müller, R. Th. V, p. 670—672. — Vgl. Chmel, Mon. habsb. I. 1, p. 275 C. und Habsburger Chronik, p. CXXXIX.

[5] Commines, ed. Dupont I, p. 310 f.

[6] Lenglet-Commines III, 315. — Vgl. Dupont-Commines I, p. 310, Note.

Vorgehen Ludwig's XI. in seinem wahren Lichte erscheinen zu lassen.

Der Kaiser ging mit den Reichscontingenten, die sich eingefunden hatten, von Frankfurt nach Wiesbaden und nach Koblenz und von da nach Andernach.

Im Convente zu Andernach erschienen dann französische Gesandte, um die Unterhandlungen wegen eines Bündnisses neuerdings aufzunehmen. Dieselben verwiesen darauf, dass der König die während der Verhandlungen in Mainz gemachten Zusagen nicht erfüllte, weil es hiess, und zwar machte ihm Herr von Romont die Mittheilung, dass der König von Dänemark zwischen dem Kaiser und Burgund unterhandle.

Thatsächlich hatte der Kaiser mit dem Könige von Dänemark am 1. Juli 1474 in Augsburg ein Bündniss abgeschlossen.[1] Die Gesandten des Königs von Dänemark haben sich am 21. Juli beim Herzoge von Burgund eingefunden,[2] und am 18. October erschienen sie neuerdings bei demselben, bis endlich am 17. November der König selbst zu dem Herzoge kommt, in Gesellschaft seiner Verwandten, dann der Herzoge von Sachsen, von Braunschweig, von Meklenburg und anderer Fürsten.[3] In Düsseldorf gab der Herzog von Burgund ihm zu Ehren ein glänzendes Fest. Der Aufenthalt des Königs am burgundischen Hofe währte ziemlich lange. Am 18. November wird ein Graf von Brandenburg unter den Gästen des Herzogs genannt.[4] Die Anwesenheit dieses Mannes im Lager des Herzogs von Burgund wäre, falls man in ihm die Person des Markgrafen vermuten dürfte, wohl hin-

[1] Chmel, Reg. Nr. 6895.

[2] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 390.

[3] Er soll sich bereits auf dem Wege in seine Heimat befunden haben, als ihn die Aufforderung des Kaisers und des Herzogs von Burgund traf, eine Vermittlung anzubahnen, wie Hammelmann in der Oldenburger Chronik, III, p. 211 behauptet. Siehe Ausführlicheres bei Chmel, Habsburger Chronik, p. CXL f., und in einer Relation eines sächsischen Rates bei Müller, R. Th. V, p. 672—673. Dass der Kaiser den Dänenkönig gerufen habe, ist sicher falsch; dafür bürgt seine ablehnende Haltung gegenüber den dänischen Vermittlungsversuchen, am meisten aber, dass Christian von Karl dem Kühnen für seine Mühewaltung bezahlt wurde. Er erhielt 4340 Gulden 1 sol. Vgl. Extrait d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines III, p. 394.

[4] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 392.

länglich beweisend dafür, dass Brandenburg der dänischen Freundschaft gerne etwas zu Liebe gethan haben würde.[1]

Wie man sieht, war Ludwig XI. über die Vorgänge nicht schlecht unterrichtet, doch suchte nicht der Kaiser die dänische Vermittlung, wie seine ablehnenden Bescheide hinlänglich beweisen.

Unterm 12. November hatte auch die Herzogin von Savoyen, Jolanthe, eine Schwester Ludwig's XI. und eine Bewunderin Karl's des Kühnen, dem Kaiser brieflich ihre Vermittlung angetragen.[2] Der Kaiser trug Bedenken, für diesmal zu antworten.

So wurde denn nun das Bündniss zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen. Das Wesentliche war die beiderseits eingegangene Verpflichtung, je 30.000 Mann in's Feld zu stellen.

Neben diesem Bündnisse, das im Namen des Reiches geschlossen wurde, traf der Kaiser mit dem französischen Gesandten noch andere Vereinbarungen. Zunächst wurde ein Bund zwischen dem Kaiser Friedrich III. und dem Könige Ludwig XI. von Frankreich geschlossen, nebst Bestätigung aller Tractate seit Karl dem Grossen.[3]

Weiters gibt Kaiser Friedrich III. die Erklärung ab, dass der Bund Frankreichs mit den Schweizern seinem Bündnisse mit Frankreich keinen Nachtheil bringen soll, genehmigt also denselben.[4]

In jene Zeit gehört auch die Uebereinkunft des Kaisers mit Ludwig XI. wegen einer Heirat zwischen dem

---

[1] Von Cöln aus ersuchte Christian den Kaiser, seine Vermittlung anzunehmen. Die Antwort war ablehnend. Vgl. Chmel, Habsburger Chronik, p. CXLII.

[2] Müller, R. Th. V, p. 674.

[3] In der Ratif.-Urkunde Ludwig's XI. vom 17. April 1475. Dumont III, 520. — Leonard I, 171. — Müller, R. Th. V, 676. — Lünig, P. Spec. I. Abthlg. I, 87. — Commines, éd. Lenglet III, 462. — Lichnowsky, Reg. 1821. — Chmel, Reg. 6940, Mon. habsb. I. 1. 84, p. 271 bis 279, A. B. C. Chmel unterscheidet hier offenbar nicht zwischen dem Bündnisse gegen Herzog Karl und der General-Allianz zwischen Ludwig XI. und Friedrich III. Er hält die erstere Urkunde nur für einen früheren Entwurf.

[4] Müller V, p. 689. — Lichnowsky, Reg. VII. 1822.

Dauphin und Kunigunde.[1] Auch sonst that Ludwig XI. Alles, was seinen Bund mit dem Hause Habsburg festigen konnte. Vom 2. Jänner 1475[2] ist die Urkunde datirt, mit welcher Ludwig XI. die Abmachungen seiner Gesandten vom 12. October 1474 ratificirte, welche Herzog Sigmund und seine Länder in den Schutz des Königs stellten, ihm selbst die Würde eines geheimen Rates mit einer jährlichen Pension von 10.000 Francs zusicherten, weil er seinem früheren Bunde mit Herzog Karl entsagt hatte.[3]

Inzwischen gingen die Vermittlungsversuche ihren Gang. Am 1. Jänner wurde die dänische Botschaft in feierlicher Sitzung vom Reichsconvente empfangen. Aber auch diesmal erhielt sie keinen definitiven Bescheid, sondern es hiess: „Der König solle sich zu Cöln enthalten, bis die kaiserliche Majestät ihm Botschaft tue." Ausserdem berichtet die Relation, welcher diese Nachricht entnommen ist, dass alle Verhandlungen beim Markgrafen von Brandenburg geschehen: „Aller Handel gehet allein durch den Markgrafen, der gibt Rede und Antwort und wird weiter, denn die kaiserliche Majestät angesehen."[4]

Doch kehren wir von der Darstellung dieser diplomatischen Verhandlungen zurück zur Schilderung der Haltung, welche die Stände des Reiches in diesem Kriege einnahmen. Neben dem Fehdebriefe, den die Reichsstände von Andernach aus an den Herzog sandten,[5] ist es namentlich eine Eingabe der Fürsten und Städte der niederen Vereinigung an den Kaiser, die uns zeigt, welche Gedanken Deutschland in jenen Tagen erfüllten: „Item• dass die kaiserlich Majestät wol bedenken, mit was Blutvergiessen das heilig Reich zu Handen der deutschen Nation von den Wälischen kommen ist. Sollte denn das wieder in wälsche Hände kommen, was Abbruch dem heiligen Reich und der deutschen Nation davon entstehen, auch Nachrede seiner kaiserlichen Majestät davon erwachsen möchte, sei Not zu bedenken und dass nicht allein der Vereinigung, son-

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I, p. 295—296.
[2] Chmel, Mon. habsb. I, p. 280—281.
[3] Chmel, Mon. habsb. I. 79, p. 258—259.
[4] Müller, Reichstags-Theater V. Vorstellung, p. 677—678.
[5] Müller, R. Th. V, p. 682.

dern auch der kaiserlichen Majestät und des heiligen Reichs Sach gehandelt wird."[1]

Eben die niedere Vereinigung hatte auch den Pfalzgrafen Friedrich den Siegreichen zurückgewiesen, als er in dieselbe aufgenommen zu werden begehrte, denn es hiess: mit dem Herzoge von Burgund und in ander Wege hat sich der Pfalzgraf mit den Eidgenossen inmassen gehalten, dass man ihm nicht wol getraut und der Vereinigung halb nicht mit ihm zu schaffen haben wollt.[2]

An den Kaiser trat freilich mancherlei Versuchung heran und man schien namentlich von burgundischer Seite dafür zu sorgen, dass die Verbindung niemals abgebrochen wurde. Schickte ja selbst König Eduard IV. von England eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof, um wegen eines Bündnisses gegen Ludwig XI. zu unterhandeln.[3]

Nach Abschluss des Bündnisses werden die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ununterbrochen fortgeführt; fortwährend gehen Gesandtschaften hin und her zwischen dem kaiserlichen und dem königlichen Hoflager. Gleich zu Beginn des Jahres bevollmächtigt der Kaiser eine Gesandtschaft, bestehend aus dem Grafen Seyfried (Schaffried) von Leiningen und Dr. Mert Haiden an Ludwig XI., welche dem Könige die Umtriebe des Herzogs im Reiche vor Augen halten und ihn bitten soll, er möge sich, wo thunlich, in eigener Person auf den Kriegsschauplatz begeben. Ferner wird die Aufforderung an ihn gerichtet, neue Bundesgenossen zu werben und seine Aufmerksamkeit namentlich auf den Herzog von Lothringen gelenkt.[4]

Am 4. Jänner 1475 bevollmächtigt der König einen Gesandten an den Kaiser.[5] Derselbe soll den deutschen Fürsten

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. Nr. 66, p. 206.

[3] Diebold-Schilling, p. 111—112.

[3] Urkunde vom 2. December 1474. Lichnowsky, Reg. 1817.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 97, p. 300—305. — Lichnowsky, Reg. Nr. 34 B.

[5] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 86, p. 281—282. Hier führt der Gesandte den Namen Henricus Guisbuz. — In einem anderen von Lichnowsky VII. B. 30 angezogenen Actenstücke wird derselbe Gesandte angeführt unter dem Namen Heinrich de Gueisbuch. — Dieses Actenstück ist auch abgedruckt bei Chmel, Mon. habsb. I. 1. p. 298—299; der Name lautet

die Zufriedenheit des Königs darüber ausdrücken, dass sie einig seien. Es gehe ein Gerücht, dass der König von Dänemark zwischen dem Kaiser Friedrich und dem Herzoge von Burgund vermittle. Der König schenke demselben keinen Glauben. Es wird weiters eine Zusammenkunft der Gesandten in Metz oder Gorze in Aussicht genommen.

Vom 7. Jänner 1475 ist die eigentliche Kriegserklärung gegen Burgund datirt. Wie es scheint, schickten sowol der Kaiser wie der Feldhauptmann, jeder für sich, eine solche an den Herzog.[1]

Das Reich und die meisten Reichsstände wollten nicht minder als der Kaiser ihre Pflicht thun. Nur der Pfalzgraf zeigte auch hier, dass ihm an des Reiches Herrlichkeit wenig gelegen sei. Er bedrohte auch jetzt des Reiches Macht und Einigkeit und schwächte das Heer, da die Sachsen heimkehren wollten aus Furcht vor seiner drohenden Haltung. Schon auf dem Reichsconvente zu Frankfurt war mit den pfälzischen Abgeordneten unterhandelt worden. Es wurde nichts begehrt, als freier Durchzug der Truppen; auch das wurde verweigert. Am 23. October 1474 schrieb der Pfalzgraf an die Herzoge Wilhelm und Albrecht von Sachsen, dass er ihren Truppen den Durchzug nicht gestatten könne, denn er sei mit dem Herzoge von Burgund seit langer Zeit im freundlichen Verständniss und sein Bruder Ruprecht von Cöln werde von demselben gegen seine ungehorsamen und widerwärtigen Unterthanen unterstützt.[2] Wie man sieht, hatte der Pfalzgraf keine Lust, für die Interessen des Reiches und

---

hier ebenfalls de Gueisbuch. In dem bei Chmel, Mon. habsb. I, p. 282 ff. abgedruckten Actenstücke, der Instruction für eben diesen Gesandten zu der erwähnten Sendung an's kaiserliche Hoflager, das also mit dem obcitirten Schreiben zusammengehört, heisst der Gesandte Henricus de Griesbuchz. Bei Chmel, Mon. habsb. I, p. 295—206, lautet sein Name Hainricus de Gherespurgkh vermutlich richtig, aber p. 296 wieder Heynricus de Geysbuchs.

[1] Die Kriegserklärung des Kaisers bei Diebold-Schilling, p. 155 bis 156. — Lünig, D. R. A. VI. 85. — Chmel, Reg. Nr. 6943. — Lichnowsky, R. VII. 1825. — Fugger, Ehrenspiegel, p. 807—808. — Absagebrief des Markgrafen Albrecht Achilles als oberster Feldhauptmann: Diebold-Schilling, p. 156.

[2] Menzel Reg., p. 496. — Müller V, p. 667 f.

des gemeinen Besten, die er sonst dem Kaiser gegenüber gerne im Munde führte, irgend etwas zu thun. Karl der Kühne mochte es unter solchen Umständen freilich für ein Geringes halten, den Krieg gegen Deutschland zu beginnen, wenn er solche Freunde sein nennen konnte im deutschen Gebiete.

Langsam sammelten sich die deutschen Contingente. Der Kaiser war am 26. November 1474 in Frankfurt eingeritten. Am 4. December kam der Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg mit seinen Bewaffneten, dann der Kurfürst von Mainz, von Trier, später Albert von Sachsen. Am 16. December erfolgte der Auszug nach Neuss.[1]

Während seines Aufenthaltes in Frankfurt hatte der Kaiser seinen Sohn Maximilian, der ihn bis jetzt begleitet hatte, zurückgeschickt, er wollte ihm die Kriegsgefährde ersparen.

Am 6. Februar 1475 kam Maximilian nach Augsburg. Der Kaiser hatte ihn dem Bischof Johann von Augsburg empfohlen, der ihn in seiner Stadt Dillingen bis zur Rückkehr des Kaisers behielt.[2]

Mit dem Beginne des Jahres 1475 wurden die Kriegsoperationen ernstlich in Angriff genommen. Wir wollen sie hier nicht verfolgen. Auch das ernste Waffengetöse vermochte die diplomatischen Händel nicht zu unterbrechen. Yolanthe von Savoyen, die mit ihrem Vermittlungsversuche beim Kaiser wenig Erfolg hatte, versuchte es nun mit einem Schreiben vom 21. Jänner an die alten Orte der Eidgenossenschaft mit nicht besserem Erfolge.[3] Uebrigens war die kriegerische Stimmung der Eidgenossen nur bei Bern und Freiburg besonders thatkräftig.

Der Krieg war von der Eidgenossenschaft wohl über Aufforderung des Reiches erklärt worden, aber ihre Contingente hielten sie zu Hause, sie gedachten ihn auf eigene Faust zu führen.

Dagegen hatte Yolanthe einen anderen Erfolg für Her-

---

[1] Fontes rer. germ. IV, p. 397. Not. hist. eccl. S. Barth. franc.

[2] Chmel, Habsburger Chronik, p. CXXXIV und Note 2.

[3] Diebold-Schilling, p. 219 f. und p. 86 ff. — Zellweger V, p. 26.

zog Karl errungen. Am 30. Jänner 1475 kam ein Bündniss zwischen den Herzogen von Mailand, Savoyen und Burgund zu Stande.[1] Wie viel es wert war, vermag man aus den Anträgen zu ermessen, welche Galeazzo Maria Sforza schon früher den Eidgenossen hatte zugehen lassen.[2] Aber es war doch ein politischer Erfolg, während das Reich auf sich selbst gestellt blieb, denn das Bündniss mit Frankreich hielt nicht, was man sich von demselben versprochen hatte. Es erschienen zwar fortwährend französische Gesandte mit neuen Versprechungen und Versicherungen, aber keine französischen Hilfstruppen. Endlich wurde die vertragsmässig stipulirte Hilfsmacht von 30.000 Mann auf 20.000 Mann beiderseits herabgesetzt.[3] Mit einer gewissen Ironie erzählt uns der vertraute Ratgeber des Königs, Commines, wie dieser die Gesandten des Kaisers behandelte, und wie leicht der spätere Cardinal Georg Hesler, seit 25. August 1474 in des Kaisers Diensten,[4] eine bei den Deutschen, wie er meint, hoch angesehene Persönlichkeit, die Bestechungsgelder in der Tasche verschwinden liess.[5]

Am 17. April kam es endlich zur Ratification dieses neuen Allianzvertrages.[6]

Inzwischen war der Waffenstillstand zwischen Frankreich und Burgund neuerdings abgelaufen. Ludwig XI. hatte sich ausserordentlich bemüht, eine Verlängerung desselben zu erreichen, trotz seiner gegen Kaiser und Reich eingegangenen Verpflichtungen. Als jedoch Karl der Kühne eine Verlängerung desselben hartnäckig weigerte, mit Rücksicht auf sein Bündniss,

[1] Godefroy-Commines V, p. 12—22.

[2] Diebold-Schilling, p. 86 ff. — Zellweger V, p. 26.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 88, p. 284—285.

[4] Chmel, Reg. Nr. 6924.

[5] Commines, ed. Dupont I, p. 319 f.

[6] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 90, p. 287—288 und 9. A und B., p. 288 bis 295. — Commines, ed. Lenglet III, p. 467. — Chmel, Reg. 6965. — Lichnowsky, Reg. VII. 1851. Vom 17. April liegt auch eine Urkunde vor über ein Bündniss des Kaisers mit Ludwig XI. gegen den Pfalzgrafen Friedrich den Siegreichen. Jedoch vermochte ich die Jahreszahl nicht festzustellen. — Dumont, III. I. 528 und Léonard, Recueil I, p. 204, datiren 1476. — Lichnowsky, Reg. 1852, datirt 1475. — Chmel, Reg. 7041, datirt wie Dumont 1476. Möglich wäre Beides, wahrscheinlich 1475.

das er mit Eduard IV. abgeschlossen hatte, der in Frankreich einfallen sollte, entschloss er sich endlich zum Kriege.

Am 30. April machte er hierüber dem Kaiser brieflich Meldung.[1]

Er hatte insofern Erfolg, als es ihm gelang, einige Städte zur Capitulation zu zwingen. Am 11. Mai geschah dies mit Corbei.[2] Wie der König sein Wort hielt, mit dem er Sicherheit des Leibes und Lebens und des Eigentums gewährleistete, erzählt uns Commines.[3]

Die Verhandlungen zwischen Ludwig XI. und dem Kaiser wurden während dieser Zeit ununterbrochen fortgeführt. Für den 20. Juni wurde selbst eine persönliche Anwesenheit des Königs in Constanz, während des bevorstehenden Reichstages in Aussicht genommen.[4] Am 22. Mai schrieb er dem Kaiser, dass er durch den kaiserlichen Rat Geresburg seinen Aufbruch nach Cöln erfahren habe und theilt ihm seine eigenen Fortschritte gegen den Herzog mit.[5]

Gross genug war der Schrecken allerdings, den seine Grausamkeit unter den Einwohnern der Städte verbreitete. In Amiens fanden die aus Corbei, Mondidier, Roye und Doullens geflüchteten Einwohner, deren Städte er verwüstet hatte, mit Weibern und Kindern Aufnahme.[6] Am 11. Juni empfiehlt er dem Schutze des Kaisers den unmündigen Sohn des gefangenen Herzogs Rudolf von Geldern.[7]

Immer weitere Kreise zog der Krieg. Aus einer ursprünglich geplanten Privatfehde zwischen Burgund und Cöln war ein Reichskrieg geworden, und allmälig wurde ganz Mitteleuropa in die Ereignisse hineingezogen. Die Vorgänge von Neuss erregten die Gemüter, steigerten die Erwartung, erzeugten eine ungewöhnliche Spannung.

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 93, p. 296—297. — Lichnowsky, Reg. VII. 28 B.

[2] Commines, ed. Dupont, liv. III, chap. XXIII, p. 289—299.

[3] Ebenda, liv. IV, chap. III, p. 325 ff.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 94, p. 297—298.

[5] Ebenda, I. 1. 95, p. 298—299.

[6] Dupont-Commines III, p. 299—301.

[7] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 96, p. 299—300. — Lichnowsky, Reg. VII. 31 B.

Die diplomatische Ueberlegenheit Burgunds war mit dem Zustandekommen der Constanzer Einung vernichtet. Vor Neuss galt es die Probe, ob Burgund im Stande sei, seine militärische Ueberlegenheit zu behaupten.

IV. Kapitel.

Der Neusser Friede.

So glänzend auch die Kundgebungen der wiedererwachenden Einheit des deutschen Reiches erscheinen, es fehlte doch all diesem Thun das Wesentliche, die innere Notwendigkeit. Jeder von den Fürsten, Städten und Herren dachte doch nur für sich, keiner dachte an die Gesammtheit — man erfüllte die Reichspflichten, weil es der eigene Vortheil heischte. — Der Reichsgedanke schien wieder erstanden, es fehlte aber das Reich, das ist die Gesammtheit gemeinsamer Interessen, die alle diese zerstreuten Elemente zu gemeinsamem Handeln auch im Frieden hätte vereinen können. Das mochte der Kaiser wohl erkennen, als die Bewegung immer weitere Kreise zog.

Seine Stimmung ist nie eine kriegerische gewesen. Die Geschehnisse in seinen Erblanden während des burgundischen Krieges mussten ihm nur umsomehr die Erkenntniss nahelegen, dass er auf ein Anwachsen der kaiserlichen Autorität durch Hilfe der Reichsstände und Reichsfürsten vergeblich hoffe.

Mathias Corvinus hatte sich entschlossen, mit den Waffen in der Hand sein Recht auf die böhmische Krone geltend zu machen. Rasch war er eingefallen und hielt Breslau besetzt, welches ihm die vereinigten böhmischen und polnischen Heere nicht zu entreissen vermochten. Am 8. December 1475 war durch die Vermittlung des Kurfürsten Herzog Ernst von Sachsen ein Waffenstillstand auf $2^1/_2$ Jahre zu Stande gekommen, wenig ehrenvoll für König Wladislav, den Verbündeten des Kaisers. Dessen Erblande waren seit der Anerkennung des Wladislav von böhmischen und den aufständischen österreichischen Adeligen unausgesetzt verheert worden; er sah sich nun neuerdings der Gefahr eines Krieges mit Mathias gegenüber.

In den Notizen des Kaisers findet sich die Bemerkung: „Alsbald die Rachtung geschah von den zweien Königen Polen und Böhmen mit dem König von Ungarn und achten nicht, dass mein Botschaft Meister Hanns da war, schreiben da mir verächtlich, ob ich wollt in solcher Rachtung sein."[1] Man mag daraus die Empfindungen des Kaisers erkennen, mit denen er die Geschehnisse verfolgte. Am 16. October 1475 ist auf einem Tage zu Leonfelden der Versuch gemacht worden, die Ruhe in den Erblanden herzustellen, doch blieb er resultatlos.[2]

Welches Interesse konnte es für den Kaiser haben, der die feindselige Haltung des Mathias und die Treulosigkeit der Stände in seinen Erblanden vor Augen sah, und ohne Mühe die eben geschilderte spätere Entwickelung der Dinge voraus erkennen konnte, die burgundische Macht zu zertrümmern, jene Macht, die Deutschland vor den Uebergriffen Frankreichs schützte! Es mochte ihm genügen, wenn man Karl den Kühnen bewegen konnte, von dem Angriffe auf das Reich abzulassen.

Die friedliche Gesinnung des Kaisers war durchaus in den Verhältnissen begründet; es bedurfte nur eines ernstlichen äusseren Anlasses, um sie auch zu bethätigen. Ihm war der Sieg über Burgund nicht eine Ehrensache wie Karl dem Kühnen die Besiegung des Kaisers. Dieser soll freilich geäussert haben: Ehe er von Neuss ziehe, müsse der Viere eins beschehen: er gewinne sie mit Gewalt, oder sie ergebe sich, er bleib davor todt, oder werd von dem Kaiser abtriben.[3] Aber die Ereignisse waren auch stärker als der Wille des mächtigen Burgunderherzogs.

Der Papst war es, welcher sich entschloss, in die Gestaltung der Dinge einzugreifen. Die kriegerischen Verwicklungen, in die Mitteleuropa durch den burgundischen Krieg hineinzugeraten schien, machten es wehrlos gegen das Vordringen der Türken. Es musste etwas geschehen, um diese Gefahr zu beschwören. Am 15. Februar 1475 bevollmächtigte er den Bischof Alexander von Forli als päpstlichen Legaten zum Zwecke der Friedensstiftung.[4]

---

[1] Chmel, Mon habsb. I. 2. 29, p. 75.
[2] Kurz, Friedrich IV., p. 120 f.
[3] Müller, R. Th. V, p. 665.
[4] Chmel, Mon. habsb. I. 3. Nachtrag, p. 435.

Schon am 24. Mai 1475 konnte er ihm sein Lob kundgeben wegen seiner eifrigen Verwendung bei dem Kaiser, dass dieser zum Frieden geneigt wurde und sich herbeiliess, die Stadt Neuss in die Hände des Papstes zu legen.[1] Wie war das möglich? Was war geschehen, um den Herzog von Burgund so gefügig zu machen, dass die Friedensvermittlungen ein geneigtes Ohr bei ihm fanden?

Die Operationen des kaiserlichen Heeres hatten mit der Einnahme einiger befestigter Schlösser begonnen, dann war die Belagerung und Capitulation der befestigten Städte Sinzing und Remagen am 9. Jänner 1475,[2] Lins am 8. März 1475[3] gefolgt und darnach wurden alle Vorbereitungen zum Entsatze von Neuss selbst getroffen. Das kaiserliche Herr hatte sich ganz nahe an das burgundische gelagert.

Karl der Kühne hatte sich bisher vergeblich bemüht, Neuss zu erstürmen. Sein Heer war eines der vorzüglichsten, das in jener Zeit zusammengebracht werden konnte. Es belief sich auf 60.000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter. Ein Elitecorps bildeten 8000 Engländer, „die stolzesten und wehrhaftesten in ihrer Art". Ausserdem hatte er 200 Büchsenmeister und 1500 Gräber. Zum Tross gehörten ungefähr 1000 Weiber und 400 Pfaffen.

Die Angriffe des Herzogs wurden mitunter sehr blutig zurückgewiesen. So wurden z. B. bei einem Sturm am 3. September, bald nach dem Beginne der Belagerung, von den Führern der Engländer, Thomas Stanley, Thomas Ebringhem und Talbot verwundet, wofür der Herzog sie durch Geldgeschenke entschädigte.[4]

Der Verlust während der ganzen Belagerung betrug 18.000 Mann und 18 Fahnen. Auch dürfte die moralische Wirkung dieser erfolglosen kriegerischen Operationen auf seine Truppen keine fördernde gewesen sein.

Bei dem Kaiser hatte der päpstliche Legat Alexander, Bischof von Forli (Friaul) leichtes Spiel. Der Herzog allerdings mochte weniger geneigt sein, aber auch ihm fehlte es nicht

[1] Ebenda, Nachträge, p. 435—436.

[2] Ebenda, p. 440.

[3] Minutoli, das kaiserliche Buch, p. 447.

[4] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 391.

an zwingenden Gründen, einen ehrenvollen Frieden einer längeren fruchtlosen Fortsetzung des Krieges vorzuziehen. Am 18. April war der Herzog René von Lothringen, dessen Gesandte sich noch Ende März am Hofe Karl's eingefunden hatten,[1] der niederen Vereinigung beigetreten.[2] Dieser Schritt hatte einen offensiven Charakter gegen Burgund, wie der Einfall des lothringischen Herzogs in Burgund bewies.

In Oberdeutschland standen die Dinge für Burgund nicht günstiger.

Am 8. November hatte die Belagerung von Ericourt begonnen;[3] am 14. November hatte Herr von Romont mit einem Heere von 12.000 Mann einen Entsatzversuch gemacht, das Entsatzheer wurde aber geschlagen.[4] Am 21. November wurde Ericourt an die Belagerer übergeben.[5]

Der Kaiser war mit der Kriegführung der Eidgenossen nicht zufrieden. Er sprach dies in einem Briefe vom 16. November an Strassburg,[6] und in einem Briefe an den Bischof von Basel[7] aus. Er tadelte die Verheerung des Landes ohne dauernde Festhaltung des Feindes. Thatsächlich erscheint diese Kriegsepoche nur als ein Beutezug der Eidgenossen und der niederen Vereinigung. Aber gefährlicher wurde die Sache für Burgund, als Bern an die Spitze der kriegerischen Action trat und in Savoyen einfiel.

Das Verhältniss Yolanthe's zu Bern war allmälig ein recht gespanntes geworden. Am 21. Jänner wurden auf einer Conferenz zwischen Bern und den savoyschen Abgeordneten zu Lausanne die Bedingungen eines ferneren guten Einvernehmens zwischen Bern und Savoyen formulirt. Die ersten drei Punkte der Forderungen Berns waren:

1. Die alten Bündnisse zwischen Bern und Savoyen werden erneuert;

2. die Herzogin erklärt Burgund sofort den Krieg;

---

[1] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 395.
[2] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 63, p. 199—200.
[3] Knebel, Chronik I, p. 84.
[4] Ebenda, p. 87 f.
[5] Ebenda, p. 88.
[6] Ebenda, p. 93 f.
[7] Ebenda, p. 97 f.

3. alle Pässe und Plätze der Waadt und Savoyens stehen Bern und seinen Alliirten offen.

Wenn die Herzogin den Vertrag nicht binnen vierzehn Tagen ratificirt, behält Bern freie Hand, gegen sie zu handeln, wie es ihm beliebt.

In diesem Momente äusserster Bedrängniss gelang es Yolanthe, am 30. Jänner zu Moncalier das schon erwähnte Bündniss Mailand-Savoyen-Burgund zu Stande zu bringen, während sie gleichzeitig mit den alten Orten der Eidgenossenschaft in Unterhandlung getreten war, um hinter dem Rücken Berns und Freiburgs einen Frieden zwischen Burgund und der Eidgenossenschaft zu erwirken.[1]

Ganz wirkungslos blieb die Intervention Yolanthe's bei den alten Orten nicht. So beschloss die Tagsatzung am 27. Februar: „es solle kein Ort ohne die anderen Krieg mit Savoyen oder Mailand anfangen".

Entgegen diesem Beschlusse fiel Nicolaus von Diessbach in Savoyen ein und rückte gegen Pontarlier, Granson, Orbe, Echallens und Jougne.

Somit hatte auch Bern die Offensive gegen Burgund ergriffen, zu der es an Vorwänden und Ursachen nicht fehlte. Der Durchzug der lombardischen Kriegsvölker zum Heere Karl's des Kühnen mochte genügen, als solcher Grund zu gelten.[2] In des Reiches Namen hatte Bern für die Eidgenossenschaft an Burgund abgesagt; wie man sieht, wollte es den Krieg nur für eigene Interessen führen.[3]

Dass Frankreich ebenfalls den Krieg gegen Burgund eröffnet hatte, haben wir bereits gesehen.

Karl der Kühne stand einer grossen Zahl von Gegnern gegenüber. Nun war er kein so schlechter Diplomat, dass er nicht ebenfalls Allianzen geworben hätte. Er hoffte auf einen Einfall des Mathias Corvinus, wie es zwischen ihnen verabredet war.[4] Die Türkengefahr machte diese Hoffnung zu

---

[1] Diebold-Schilling, p. 219—220.

[2] Schreiben Berns vom 4. März. Diebold-Schilling, p. 215 f.

[3] Vgl. Ochsenbein: Die Säcularfeier der Burgunder-Kriege a. a. O., Nr. 51.

[4] De Gingins, Dépêches des Ambass. Milanais I, p. 6, Nr. 3. Antonio d'Appiano au duc de Milan. Moncalier au Piémont, 29. Novembre 1474: „Se

nichte, denn sie nötigte Mathias, derselben seine vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das Alles wären hinreichende Motive gewesen, auch Karl dem Kühnen einen Friedensschluss mit dem Kaiser opportun erscheinen zu lassen, aber es kam ein noch viel schwerer wiegendes hinzu. Die englischen Truppen waren nach und nach in Frankreich gelandet. Ende April erschien der Gesandte des englischen Königs, Sire de Riviere, im Lager von Neuss,[1] jedenfalls, um Karl an die Verpflichtungen, die er England gegenüber eingegangen war, zu mahnen.

Das erleichterte dem päpstlichen Legaten, der am 1. Mai im burgundischen Lager eintraf,[2] auch hier sein Werk.

Zwei Ursachen sind es vornehmlich gewesen, die Karl antrieben, von der Belagerung abzustehen, erzählt uns Commines. Zuerst, dass der König ihn in der Picardie angegriffen und ihm einige Städte verbrannte und das Land um Arras und Ponthieu verheerte, und zweitens die Ankunft der Engländer über sein Drängen und Treiben, was er bis jetzt hatte trotz aller Bestrebungen niemals erreichen können. Nun waren aber König Eduard und seine Umgebung wenig zufrieden mit dem Herzoge von Burgund wegen des Verzugs, und als weder Bitten noch Flehen helfen wollten, gebrauchten sie Drohungen, erzürnt über den Verlust an Zeit und Geld. Karl rechnete es sich zu besonderer Ehre an, dass es ihm gelang, ein so grosses Heer der Deutschen, so vieler Fürsten, Prälaten und Städte, das grösste, das seit Menschengedenken aufgestellt worden war, in Schach zu halten.[3]

Wir kennen nun genugsam die politische Lage, um uns der Besprechung des Friedensschlusses selbst zuwenden zu können.

Der päpstliche Legat verliess das burgundische Lager mit folgenden Bedingungen: Dass Herzog Karl in Kaiser Friedrich's Begehren einwillige und die Belagerung von Neuss aufhebe, dem Legaten namens des Papstes die Stadt über-

---

scrive anchora che l'Re de la Ungharia seu de Datia se mette insieme col Duca de Borgogna cum sette milia combattenti, tutti à cavallo."

[1] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 395.

[2] Ebenda.

[3] Commines, ed. Dupont I, p. 334.

lasse, dem abgesetzten Erzbischof Pfalzgrafen Ruprecht ferner keine Hilfe leiste, sondern (jedoch mit Bedingniss einer jährlichen Pension für ihn) zulassen wollte, dass derselbe seines Erzbistums entsetzt bleibe. Im Uebrigen, der Pönn und Strafe halber, sollte der päpstliche Legat mit beiderseitigen Räten einen Schluss machen und inzwischen ein freundlicher Waffenstillstand zwischen beiden Heeren auf guten Glauben gehalten werden.

„Dieser Friedensstand ward am Frohnleichnamstag, 27. Mai, Morgens mit aufgehender Sonne ausgerufen und angefangen, auch sobald darauf alle Feindseligkeit eingestellt und einem jeden der freie Zugang sowol in die Stadt Neuss, als in beide Lager vergünstigt."[1]

Trotz dieses Waffenstillstandes kam es nochmals zu einem ernstlichen Zusammenstosse zwischen burgundischen und Reichstruppen. Münster'sche und cölnische Knechte fingen mit Picarden Händel an, es kam zu einem Gefechte, aus beiden Lagern liefen Leute zu, und die Sache nahm immer grössere Dimensionen an. Da liess der oberste Feldhauptmann Albrecht Achilles die Wagenburg schliessen und auch nicht öffnen, als die deutschen Kriegsknechte, zurückgedrängt, Einlass begehrten. So wurden viele derselben erschlagen und Karl der Kühne konnte behaupten, dass er die Deutschen besiegt habe.[2] Man beschuldigte den Markgrafen, er sei bestochen gewesen, andererseits führte man die häufig vorkommenden Versuche, den Frieden zu brechen, auf französische Hetzereien zurück. Bei der Lage der Dinge darf man die Richtigkeit der letzteren Angabe kaum bezweifeln.

Nachdem man sich über die Friedenspunkte geeinigt hatte, zu welchem Zwecke der päpstliche Legat am 1. Juni mit vielen deutschen Fürsten neuerdings bei dem Herzoge von Burgund erschien,[3] wurde zwischen beiden Lagern ein weisses Zelt errichtet, in welchem die Räte in Gegenwart des Legaten den definitiven Friedensschluss verabreden sollten. Die

[1] Birken-Fugger V, p. 819.

[2] Schreiben Karl's an den Magistrat v. Lille bei Gachard, Doc. ined. I, p. 243—246. — Schreiben Maria's ebenfalls bei Gachard, Doc. ined. I, p. 247—248.

[3] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 395.

kaiserlichen Räte waren Markgraf Albrecht Achilles und Haug von Montfort. Karl sollte binnen vier Tagen sein Lager räumen, dem Kurfürsten von der Pfalz und dessen Bruder Ruprecht von Cöln keinen Beistand mehr leisten. Der Kaiser sollte am Tage nach dem Abzuge Karl's nach Cöln aufbrechen und sein Heer auseinandergehen lassen. Neben diesen Friedensartikeln wurde ein geheimer, die Verheiratung der Tochter Karl's, Maria von Burgund, mit Maximilian betreffend, verabredet und von Karl schriftlich bestätigt, in den Friedensvertrag aber nicht aufgenommen.[1]

[1] Für die Angabe, dass ein geheimer Artikel bezüglich der Vermählung in den Friedensvertrag aufgenommen worden sei, lässt sich als Quelle nur Birken-Fugger (p. 820) anführen und dieser beruft sich auf des Kaisers Aufzeichnungen, also den Theuerdank. — Minutoli, der mit positivster Gewissheit von diesem Vertragspunkte spricht (p. 416), und die Annahme desselben dem Verdienste des Albrecht Achilles zuweist, schweigt über seine Quelle. — Gewöhnlich wird auch Gerhard de Roo p. 283 citirt. — Der Beweis für den in unsere Darstellung aufgenommenen Sachverhalt liegt in dem von Chmel publicirten Actenstücke, Mon. habsb. I. 1. 33, p. 136, früher im Auszuge Reg. 7077. Nach diesem Actenstücke hat die Stipulation der Heirat keinen Vertragsartikel gebildet, denn es heisst: „prout ad faciendum in cedula dni legati Episcopi Forliviensis me obligavi." Danach ist die Heirat Gegenstand eines separaten Versprechens gewesen, das allerdings schriftlich gegeben wurde. Pontus Heuterus kommt am meisten der Wahrheit nahe mit den Worten: „Eo omnibus rationibus pacem quaerente, quod de nuptiis Maximiliani et Mariae non sine certa spe denuo inter se essent secreto collocuti". (P. H. Rer. burg. lib. V. cap. X.) — Grünpeck in seiner Lebensbeschreibung Maximilian's I. bemerkt: „Caeterum Karolum potentissimum Morinorum et Allobrogum principem, animo elato imperii fastes anhelantem ac reipsa fortunae exitum in Nissie oppidi oppugnacione pertentantem, subtili simulacionis artificio affinitatis (utrinque hinc Maximiliano illinc Maria matrimonii clavo junctis) contractione ab imperii finibus coercuit." (Abgedruckt bei Chmel, der Oest. Gesch. f. p. 70—71.) — Moser, welcher zuerst Grünpeck's Buch in deutscher Uebersetzung herausgab, übersetzt: „In ander Weg als sich der grossmächtig Carol von Burgund unterstund das Reich zu bekriegen und zur Versuchung des Glücks belagert die Stadt Neuss, ward er durch eine subtile Praktiken, Beschliessung einer Heirat zwischen dem Erzherzog Maximilian und der Maria Carolens Tochter weggetrieben." Der nachfolgende rohe Zusatz: „nachmals durch Herzog Sigmunden von Oesterreich und die Schweizer aus Anreizung Friedrich's gar erschlagen", ist eine Beifügung Moser's, die Chmel's kritische Bemerkungen über diese Uebersetzung vollauf rechtfertigt. (Grünpeck, herausgegeben von Moser, p. 22.) — Marquard Herrgott in Numotheca principum Austriae, p. 16, führt eine Münze an mit dem Bildnisse Maximilian's und

Man war durchaus unzufrieden mit diesem Friedensschlusse. In einem Schreiben der Stadt Cöln an die Stadt Bern findet sich folgende Stelle: „Es hat in dieser Richtung menglich misfallen, dann anders so bleibt der Krieg und alle Feindschaft offen, und der Kaiser hätte auch den Dingen wol ein besser Ende geben, nachdem er dann als mechtiglichen da gewesen ist."[1] Es scheint, dass man ziemlich allgemein den Kaiser beschuldigte, er habe burgundisches Geld genommen. Man sagte, Karl habe ihm zwei Tonnen Goldes bezahlt.[2]

Die Zeitgenossen und namentlich jene, welche durch den Frieden die Verwirklichung irgend einer Aussicht einbüssten, waren ungehalten auf den Kaiser, dessen Politik sie nicht begriffen. Böser Wille und die Unklarheit aller Verhältnisse

---

Karl's des Kühnen und den Umschriften: Maximilianus Auster. — Carolus Burgundus. Er stellt die Ansicht auf, dass diese Münze infolge dieses Friedensschlusses und der verabredeten Verlobung Maximilian's mit Maria und zwar zwischen 15. Juni und 23. September 1475 geschlagen worden sei. — Auch Billibaldus Pirkheymer in seiner Belli Helvetii Historia, ed. Freher-Struve III, p. 47—90. schreibt: „primum induciae factae sunt, quos non ita multum postea, his conditionibus pax secuta est, ut Caesaris filio Maximiliano Burgundi filia, quae unica erat, nuberet". .. Bei Müller, R. Th. V, p. 717, findet sich die Bemerkung: „Unter den Friedens-Conditionen war die fürnehmste, dass die Heirats-Tractaten zwischen Herzog Karl's Tochter und dem kaiserlichen Prinzen Maximilian confirmiret wurden, wowider die Stände heftig gemurrt und dem Kaiser nicht recht getrauet." Als Quellen werden angeführt: Annales Paderbornenses, p. 725. — Pontus Heuterus, lib. V. Rer. burg. cap. 10. — Trithemius, Chron. Hirsaug. p. 483. Im Wunderlijke Oorloghen findet sich ebenfalls eine Darstellung der Ereignisse, die mit aller Bestimmtheit darauf schliessen lässt, dass gelegentlich des Neusser Friedens Abmachungen mit Rücksicht auf das Heiratsversprechen zwischen Maximilian und Maria gepflogen worden waren. Die betreffende Stelle ist abgedruckt bei Münch I, p. 81 ff. Für die Feststellung des wirklichen Sachverhaltes genügt aber vollständig die von uns angeführte Urkunde, die, von Karl selbst herrührend, alle Quellennachrichten, die doch nur Gehörtes enthalten, richtigstellt.

[1] Diebold-Schilling, p. 158—161. — Im Catologus omnium Episcop. et Archiep. Bremensium bei Menken III, p. 810 A, heisst es: „Sed praeter omnem expectorationem conversis rebus pax in acie utraque proclamata est."

[2] Bojemus, Vita Alberti Ducis, p. 18. — Die Quelle für diese Darstellung scheint für die Späteren Knebel gewesen zu sein; vgl. Knebel, Chronik I, p. 168. Dass derlei Gerüchte damals von Mund zu Mund gingen, ist zweifellos, aber ebenso sicher, dass sie auf Unwahrheit beruhen.

halfen zusammen, üble Nachrede zu bewirken. So lesen wir an einem anderen Orte: „Also konnte niemand wissen wie der Krieg bericht wäre, darum, dass der Kaiser mit den Reichsständen und andern Fürsten und Herrn also lang lag an dem Rheine. Etliche sprachen, der Kaiser und der Markgraf von Brandenburg hätten es heimlich mit den Burgundiern gehalten. Denn da sich der Streit erhob vor Neuss, da wusste niemand wo der Kaiser oder der Markgraf wäre. Und alsbald darnach so gab der Kaiser seinen Sohn des Herzogen von Burgundi Tochter."[1]

Der Friedensvertrag wurde am 15. Juni abgeschlossen. Am 18. Juni waren der päpstliche Legat, der Herzog von Sachsen, der Markgraf von Brandenburg und viele andere deutsche Fürsten bei dem Herzoge zu Gaste. Das Lager hatte dieser schon am 13. Juni verlassen, er verblieb aber noch bis zum 27. in der Abtei des Thales unserer Frau in Thränen bei Neuss. Vom 27. Nachts bis zum 30. verblieb er dann mit seinem Lager und vielen Gesandten, die ihn begleiteten, auf Schloss Hulkenrode. Am 5. Juli war er in Mastricht, am 10. in Gent, am 11. in Brügge, am 13. in Dünkirchen und Gravelingen und am 14. kam er nach Calais, um Eduard IV. von England zu begrüssen. Am 6. war schon seine Gemahlin, die Schwester des Königs, dahin geeilt.[2]

Der Kaiser war schon am 28. Juni nach Cöln zurückgekehrt. Zur Austragung der noch unerledigten Fragen wurde am 30. Juli ein Tag in Ryssel gehalten, an welchem auch Gesandte des Pfalzgrafen erschienen.[3]

Der Friedensschluss machte eine Aussöhnung des Kaisers mit dem Pfalzgrafen möglich und es scheint, dass dieselbe angestrebt wurde. Dass der Kaiser an den Festen theilnahm, welche Herzog Ludwig von Baiern zu Ehren der Vermählung seines Sohnes gab, beweist nur diese Wendung. Dass eine Freundschaft des Kaisers mit der bairisch-burgundischen Partei eine politische Notwendigkeit für den Kaiser war, ist nach der früheren Darlegung der Verhältnisse leicht ein-

---

[1] Adami Ursini Chronic. Thuringiae bei Menken, Scr. rer. germ. III, p. 1344.

[2] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 395 ff.

[3] Droysen a. a. O., p. 303.

zusehen; dass diese Wendung der kaiserlichen Politik dem Markgrafen Albrecht Achilles unangenehm war, nicht minder.

Wir haben gesehen, dass Herzog Karl der Kühne in das englische Lager eilte, um den gegen ihn erzürnten Bundesgenossen zu besänftigen. Aber dass er ohne sein Heer kam, brachte die Engländer noch mehr gegen ihn auf. Die erste Hälfte des Jahres war zudem vorüber und die Engländer waren besorgt um die Besetzung einer festen Stadt, die ihnen zum Winterlager dienen konnte. Der Connétable von Frankreich, der mit dem Herzoge Karl dem Kühnen im Bunde war, hatte die Uebergabe eines festen Platzes zugesagt, aber als die Engländer sich nahten, wurden sie mit Schüssen empfangen.

Das Alles wirkte zusammen, um Eduard IV. für den Frieden ebenso geneigt zu machen als Ludwig XI. des Friedens bedurfte. Dieser hatte schon beim Empfange der Kriegserklärung Unterhandlungen angeknüpft, die, mit Geschick weitergeführt, bald das erwünschte Ziel einer Verständigung mit den Engländern erreichen liessen.[1]

So kam es bald zum Frieden. Es wurde eine Reihe von Verträgen aufgerichtet[2] und am 29. August in einer persönlichen Zusammenkunft beider Könige auf einer Brücke bei Pecquigny beschworen.[3]

Die Doppelzüngigkeit des Connétable hatte dem Könige Gelegenheit gegeben, auch mit Herzog Karl dem Kühnen in Verbindung zu treten, dem er durch Herrn von Countay ein Schreiben übersandte. Es hatte sich der Papst schon unterm 17. Juni mit einem Briefe an den König gewendet, um ihn zum Frieden zu bestimmen mit dem Kaiser und mit Burgund.[4] Die Mahnung war überflüssig.

---

[1] Commines, ed. Dupont Livre IV. Chap. V. und ff. I, p. 335 ff.

[2] Die Verträge sind abgedruckt bei Rymer V, III, 65—68. Siehe die Richtigstellung der Vertragsbestimmungen gegen die Ang. des Commines in der Edition Dupont I, p. 354, Note.

[3] Dupont-Commines, Relation III, p. 306—308. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 67 C., p. 210—215. Diese deutsche Relation ist von einem Augenzeugen und sehr genau.

[4] Chmel, Mon. habsb. 3. Band; Nachtrag, p. 437.

Am 1. September traf überdies eine französische Gesandtschaft am Hoflager des Herzogs von Burgund in Namur ein.[1]

Karl der Kühne begab sich am 8. September nach Soleuvre, einem kleinen Schlosse zwischen Luxemburg und Montmidy, und hier traf am 12. September der päpstliche Legat ein, welcher am 13. die Briefe übergab, durch welche ein neunjähriger Waffenstillstand zwischen Frankreich und Burgund verabredet wurde.[2] Der König gab Lothringen und die niedere Vereinigung preis und selbst die Eidgenossen, wenn sie diesen Beistand leisten sollten.[3]

Gelegentlich dieser Vertragsschliessungen soll auch eine Vermählung der Maria von Burgund mit dem französischen Dauphin verabredet worden sein. So ungern Ludwig XI. auf den Vorschlag einer englischen Heirat gelegentlich des Friedensschlusses mit Eduard IV. hatte eingehen wollen, so gerne hätte er wol sich zur burgundischen verpflichtet. Es liegt ein Concept für den eventuellen Heiratsvertrag vor.[4] Dasselbe trägt den Titel: Erster Entwurf — ob ein zweiter und definitiver folgte, wer vermag darüber Positives zu sagen; der englische Vertrag nötigte ja zu völliger Geheimhaltung Daneben liefen noch immer die Unterhandlungen wegen Ratification des Friedens mit Kaiser Friedrich III. Wer kann heute noch allen Winkelzügen der Politik jener Tage folgen, die aus lauter List sich selber überlistete.

Endlich am 17. November kam auch der endgiltige Friedensvertrag zwischen dem Kaiser und dem Herzoge von Burgund zu Stande.[5] Die Bedingungen waren: gegenseitige Hilfeleistung im Kriege wie im Frieden, Annahme eines Schiedsgerichtes bei Streitigkeiten, Freizügigkeit der Kaufleute. Das Bündniss war für alle Reichsfürsten verpflichtend. Diejenigen, welche nicht inbegriffen sein wollten, hatten dies

---

[1] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 398.

[2] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 398.

[3] Godefroy-Commines IV, p. 470—495. Briefe vom 13. September aus Soissons und 13. September aus Soleuvre und vom 12. November aus Savigni-sur-Orge.

[4] Recueil des Traitéz de Paix I, p. 188—189.

[5] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 29, p. 125—130.

innerhalb vier Monaten zu erklären. In einem Zusatzartikel[1] werden die beiderseitigen Verbündeten, seitens des Kaisers Böhmen und Polen, seitens Burgunds Ungarn in den Bund eingeschlossen und der Kaiser übernimmt die Verpflichtung, innerhalb sechs Monaten in der Pfandschafts-Angelegenheit zwischen Herzog Sigmund und Burgund Ordnung zu schaffen.

Die Eidgenossen waren Burgund preisgegeben. Am 31. Jänner 1476 erfolgte die Ratification des Friedens seitens Karl's des Kühnen.[2]

Im Zusammenhange mit diesem Friedensschluss steht der dreimonatliche Waffenstillstand, welchen Herzog Sigmund am 1. Jänner 1476 mit Karl dem Kühnen abschloss,[3] und die Bemühungen des Kaisers, die ihm ergebenen deutschen Fürsten für ein Bündniss mit Burgund zu gewinnen. Er wendete sich brieflich an den Kurfürsten Ernst von Sachsen.[4] Aber selbst die Hinweisung auf Frankreich blieb wirkungslos. Kursachsen lehnte ab.[5]

Am 1. Februar 1476 konnte Papst Sixtus ein Dankschreiben an seinen Legaten richten für seine erfolgreichen Dienste zur Wiederherstellung des Friedens.[6]

V. Kapitel.

Das projectirte Concil und die burgundische Heirat; Karl's Tod.

Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt, die Wichtigkeit der italienischen Verhältnisse für die Entwicklung der gesammten von uns in's Auge gefassten Ereignisse zu erkennen. Von entscheidendem Einflusse jedoch werden sie im letzten Acte des grossen Trauerspiels, als welches wir das Zusammenbrechen der burgundischen Macht bezeichnen müssen.

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 30, p. 130—133

[2] Ebenda, I. 1. 31, p. 133—134.

[3] Zellweger, Urkunden B. II. I. 457. — Lichnowsky, Reg. 1910.

[4] Müller, R. Th. V, p. 717—718. — Lichnowsky, Reg. 1911.

[5] Müller, R. Th. V, p. 718.

[6] Chmel, Mon. habsb. I. 3. Band; Nachtrag, p. 445.

Schon im Jahre 1473 hatte sich in Oberitalien eine Liga gebildet zwischen Venedig, Mailand und Florenz zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Italiens. Sixtus IV., der den päpstlichen Stuhl inne hatte, erkannte die gegen ihn feindselige Tendenz dieses Bündnisses leicht und scheint sich in dieser Angelegenheit an Kaiser Friedrich gewendet zu haben. Dessen Antwortschreiben liegt vor. Es ist für die Beurtheilung seiner Auffassung der Dinge von geringem Werte. Er dankt dem Papste, dass er dieser Liga seine Anerkennung versagte und für die Rücksicht, die er dabei auf ihn genommen.[1] Aber als Beweisstück für die Unterhandlungen mag dieses Schreiben seinen Wert behaupten.

Wir kennen die Ziele, welche Karl verfolgte. Er plante die Erwerbung Savoyens und der Provence. Aber auch Galeazzo Maria Sforza, der schon Genua erworben hatte, war lüstern nach dieser Beute. Mailand und Burgund standen sich demnach als Rivalen gegenüber. Diese Gegnerschaft war vorläufig noch eine geheime, die sich auf eine sorgfältig lauernde Beobachtung beschränkte.[2] Aus diesem Grunde war es Yolanthe von Savoyen möglich, das erwähnte Bündniss Savoyen-Mailand-Burgund zu Stande zu bringen.[3] Das Streben Galeazzo's, sich die Freundschaft der Eidgenossen zu erhalten, haben wir bemerkt.

Der erwähnten Liga stand eine andere gegenüber, bestehend aus dem Könige Ferdinand von Neapel, dem Papste und dem Könige Mathias Corvinus von Ungarn.

Beide Theile warben um Burgund. Vielleicht war diese Rücksicht vorläufig auch für Galeazzo massgebend, seine Annexionsgelüste zu verheimlichen.

Ludwig XI. und Friedrich III. waren nach der Aufhebung der Neusser Belagerung aus der Action gegen Burgund getreten; es blieben daher nur Lothringen und die Eidgenossen im Kriege mit Burgund.

An der ungarisch-neapolitanisch-päpstlichen Liga fand nun Karl die weitgehendste Unterstützung. Wie sehr der

---

[1] Chmel, Mon. habsb. 3. Band, p. 471.

[2] In den von Gingins edirten Gesandtschaftsberichten finden sich zahlreiche Belege.

[3] Vgl. die früheren Ausführungen.

Papst im Interesse Burgunds für den Frieden wirkte, haben wir gesehen; diesem Bemühen schloss sich Mathias Corvinus an, zunächst abmahnend bei Karl dem Kühnen[1] und dann als Vermittler bei den Eidgenossen.[2]

Die thatkräftigste Hilfe wurde jedoch Karl von dem dritten Alliirten, von dem Könige Ferdinand von Neapel, dessen Sohn Prinz Friedrich von Tarent dem Herzoge von Burgund ein Hilfscorps zuführte.

Am 26. September 1475 zog Karl dem Prinzen von Tarent im Triumphe entgegen, um ihn nach Pont à Mousson einzuholen. Dann brach er auf, um Lothringen zu erobern und nach schnellem Siegeslaufe stand er schon am 24. October 1475 vor Nancy.[3]

Selten haben sich so bedeutende Gesandtschaften am burgundischen Hoflager zusammengefunden als hier vor Nancy. Neben dem Legaten des Papstes finden wir Gesandtschaften Ludwig's XI. und Kaiser Friedrich's III., beide während ihres Aufenthaltes von dem Herzoge freigehalten, dann Gesandte Neapels, Arragoniens, Venedigs, Mailands, Jülichs, des Pfalzgrafen und Anderer.[4]

Ein Zug grosser Politik mag durch die damaligen Verhandlungen am burgundischen Hofe gegangen sein, wie uns geheime Briefschaften verraten.[5]

---

[1] Schreiben vom 7. Mai 1476, abgedruckt bei Segesser: Bez. der Schweizer zu Math. Corvinus, Beilage 2, p. 68.

[2] Creditiv, ausgestellt in Ofen vom 10. Juni 1476; ebenda, Beilage Nr. 3, p. 69.

[3] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 398 f.

[4] Ebenda.

[5] Im Luzerner Archive; abgedruckt bei Segesser a. a. O. Beilage 7, p. 72 ff. — Aehnliches befindet sich im Dresdener Archive nach einer Mittheilung Droysen's: Preuss. Politik II. I. Noten, p. 379. z. S. 302: „Extracta ex scriptis repertis apud Nuncium Hungaria." Vielleicht das Original des eben genannten Luzerner Schriftstückes: „Usgezogen us den Brieffen hinder dem botten von Hungern gefunden." Nach Segesser war dieser Bote ein gewisser Mathiesch, der für Georg von Stein nach Burgund gehen sollte. Er wurde aufgefangen und die Actenstücke gelangten zur Kenntniss der Eidgenossen, die in einem Schreiben dem Corvinus die Freilassung seines Boten anzeigen und ihm Vorwürfe machen über seine unfreundliche Gesinnung gegen sie; der Bote war nämlich beauftragt, die Stimmung in der Eidgenossenschaft auszukundschaften und Karl dem Kühnen hierüber Mittheilungen zu machen. Vgl. Segesser a. a. O., p. 19.

Die Unterhandlungen zwischen dem Könige von Frankreich Ludwig XI. und dem Kaiser Friedrich III. haben auch nach dem Friedensschlusse mit Burgund ihren regsten Fortgang genommen. Beweis für uns sind die vorliegenden Beglaubigungsbriefe für die Gesandtschaften, deren Inhalt uns zugleich zeigt, dass es sich um äusserst wichtige Dinge gehandelt haben muss. Denn in zwei Schreiben vom 4. October (1475) und vom 18. December 1475 bittet der König, es möge der Kaiser den Gesandten zweifelloses Vertrauen schenken in Allem, was sie ihm mittheilen.[1]

In Cöln, wo der Kaiser sich nach der Aufhebung der Belagerung von Neuss aufhielt,[2] wurden nur jene Verhandlungen begonnen, deren Verlauf und Richtung wir aus den erwähnten geheimen Papieren kennen lernen: „Item die vermeldt Instruction hält in, dass des Königs Boten zu Cöln bei dem Kaiser gewesen sein und hant Bündnis miteinander gemacht und appunctionirt das vermeldt Concilium zu verschaffen, nach ihr Begierd gehalten werd.“

Dieses Concil soll bezwecken die Absetzung des persönlich allerdings nicht sehr achtbaren und canonisch ungiltig gewählten Papstes Sixtus IV. Die päpstliche Liga musste Alles aufbieten, die Durchführung dieses Planes zu hindern. Sie sucht Burgund in ihr Interesse zu thun. Corvinus macht den Vermittler. Es heisst in den Papieren des Boten: „Item ein heimlich Artikel begreifend desselben Boten Befehl, die da des ersten ist berührend die Versammlung eines gemeinen Concilium der Kirchen, da des Verstendnus hant der Papst, der König Ferdinand und der König von Ungarn und begehren an den burgundischen Herzog: dass er sich auch zu ihnen tu, um deswillen das solch Concilium gehalten werd an Enden, da sie darüber seien und das Concilium nit über sie und dass dasselb Concilium handel zu ihrem Nutz und Willen.“

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. Nr. 98, p. 303 und Nr. 99, p. 304.

[2] Am Peter- und Paulstage ist der Kaiser in Cöln eingeritten; vgl. Birken-Fugger, p. 821. — Am 23. October 1475 kam er nach Frankfurt; vgl. Fontes rer. germ. IV, p. 398. — Segesser setzt die Verhandlungen in den früheren Aufenthalt des Kaisers zu Cöln. Ich glaube, dass es keines weiteren Beweises bedarf, dass die Verhandlungen erst nach der Rückkehr des Kaisers von Neuss begonnen haben.

Dann folgt die schon früher angeführte Stelle, die Darlegung des von Frankreich ausgehenden Planes und dann heisst es: „und solchem zu widerstehen findet der König von Ungarn kein ander Sach, es sei denn, dass der Papst vor Solchem sei und das Concilium versammle an einem sichern End, nach Begierd des Königs von Ungarn, des Königs Ferdinand und des Herzogen von Burgund".

Wie es scheint, waren die Briefe vorbereitet, welche Friedrich III. und Ludwig XI. zu veröffentlichen gedachten, um die Einberufung des Concils zu bewerkstelligen.[1] Der Inhalt dieser Briefe soll gewesen sein, dass der Kaiser und der König geloben und verkünden, zu Nutz und Frommen ein Concilium einberufen zu lassen, und in eigener Person auf demselben anwesend zu sein, um Ordnung zu schaffen in der Kirche, deren Pontificat Sixtus innehabe, der weder canonisirt noch erwählt sei, und Cardinäle simonistisch ernannt habe; und zurückzuhalten den burgundischen Herzog, der den grössten Theil von Deutschland und Frankreich betrübe.

So wurde der Inhalt des kaiserlichen Ausschreibens Karl dem Kühnen mitgetheilt. Ob der Schluss, den Burgunderherzog betreffend, nicht ein Zusatz des Mathias sei, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Möglich ist es, denn er wendet noch andere Mittel an, um Burgund vom Kaiser abzuziehen und namentlich die wieder im Gange befindlichen Heiratsverhandlungen zu durchkreuzen. Er hatte selbst ein Heiratsproject für Karl's Tochter, das ihm sehr am Herzen lag. Er war verlobt mit der Schwester des Prinzen von Tarent, der Tochter des Königs Ferdinand, und er schlug Karl dem Kühnen die Vermählung seiner Tochter Maria mit seinem präsumtiven Schwager dem Prinzen Friedrich vor. So hoffte man sich der burgundischen Macht vollständig zu versichern.

[1] In Knebel's Chronik II, p. 32, findet sich folgende Nachricht: Den 7. April am Palmtage reiste Johann Pomhart hier durch, einst Notar am Basler Concilium, erst neulich von Rom kommend. Er erzählte, er habe vor vier Wochen dort an der Kirche des heiligen Petrus ein Schreiben des allerchristlichsten Königs von Frankreich angeschlagen gesehen, das allen Cardinälen, Erzbischöfen, Bischöfen, Aebten, Prioren, Probsten u. s. w. seines Königreiches gebietet, mit dem ersten Tag des Maimonates in Person in Lyon sich einzufinden, unter Androhung seiner Ungnade, um über ein künftiges allgemeines Concilium zu beraten.

Um Karl geneigt zu machen, schrieb ihm Corvinus, dass einem kaiserlichen Gesandten Namens Fiscalis Briefschaften um 6000 Ducaten abgekauft worden seien, deren Inhalt es geraten erscheinen lasse, dem Kaiser nicht zu trauen, denn er habe noch mit Keinem zu thun gehabt, den er nicht betrogen hätte. Es soll sich aus diesen Briefschaften ergeben, dass der Kaiser mit Burgund nur darum Frieden geschlossen, um Karl desto sicherer zu verderben; es sei zwischen ihm und dem Könige verabredet, den Frieden zu brechen, sobald er ihn dazu ermahnen werde.[1] Das Concil solle seine Thätigkeit vornehmlich gegen Burgund richten. Der Kaiser habe einen Theil der Kurfürsten an sich gezogen und habe Hoffnung, auch die anderen zu gewinnen.

Es ist klar, dass wir es hier mit fingirten Briefschaften zu thun haben, deren Inhalt so gestellt war, dass der Burgunderherzog sich vom Kaiser für überlistet halten musste.

Das ganze Project, wohl im hauptsächlichsten Umfange ein Werk jenes Georg von Stein, scheint aber durch die Gefangennehmung des Boten durchkreuzt worden zu sein. Die Eidgenossen erfuhren hiedurch um die Sache und haben jedenfalls sofort Ludwig XI. von diesen Machinationen in Kenntniss gesetzt.

Der Papst beschränkte sich auch nicht auf das blosse Zuwarten. So wendet er sich am 5. December an Herzog Sigmund, dieser möge seinen Einfluss dahin verwenden, dass König Mathias von Ungarn durch den Kaiser nicht neuerdings in einen Krieg mit Böhmen verwickelt werde.[2] In der That, der Wolf, dem das Lamm das Wasser trübt.

Was am burgundischen Hoflager von beiden Parteien unternommen und bewirkt wurde, lässt sich nicht sagen. Das

---

[1] Aus diesem Passus erkennt man, dass Corvinus, als er diese Copien anfertigen liess, noch nichts von dem Waffenstillstande zwischen Burgund und Frankreich wusste. Dieser Umstand wirft ein bedenkliches Licht auf die Echtheit dieser Schriftstücke. Wie Commines mittheilt, wurde der Waffenstillstand einige Zeit geheim gehalten wegen England. Diese angeblichen kaiserlichen Briefe sind wahrscheinlich Machwerke des Corvinus.

[2] Chmel, Mon. habsb. I, p. 358—359.

Verhängniss schien es gewollt zu haben, dass auch diesmal die Ereignisse schneller und mächtiger waren als die diplomatische Action.

Nancy, die Hauptstadt Lothringens, musste sich am 30. November 1475 dem Herzoge von Burgund ergeben. René floh hilfeflehend an den französischen Hof.

Am 11. Jänner verliess Karl Nancy, ging nach Thon, Neuchatel, Dombrot, Jonville, Mons, Vesoul und kam am 22. nach Besançon, immer in Begleitung des französischen Gesandten. Dort verblieb er bis zum 6. Februar. Am 12. kam er nach Orbe in Savoyen und am 19. lagerte er vor Granson. Er hatte den Kampf gegen die Eidgenossen, die einzigen, die ihm noch in Waffen gegenüberstanden, aufgenommen.

Es kann nicht geleugnet werden, dass nicht die ganze Eidgenossenschaft den Kriegseifer Berns gegen Burgund theilte. Hiess es doch in jenen geheimen Papieren, worunter sich auch die Aufzeichnungen des Boten über die Stimmung in der Eidgenossenschaft befanden: „Das-gemeine Volk begehrt Frieden, aber das Geld, das der König gegeben hat hindert es, doch getrauen sie dem Könige nicht." Ein Zeitgenosse[1] berichtet uns: „Als am vorletzten März (1476) ein Brief aus Bern im hiesigen (Baseler) Rate verlesen wurde, gieng bald die Rede, die von Zürich, Schwiz, Uri, Unterwalden u. s. w. hätten wenig Lust zu den Waffen zu greifen, weil der Burgunder gerade ihnen nichts zu Leide thäte; sondern jetzt sein eigenes Land und Savoyen besetzt hielte; sie wollten der Sachen Ausgang abwarten. Werde er in die Eidgenossenschaft oder in das Gebiet der Verbündeten einrücken, dann würden sie auch zu den Waffen greifen und mit aller Kraft sich wider ihn erheben; wenn schon der Kaiser ihnen Friede zu halten geboten habe. Sie wollen übrigens dann auch sehen, ob der Herzog selber den Frieden wahren wolle; wolle er nicht, so sei der Widerstand Gebot des Naturrechts."

Die östlichen Cantone hatten weder Sinn noch Billigung für die Eroberungspolitik Berns.

Die Schweizer waren in dem Kampfe gegen Burgund jetzt auf ihre eigene Kraft angewiesen. Herzog Sigmund befand sich

[1] Knebel, Chronik II, p. 27.

infolge der kaiserlichen Abmachungen im Waffenstillstande mit Burgund. Selbst die Städte der niederen Vereinigung hatten vom Kaiser eine Vermahnung erhalten, den Eidgenossen keinen Zuzug zu leisten. Der Kaiser stand ganz auf Seite Burgunds und er hatte gute Gründe dafür.[1]

Karl der Kühne hatte nochmals den Versuch gemacht, den Streit mit den Eidgenossen friedlich beizulegen. Die Bemühungen scheiterten an dem Widerstande der Eidgenossenschaft, der darin seine Berechtigung fand, dass Karl die niedere Vereinigung und Herzog Sigmund nicht in einen Waffenstillstand einschliessen wollte.[2] Die Absichten, die ihn dabei leiteten, sind nicht zu verkennen. Savoyen und die Provence waren ihm sicher, Lothringen hatte er erobert, er konnte auf das Elsass nicht verzichten, um das alte lothringische Reich wieder herzustellen. — Mit dem Kaiser war er einig, er schien am langersehnten Ziele zu stehen.

Mit solchen Hoffnungen zog er gegen Granson heran, das von 800 Eidgenossen besetzt gehalten wurde. Die Besatzung capitulirte gegen die Bedingung des freien Abzugs. Karl brach sein gegebenes Wort und liess dieselbe aufknüpfen. Aber schnell ereilte ihn die Strafe. Am 3. März 1476 im Angesichte Gransons erlitt er jene schimpfliche Niederlage, die ihm zwar wenig Blut, aber seine Ehre und seine Schätze kostete und nicht minder seine Verbündeten.

Ueber Nozeret, Joigne, Orbe flüchtete er mit seiner deroutirten Armee nach Lausanne, wo er am 14. März eintraf. Hier verblieb er bis zum 27. Mai 1476.[3]

Hier vollzogen sich jene Handlungen, die den Grundstein legten zur späteren Weltmacht des habsburgischen Hauses, denn hier wurden mit den am 6. April eingetroffenen kaiserlichen Gesandten die definitiven Abmachungen wegen Abschluss der burgundischen Heirat getroffen.

---

[1] Nach einem Berichte bei Gingins II, p. 215, soll sich Karl am 4. Juni 1476 geäussert haben, und zwar zu dem mailändischen Gesandten, der Kaiser hätte ihm nach dem Neusser Frieden die Schweizer bekriegen und gänzlich vertilgen helfen wollen, wenn er es gewollt hätte.

[2] Knebel I, p. 184.

[3] Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 401.

Diesmal war das von Karl gegebene Versprechen keine That der politischen Opportunität, sondern ein Act freier und fester Entschliessung. Die Vortheile, die er momentan dadurch gewann, waren gering, die Nachtheile gross; wenn er trotzdem die Hand zu einer definitiven Vereinigung bot, so geschah es, weil die empfindliche Niederlage, die er erlitten, und deren Folgen ihn den Blick auf die Zukunft seines Kindes und seines Reiches wenden liessen und weil ihm diese in der Hand des deutschen Kaisersohnes am besten gewahrt schien. Am 6. Mai beurkundete Karl[1] das Ehegelöbniss zwischen seiner Tochter Maria und Herzog Maximilian von Oesterreich. Die Vermählung soll zuverlässig kommenden Martini (11. November) in Cöln stattfinden. Als Bevollmächtigter des Kaisers fungirte Georg Hesler; in die Hände des päpstlichen Legaten legte Karl sein Versprechen, sich berufend auf jenen Zettel, in welchem er schon beim Neusser Frieden die Zusage zu dieser Heirat gegeben hatte.

Karl der Kühne beraubte sich durch diesen Vertrag zunächst einer mächtigen Hilfe. Der Prinz von Tarent verliess ihn mit seinem Hilfscorps, da er erkannte, seine Hoffnung auf die Hand der burgundischen Erbtochter sei eine vergebliche. Sein Abzug erfolgte einen Tag vor der Murtener Schlacht.

Der König stand in Lyon mit Kriegsvolk, bereit zum Schlage im entscheidenden Augenblicke. Seine Haltung war ebenso drohend gegen Burgund als gegen die Eidgenossen. Es mag richtig sein, dass er den Besitz Savoyens den Eidgenossen nicht gestattet haben würde.[2]

Bern strebte nach Erweiterung seiner Grenzen, es gedachte die Wadt für sich zu erobern. Der aggressiven Politik Berns gegen Savoyen wurde schon früher gedacht. Wie besorgt man in Bern nach dieser Richtung war, zeigt uns ein Brief vom 11. April an Ludwig XI. mit der Anzeige, es scheine, Herzog Karl wolle sich Savoyens bemächtigen.[3]

Karl der Kühne wurde durch die Niederlage bei Gran-

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 32, p. 134—135. Reg. Nr. 7048. — Lichnowsky, R. 1857.

[2] Ochsenbein, Sonntagsblatt des Bund 1875, Nr. 51, p. 403.

[3] Diebold-Schilling, p. 321—322.

son in seinem Innersten getroffen. Sein allen Anforderungen der damaligen Kriegskunst entsprechendes Heer war von bewaffneten Bauern ohne ernstlichen Kampf in die Flucht getrieben worden. Die Schmach, die er dadurch erlitten, fühlte er so tief, dass sein Wesen sich änderte; der moralische Eindruck war so stark, dass seine Natur auch physisch unterlag. Aber seine Willenskraft schien ungebrochen. Nur noch unnahbarer wurde er. Nicht umsonst nannte ihn seit der Belagerung von Neuss das gemeine Volk den Schrecklichen.

Mit der ganzen Zähigkeit ihres Wesens und ihrer Leidenschaft stand Yolanthe auch jetzt noch auf burgundischer Seite. Unterm 18. April schrieb sie an den Kaiser in Lehenssachen; aber dieses Schreiben enthielt fulminante Anklagen gegen die Eidgenossen.[1]

Nicht nur die Niederlage Karl's, sondern auch seine Entscheidung zu Gunsten des habsburgischen Prinzen hatte eine tiefgreifende Wendung in der europäischen Politik zur Folge. Die Theilnehmer an der päpstlichen Liga, Neapel und Ungarn, wendeten sich ab von der burgundischen Sache. Am 7. Mai hatte Mathias jenes Schreiben an Karl ausgefertigt, durch welches er ihn vom Kriege gegen die Eidgenossen abzureden versuchte. Es wurde erst nach der Murtener Schlacht dem Herzoge übergeben.[2]

Ohne den Erfolg dieses Schreibens abzuwarten, hatte aber Mathias am 10. Juni den Eidgenossen gemeldet, er habe seinen Rat Georg von Stein zum Herzoge von Burgund gesendet, um ihn zu bitten, ihm mit Rücksicht auf die durch die Türkengefahr bedrohte Christenheit die Friedensvermittlung anzuvertrauen; er bitte daher die Eidgenossen, seinem Boten Geleit nach Burgund zu geben und auch ihrerseits die Vermittlung anzunehmen.[3]

Aber nachdem Burgund sich für Oesterreich entschieden, schien Stein als Bevollmächtigter des Mathias auf diese Ver-

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I, p. 309—310 und die Beilage, p. 310—312.

[2] Gingins: Dépêches Milanais II. 125, 364, Beilage Nr. 4. — Vgl. die Darstellung bei Segesser a. a. O., p. 14 ff., auch für die folgenden Ausführungen.

[3] Abgedruckt bei Segesser a. a. O., Beilage 3, p. 69. — Knebel, Chronik II, p. 97 f.

mittlung kein besonderes Gewicht mehr zu legen. Er erscheint erst am 23. September auf einem vom Kaiser und Papste begehrten Vermittlungstage, um den Antrag seines Königs vorzubringen, und ist abgereist, ohne die Antwort abzuwarten.

Mitten in diesen Umschwung der politischen Verhältnisse fällt dann die zweite entscheidende Niederlage Karl's, die Murtener Schlacht am 22. Juni 1476.[1] Gleich den Eidgenossen kämpfte René von Lothringen zu Fuss gegen das burgundische Heer, und willig erkannten ihm die Eidgenossen die erste Stelle unter ihnen zu. Die Schlacht war blutig genug für die Burgunder. Sie ward von den Eidgenossen gewonnen, ohne dass ein Feldherr an ihrer Spitze gestanden wäre. Neben der Heftigkeit des Ansturmes war es wohl auch die Unlust der lombardischen Kriegsvölker, die in Karl's Heere dienten, welche ausschlaggebend für die Entscheidung wurde. Schon bei der ersten Belagerung von Nancy hatte Campobache, einer der von Karl am meisten begünstigten Führer der italienischen Soldtruppen, an Ludwig XI. den Antrag gestellt, Karl den Kühnen gefangen zu nehmen oder zu tödten. Dieser Umstand allein beweist, dass der Zustand des burgundischen Heeres nicht der beste war.

Die Schlacht von Murten besiegelte den militärischen und den politischen Untergang der burgundischen Macht. Selbst die treueste Anhängerin Karl's, Yolanthe von Savoyen, wendete sich wieder Frankreich zu. Beigetragen zu dieser Wendung mag auch bei ihr die Erkenntniss haben, dass eine Verheiratung ihres Sohnes, des künftigen Herrn von Savoyen, Philibert, mit Maria von Burgund, trotz der Versprechungen Karl's, nicht zu erhoffen sei. Als Karl sah, dass sie darauf sinne, ihn zu verlassen, liess er sie gefangen nehmen. Olivier de la Marche hatte diese Mission auszuführen.

Mit dem Abfalle der savoyischen Herzogin fiel auch das ganze Gebäude der politischen Intriguen, die sie im Dienste Burgunds geleitet. Galeazzo Maria Sforza, nicht minder erfreut über die Niederlagen Karl's, als Ludwig XI., der über das Unglück Karl's eine masslose Freude zeigte, schickte

---

[1] Bezüglich des Datums vgl. Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 401.

zu diesem einen Vertrauten, um mit Frankreich ein Bündniss abzuschliessen. Es kam am 9. August zu Stande.[1]

Burgundische Unterhändler, schon damit beschäftigt, die Provence zu Handen Burgunds zu nehmen, wurden gar unsanft abgefertigt und Ludwig XI. hatte nun, nachdem sein Gegner wehrlos war, den Mut, durch eine Pression den alten Herzog René zu einem Widerrufe der zu Gunsten Burgunds getroffenen Verfügungen zu bestimmen.[2]

Auf dem Tage zu Freiburg im Uechtlande am 12. August beschloss dann die gesammte Eidgenossenschaft den Krieg gegen Burgund.[3]

Gar interessant ist es zu sehen, wie Ludwig XI. die veränderte Lage ausnützt, wie harmlos er den Antrag stellt, Genf zu besetzen, um den Eidgenossen die Kosten zu sparen, und wie er von der Einsetzung der vormundschaftlichen Regierung in Savoyen der Eidgenossenschaft Meldung thut.

Die Ereignisse gingen nun unaufhaltsam vorwärts. René eroberte Lothringen wieder und schon nach kurzer Belagerung fiel Nancy, die Hauptstadt, durch die Unzuverlässigkeit der Besatzungstruppen in seine Hände.

Am 22. October eröffnete Karl wieder die Belagerung von Nancy. Seine Truppen, die er gesammelt hatte, mögen wol nicht viel wert gewesen sein. Er hörte nicht auf den Rat der Erfahrneren, die meinten, er solle warten, bis die Truppen René's auseinanderlaufen würden. Entgegen seiner bessern Einsicht belagerte er die Stadt, trotz der Unbilden des rauhen Winters.

Am 4. November 1476 schrieb Karl aus dem Lager von Nancy an den Kaiser: er habe den Georg Hesler und den Bischof von Metz bereits zu seiner Tochter geschickt, damit sie der abgeschlossenen Vereinbarung wegen ihrer Vermählung ihre Zustimmung gebe. Er selbst habe schon Alles vorbereitet und ersuche den Kaiser, mit Maximilian unverzüglich nach Cöln zu kommen, wohin auch er sich mit seiner Tochter ver-

[1] Recueil des Traitez de paix I, p. 189—197.
[2] Commines, ed. Dupont II, p. 17 ff.
[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 70, p. 218—223.

fügen wolle. Stünde der Ort dem Kaiser nicht an, so könne man auch Aachen wählen.[1]

Am 26. November richtete Maria von Burgund an ihren Verlobten jenes Schreiben, das später in der Entwicklung der Ereignisse eine so bedeutende Rolle zu spielen berufen war.[2] Maximilian hatte ihr geschrieben und ihr einen Ring mit einem Diamanten übersendet. Sie dankt ihm für seinen liebenswürdigen Brief. Sie erklärt, dass sie mit den Verfügungen ihres Vaters vollständig zufrieden sei.

Karl der Kühne mochte gehofft haben, Nancy schnell zu bezwingen und dann nach Deutschland zu gehen, um die Vermählung seiner Tochter zu feiern. Es kam anders. René, Herzog von Lothringen, zog mit einem Entsatzheere heran. Trotz seiner geringen Macht, er soll nur über beiläufig 1400 streitbare Männer verfügt haben, nahm Karl den Kampf auf. Er wurde geschlagen und musste fliehen. Fliehend fand er einen unrühmlichen Tod. Am 6. Jänner 1477 hat sein Leben einen jähen Abschluss gefunden. Mit ihm fiel das stolze Gebäude des burgundischen Reiches.

Freundlos stand er im letzten Entscheidungskampfe um die Macht und Ehre seines Namens. In seinen eigenen Reihen lauerte der Verrat und wäre er nicht wehrlos den Stichen eines schwachköpfigen lothringischen Edelmannes erlegen, so harrte seiner der Dolch des Compobaches oder eine schmachvolle Gefangenschaft.

Aber er hinterliess ein Reich — eine willkommene Beute Jener, die sich zum Kampfe gegen ihn verbunden. Vor Allem Ludwig XI. war es, der nun alle seine Pläne zu verwirklichen hoffte. Wie ein hungriger Geier stürzte er sich auf die Beute, die er schon lange feige umkreist hatte. Ueber die Botschaft vom Unglücke Karl's wurde der König so fröhlich, dass es nicht zu schildern ist, erzählt uns Commines.

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 33, p. 136. Chmel, Reg. 7077. — Lichnowsky, Reg. 1987.

[2] Chmel, Mon. I. 1. 34, p. 137. — Lichnowsky, Reg. VII, 37 B.

IV. Abschnitt.

Die Vollziehung der burgundisch-österreichischen Heirat.

I. Kapitel.

Maria von Burgund in Gent.

Maria von Burgund ward aus der Ehe Karl's mit Isabella von Bourbon am 13. Februar 1457 zu Brüssel geboren; der Dauphin von Frankreich Ludwig XI., als Flüchtling vor dem Zorne seines Vaters damals am burgundischen Hofe, vertrat Pathenstelle.

Früh schon verlor sie ihre Mutter und vom achten Lebensjahre an stand sie unter der harten Zucht ihres Vaters. Als Hofmeisterin erhielt sie Anna von Salins und Maria von Hallewyn, geborne von Commines, zwei treffliche Frauen.

Sie war keineswegs eine Schönheit, doch war sie voll natürlicher Grazie und Anmut. Ihr Kinn war etwas länglich und der Mund etwas gross, ein Erbstück der burgundisch-französischen Familie, das nachmals auf alle Habsburger überging, von ihr jedoch durch Kunst und Uebung bestmöglichst zu verbergen gesucht wurde.[1]

Abgesehen von ihren persönlichen Eigenschaften war sie sicher für jeden Fürstensohn Europas die begehrenswerteste Braut. Mit ihrer Hand war die grosse Macht des burgundischen Hauses verbunden, ein lockender Besitz.

Wir haben gesehen, wie Karl der Kühne die Hand seiner

---

[1] Münch, Fürstinnen etc. I, p. 72 ff.

Tochter, so zart sie auch gewesen sein mochte, zur wirksamsten Unterstützung seiner politischen Pläne benützte. Kaum war Maria geboren, so begannen, der Sitte der Zeit entsprechend, schon die Verhandlungen über ihre künftige Vermählung und es wäre nutzlose Mühe, alle Winkelzüge der politischen Unterhändler jener Zeit, die sich auf diese Sache beziehen, hier zu verfolgen. Soweit diese Unterhandlungen für den Gang der politischen Ereignisse wichtig wurden, haben wir sie kennen gelernt.

Etwas anderes ist es um die Frage, wie Maria von Burgund selbst, als sie einmal herangewachsen war, diesen Verhandlungen gegenüberstand. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, dass sie frühzeitig lernte, sich als Opfer der politischen Bestrebungen ihres Vaters zu betrachten.

Aber doch konnte sie nicht ohne tieferes Interesse jenen Vorgängen folgen, die sie bald als Braut dieses, bald als Braut jenes Mannes erscheinen liessen. Unter allen Heiratsprojecten, die wir kennen lernten, hatte wohl jenes, das sich auf den Herzog Nicolaus von Calabrien-Lothringen bezog, die meisten Chancen der Verwirklichung und scheint auch Maria selbst nicht unwillkommen gewesen zu sein.[1] Ihm hatte sie nach dem Willen ihres Vaters auch ein schriftliches Heiratsversprechen gegeben, das jedoch bald ebenfalls durch schriftliche Abmachungen gelöst wurde.[2]

Diese Schriftstücke waren Notariatsacte; sie bleiben gegenstandslos, wenn es sich um Beurtheilung der Gefühle Maria's handelt. Ein wenn auch nicht dem persönlichen Willen entsprungenes, so doch den persönlichen Empfindungen Ausdruck gebendes Actenstück besitzen wir von Maria's Hand erst mit Rücksicht auf die Verlobung mit Herzog Maximilian von Oesterreich.

Am 4. November 1476 hatte Karl der Kühne seiner Tochter durch eine Botschaft angezeigt, dass er sie mit dem Herzoge Maximilian von Oesterreich verlobt habe.[3] Ein Zeitgenosse schildert uns das Benehmen Maria's, als sie diese Nachricht erhielt: „Als der Bote mit des Herzogs Brief

---

[1] Münch, Fürstinnen I, p. 80.

[2] Vgl. die früheren Ausführungen.

[3] Chmel, Mon. I. 1. 33, p. 136.

vor das Fräulein trat, befand sie sich gerade von Ravestein, Romont und anderen getreuen Vasallen des Hauses umgeben. Mit freudigem Zittern erkannte sie des Vaters Siegel und erbrach es; sie war aber nicht im Stande, den Brief selbst zu lesen. Herr von Ravestein that es an ihrer Stelle und las, dass sie dem Herzoge Maximilian zur Ehe versprochen worden sei. Die Fürstin und die Anwesenden empfingen diese Nachricht mit grosser Freude und sofort wurde dieselbe bekannt gemacht. Es wurden in Folge derselben allenthalben Feste gefeiert und Maria nahm persönlich an denselben Theil."[1]

Auch Maximilian mag Freude empfunden haben, als er die Nachricht von der Beendigung der Unterhandlungen empfing. Das Wesen des burgundischen Herzogs hatte auf sein junges Gemüt einen tiefen Eindruck hervorgebracht, der vielleicht durch die ganze Zeit seines Lebens nachwirkte. Seine Gedanken waren seit Jahren auf die Erreichung dieses Zieles, Heirat mit der burgundischen Erbtochter, gerichtet worden. Wie es heisst, begehrte er ihr Bild und sprach die Absicht aus, das seinige zu senden.[2] Diese Absicht wurde verwirklicht.

Maria empfing das Porträt Maximilian's zu Brügge und sie betrachtete es mit Vergnügen wol zwanzigmal des Tages. Sie sendete Maximilian durch den Ueberbringer seines Bildes das ihrige und durch diese beiden Bilder fand die Liebe Eingang in ihre Herzen.[3]

Aber nicht so wie Karl der Kühne selbst es gewünscht zu haben scheint in einer friedlichen Zusammenkunft zwischen ihm und dem Kaiser, sollte das Ehebündniss ihrer Kinder gefeiert werden. Härteres, als den harten Sinn Karl's des Kühnen, hatte die Zähigkeit des Kaisers noch zu überwinden, bevor es ihm gelingen sollte, das heiss erstrebte Ziel, die Hand der burgundischen Erbin für seinen Sohn Maximilian nicht nur durch Verträge, sondern durch die wirkliche Vermählung zu erreichen. Karl's plötzlicher und unerwarteter

[1] Delepierre, Chronique des faits et gestes de Maximilien I, durant son mariage avec Marie de Bourgogne 1839, p. 14 ff.

[2] Münch I, p. 87, dort die Verweisung auf die zeitgenössischen Berichte.

[3] Münch I, p. 87. — Delepierre, p. 17 ff.

Tod vor Nancy hatte die Sachlage völlig verändert. Die Gegner Burgunds, vor Allem Ludwig XI., erhoben stolz ihr Haupt nun, da sie die Rache des todten Herzogs nicht mehr zu fürchten hatten, und die Bürger der Städte, zu Aufständen stets bereit, benützten die Gelegenheit, sich Genugthuung zu verschaffen für die Härte, mit der Karl in den letzten Jahren seines Regimentes sie bedrückt hatte. Dazu kam, dass die politischen Agenten Ludwig's XI. überall die Bürger zum Aufstande reizten. So wurde zu Brügge, Brüssel und Antwerpen die Zahlung der Steuern verweigert. Kühn gemacht durch die Unmöglichkeit eines ernstlichen Widerstandes und durch den factischen Besitz der Gewalt, verlangten die Stände und Städte Verleihung verwirkter oder nie besessener Privilegien. So musste Maria den Abgeordneten von Holland und Seeland ein umfassendes Privilegium gewähren.[1] Vom 30. Jänner 1477 sind die Privilegiumsbriefe datirt, welche die Genter ihrer jungen Herzogin abnöthigten.[2]

Dieser revolutionäre Sinn der Bevölkerung, dieser Trotz gegen ihre durch das Unglück und den Tod ihres Vaters hilflos gewordene Herrin, das war es, was Ludwig XI. wünschte und erstrebte. Alle diese Aufständischen arbeiteten in seinem Interesse. Er wollte Besitz ergreifen von dem Lande, und um dies möglichst ungefährdet thun zu können, bedurfte er der allgemeinen Unruhe, die Alles zweifelhaft machte und es nicht als das Schlimmste erscheinen liess, dem französischen Könige den Eid der Treue zu leisten.

Was die Rechtsfrage anlangt, so ist nicht zu zweifeln, dass Ludwig XI. auf einen Theil des burgundischen Besitzes, welcher von der Krone Frankreichs zu Lehen ging, kraft des salischen Gesetzes thatsächlichen Anspruch hatte. Im Uebrigen bemerkt sein vertrauter Ratgeber mit Rücksicht auf die Rechtsfrage:[3] Aus dem Vorgehen des Königs folge noch nicht, dass er dem Rechte entsprechend handelte.

---

[1] Münch, Fürstinnen II, Urkunde 452, 457.

[2] Gachard, Notices de Bibl. de Gand. p. 70. R. Registre etc. Les 26 premiers feuillets contiennent des actes transcrits dans le XV siècle savoir: . . . „Le privilége accordé à la ville par la duchesse Marie le 30 janvier 1476 (1477 neuen Stils).

[3] Commines, ed. Dupont II, p. 79 ff.

Um die burgundischen Länder zu erwerben, hatte Ludwig XI. mehrere Wege. Er konnte die Verheiratung Maria's mit einem französischen Adeligen erzwingen, wie er es eine Zeit lang plante, er konnte den Weg der Eroberung einschlagen, oder er konnte Maria mit dem Dauphin vermählen. Den ersten Weg hatte er bald als unzuverlässig aufgegeben. Er scheint sich gleich nach dem Tode Karl's für den entschieden zu haben, Burgund mit Gewalt an sich zu nehmen. Die deutschen Lehen gedachte er an solche deutsche Fürsten zu geben, welche geneigt waren, ihn in seinen späteren Plänen zu unterstützen.

Durch List, Verrat und Bestechung gelang es ihm, eine Anzahl von Städten sofort in seinen Besitz zu bringen.[1]

Gewiss bezeichnend für die Art und den Charakter des Königs ist der Brief, den er am 9. Jänner 1477 an den Herrn von Craon richtete.[2] Ludwig XI. befiehlt ihm, sich Burgunds zu bemächtigen unter dem Vorwande, dass die Vermählung des Dauphin mit Maria von Burgund demnächst stattfinden werde. Er solle es aber ja nicht wagen, in Burgund einzurücken, wenn er nicht völlig sichere Nachricht über den Tod Karl's des Kühnen habe.

Die Vorgänge in Gent, die schnelle Eroberung des Landes durch französische Truppen lassen es begreiflich erscheinen, dass Maria von Burgund in ihrer Not sich mit einer Gesandtschaft an Ludwig XI. wendete. Sie wurde von den Gentern wie eine Gefangene gehalten.

Unter den Gesandten befanden sich Hugonet der Kanzler und Graf Humbercourt, beide in dem Rate, welcher gemeinsam mit Maria von Burgund, dem Herzoge Adolf von Cleve und Margaretha von York die Regierung des Landes besorgte.

Der König sparte keine Mittel, die Mitglieder der Gesandtschaft in sein Interesse zu ziehen. Aus der Erzählung des Commines kann man wohl erkennen, dass ihm dies eben nur bei Hugonet und Humbercourt gelang. Doch machten sie die Abtretung Burgunds an Frankreich von einer Heirat

[1] Vgl. die Darstellung der Ereignisse bei Commines.

[2] Molinet II, 2. Pontus Henterus, welcher diesen Brief in seine Darstellung einschaltet, bezeichnet ihn fälschlich als Citat aus Commines.

des Dauphin mit Maria von Burgund abhängig. Da sie jedoch zu Verhandlungen hierüber nicht bevollmächtigt waren, kehrten sie nach Gent zurück. Jedoch hatten sie sich verleiten lassen, früher Arras dem Könige in die Hände zu liefern.

Als später die in Gent versammelten Stände an den König ebenfalls eine Gesandtschaft abschickten, berief sich dieser auf das durch die Gesandtschaft Maria's übergebene Schreiben, wonach diese in Gemeinsamkeit mit den genannten vier Personen die Herrschaft ausübe, und übergab schliesslich dieses Schreiben sogar der neuen Gesandtschaft. Die Umgebung des Königs suchte den Zorn und Unwillen der Genter Bürger über dieses Vorgehen Maria's und ihrer Räte noch zu mehren. Zurückgekehrt nach Gent, erstatteten die Gesandten in öffentlicher Sitzung ihren Bericht in Anwesenheit Maria's. Als diese die Angaben des Königs als unwahr bezeichnete, wurde sie durch Vorweisung des Briefes Lügen gestraft. Des Nachts darauf wurden Hugonet und Humbercourt verhaftet, vor ein Gericht gestellt und nach kurzem peinlichen Verfahren zum Tode verurtheilt und enthauptet.

Selbst durch persönliche Fürbitte vermochte Maria das Leben der beiden Männer nicht zu retten.

Der französische König war der Urheber dieser Gräuel. Er hatte schon früher durch die Sendung seines Bartscherers Olivier le Daim in geheimer Mission den Anstand auf's Tiefste verletzt; es ist wohl zu begreifen, dass ihn Maria auf's Bitterste hasste.

Alle Personen des Hofes waren ihr feindlich gesinnt. Herzog Adolf von Cleve gedachte sie zu einer Ehe mit seinem Sohne zu bereden, der Bischof von Lüttich arbeitete im Interesse des französischen Königs. Nun trennte man sie von ihrer Stiefmutter Margarethe von York und es blieb Niemand an ihrer Seite als Johanna von Hallewyn, ihre Oberhofmeisterin, welche den Verkehr zwischen ihr und Margaretha unterhielt.

Aber ausser den schon genannten Bewerbern waren noch andere. So wurde von dem englischen Könige sein Schwager Anton von Undeville Graf Rivers, Baron Scales vor-

geschlagen,[1] welchem wir als Gesandten des englischen Königs im burgundischen Lager vor Neuss bereits begegnet sind.

Die Genter befreiten den Herzog Adolf von Geldern, stellten ihn an die Spitze ihrer Truppen und gedachten, Maria zu einer Ehe mit ihm zu zwingen. Er wurde jedoch vor Dornick erschlagen.

Die Lage der verwaisten Fürstentochter war eine verzweifelte. Wo war der Retter, der die Macht hatte, sie aus derselben zu befreien?

II. Kapitel.

Maximilian's Brautfahrt.

Ludwig XI. hatte schnelle Kunde von dem Tode Karl's des Kühnen erhalten. Er hatte ja einen regelmässigen Postdienst eingerichtet und lag auf der Lauer, jeden Schritt Karl's beobachtend. Spät scheint die Kunde zu dem Kaiser gelangt zu sein; denn am 24. Jänner 1477 zeigt Herzog Maximilian seiner Verlobten Herzogin Maria von Burgund an, dass er den Heiratsantrag angenommen habe,[2] und diese Nachricht übermittelt er an Herzog Karl,[3] der an jenem Tage nicht mehr unter den Lebenden weilte. An ihn schrieb auch der Kaiser unterm selben Datum, dass die beiderseitigen Bevollmächtigten Georg, Bischof von Metz, und Georg Hesler, Propst von Xanten, wegen der Ehe zwischen Maria und Maximilian Alles verabredet hätten.[4]

Nach dem Eintreffen der Kunde von dem Tode Karl's beim Kaiser erkannte dieser wohl, dass nun die Zeit des raschen Handelns gekommen sei.

Aber wie immer, fehlte es an Geld, um das Nötigste in's Werk zu setzen und er musste sich vorläufig begnügen durch kaiserliche Ausschreiben den Mangel energischen Vorgehens zu ersetzen.

Am 12. Februar schrieb er an die Stadt Dole,[5] dass nach dem Tode des Herzogs Karl von Burgund die Graf-

---

1 Oliv. de la Marche, 424. — Lichnowsky VII, p. 184.
2 Lichnowsky, Reg. VII, 2005.
3 Lichnowsky, Reg. VII, 2004.
4 Lichnowsky, Reg. VII, 2006.
5 Lichnowsky, Reg. VII, 2012.

schaft Burgund an die Herzogin Maria gefallen sei, deren Verlobter aber sei Herzog Maximilian und sie sollten daher diesen beiden huldigen. Aber nicht an Dole allein wendete sich der Kaiser. Unterm selben Datum schrieb er an alle burgundischen Amtleute und Statthalter. Der Inhalt des Schreibens lautete: Der Tod des Herzogs erfülle ihn mit Schmerz, denn er habe ihn geliebt. Ravestein möge die Vollziehung der beschlossenen Heirat fördern und der Herzogin Maria vor Allem die väterliche Erbschaft sichern und nur ihr und ihrem Verlobten, dem Herzoge Maximilian, gehorsam sein. Dieser sowohl wie er selbst werden demnächst nach Burgund kommen, um die Herzogin in ihren Geschäften zu unterstützen.[1]

Schnell wurde eine Gesandtschaft, bestehend aus dem Bischofe von Metz und dem Protonotar Hesler, abgeordnet, um die Ansprüche des Kaisers zu vertreten.[2] Zugleich richtete der Kaiser zwei Schreiben an den Landgrafen von Hessen, eines an die Stadt Andernach und eines an den Zöllner in Andernach wegen Bezahlung von Schulden an Hesler,[3] um hiedurch einen Theil der Gesandtschaftskosten aufzubringen. Ausserdem versah er die Gesandtschaft mit einem Geleitsbrief an den Landgrafen Hermann von Hessen, an das Domcapitel zu Cöln, an die Stadt Cöln und an die Stadt Andernach.[4] Durch ein Schreiben vom 25. Februar trägt er der Stadt Nürnberg auf, die Summe von 570 Gulden à conto der Stadtsteuern an Georg Hesler zu bezahlen.[5] Der Stadt Frankfurt befiehlt er unterm selben Datum, Georg Hesler 1500 Gulden rheinisch zu leihen und sich dafür am nächsten Zollgeld von Mainz schadlos zu halten.[6] Von der Stadt Cöln fordert er gleichfalls unterm selben Datum ein Darlehen von 1000 Gulden gegen Abzug am nächsten Zollgeld zum Ankaufe von Kleinodien.[7]

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 35, p. 137 f.
[2] Geleitschein, Chmel, Mon. habsb. I. 1. 36, p. 139, ddo. 15. Februar.
[3] Chmel, Mon. habsb. III, p. 590—592.
[4] Ebenda, III. 100, p. 593.
[5] Ebenda, III. 101, p. 593.
[6] Ebenda, III. 102, p. 593.
[7] Ebenda, III. 103, p. 593—594.

Der Bischof von Metz und Georg Hesler wurden ausserdem mit Briefen an Cöln, Frankfurt und Nürnberg ausgestattet, die nichts enthielten als die Aufforderung, den genannten Gesandten Darlehen zu geben für Rechnung des Kaisers, da Maximilian demnächst in's Reich gehen werde, wodurch er „Gelds bedürftig würdet". [1] An die Stadt Ulm richtete er die Aufforderung, die von der Judenschaft gelegentlich des burgundischen Krieges verlangten, aber noch rückständigen 400 Gulden rheinisch dem Protonotar Georg Hesler zu übergeben. [2] Zugleich sendete der Kaiser am 25. Februar den Dr. Mert Heyden als seinen Gesandten an den Herzog René von Lothringen, wohl nur, umi hn zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Burgund zu veranlassen. [3]

Wie ernstlich der Kaiser daran dachte, Maximilian so schnell als möglich in die Niederlande abzusenden, beweist die Aufforderung, die er am 26. März an Berthold von Starhemberg richtete, [4] sich mit vier Knechten zu rüsten, um dem Herzoge Maximilian das Geleite zu geben, wozu er nächstens aufgefordert werden würde.

Maria von Burgund bittet in einem Briefe vom 26. März ihren Verlobten Maximilian, nicht länger zu säumen: „Ihr dürft Euch keinem Zweifel hingeben," schreibt sie, „ich will dem nachgehen, was mein Vater geordnet hat und Euch eine getreue Gemahlin sein, und ich habe keinen Zweifel, dass Ihr desgleichen auch thun werdet. Wie ich gehalten bin, wird Euch der Ueberbringer sagen, und dass ich mit ihm nicht reden kann, wie ich gerne wollte, das weiss Gott, der uns beiden verleihen wolle, was unser Herz begehrt. Ich bitte Euch, dass Ihr nicht ferne bleibt um Trost und Hülfe, die Ihr meinen Landen thun werdet, wenn Ihr kommt — und kommet Ihr nicht . . . . dadurch ich vielleicht Sachen thun müsste, die ich nimmer thun würde, ausser ich sei von Euch verlassen und dazu gezwungen." [5]

Der Kaiser und Herzog Maximilian hatten alle Ur-

---

[1] Chmel, Mon. habsb. III. 106, p. 595.

[2] Ebenda, III. 107, p. 595—596.

[3] Ebenda, III. 104, p. 594.

[4] Chmel, Reg. Nr. 7104. — Lichnowsky, Reg. VII, 2025.

[5] Chmel, Mon. habsb. I. 37, p. 140.

sache nicht zu säumen. Nicht nur in den Niederlanden regte sich die Unbotmässigkeit, nicht nur Ludwig XI. bedrohte das Haus Habsburg, auch unter den deutschen Fürsten fanden sich solche, die es angemessen fanden, ihre Ansprüche zu erheben. Die Pfalzgrafen Ludwig und Albrecht in Ober- und Niederbaiern schrieben am 30. März dem Kaiser,[1] dass er sie durch den Bischof Georg von Metz und durch den Protonotar Georg Hesler habe ersuchen lassen, seinem Sohne eine Anzahl Gewappneter zuzuschicken, um die Länder weiland Herzogs Karl von Burgund von reichswegen einzunehmen, desgleichen Herzog Albrecht schriftlich ersucht, ein Gleiches zu thun. Dieses hätten sie vernommen. Da aber Holland, Seeland, Friesland und Hennegau ihnen erblich zugehörten, so würden sie eine Botschaft dahin senden und die Huldigung von diesen Provinzen für sich fordern. Wenn man die deutschen Fürsten nennen sollte, die Ludwig XI. mit Theilen des burgundischen Reiches begaben wollte, weil er hoffte, dass sie ihm in der Ausführung seiner Pläne dienen würden, ich glaube, man brauchte nicht lange zu raten.

Am 2. April erliess endlich der Kaiser das Ausschreiben an alle deutschen Reichsstände, sich zu Pfingsten in Augsburg oder acht Tage nach Pfingsten in Frankfurt zum Geleite Maximilian's einzufinden.[2]

Am selben Tage richtete auch Maximilian ein Schreiben an die Stände, ihm Geleit zu geben, „die Fürstentümer und Lande, so weiland der hochgeborne Fürst Herzog Karl von Burgund hinterlassen hat, zu seiner kaiserlichen Gnaden und des Reiches Handen zu bringen."[3]

Inzwischen hatte die kaiserliche Gesandtschaft ihr Reiseziel erreicht. Vom 14. April ist eine Urkunde datirt, ausgestellt in Mecheln, in welcher die Gesandten des Kaisers der Stadt Cöln ein Darlehen von 1000 rheinischen Gulden zum Ankaufe von Kleinodien für Maria von Burgund bescheinigen.[4]

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 171, p. 463—464.
[2] Ebenda, I. 39, p. 142—144.
[3] Ebenda, I. 172, p. 464—465.
[4] Ebenda, I. 173, p. 465—466.

In Mecheln befand sich aber Margaretha, die Witwe Herzog Karl's von Burgund. Nach Ankunft der kaiserlichen Gesandtschaft richtete sie am 15. April ein Schreiben an den Kaiser, worin sie ihm dankt für die durch seine Gesandtschaft überbrachten Beileidsbezeigungen. Sie verspricht, auch ferner im Sinne des Kaisers zu Gunsten der Heirat zu wirken, doch beschwört auch sie ihn, seinen Sohn so schnell als möglich zu senden, da ein noch längeres Zaudern grosse Gefahr in sich berge.[1]

Diesem Drängen schliessen sich die kaiserlichen Gesandten in einem Briefe an Maximilian an. Wohl von Margaretha haben sie erfahren, dass sich Maria bereits an ihren Verlobten brieflich gewendet habe. Sie berufen sich auf diese Nachrichten, die dem Herzoge durch den Brief Maria's zugegangen sind. Sie wollen Leib und Leben zum Pfand setzen, dass Maximilian bereits auf dem Wege sei; sollte es nicht so sein, was Gott verhüten möge, sie hätten wahrhaftig Ursache, für ihr Leben besorgt zu sein.

Wie überall, findet die Geldfrage auch in diesem Briefe ihre Stelle. Die Gesandten meinen, Maximilian solle sich vorsehen, denn es sei weder auf Nürnberg noch auf Frankfurt zu rechnen, und sie bitten, man möge ohne Zaudern den Zöllner zu Metz mahnen, ihnen das Geld, das er eingenommen hat, zu verabfolgen, um ihre Bedürfnisse zu decken.[2]

Am 16. April traf jene kaiserliche Gesandtschaft, als deren Vorläufer der Bischof von Metz und Georg Hesler eigentlich erscheinen, in Gent ein.[3] Dieselbe bestand aus den Herren: Kurfürst von Trier, Herzog Ludwig von Veldenz, Hermann von Henneberg, Wilhelm von Wertheim, Bernhard von Hornstein, Sebastian von Ortenburg, Grafen von Anhalt, Nassau, Reifferscheid und Waldek, den Herren von Nienenaer, Liechtenstein, Freundsberg und Ronach und vielen Anderen, ein Zug von mindestens 300 Pferden. Selbstverständlich hatten sich der

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 40, p. 145—146.

[2] Ebenda, I. 38, p. 141—142.

[3] Delepierre, Chronique, p. 45. — Chmel, Mon. habsb. I. 41, p. 146.

Bischof von Metz und Georg Hesler der Gesandtschaft angeschlossen.[1]

Die kaiserliche Gesandtschaft wurde am 18. April von Maria in Gegenwart des Hofes und der Stände empfangen.[2]

Nachdem dieselbe ihr Beglaubigungsschreiben vorgewiesen, hielt der Bischof Georg von Metz eine Anrede in französischer Sprache, in welcher er darauf hinwies, dass die Vermählung Maria's mit Maximilian schon zu Lebzeiten Herzog Karl's des Kühnen beschlossene Sache war, und dass hierüber schriftliche Bestätigungen ausgewechselt worden seien. Er fragte dann die Herzogin, ob sie geneigt sei, das damals gegebene Versprechen nunmehr einzulösen. Dann wies er den Brief vor, welchen Maria an Herzog Maximilian geschrieben, nebst dem Diamantringe, den sie zum Zeichen der Verlobung mit jenem Briefe überschickt hatte, und fragte, ob sie sich hiezu bekenne. Maria antwortete mit fröhlichem Angesichte: Sie erinnere sich gar wohl, dass sie auf Befehl ihres Vaters diesen Brief, dessen Urschrift sie noch bei sich habe, nebst dem Ringe abgeschickt habe. Was sie nun einmal und zwar auf väterlichen Befehl versprochen, dem nachzukommen sei sie mit Bewilligung der Stände auch jetzt noch gesonnen.[3]

---

[1] Fugger a. a. O. — Commines erzählt, der Herzog von Cleve, welcher Maria von Burgund zu einer Heirat mit seinem Sohne zu bewegen hoffte, habe es versucht, die Gesandtschaft in Cöln oder Brüssel so lange aufzuhalten, bis sie des Wartens müde und beleidigt über solche Missachtung, unverrichteter Dinge zum Kaiser zurückkehrte. Jedoch Margarethe von York habe diesen Plan vereitelt, indem sie die Gesandtschaft veranlasste, trotz des Bescheides, den dieselbe von dem Clever erhalten, nach Gent zu gehen. Commines, ed. Dupont II, p. 178 ff. Diese Angaben des Commines sind die Quelle für alle Darstellungen dieses Vorganges. Im Widerspruche damit stehen die Angaben der kaiserlichen Gesandten, was die Möglichkeit nicht ausschliesst, dass Commines die Wahrheit berichtete.

[2] Fugger setzt diesen Empfang auf den 21. April, aber aus dem Schriftstücke: „Schreiben des Kaplans Jacob aus Burgund an Herzog Maximilian" bei Chmel, Mon. I. 1. 41, p. 146, erhellt zweifellos, dass der Empfang am 18. April stattfand „Freitag nach Quasimodo". Auch würde man sich die Verzögerung vom 16. bis 21. schwer erklären können.

[3] Commines, ed. Dupont II, p. 179.

In eben solcher Weise wurde die Angelegenheit vor der Ständeversammlung zu Löwen verhandelt.[1] Nachdem die Gesandtschaft in dieser Weise ihr Ziel erreicht hatte, reiste ein Theil derselben zurück.

Am 21. April ward die Trauung per Procuration vollzogen. Herzog Maximilian wurde durch den Herzog Ludwig von Veldenz vertreten.[2]

Mit der Zustimmung der Stände und der Eheschliessung per Procuration war im Grunde nicht viel gewonnen. Die Lande bedurften der kräftigen Hand eines Herrschers, um sich der Gefahren zu erwehren, die sie von allen Seiten bedrohten. Diese Gefahren waren es, welche Volk und Stände willig machten, in die Heirat mit Maximilian zu willigen, ja dieselbe zu begehren. Aber wenn diese Heirat nicht den erhofften Schutz brachte, dann musste sicher ein Umschlag in der Volksgunst eintreten und die kaiserlichen Gesandten hatten Recht, in solchem Falle um ihre Köpfe besorgt zu sein, die, wie sie gesehen hatten, in den Niederlanden nicht allzufest auf den Schultern sassen.

Das ist denn auch der Inhalt der drängenden Briefe, die sie an den Kaiser richten. Am 20. April schreiben der Bischof von Metz und Georg Hesler an den Kaiser:[3] er möge nicht länger säumen, seinen Sohn zu senden. Der König von Frankreich und andere Könige hätten sich um die Hand Maria's beworben. Doch freimütig habe sie erklärt, es sei ihr Sr. Majestät Sohn von ihrem Vater zum Gemahl gegeben worden, und wäre auch nie ein Wort darüber gehandelt worden, dennoch habe sie in ihrem Gemüte beschlossen, dem Herzoge Maximilian sich zu vermählen und keinem Andern auf dieser Erde. Auch die Stände und das gemeine Volk seien willig. Man habe Hugonet und Humbercourt getödtet, weil sie zu Frankreich hielten, und täglich noch müssen in den Städten und Landen Diejenigen sterben, welche zu Frankreich halten. Selbst die Kinder auf der Strasse rufen: „Kaiser! Kaiser!" und nach ihrem

---

[1] Fugger, p. 854 ff.

[2] Delepierre, Chron. p. 45. — Fugger setzt den 26. April.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 42, p. 147—149.

Fürsten Maximilian. Im selben Sinne wurde am gleichen Tage ein Schreiben an den Herzog Maximilian gerichtet.[1]

Wir finden diese Aufregung begreiflich, wenn wir die Schriftstücke durchlesen, die aus jener Zeit stammen. Alle Provinzen waren durch einen grausam und unbarmherzig geführten Krieg bedroht, und sahen Heil und Schutz nur mehr in der Hilfe des Kaisers. Einen Blick in die politischen Umtriebe gestattet uns ein Schreiben vom 21. April aus Luxemburg an den Kaiser, welches die Wühlereien des Mathias Corvinus aufdeckt,[2] denn neben Ludwig XI. war es Mathias Corvinus[3] und eine Anzahl deutscher Reichsfürsten, welche Alles aufboten, die burgundische Heirat zu hintertreiben. Durch diese Umtriebe wurde in der That ein Teil des Adels von der kaiserlichen Sache abgezogen.

Der Kaiser wurde durch den Vorwurf der Unthätigkeit in ungerechter Weise beschuldigt. Er befand sich mit Mathias Corvinus nahezu im offenen Kriege. Das Land litt unter den Kämpfen der Empörer. Am 6. Mai 1477 erliessen die Anhänger und Diener der Brüder von Liechtenstein ihren Fehdebrief gegen den Kaiser.[4] Herzog Sigmund bedrängte ihn durch sein Verlangen, mit Burgund und Mailand belehnt zu werden.[5] Aus einem Schreiben des Kaisers vom 24. Juni an die Ungarn[6] können wir ersehen, dass die Dinge zwischen ihm und Mathias bis zum Aeussersten gediehen waren, und schon am 21. Juni hatten 13 Parteigänger des Ungarkönigs in österreichischen Landen gegen den Kaiser ihre Fehdebriefe erlassen.[7]

Der Kaiser that, was er unter solchen Umständen thun konnte. Er suchte Geld aufzutreiben, um seinen Sohn zur

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 43, p. 149—151.

[2] Ebenda, I. 44, p. 151—153.

[3] Niemand anderer kann in dem erwähnten Schriftstücke unter dem König von Böhmen verstanden werden, umsomehr, da Mathias in allen seinen Briefen diesen Titel führte. Es liegt übrigens auch ein aufreizender Brief des Mathias vom 13. Juni an die Eidgenossen vor. Segesser, Reg. p. 75, Nr. 9.

[4] Kurz, Friedrich IV. II, Beilage Nr. XLII, p. 256—257.

[5] Chmel, Mon. habsb. II, Nr. 51, p. 207—208.

[6] Ebenda, II. XIII. A., p. 98—104.

[7] Ebenda, II, p. 108—109.

Reise nach den Niederlanden ausrüsten zu können und liess das Aufgebot wegen Begleitung desselben an die deutschen Fürsten ergehen. Maximilian selbst that, was in seinen Kräften stand. Er wendete sich an Herzog Sigmund, um ihn zu bestimmen, der Ehre des Hauses wegen von seinem Vorhaben gegen Burgund abzustehen.[1] Der Kaiser wendet sich an den Herzog von Lothringen, um ihn ebenfalls zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bestimmen, und später am 29. Mai auch an den Bischof von Trier, damit er auf den Herzog in diesem Sinne einwirke.[2]

Dann verpfändete er am 6. Mai Schloss Wald um 6000 ungarische Gulden an Sigmund Schlick zu Weissenkirchen,[3] ferner die Gülten und Renten von Korneuburg und die Stadt Steyer an den Erzbischof Johann von Gran um 37.000 Gulden;[4] ferner am 12. Mai Stadt und Schloss Enns um 10.000 ungarische Ducaten zur Abfertigung des Herzogs Maximilian in die burgundischen Lande.[5]

Am 19. Mai schrieb er an den Verweser des Stiftes Cöln, die Einkünfte von Lins, Bonn und Andernach für Herzog Maximilian an die Stadt Cöln zu übergeben.[6] Unterm gleichen Datum wies er Cöln an, diese Einkünfte in Empfang zu nehmen.[7] Den Zolleinnehmern zu Bonn befahl er, 7000 Gulden von dem Zolle, den Herrmann Landgraf zu Hessen ihm zu entrichten schuldig ist, einzuheben und der Stadt Cöln für Herzog Maximilian zu überantworten,[8] und am 20. Mai richtet er ein Mandat an alle Reichsglieder wegen Hilfe für Herzog Maximilian zu seinem Zuge nach Burgund.[9]

Am 25. Mai theilte er dem Herzoge Maximilian mit, was er bisher in seiner Angelegenheit verfügt habe.[10]

Liess so der Kaiser es an keiner Anstrengung fehlen,

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. Nr. 46, p. 155—156.
[2] Ebenda, I. Nr. 47, p. 156.
[3] Ebenda, II. Nr. 99, p. 277—279.
[4] Ebenda, II. Nr. 93, p. 264—266.
[5] Ebenda, III. Nachtrag, p. 699—700.
[6] Ebenda, I. Nr. 175, p. 467.
[7] Ebenda, I. Nr. 176, p. 468.
[8] Ebenda, I. Nr. 174, p. 466—467.
[9] Ebenda, I. Nr. 177, p. 458 f.
[10] Ebenda, I. Nr. 46, p. 155—156.

so war auch Ludwig XI. im letzten Augenblicke nicht müssig, die Besitzergreifung der burgundischen Lande durchzusetzen. Eine Instruction, die er am 20. Juni in St. Quentin für Diejenigen ausfertigte, die er nach Tournay abschickte, lässt uns die Mittel erkennen, durch die der König auch jetzt noch zu reussiren hoffte. Versprechungen und Bestechung spielen dabei eine Hauptrolle.[1] Nachdem der Bund Oesterreich (Sigmund) - Eidgenossen - Frankreich seine Schuldigkeit gethan, suchte er ihn zu zerstören. Seine Gesandten hetzten die Eidgenossen gegen Oesterreich und er selbst weigerte sich, die versprochene Pension an Herzog Sigmund weiterzubezahlen. Es schien, als hätte er nicht übel Lust, seine Hand nach den Pfandlandschaften auszustrecken.[2]

Anständiger hielt sich Eduard IV. von England, der eine Gesandtschaft nach Flandern abordnete, die sich dort mit den kaiserlichen Gesandten besprechen sollte.[3]

Endlich hatte der Kaiser es möglich gemacht, dass Maximilian in die Niederlande abreisen konnte.

Am 21. Mai 1477 begann er jene Reise, durch welche Habsburgs Machtstellung zu so glänzender Entfaltung gelangte. Als er von Wien abreiste, gab ihm der Kaiser das Geleite bis zur Teufelsmühle.

Er wendete sich zuerst nach Wiener-Neustadt und übernachtete hier; am 22. Mai, um 9 Uhr Morgens, reiste er weiter[4] nach Graz, um von seiner Schwester Kunigunde Abschied zu nehmen. Er verliess Graz am 5. Juni.[5]

[1] Petitot-Commines XII, p. 254—256, Note 2.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 101, p. 305—306.

[3] Urkunde vom 20. Mai. Lichnowsky, Reg. VII, 2051.

[4] Sct. Helena-Tag, Donnerstag vor Pfingsten, wird das Datum bestimmt in Rollii Adnotationes bei Raim. Duell. Misc. p. 247—259. Das Datum der Abreise von Wien ergibt sich aus der Nachricht in Narratio captivitatis Maximiliani bei Pez II. 551, dass Maximilian aus Wien ausritt und eine Nacht in Neustadt verweilte; ebenso bei Chmel, Mon. habsb. I, Nr 49, p. 159 f. Die bisher verbreitete Meinung, dass die Reise erst im Juli angetreten wurde, ist also unrichtig. Dass Maximilian nur eine Nacht in Neustadt blieb, bestätigen auch die Adnot. — Unresti Chron. bestimmt die Abreise als zwischen Ostern und Pfingsten erfolgt. Ostern fiel auf den 6. April, Pfingsten auf den 25. Mai.

[5] Er kam am 18. Tage, nachdem er Graz verlassen hatte, nach Rain.

Beiläufig um die Mitte Juni kam er nach Salzburg.[1] Er kam am 22. Juni nach Rain, an der Mündung des Lech. Dort trafen ihn die Reisigen der Reichsstädte. Diese hatten sich bemüht, würdig vertreten zu sein.[2] Die Augsburger ehrten ihn durch Geschenke. Ausserdem stellte die Stadt zehn Bewaffnete zu seiner Begleitung, ausser jenen Patriciern, die freiwillig sich anschlossen.[3]

Am 1. Juli kam Maximilian nach Frankfurt. Ueber Bingen und Coblenz ging er nach Cöln, wo er bis zum 31. Juli verweilte.[4]

Nach Frankfurt hatte Ludwig XI. den Robert Gaguin als Gesandten geschickt. Wenn man seiner eigenen Erzählung glauben darf, wurde es ihm durch den allgemeinen Hass gegen seinen Herrn unmöglich gemacht, dorthin zu gelangen und er musste unverrichteter Dinge zurückkehren.[5]

In Cöln trafen Maximilian burgundische Gesandte. Sie übergaben ihm Geld, welches Maria von Burgund ihm entgegensendete, damit er imponirend auftreten könne.[6] Die burgundische Gesandtschaft bestand aus den Herren Sgr. du Fay d'Irland und Olivier de la Marche.[7]

Maximilian hatte seine Ankunft in Cöln seiner Braut vorher brieflich angezeigt. Sie soll ihm auch 200 Reiter entgegengeschickt haben.

Von den deutschen Fürsten waren die Geleitschaften der Kurfürsten: Mainz, Trier und Brandenburg, des Markgrafen Christof von Baden, des Herzogs Wilhelm von Jülich, Albrecht von Sachsen, des Bischofs von Metz, des Landgrafen von Hessen sammt vielen Grafen, Rittern

---

Durch die Annal. Reipubl. Augustan. wird dieser Tag als der 22. Juni bestimmt. Er muss also am 5. Juni Graz verlassen haben.

[1] Chronicon Salzburgense: Raim. Duell. Misc. II. p. 129—168, p. 153: „circa Viti intravit." Vitus fällt auf den 15. Juni.

[2] Lehmann, Speir. Chronik, p. 905.

[3] Annales Reipublicae Augustaneae bei Menken, Scriptores rerum germanicarum I, p. 1689.

[4] Chmel, Mon. habsb. I. 49, p. 159.

[5] Rob. Gaguini Ann. rer. Gall. X, p. 275.

[6] Commines, ed. Dupont II, p. 180. — Oliv. de le Marche, ed. Petitot X, p. 424.

[7] Godefroy-Commines II, p. 382, Note.

und Edlen zu ihm gestossen.[1] Die Gefolgschaft wird verschieden beziffert. Die Angaben schwanken zwischen 800 und 1200.

Am 31. Juli verliess Maximilian Cöln und ging nach Aachen. Er verweilte hier vom 1. bis zum 5. August, empfing Geschenke und traf am 3. mit dem Herzoge Ludwig von Veldenz zusammen, der aus den Niederlanden heimkehrte.

Von Aachen ging Maximilian nach Mastricht mit dem Bischofe von Trier, dem Herzoge von Jülich und dem Markgrafen von Baden. Hier wurde Rasttag gehalten.

Ludwig von Bourbon, Bischof von Lüttich und Wilhelm von Arenberg hatten ihn hier empfangen und geleiteten ihn nach Löwen, wo sie über Diest am 8. August eintrafen. Abgeordnete der Stände von Brabant waren ihm dorthin entgegengekommen. Der Bürgermeister von Löwen, Ludwig Pinnock, welcher Maximilian empfing, war von diesem bereits gekannt. Er war vor zwei Monaten bei ihm in Oesterreich gewesen und soll damals ein Geschenk von 2000 Gulden empfangen haben.[2]

Der Empfang in Löwen war ein feierlicher. Es wurden Maximilian zu Ehren Spiele gefeiert. Er verblieb bis zum 11. August; an diesem Tage kam er nach Brüssel. Der Herzog von Cleve war ihm entgegengeritten und die Stadt illuminirte. Die Zünfte zogen ihm mit wallenden Fahnen entgegen, Strassen und Häuser waren mit Teppichen belegt und behängt.[3]

Am 16. verliess Maximilian Brüssel und ging nach Dendermond (Terremont). Daselbst verblieb er Sonntag den 17., um einem Fischerstechen beizuwohnen, und am 18. August ritt er in Gent ein.

Es war ursprünglich Brüssel zur Abhaltung des Beilagers bestimmt gewesen. Aber unterm 30. Juli hatte Dr. Maroltinger dem Herzog Maximilian geschrieben, dass die Frauen

---

[1] Fugger, cap. XXVI, p. 854—858.

[2] Lichnowsky VII, p. 190. — Vgl. Delepierre, Chronik, p. 43.

[3] Die vom Aufbruche aus Cöln an angeführten Daten sind entnommen Chmel, Mon. habsb. I. 49, p. 159 ff. Das Datum wurde nach den Festtagen bestimmt, mit kleinen aus der Sache sich ergebenden Correcturen.

wünschen, das Beilager solle in Gent stattfinden. Doch solle dieser Entschluss geheim bleiben und dann die Schuld entweder auf den Kaiser oder die Herzogin Margaretha gewälzt werden.[1] Maximilian beeilte sich, diesen Wunsch zu erfüllen.[2]

Er wurde in Gent mit grossen Ehren empfangen. Johann von Dadizeele, Grossvogt dieser Stadt, kam ihm mit fünfhundert Weissgekleideten zu Pferde entgegen. Auf den Fahnen waren Inschriften: „Tu es dux et princeps noster, pugna proelium nostrum" und „Et omnia quae dixeris nobis faciemus". Das Gefolge Maximilian's hatte die Trauer, die es bis jetzt um Karl den Kühnen getragen, abgelegt und prangte nun in Sammt und Seide in den burgundischen Farben, und es ist wohl zu glauben, dass die Deutschen ein gar stattliches Aussehen hatten.[3]

Gleich nach seiner Ankunft sendete die Herzogin zwei Gesandte an Maximilian mit der Nachricht, sie sei bereit, ihn zu empfangen.[4]

III. Kapitel.

Die Vermählung Maria's von Burgund mit Maximilian von Oesterreich.

Der Einladung Folge leistend, ritt Herzog Maximilian um 11 Uhr Nachts in die herzogliche Burg. Es war ein solches Gedränge des Volkes, dass er mit seinen Fürsten und Herren oft hin- und hergestossen wurde, und dass es ihm lange nicht möglich war, zu der Treppe zu gelangen. Endlich erreichte er dieselbe. Er wurde von den Damen begrüsst und nach Landesgewohnheit mit einem Kusse empfangen. Es ward ihm dann zu verstehen gegeben, wie und wo Maria eine Nelke bei sich verborgen hätte, die er, der Sitte folgend, zu suchen habe. Darnach begann er ganz züchtiglich mit zwei

[1] Chmel, Mon. I. 48, p. 157—158.

[2] Molinet, Chron. XLVI, p. 97.

[3] Fugger, Ehrenspiegel.

[4] Ebenda. Hier auch die ausführliche Beschreibung des Einzuges Maximilian's in Gent.

Fingern zu suchen und zu greifen, konnte dieselbe aber nicht finden, bis er auf den Rat des Bischofs von Trier der Jungfrau das Gewand geöffnet hatte.[1]

Weniger poetisch als die beiden Verlobten fassten die Räte die Situation auf; denn alsbald begann einer der älteren und machte viele Worte über die Morgengabe. Maximilian aber liess kurz begehren, es möge geschehen, wonach er gekommen sei, und so wurden die Ehepacten unterzeichnet.[2]

Dieselben enthalten im ersten Punkte das Gelöbniss der Eheschliessung, im zweiten die Bestimmungen wegen der Erbfolgerechte der Kinder in dem Länder- und Herrschaftsbesitze, im dritten die Erbansprüche der Kinder auf den beweglichen Besitz, im vierten die Bestimmungen wegen Anfertigung eines Inventars, im letzten Punkte die Bestimmungen über die Rechtskraft des Vertrages.[3]

Nach Unterzeichnung der Ehepacten schenkte Maximilian seiner Braut ein köstliches Kleinod, geschätzt auf 4000 Gulden; dann folgte ein Mahl, welches bis 1 Uhr währte. Um 2 Uhr kam Maximilian in seine Herberge.

Schon um 5 Uhr Morgens am 19. August ritt er wieder in die Burg zum Acte der Trauung, welcher in der Capelle der Burg stattfand. Ein Legat vollzog denselben.

Nach der Ceremonie gab Maximilian seiner Gemahlin 13 Goldstücke. Darnach knieten sie nieder und der Legat las die Messe. Während der Messe fanden verschiedene ceremonielle Handlungen statt. Zu beiden Seiten der Brautleute wurden brennende Kerzen von den Geldern'schen Kindern gehalten. Der Legat küsste Maximilian, dieser Maria. Als die Messe zu Ende war, biss der Legat in eine Semmel; Maximilian theilte dann dieselbe mit seiner Gemahlin und sie assen davon. Darnach tranken sie aus einem Becher roten Wein, zuerst Maximilian, dann Maria.

Nach vollzogener Trauung erhob sich das neuvermählte Paar und hielt sich fest umarmt, beide wurden blass aus

[1] Bericht der brandenburgischen Gesandten bei Minutoli, p. 516 f.

[2] Chmel, Mon. habsb. I. 49, p. 160.

[3] Dumont, C. D. III. 2. 9. — Schrötter, Staatsr. II. Theil, p. 252, Nr. 7. — Lichnowsky, Reg. VII, 2080. — Delepierre, Chron. 446.

Rührung. Dann umarmte die Herzogin Margaretha Maximilian mit den Worten: „Nun habt Ihr, wonach Euch so sehr verlangte."[1]

Maximilian war zur Trauung in silberner Rüstung erschienen. Anwesend waren die beiden Geldern'schen Kinder, die Gräfinen von Chimay und Winchester (Gruithusen) nebst ihren Gatten Philipp von Croy, Grafen von Chimay und dem Herrn von Gruithusen und die Herzogin Margaretha.

Die Braut war bekleidet mit einem weissen, stark mit Gold gestickten Damastkleide, mit einem Hermelinmäntelchen, goldenem Gürtel mit Edelsteinen, reichem Geldbeutel; auf dem Haupte trug sie die Krone von Burgund, geziert mit den seltensten Juwelen. Ihre Schleppe trugen Frau von Cleve-Ravestein und eine natürliche Tochter Philipp des Guten.[2] Nach der Trauung fand ein Gastmahl statt.[3]

Die nachfolgenden Tage wurden durch Spiel und Tanz gefeiert. So oft Herzog Maximilian in seine Kammer kam, fand er neue prächtige Anzüge.

In St. Peter's Abtei wurde er am 24. August mit dem Schwerte umgürtet und in St. Johann beschwor er die Freiheiten der Stadt Gent.

Neben dem Stuhl, auf welchem er bei der Eidesleistung sass, war ein mit Silberdraht umwundener Glockenstrang, an dem sollte er läuten. Da er es allein nicht vermochte, half ihm der Bischof von Trier; dann ritt er mit seinem Gefolge auf einen grossen Platz, auf welchem ihm die Genter huldigten und Treue und Gehorsam schwuren.

Damit waren die Feste zu Ende, denn die Not des Augenblickes machte ihre Rechte geltend, der Kriegslärm hallte bis in das Heim des neuvermählten Paares.[4]

---

[1] Lichnowsky VII, p. 192. — Excell. Chron. 191. Was die Angaben bezüglich des Legaten, welcher den Trauungsact vollzog, betrifft, verweise ich auf Lichnowsky. Er meint, dieselbe wurde von dem mit Legatengewalt ausgestatteten Erzbischofe von Trier, durch den Bischof von Gent oder den von Turnay vorgenommen. VII, p. 191. Anm. 224, p. 215, findet sich die Zusammenstellung der betreffenden Nachrichten.

[2] Lichnowsky VII, p. 191 f.

[3] Chmel, Mon. habsb. I. 1, p. 161.

[4] Ebenda, I, Nr. 49, p. 161 f.

Am Montag den 24. wurde der erste Kriegshaufe gegen Frankreich geschickt. Am Dienstag wurde Rat gehalten wegen der Bekämpfung Frankreichs, von den Gentern Geld und Mannschaft verlangt. Die Gäste ritten heim: so der Bischof von Metz, die brandenburgischen und die sächsischen Edlen, der Markgraf von Baden.

Und am selben Tage kam, gleichsam Trost bringend in die Trauer des Abschiedes und der harten Kriegsnot, eine Gesandtschaft der Eidgenossen mit gar freundlicher Botschaft. Dieselbe wurde eingeladen, den Hof, der sich am 27. August nach Brügge begab, dahin zu begleiten.

Der Empfang des neuvermählten Paares in dieser Stadt war enthusiastisch. Illumination, Teppiche, Flaggen und Inschriften zierten die Stadt. Am Thore prangte die Inschrift: „Benedictus qui venit in nomine domini."

Am Freitag den 28. schwuren die Bewohner Brügges den Eid der Treue.[1]

Verschiedene Münzen wurden geprägt zum Gedächtnisse dieser Vermählung. Eine mit den Bildern Maximilian's und Karl's des Kühnen und den Inschriften: „Maximilianus Magnanimus Archidux Austriæ Burgundiæ ætatis 19" und „Carolus Dei Gratia Dux Burgundiæ".

Dann eine mit dem Bilde Maria's und Maximilian's beide sich mit den Händen auf einen Schild stützend; auf der Aversseite trägt sie die Inschrift: „In Gottes Hand haben wir's gestellt." „In manibus Dei hoc nos reposuimus."[2]

In dieser Münze haben wir wohl das eigentliche Denkzeichen der Vermählung zu sehen.

Nun trat an Maximilian die Verpflichtung heran, nicht nur die Feinde von den Grenzen des Reiches abzuwehren, sondern auch erworbene Verdienste zu belohnen, ererbte Rechte anzuerkennen. Zahlreiche Urkunden beweisen seine Dankbarkeit, seine Waffenthaten aber die Sorge für sein erworbenes Reich.

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I, Nr. 49, p. 162.

[2] Marqu. Herrgott, II. I. Nummotheca.

An Rudolf de la Mark schenkt Maximilian für die der Herzogin von Burgund in Beschützung ihrer Rechte geleisteten Dienste das Erbe des ohne Nachkommen verstorbenen Johann von Lichtervelde.[1]

Am 2. September schenken Maximilian und Maria der Stadt Gent die Renten, welche sie zu zahlen hatte.[2]

Am 4. September bevollmächtigte Ludwig XI. seine Unterhändler bei Maximilian und Maria[3] und schon am 8. September waren die Vertragsstipulationen festgesetzt.[4]

Am 7. September stellten die drei Stände Flandern's die Unterwerfungs-Acte unter Herzog Maximilian aus.[5]

Am 15. September gab die Herzogin Margaretha von Burgund schriftlich das Gelöbniss der Treue.[6]

Am 17. September stellte Maria von Burgund einen Schenkungsbrief aus zu Gunsten Herzog Maximilian's, durch welchen sie demselben alle ihre Fürstentümer, beweglichen und unbeweglichen Güter zusichert, wenn sie kinderlos sterben sollte. Sie behält sich nur vor, Legate zu bestimmen bis zur Höhe von 200.000 Gulden. Den Kaiser bittet sie diese Verfügungen zu bestätigen; die Ihrigen beauftragt sie Maximilian, was dieses Erbe betreffe, in Nichts zu beirren.[7]

Am 18. September wurde der Waffenstillstand zwischen Burgund und Frankreich wirklich unterzeichnet.[8]

Freilich waren noch nicht alle Gefahren beschworen. Vergebens mahnte der Kaiser, dass die Grafschaft Burgund sich loszureissen suche.[9] Das gesammte Erbe Maria's sollte nicht in die Hände Maximilian's kommen.

Im October wurde die Zahlungs-Anweisung für den Bischof von Metz ausgefertigt. Er erhielt 3000 Gulden rheinisch für seine Auslagen und 2000 Gulden Pension.[10]

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I, Nr. 50, p. 164—165.
[2] Lichnowsky, Reg. VII, 2082.
[3] Gachard, Bibl. Paris I, p. 346 X.
[4] Gachard, ebenda, p. 348 VI.
[5] Lichnowsky, Reg. VII, 2083.
[6] Lichnowsky, Reg. VII, 2084.
[7] Chmel, Mon. habsb. I, Nr. 52, p. 166—168.
[8] Chmel, Reg. 7146.
[9] Chmel, Mon. habsb. I. 53, p. 168—169.
[10] Ebenda, I. 54, p. 169—170.

Am 2. November nahm Maximilian das Hennegau in Besitz namens seiner Gemahlin.[1]

Früh hatte er Gelegenheit zu lernen, wie schwer es sei, die Niederlande zu regieren. Schon am 5. November scheinen die Genter wieder eine kleine Emeute in Scene gesetzt zu haben.[2]

Mit Ende November fand auch der Conflict zwischen dem Kaiser und Mathias Corvinus eine vorläufige Beilegung.[3]

Herzog Sigmund scheint von seiner Forderung der Belehnung mit Burgund und Mailand abgestanden zu sein und sich mit dem erzherzoglichen Titel begnügt zu haben.[4]

Dem Protonotar Georg Hesler ward am 13. Jänner 1478 der Cardinalshut als Lohn seiner Bemühungen.[5] Auch sonst blieb ihm der Kaiser gewogen und wirkte zu seinem Vortheile.[6]

Was das Haus Oesterreich durch diese Heirat gewonnen, es zeigte sich erst in den folgenden Jahrzehnten. Die österreichische Politik, die Politik Friedrich's III. hatte einen eclatanten Sieg erfochten trotz aller Feinde und Widersacher, trotz der unbesiegbar scheinenden Hindernisse, welche der Tod Karl's des Kühnen dem Kaiser noch im letzten Augenblicke in den Weg warf, als er sich schon am Ziele glaubte. Mit Recht konnte der österreichische Chronist Bonstetten ausrufen: „O quam felix et sanctum connubium. O quam pulchrum spectaculum. O quam lucida visio et delectabilis germaniæ visendum."[7]

[1] Lichnowsky, Reg. VII, 2109.

[2] Gachard, Notices, p. 41.

[3] Chmel, Mon. habsb. II, p. 117—119 und p. 119—122. — Kurz, Friedrich IV., Beilage XLIII, p. 258—262.

[4] Chmel, Mon. habsb. II, p. 214—215.

[5] Ebenda, III, p. 447, Nr. 17.

[6] Ebenda, II, p. 351—352.

[7] Ebenda, III. LX, p. 157 ff.

Beilagen.

I.

Tagebuch für die Zusammenkunft in Trier.

Juni.

2\. Augsburg. Bischof Georg von Metz empfängt auf dem Weinmarkte seine Lehen vom Kaiser. — Chmel, Chronik, p. XVII.

10\. Augsburg. Der Kaiser verleiht dem Herzoge Albrecht von Baiern die Landvogtei Ober- und Niederschwaben auf Wiederlösung. — Lichnowsky, Reg. VII. 1691.

Karl der Kühne beginnt mit seinem Zuge nach Moervelt bei Elsem in Geldern die Besitzergreifung dieses Landes. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 377.

14\. Kaiser Friedrich verlässt Augsburg und begibt sich nach Ulm (von Ulm nach längerem Aufenthalte nach Baden). — Chmel, Habsburger Chronik, p. XLIX.

18\. Venlo. Während der Belagerung empfängt Karl eine Gesandtschaft des Papstes, Gesandte Venedigs u. A. — Godefroy-Commines III, Extrait d'une ancienne chronique 377.

20\. Karl der Kühne kauft vom Herzoge Gerhard von Jülich dessen Ansprüche auf Geldern und Zütphen um 80.000 Gulden. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 377.

24\. Städtetag zu Frankfurt. — Chmel, Chronik XXIV.

25\. Ulm. Willebrief des Kurfürsten Ruprecht von Cöln. — Chmel, Reg. II. 6746.

Juli.

1\. Baden. Der Kaiser verweilt den ganzen Juli hier. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

3. Karl der Kühne beginnt die Belagerung von Nimwegen, empfängt Gesandtschaften des Papstes, Ungarns und Venedigs. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 378.

15. Städtetag zu Esslingen. — Chmel, Chronik XXIV.

19. Karl der Kühne erobert Nimwegen. — Godefroy-Commines III, Extrait d'une ancienne chronique 378.

24. Herzog Nicolaus von Calabrien-Lothringen stirbt. — Dupont-Commines I, p. 224, Note.

27. Baden. Der Kaiser belehnt den Bischof von Strassburg. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

August.

1. Städtetag zu Speyer. — Chmel, Chronik XXIV.

Karl der Kühne empfängt den Bischof von Münster im Lager vor Elten. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 379.

2. Baden. Der Bischof von Eichstädt und Polens Gesandte treffen ein. Der Kaiser war mit der cölnischen Angelegenheit beschäftigt. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

4. Karl der Kühne empfängt den Erzbischof von Cöln in Zütphen. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 379.

6. Karl der Kühne empfängt den Erzbischof von Utrecht in Zütphen. — Ebenda.

12. Baden. Der Kaiser wollte abreisen, blieb aber. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

14. Karl der Kühne empfängt in Nimwegen Gesandte des Kaisers. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 379.

16. Baden. Der Kaiser reist nach Strassburg. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Strassburg. Der Kaiser zieht in Strassburg ein. — Code historique et diplomatique de la ville de Strassbourg I. 2, p. 206.

Karl der Kühne regalirt die kaiserlichen und päpstlichen Gesandten in Nimwegen. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 379.

17. Strassburg. Der Kaiser verweilt hier bis 27. August. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.
22. Karl der Kühne kommt nach Aix in Begleitung der Gesandtschaften des Papstes, Kaisers, Polens, Lothringens. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 380.
24. Gabr. Tetzel bringt die abschlägige Antwort der Städte wegen Türkenhilfe dem Kaiser nach Strassburg. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.
27. Strassburg. Der Kaiser verweilt hier bis an diesen Tag und zieht an demselben weiter nach Freiburg. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.
28. Der Kaiser in Freiburg.

Karl der Kühne regalirt den kaiserlichen Gesandten in Harlen St. Laurent, Grafschaft Psalme. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 380.
29. Karl der Kühne regalirt die Gesandten des Kaisers, Polens und Lothringens in Lymorly. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 380.
31. Während des Monates August fanden Conferenzen statt zwischen burgundischen und französischen Räten wegen Herstellung des Friedens. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 380.

September.

1. Karl der Kühne kommt nach Arlon in Luxemburg, mit ihm die Gesandten des Kaisers, des Papstes und Andere. Die Geldern'schen Kinder verabschiedet er dort. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 380.
2. Freiburg. Der Kaiser verleiht ein Privilegium. — Chmel, Reg. II, 6785.
3. Freiburg. An diesem Tage wollte der Kaiser abziehen. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.
5. Für diesen Tag wird die Zusammenkunft in Trier verabredet. — Ebenda.
6. Karl der Kühne kommt nach Luxemburg, wo sich die

erwähnten Gesandtschaften finden und jene von Metz, Venedig, Trier, Lothringen und dem Pfalzgrafen. — Er schickt nach Antwerpen, um gold- und silberdurchwirkte Kleider einkaufen zu lassen und lässt dieselben nach Metz schicken. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 380.

7. Basel. An diesem Tage war der Kaiser bereits hier. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

9. Basel. Es kommen der Probst von Brüxen und Peter von Hagenbach als Gesandte Karl's, mit ihnen die kaiserlichen Gesandten Sulz und Keller. Der Kaiser verlässt Basel, um in's Elsass zu gehen. Verhandlungen mit den Eidgenossen. — Ebenda. Knebel, Chronik I. 1 ff.

18. Kaiser Friedrich reitet in Metz ein. — Vigneulles, p. 6—7.

21. Für diesen Tag wird ein Reichstag nach Augsburg ausgeschrieben, der nicht zu Stande kommt. — Chmel, Chronik LXXVII.

26. Metz. Der Kaiser verlässt die Stadt mit seinem Gefolge. — Chmel, Mon. habsb. I. 10, p. 44.

27. Metz. Der Kaiser verlässt die Stadt. Vigneulles, p. 6—7.

28. Trier. Der Kaiser hält seinen Einzug. — Chmel, Mon. habsb. I. 16, p. 59—62. Ebenda I. 15, p. 54. Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

29. Trier. Der Kaiser hält seinen Einzug. — Freher-Struve II, p. 302—305.

Karl der Kühne verlässt Luxemburg und geht nach Makeren. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

30. Trier. Einzug Karl's des Kühnen in die Stadt. — Chmel, Mon. habsb. I. 15, p. 54; I. 16, p. 59—62; Freher-Struve II, p. 302—305; Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit. Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

October.

1. Kaiser und Herzog haben keine Zusammenkunft. — Chmel, Mon. habsb. I. 16, p. 59—62; I. 15, p. 54; Freher-Struve II, p. 302—305.

Karl der Kühne empfängt den Erzbischof von Trier, Grafen von Katzenellenbogen, Markgrafen von Baden u. A. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

2. Herzog Karl der Kühne besucht den Kaiser. — Chmel, Mon. I. 15, 16; Freher-Struve; Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Karl der Kühne besucht den Kaiser in Begleitung der Bischöfe von Lüttich, Utrecht, Trier. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

3. Karl der Kühne holt den Kaiser ab zu einem Besuche in St. Maximin. — Chmel, Mon. habsb. I. 16, p. 59—62; Freher-Struve II, p. 302.

Verhandlungen wegen der Türkenhilfe und wegen Einigung zwischen Burgund und Frankreich. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Den Kaiser begleiten Maximilian, sein Sohn, und die Fürsten: Erzbischof von Mainz und Trier, Ludwig Herzog von Baiern, Albrecht von München u. A. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

4. Herzog Karl ladet Kaiser und Fürsten zu einem Feste. — Chmel, Mon. habsb. I. 15, p. 54—59.

Herzog Karl besucht den Kaiser und verweigert die Türkenhilfe. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Die deutschen Fürsten besuchen Karl den Kühnen. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

5. Im kaiserlichen Rate wird beschlossen, nicht mehr persönlich, sondern durch Bevollmächtigte zu unterhandeln. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

6. Karl besucht den Kaiser. Verhandlungen wegen der Türkenhilfe. — Bader, Gesandtschaftsberichte, Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Karl besucht den Kaiser in Begleitung der Bischöfe von Lüttich und Utrecht. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 381.

7. Herzog Karl gibt ein festliches Mahl. — Chmel, Mon. I. 16, p. 61; Diebold-Schilling, 87- 90; Chmel, Mon. I. 15, p. 54—58; Freher-Struve II; Bader, Gesandtschaftsberichte;

Kosten 1117 f. 14 s. 7 d.; Godefroy-Commines III, ancienne chronique.

8. Der Kaiser besucht den Herzog. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

Verhandlungen wegen der Türkenhilfe. — Bader, Gesandtschaftsberichte; Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

9. Der Kaiser besucht den Herzog. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

Wilhelm und Albrecht von Sachsen bevollmächtigen ihre Gesandten zum Reichstage. — Müller R. Th., p. 603—604.

10. Der Herzog besucht den Kaiser. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

11. Der Herzog empfängt Besuche deutscher Fürsten. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

12. Der Herzog empfängt die Besuche deutscher Fürsten (Mainz und Trier). — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

Der Reichstag vom 21. September, auf diesen Tag anberaumt, kommt nicht zu Stande. — Chmel, Chronik LXXVII.

13. Karl der Kühne empfängt die Fürsten (Mainz und Trier). — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

14. Kaiser und Herzog besuchen sich gegenseitig am 14., 15. und 16. — Ebenda.

15. Vide 14.

16. Vide 14. — Es fanden Verhandlungen statt zwischen den Gesandten Sigmund's und Karl dem Kühnen. — Chmel, Mon. habsb. I. 11, p. 45.

17. Karl der Kühne empfängt den Herzog Stephan von Baiern. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

18. Eine Gesandtschaft des Mathias Corvinus kommt nach Trier. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

Herzog Albrecht von München verlässt Trier (Segesser, Abschiede II. Nr. 722) und geht nach Heidelberg und Strassburg. — Bader, Gesandtschaftsberichte; Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Karl der Kühne veranstaltet ein glänzendes Turnier, dem der Kaiser beiwohnt. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique.

19. An diesem und den folgenden Tagen empfing Karl der Kühne Besuche der deutschen Fürsten. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382.

22. Der Kaiser unterhandelt durch Werdenberg mit Trier wegen Einstellung der Bezahlung für die Verpflegung. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

23. Karl der Kühne besucht den Kaiser und formulirt seine Forderungen als Ultimatum. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

24. Die Burgunder ziehen in's Trierer Gebirge, werden aber „hinter sich" getrieben. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

26. Es kommt eine Botschaft vom Herzoge von Bretagne und man spricht, der König von Frankreich sende eine an den Kaiser. Es entsteht eine blutige Rauferei zwischen kaiserlichen und trierischen Leuten. — Ebenda.

27. Karl der Kühne lässt einen Diener des Königs von Frankreich und einen Priester aus dessen Diensten tödten. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

28. An diesem Tage sollte zwischen kaiserlichen und burgundischen Räten ein Vertrag und Abschied aufgerichtet werden. — Bader, Gesandtschaftsberichte; Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

30. Karl der Kühne lässt seine Zelte abbrechen und wegschicken. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

Es finden Verhandlungen statt zwischen den Gesandten des Herzogs Sigmund und Burgunds. — Chmel, Mon. I. 11, p. 46.

31. An diesem Tage wollte Karl abreisen. — Bader, Gesandtschaftsberichte; Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit.

Der Herzog befiehlt, dass Alles reisefertig sei. Er besucht die Messe, um nach derselben Trier zu verlassen. Der Kaiser besucht ihn. Verhandlungen von 4 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags. Es kommt zu einer Verständigung. Der Kaiser besichtigt den Trierer Marktplatz wegen Abbruch der Buden zur feierlichen Belehnung mit Geldern. Die Sache wird vertagt bis 2. November. — Segesser, Abschiede II, 722.

Die beabsichtigte Abreise und die Beratung werden ebenfalls gemeldet. — Chmel, Mon. habsb. I. 11, p. 48.

Der Besuch des Kaisers und der deutschen Fürsten wird gemeldet. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 382—383.

November.

1. Der Kaiser hört die Messe. Die Abreise des Herzogs ist noch immer nicht vollständig aufgegeben. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.

   Am 1., 2. und 3. besuchen die deutschen Fürsten den Herzog. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 383.

2. Vide 1. An diesem Tage sollen die Verhandlungen mit dem trierischen Rate stattfinden wegen Abräumung der Marktbuden zur Errichtung des Lehensstuhles. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722.
3. Brief Friedrich des Siegreichen an die Eidgenossen. — Segesser, Abschiede II, Nr. 722. Vide 1.
4. Der Kaiser belehnt auf dem Marktplatze zu Trier Karl den Kühnen mit Geldern. Die Ceremonie dauert eine Stunde. Zwei Tage später werden die Briefe ausgefertigt. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 383.
6. Der Erzbischof von Mainz fertigt die Lehensbriefe für Geldern aus und erhält hiefür 1200 Gulden. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 383.
7. Karl der Kühne besucht den Kaiser. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique.

   Der Augsburger Reichstag, auf diesen Tag verlegt, kam nicht zu Stande. — Chmel, Chronik LXXVIII.

9. Karl der Kühne besucht den Kaiser. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique.
10. Karl der Kühne besucht den Kaiser. — Ebenda.
11. Oswald Graf von Thierstein kommt namens des Herzogs Karl von Burgund nach Mühlhausen, um Gehorsam zu fordern. — Knebel, Chronik I, p. 13.
12. Karl der Kühne besucht den Kaiser. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique.
13. Schreiben des Kurfürsten Albrecht von Brandenburg über die Vorgänge in Trier. — Müller, R. Th., p. 597—598.

    Ein Schreiben des Kanzlers Hugonet aus Trier. — Gachard, Bibliothèque Paris I, p. 346 VII.

14. Maximilian besucht Herzog Karl, um den Papagei zu sehen.

Karl empfängt festlich die Gesandten Lothringens. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique.

Fälschliche Nachricht von der Krönung Karl's bei Knebel, Chronik II, p. 13.

16. Herzog Karl entlässt Boten. — Chmel, Mon. I. 11, p. 48.

19., 20., 21., 22. Karl der Kühne veranstaltet Feste zu Ehren vieler Fürsten, der deutschen Kurfürsten, der Gesandten Dänemarks und des Herzogs der Bretagne. — Godefroy-Commines II, ancienne chronique.

24. Der Kaiser notificirt den Fürsten seine Abreise. — Chmel, Mon. habsb. I. 11, p. 48.

Es findet von 6—12 Uhr Nachts eine Conferenz der kaiserlichen und burgundischen Räte statt.

Die Gesandten Herzog Sigmund's nehmen von Karl dem Kühnen Abschied. — Chmel, Mon. habsb. I. 12, p. 49—51.

25. Der Kaiser verlässt Trier. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 12, p. 51.

Genaue Nachricht über die Abreise des Kaisers. — Chmel, Mon. habsb. I. 13, p. 51—52.

Karl der Kühne verlässt nach dem Speisen Trier und geht nach Makeren in Luxemburg. — Godefroy-Commines III, ancienne chronique 383.

II.

Excurs über die Datirung der Actenstücke zur burgundischen Heiratsangelegenheit für die Zeit von 1469 bis zur Fortsetzung der Verhandlungen in Trier.

1.

1469. 9. Mai. St. Omer. Verträge zwischen Herzog Karl von Burgund und Herzog Sigmund von Oesterreich-Tirol wegen Ueberlassung der Pfandlandschaften. — Fontes rer. austr. II. Abtheilung. Diplomata et acta. II. Band. Stücke XXXVIII, XXXIX, XL, p. 223—236, und Chmel, Mon. habsb. I, p. 3—8.

2.

1469. August. Haag. Traité de George Roy de Bohème pour faire élire Roy des Romains Charles Duc de Bourgogne. — Godefroy-Commines IV, p. 378—381.

Das in diesem Actenstücke citirte Beglaubigungsschreiben Stein's ist vom 2. Juli 1469 datirt, daher die Anwesenheit Georg's von Stein, des beglaubigten Unterhändlers in Haag, (frühestens) Ende Juli 1469 möglich, also nachdem Herzog Sigmund den burgundischen Hof verlassen hatte. Der Abschluss des Vertrages muss aber noch vor dem 3. September 1469 erfolgt sein, wie aus dem nachfolgenden Actenstücke sich ergibt. Das Datum der Urkunde steht demnach zwischen Ende Juli und 3. September, also August 1469.

3.

1469. 3. September. Haag. Brief Herzog Karl's an Herzog Sigmund, in der Streitsache wegen Tann, mit einer Empfehlung des Georg von Stein. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. B., p. 9.

4.

1470. Jänner. — ? Werbung Georg's von Stein in Sachen Burgunds beim Markgrafen von Brandenburg. — Fontes rer. austr. II. Abtheilung. Band XX. 508, p. 616—619.

5.

1470. Jänner. — ? Instruction Herzog Sigmund's für seine Abgesandten: Ulrich von Fruntsberg und Ludwig von Masmunster zu Kaiser Friedrich III. (IV.) — Chmel, Mon. habsb. I. 2. 23, p. 131 ff.

6.

1470. Mitte. — ? Kaiser Friedrich über eine Verbindung mit Burgund, deren Vermittlung Herzog Sigmund übernommen. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 4, p. 20—24.

7.

1470. 26. September. Innsbruck. Herzog Sigmund von Oesterreich an Herzog Karl von Burgund. — Chmel, Mon. kabsb. I. 1. 1. D., p. 10—13, gleichlautend mit I. 1. 7, p. 25—28 ebenda, so dass dieses Actenstück nur als Uebersetzung des zweitgenannten erscheint, worauf übrigens schon anderwärts hingewiesen wurde.[1] Demnach ist es ein Irrtum, wenn Chmel das zweite Actenstück in's Jahr 1473 setzt.

Die Datirung der Actenstücke Nr. 5 und 6 fusst auf dem Datum des Stückes Nr. 7. Denn in dem Actenstücke Nr. 5, der Instruction Herzog Sigmund's für seine Abgesandten Ulrich von Fruntsberg und Ludwig Masmunster zu Kaiser Friedrich III., ist die Rechtfertigung des Pfandgeschäftes enthalten und der Vorschlag der

[1] Lindner, die Zusammenkunft in Trier 1473. Dissertation 1876 Greifswalde.

burgundischen Heirat. Das Actenstück Nr. 6, die Antwort des Kaisers auf diesen Vorschlag, bildet die Grundlage des Actenstückes Nr. 7, des Briefes, worin Herzog Sigmund diese Antwort des Kaisers dem Herzoge Karl mittheilt. Der Beweis hiefür wurde durch Zusammenstellung und Vergleichung der beiden Texte bereits früher erbracht.

8.

1471. 15. Jänner. — ? Schreiben Herzog Karl's von Burgund an Herzog Sigmund von Oesterreich. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. E., p. 13—14.

9.

1471. Nach dem 15. Jänner. — ? Schreiben (Memoriale) des Markgrafen Rudolf von Hochberg an Herzog Sigmund von Oesterreich. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 8, p. 28—30.

Das Actenstück Nr. 9, bildet eine Ergänzung zu dem vorausgehenden Nr. 8, dem Briefe Herzog Karl's. Das ergibt sich bei einer genauen Vergleichung seines Inhaltes sowohl mit dem Briefe Karl's als auch mit dem bisherigen Gange der Verhandlungen. Am deutlichsten spricht dafür die Beziehung auf die Ablehnung, welche das burgundische Project seitens des Kaisers erfahren hat. Es ist dies die Stelle: Item, wollte .... sein kaiserlich Gnad auf der letzten Meinung bleiben .... er hätte solches nicht zu thun mit der Entschuldigung als jetzt durch Eurer Botschaft und in Eurer Schrift gelautet hat, u. s. w. Der abweisende Bescheid war in der Antwort des Kaisers und demnach auch in jener Sigmund's begründet mit den Worten: „Aber sein kaiserlich Gnad hab in die Sachen gesehen mit Fleiss, darinnen Rath gehalten, und weniger Ursach funden damit sein kaiserlich Gnad dem heiligen Reich und den Kurfürsten und Fürsten des Reiches also verpunden, gewantt und verpflicht, dadurch Solches, so er von Reichswegen begehrt hat, nicht möglich noch in einigerlei Weg sein kaiserlich Gnad zu thun sei." Darum schickt Hochberg „eine wahrliche Abschrift .... wie denn solichen Sachen im heiligen Römischen Reich gehandelt sind worden vor Zeiten."

10.

1471. 11. Juli. Regensburg. Kaiser Friedrich erklärt, dass die Ernennung Karl's von Burgund zum Schirmherrn des Klosters St. Maximin bei Trier, diesem Erzstift keinen Eintrag machen soll. — Chmel, Reg. Nr. 6272. Lichnowsky, Reg. Nr. 1544.

11.

1472. Beginn. — ? Herzog Sigmund an Herzog Karl wegen der Eidgenossen. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 6, p. 25.

12.

1472. Mai. — ? Instruction de Charles Duc de Bourgogne à ceux qu'il devoit envoyer vers le Duc Sigismond d'Autriche. — Godefroy-Commines IV, p. 392—405.

13.

1472. 13. Juni. Mons. Promesses mutuelles de mariage de Marie de Bourgogne et de Nicolas Duc de Calabre. — Godefroy-Commines IV, p. 386—388. Die Verpflichtung des Herzogs, ebenda, p. 388; das am 25. Mai 1472 abgeschlossene Bündniss zwischen Herzog Karl und Herzog Nicolaus, ebenda IV, p. 381—386.

14.

1472. 28. Juli. Bregenz. Burgundi Botschaft anbringen zu Bregenz an Herzog Sigmund. — Chmel, Mon. habsb. I, p. 14.

Es handelt sich hier vornehmlich um die Bestimmung der Zeit, in welcher das Actenstück Nr. 12, die Instruction Herzog Karl's abgefasst wurde. Diese Urkunde wurde zuerst veröffentlicht von den Godefroy's in der von ihnen veranstalteten Commines-Ausgabe. Statt des Datums trägt dort die Urkunde die Bemerkung: „Sans datte mais que l'on croit estre de la fin de l'année 1472." Weiters wird versucht, dieses Datum gegen eine einzige textliche Schwierigkeit, die vorhanden ist, zu vertheidigen. Denn bei den Worten der Instruction: „Item, et pource que en l'an passé mondit Sr. Otherice estant lors à Hesdin" findet sich die Randbemerkung: „Il y estoit en

l'année 1469, ce qui pourrait faire juger que cette instruction est de l'an 1470 cependant on croit qu'elle est de la fin de l'année 1472, et que ces mots „en l'an passé" marquent seulement que l'année au la première proposition du mariage avoit été faite, etoit expirée."

Segesser wird zuerst auf Grund eines ihm vorgelegenen Actenstückes zur Meinung gebracht, dass die von Godefroy gewählte Datirung vielleicht nicht richtig sei. Er macht die Bemerkung, dass diese Instruction aus dem Jahre 1470 stamme.[1] Darnach hat der bekannte Biograph Karl's des Kühnen, Foster Kirk, die Meinung aufgestellt und zu beweisen versucht, dass diese Instruction in den Monat Mai 1470 zu setzen sei.[2] Beide fanden Anhänger und Vertheidiger ihrer Ansichten.

Wir haben also zunächst zu untersuchen, ob Mai oder Mitte 1470 eine Lücke in dem vorhandenen Urkundenmateriale sich ergibt, wo diese Instruction einzuschalten wäre, oder in welche Periode der Verhandlungen sie überhaupt passt. Dann haben wir den Inhalt der Instruction selbst zu prüfen, zunächst mit Rücksicht darauf, welche Thatsachen angeführt werden, aus denen sich Anhaltspunkte für die Abfassungszeit gewinnen lassen, und dann hinsichtlich des Umstandes, ob der übrige Inhalt dem so gewonnenen Datum nicht widerspricht.

Ein Blick auf unser Urkundenverzeichniss zeigt, dass aus dem Anfange des Jahres 1470 die Instruction Herzog Sigmund's für seine Abgesandten an den Kaiser und aus der Mitte des Jahres 1470 die Antwort des Kaisers auf die durch Sigmund übermittelten Anträge vorliegt. Man müsste also die Instruction Karl's entweder vor jene Sigmund's oder zwischen diese und die Antwort des Kaisers setzen und in diesem Falle annehmen, dass nach der Gesandtschaft Ulrich's v. Fruntsberg und Ludwig's v. Masmunster, noch eine andere von Herzog Sigmund an den kaiserlichen Hof geschickt wurde. Das wird nun auch thatsächlich behauptet.[3] Aber schon eine flüchtige

---

[1] Segesser, Abschiede II, Seite 406.

[2] F. Kirk, Charles the bold II, p. 178, Note 23.

[3] Vgl. Lindner, die Zusammenkunft u. s. w, p. 30.

Vergleichung des Inhalts der Antwort des Kaisers an Sigmund und der burgundischen Instruction ergibt, dass beide Actenstücke in keinem inneren Zusammenhange stehen, was doch in beiden angenommenen Fällen stattfinden müsste. Wir verweisen diesbezüglich auf unsere Ausführungen in der Abhandlung selbst. Es ist in der Antwort des Kaisers auch nicht die geringste Beziehung auf die in der burgundischen Instruction aufgeworfenen Detailfragen.

Die Antwort des Kaisers übermittelt Herzog Sigmund mit einem Briefe vom 26. September 1470[1] dem Herzoge Karl. Dass die burgundische Instruction überhaupt nicht vor der Instruction Kaiser Friedrich's IV. an Herzog Sigmund und somit auch nicht vor dem, vom 26. September 1470 datirten Briefe Sigmund's an Herzog Karl, und weiters nicht vor dem 15. Jänner 1471, unter welchem Datum Karl diesen Brief beantwortet, abgefasst, respective benützt worden sein kann, ergibt sich auch aus dem Gange der Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkte, in welchem der Kaiser seine Ansichten über das burgundische Project in Form der erwähnten Instruction an Herzog Sigmund kund gibt. Am besten unterrichtet werden wir über diese Vorgänge aus der Instruction Herzog Sigmund's für seine Gesandten an den Kaiser, die eine genaue Erzählung des ganzen Herganges enthält. Sie beginnt mit einer Rechtfertigung des Pfandgeschäftes vor dem Kaiser. Benützt hiezu wird die Erzählung der Abweisung, welche Herzog Sigmund am französischen Hofe erfahren und wie er sich dann, um nicht in's Gerede der Leute zu kommen, gegen Burgund gewendet. Dort fand er freundliche Aufnahme und ein offenes Ohr für sein Hilfegesuch gegen die Schweizer. Denn es ist wohl zu beachten und erhellt aus der Instruction ganz deutlich, um Hilfe gegen die Schweizer zu suchen und nicht um seine Lande zu verpfänden, hat Herzog Sigmund die Reise an den französischen Hof unternommen und sich nach Fehlschlagen seiner

---

[1] Chmel, Mon. habsb. I. 1. 1. D., p. 10 und I. 1. VII, p. 25.

auf Frankreich gesetzten Hoffnungen, an den burgundischen Hof gewendet. Die Abtretung der Pfandlandschaften ist ein burgundisches Project, wie Sigmund selbst erzählt, und wir haben keine Ursache, anderer Meinung zu sein.

Nachdem die Pfandschaftsangelegenheit in der Instruction abgehandelt ist, folgen die Vorschriften, wie die Gesandten das Project der burgundischen Heirat dem Kaiser vorzutragen haben. Wieder geht Herzog Sigmund ganz pragmatisch vor, indem er dem Kaiser eine Erklärung seiner Metamorphose aus einem Anhänger Louis' XI. in einen Freund Karl's des Kühnen geben lässt. Es ist in der Instruction von den Bedingungen, unter denen Burgund in die Verbindung willigt, überhaupt nicht die Rede. Nur aus einer Stelle kann man schliessen, dass Ludwig von Masmunster mündliche Instructionen hierüber hatte. Das war nun um so leichter möglich, als ja zunächst nur das eine Postulat, der Erhebung Karl's des Kühnen zum römischen Könige aufgestellt war, und das Vorbringen dieser Bedingung eben keiner eingehenden Instruction bedurfte. Die Stelle lautet: „vil merklich Ursach halben darin angesehen die du Ludwig von Masmunster wol weisst, nemlich des falls halb so geschehen möcht, wie auch der von Burgundi ein Glied des heiligen Reiches sei." Bei genauer Erwägung dieser Stelle kann an dem Gesagten nicht leicht gezweifelt werden, und etwaige Zweifel verwischt eben die Antwort des Kaisers, die selbständig detaillirte Heiratsbedingungen entwickelt, ohne die geringste Rücksicht auf die Vorschläge, die in der in Rede stehenden burgundischen Instruction enthalten sind, was nicht denkbar wäre, wenn die burgundischen Vorschläge eben damals schon vorgelegen wären.

Als dann Herzog Sigmund den burgundischen Hof verlassen hatte, kam Stein, der Unterhändler Podiebrad's, und machte seinen Pact mit Karl, begab sich dann an den Hof Sigmund's und nach seinem Abgange von dort schickte Sigmund seine Gesandtschaft an den Kaiser. Denn so schreibt Sigmund an Herzog Karl: „Eur lieb tun wir zu wissen, auf den abschid so eur

Rete hie von uns abgeschaiden sind, daz wir uns zu Stund an zu unserm lieben Herrn und Vettern dem Römischen Kaiser gefügt."

Den Brief Sigmund's vom 26. September 1470 beantwortet Karl der Kühne am 15. Jänner 1471; dann folgt das Memoriale des Markgrafen Rudolf von Hochberg, überbracht durch den Gesandten Rumblang; dann die Exemtion des Erzstiftes in Trier vom 11. Juli 1471; dann die Gesandtschaft des Markgrafen von Baden-Rötheln am 10. December 1471; dann die Klagen Herzog Sigmund's am burgundischen Hofe in der Fastenzeit 1472[1] über die Eidgenossen und endlich die bezügliche Antwort Karl's des Kühnen in dem Vortrag seiner Gesandten am Hofe zu Bregenz, am 28. Juli 1472[2].

Und obwohl nun vor dem 28. Juli 1472 die Verlobung Maria's mit Herzog Nicolaus von Calabrien-Lothringen am 13. Juni vollzogen wurde, muss doch die Behauptung aufgestellt werden, dass die in Rede stehende Instruction zur Instruirung der am 28. Juli 1472 in Bregenz Vortrag haltenden Gesandtschaft abgefasst wurde. Diese Behauptung fusst zunächst auf dem rein äusserlichen Momente, dass ein Theil der Instruction mit dem Vortrage übereinstimmt.

Zuerst wird in dem Vortrage auf eine Gesandtschaft Herzog Sigmund's hingewiesen, „sammt einem memorial und Geschrifft geschickt . . . dann besunder der Aitgenossen halben." Unter „Geschrifft" ist wohl das Begleitschreiben des Herzogs zu verstehen. (Chmel, Mon I. 1. VI, p. 25.)

Die Instruction schreibt den Gesandten vor, zuerst Bezug zu nehmen auf die Gesandtschaft Herzog Sigmund's und auf deren in Brügge gehaltenen Vortrag, über das Vorgehen der Eidgenossen gegen Oesterreich. Sodann wird in der Instruction dieser Vortrag, der ganz die Form eines Memorials hat, recapitulirt. Er ist

[1] Das Datum ergibt sich aus dem Inhalte des Vortrages der Gesandten am 28. Juli 1472.

[2] Chmel, Mon. habsb. I, p. 14.

eine Aufzählung der Kämpfe und Ereignisse in chronologischer Reihenfolge.

Sodann wird in dem Vortrage auf die Verhinderung des Herzogs von Burgund durch die Kriegsläufe in Frankreich, zu Gunsten Herzog Sigmund's einzuschreiten, hingewiesen.

Das Gleiche enthält die Instruction. Nur ist in derselben auch der Vertrag mit Eduard IV. von England erwähnt, was wohl keinen wesentlichen Unterschied begründet.

Dann rät der Vortrag Unterhandlungen mit den Schweizern an.

Ebenso die Instruction.

Sodann zählt der Vortrag die Massnahmen auf, die nötig wären, falls es wirklich zum Kriege käme.

Ebenso die Instruction.

Auch das Detail ist hier vollkommen übereinstimmend.

Damit schliesst der Vortrag, nicht so die Instruction, in der nun die Vorschläge bezüglich der Heirat Maximilian's und Maria's folgen, die wir in der Abhandlung angeführt haben.

Was kleinere Abweichungen zwischen den Texten des Vortrages, einem deutschen Actenstücke, und der Instruction, einem französischen, betrifft, glauben wir schon jetzt auf einen Umstand verweisen zu sollen, der uns auch sonst noch bemerkenswert scheint — die Instruction ist eben nur ein Concept. Ausdrücklich bemerkt Denys Godefroy, der das Actenstück zuerst publicirte, am Schlusse: „Collationé sur la minutte."

Wir haben nun weiter zu untersuchen, welche Thatsachen in der Instruction angeführt werden, aus denen sich Anhaltspunkte oder Beweise für die Richtigkeit der von uns aufgestellten Behauptung, dass die Instruction vor dem 28. Juli 1472 abgefasst sei, gewinnen lassen.

In der Instruction wird auf die Anwesenheit der Gesandten Sigmund's am burgundischen Hofe in Brügge hingewiesen.

Karl verweilte in Brügge vom 24. Jänner bis 5. Mai 1472 mit kurzen, kaum eintägigen Unterbrechungen.

(Vgl. Extrait d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines, p. 367—368.)

In der Instruction heisst es, dass Herzog Karl sich zu seiner Entscheidung Frist genommen bis zum 1. Mai. Auch das stimmt insofern überein, als die Gesandtschaft am 28. Juli Vortrag hält am Hofe zu Bregenz.

In der Instruction heisst es:

Item remonstreront à mondit Sr. d'Otherice et declaireront l'estat et disposition des affaires de mondit Sr. le Duc et comment le Roy de France s'est esmeu à l'encontre du Duc de Bretaigne en declairant et donnant à congnoistre qu'il avoit intencion de faire guerre audit Duc et de fait a fait approcher du pays de Bretaigne grant nombre de gens d'armes et grant foison d'artillerie et a-ton bien esté averty que se par ceste guerre le Roy povoit destruire ledit Duc il avoit et a intencion de courir sus mondit Sr. le Duc.

Item remonstreront comment mondit Sr. le Duc est alié avec le Duc de Bretaigne pour le servoir et aydier contre tous ainsy, que pareillement ledit Duc est obligié envers mondit Sr. le Duc, et pour ceste cause, mondit Seigneur a mis sus une grande armée laquelle il luy convient entretenir pour faire ayde et secour dudit Duc ou cas qu'il en aura besoing et dont mondit Seigneur ne peut savoir la certaineté pource que le Roy à grant cauthele tient ceste matiere en suspens en tenant journées d'amiablité et pource mondit Seigneur a envoyé ambassade devers le Roy pour savoir de luy comment il veult faire avec ledit Duc en luy signiffiant que mondit Seigneur aydera et secourera iceluy Duc on cas que le Roy luy vouldra mouvoir guerre et est encores laditte ambassade par devers le Roy et ne scet quelle expedicion elle aura.

Es erscheint nun eine Gesandtschaft des Herzogs von Bretagne circa am 24. Jänner 1472 am burgundischen Hofe. Das ergibt sich aus folgender Nachricht: Le 24. (janvier 1472) il arriva . . . et environ ce temps Messire Guillaume Hugonet, Seigneur de Saillant et du Lys Chancellier du Duc fit present au nom de son maistre

à l'Abbé de Begar, Ambassadeur du Duc de Bretaigne de douze tasses d'argent goderonées et dorées et de deux flacons d'argent le tout pesant soixante deux marcs au environ. (Vgl. Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 367.) Nun wird bei Commines der Name des bretagnischen Gesandten ebenfalls erwähnt und hier ebenfalls Abbé de Begard genannt. (Vgl. Commines-Dupont I, p. 269.) Weiters wird dort die Gesandtschaft Karl's erwähnt, die, in Folge der durch den Abbé von Begard überbrachten Nachrichten, an den französischen Hof kommt. (Vgl. Commines-Dupont I, p. 270.) Durch die Nennung des Namens ist also kein Zweifel mehr, dass diese Gesandtschaften in den ersten Monaten des Jahres 1472 empfangen und abgeschickt wurden: die bretagnische Ende Jänner 1472 beim Herzoge Karl von Burgund, die burgundische vielleicht März oder April 1472 beim französischen Könige. Die Abfassungszeit der Instruction ist also durch die zweifellose Feststellung dieser Thatsache ganz genau bestimmt.

Die Stelle der Instruction bezüglich des Bündnisses mit Eduard IV. lässt erkennen, dass dieser bereits im Besitze seiner Macht ist. Er zog am Ostertage 1471 in London ein. Am 7. Jänner 1471 weilte er noch als Flüchtling am burgundischen Hofe.

Die Instruction erwähnt der Anwesenheit des Markgrafen von Baden-Rötheln am burgundischen Hofe. Dieser weilte dort am 10. December 1471. (Vgl. Extrait d'une ancienne chronique a. a. O., p. 365.)

Die Instruction enthält den Hinweis auf eine kaiserliche Gesandtschaft.

Eine solche weilte nicht vor dem 28. April 1472 am burgundischen Hofe. (Vgl. Extr. d'une anc. chr. a. a. O., p. 368.)

Durch diesen letztangeführten Umstand wird die Abfassungszeit nach dem 28. April 1472 bestimmt, was auch mit den übrigen bis jetzt angeführten Thatsachen übereinstimmt.

Dass die Instruction bei der auf diese Weise zweifellos festgesetzten Abfassungszeit nach dem 28. April 1472

nur für jene Gesandtschaft, welche am 28. Juli 1472 in Bregenz Vortrag hält, bestimmt sein konnte, ist klar. Dass man Anfangs Mai noch wegen der Verbindung mit Maximilian burgundischerseits unterhandelte und am 13. Juni Maria mit Nicolaus von Calabrien-Lothringen verlobte, erklärt sich aus dem plötzlichen Ableben des Herzogs von Guyenne.

Endlich ist darauf zu verweisen, dass hier nur ein Concept vorliegt, das bei der wirklichen Ausfertigung den thatsächlich eingetretenen Verhältnissen angepasst worden sein dürfte.

Durch die Gruppirung der Urkunden, wie sie uns im vorstehenden Excurse gelungen ist, ergibt sich zum erstenmale eine wirklich organische Entwicklung der Verhandlungen. Uebersehen darf nicht werden, dass bei Wiederaufnahme der Verhandlungen, nach Lösung des Verlöbnisses zwischen Nicolaus und Maria, Burgund genau an die Bedingungen der vorliegenden Instruction anknüpft, ein Beweis, dass das nach seiner Abfassung in einem Theile wertlos gewordene Concept später trotzdem Verwendung gefunden hat.

15.

1472. 5. November. Im Lager des Herzogs von Burgund. — Renonciation de Nicolas Duc de Calabre à la promesse de mariage qu'il avoit donné et receue de Marie de Bourgogne. — Godefroy-Commines IV, p. 388—390.

16.

1472. 3. December. ? Widerruf Maria's von Burgund. — Ebenda IV, p. 390—391.

17.

1472. 14. December. Abbeville. Beglaubigungsschreiben des Herzogs von Burgund für den Abt Casanova, seinen Abgesandten an den Kaiser. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. 2, p. 16—17.

18.

1473. Anfangs ? Instruction Karl's von Burgund für Peter

von Hagenbach zu seinem Verhalten gegenüber dem Grafen von Sulz. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. IX. A., p. 30—32 französisch und A. p. 39—41 deutsch.

19.

1473. Anfangs ? Herzog Karl's von Burgund Instruction für Peter von Hagenbach zu seinem Verhalten gegenüber dem Kaiser. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. IX. B., p. 32 bis 34 französisch und B. p. 35—37 deutsch.

20.

1473. 4. Juni. Nancy. Nicolaus, Herzog von Calabrien-Lothringen an Herzog Karl. — Godefroy-Commines IV, p. 405—406.

21.

1473. 10. Juni. Mastricht. Herzog Karl's Instruction für seine Unterhändler beim Herzog Nicolaus von Calabrien-Lothringen. — Gachard, Bibl. Paris I, p. 344—345.

22.

1473. Mitte Juli. ? Herzog Karl's von Burgund Instruction für seine Gesandtschaft Peter von Hagenbach und Johann von Etzbach an den Kaiser. — Chmel, Mon. habsb. I. 1. IX. C., p. 37—38 französ. und C. p. 38—39 deutsch.

23.

1473. 16. Juli. Nieder-Baden. Kaiser Friedrich gestattet dem Hagenbach die Lösung des Schultheissenamtes in Mühlhausen um die Pfandsumme. K. k. g. A. — Chmel, Reg. Nr. 6758.

III.

Zusammenstellung und Kritik der Actenstücke über die Zusammenkunft in Trier.

Es ist bisher eine sehr bedeutende Anzahl von Berichten über die Zusammenkunft in Trier veröffentlicht worden, ohne dass man darum annehmen müsste, dass schon alle in den Archiven verborgenen, auf diese Angelegenheit bezüglichen Schriftstücke an die Oeffentlichkeit gekommen wären. (Vgl. Lorenz: Deutsche Geschichtsquellen.)

Aber viele der schon publicirten Actenstücke sind bis jetzt vollständig unbenützt geblieben, selbst solche, die in Werken abgedruckt wurden, die keineswegs schwer erreichbar sind. So enthielt die amtliche eidgenössische Abschiedssammlung im II. unter Segesser's Redaction erschienenen Bande vier Berichte über die Zusammenkunft in Trier, die vieles bis jetzt unaufgeklärt Gebliebenes aufklären und doch selbst von Lindner in seiner sonst fleissig gearbeiteten Monographie über die Zusammenkunft in Trier vollständig übersehen wurden. So müht er sich ab, eine Verstimmung zwischen Kaiser und Herzog, die Ende October eintrat, aus anderen Quellen zu erweisen, ohne doch den positiv sichern Nachweis erbringen zu können, während er bei Kenntniss dieser vier Berichte, vorzüglich des dritten (Absch. Nr. 722, p. 459 ff.), den actenmässigen Beweis ohne Schwierigkeit zur Hand gehabt hätte.

Bei der reichlichen Anzahl von Actenstücken, welche also einem Bearbeiter der Ereignisse in Trier zu Gebote stehen, empfiehlt es sich, dieselben wenigstens in eine äusserliche Ordnung zu bringen. Ich glaube, dass auch hier eine chrono-

logische Reihenfolge sich empfiehlt und zwar mit Berücksichtigung des Umstandes, bis zu welchem Tage die Nachrichten in den einzelnen Berichten reichen:

I. Aufzeichnung der Räte Herzog Sigmund's über ihre Gesandtschaft zum Kaiser. (Mon. I. Nr. 10, p. 41—44.)

Dieser Bericht schliesst mit zwei Angaben, die wichtig sind, mit dem Datum des Tages, an welchem Kaiser Friedrich Metz verliess, und mit dem Datum des Einzuges in Trier. Derselbe enthält Nachrichten über die Verhandlungen der Eidgenossen mit dem Kaiser durch Bubenberg in Baden, durch Boten in Basel. Die Verhandlungen endeten resultatlos, weil der Kaiser verlangte, die Eidgenossen sollen dem Hause Oesterreich wiederkehren. Ferner Nachrichten über die Verhandlungen des Kaisers mit burgundischen Räten in Metz.

II. Extrait d'une lettre contenant une relation des premières entrevues de Charles-le-Téméraire et de l'empereur Frédéric à Treves.

Das Actenstück wurde zuerst publicirt von Gachard: Collect. de Doc. inéd. I, p. 232—237, Nr. XXXVI. Darnach bei Chmel, Mon. I. Nr. 16, p. 59—62. Schon Gachard macht auf die Aehnlichkeit mit dem Berichte, bekannt unter dem Titel: De congressu Friderici III. etc. bei Commines-Lenglet III. p. 258 (uns bequemer bei Freher-Struve II, p. 302—305 oder Godefroy-Commines IV, p. 406—414) aufmerksam, meint aber, dass keine Nötigung vorliege, die beiden Schriftstücke für identisch zu halten, was neuerlich Lindner in der erwähnten Dissertation p. 11 f. behauptet. Da beide Briefe wertvolle Nachrichten enthalten, hat diese Untersuchung eigentlich nur ein äusserliches und kein sachliches Interesse, aus welchem Grunde ein weiteres Eingehen für unsere Zwecke unterbleiben kann.

Als Einzugstag des Herzogs wird der 30. September „jeudy derrain passé" bezeichnet. Das Actenstück ist datirt vom 4. October, welcher auf einen Montag fiel. Der Einzug des Kaisers fand statt deux jours devant, also am 28. September; „jeudi prochain", also am 7. October werde der Kaiser bei dem Herzoge speisen.

III. Brief der Stadt Cöln an Bern. (Diebold-Schilling, p. 87—90.)

Dieser Bericht, nichts Anderes als eine Schilderung des festlichen Mahles vom 7. October, kehrt überaus häufig wieder, nur die Angaben des Datums variiren. Hier heisst es Montag nach Franciscus. Franciscus fiel 1473 auf einen Montag, es könnte also der 4. oder 11. October gemeint sein. — In einem ersten Drucke der Chronik Fasciculus temporum, welche denselben Bericht in lateinischer Sprache zum Abdrucke bringt, heisst es: die quinta post francisci, das wäre also der 9. October. Alle diese Angaben sind unrichtig. Das Fest hat am 7. October stattgefunden, wie schon im Berichte Nr. II mitgetheilt und auch durch andere Angaben bestätigt wird. In der Chronik des Nic. Gerung v. Blauenstein ist das richtige Datum unter Benützung desselben Briefes „Donstag nach Francisci" gegeben.

IV. Schreiben des Philipp von Mühlenheim Ritter, des Meisters und des Rates von Strassburg an die Eidgenossen von St. Dionysius-Tag (9. October). Segesser, Abschiede II. Nr. 722, p. 459 f.

V. Bericht eines Augenzeugen (wahrscheinlich eines sächsischen Rates) **über die Zusammenkunft des Kaisers Friedrich III. mit Karl dem Kühnen, Herzoge von Burgund, in Trier im Jahre 1473.** (Jetzt bei Chmel, Mon. I. Nr. 15, p. 54—59.)

Aus diesem Schreiben erhalten wir die Nachricht, dass der Einzug des Kaisers am St. Michaels-Abend erfolgte, das ist Dienstag den 28. September; der Einzug des Herzogs Donnerstag den 30. September. Uebereinstimmend mit dem Extrait wird weiter gemeldet, dass am 1. October keine Zusammenkunft stattfand und dass am 2. October der Herzog den Kaiser besuchte. Natürlich werden nur die Aeusserlichkeiten geschildert. Etwas verworren erscheinen die darauf folgenden Nachrichten durch den Passus: „Darnach am Pfingsttag (p. 56, Zeile 5 v. o.). Es ist wahrscheinlich ein Schreib- oder ein Editionsfehler; denn es ist nicht vom Donnerstag dem 7., sondern vom Sonntag dem 3. die Rede. Durch diese

Verbesserung gewinnen wir die weitere Nachricht, dass am 4. October der Herzog den Kaiser besuchte um ihn und die Fürsten zu einem festlichen Mahle einzuladen. Dies fand statt am „Pfingsttag darnach", Donnerstag den 7. October, wie wir wissen. Die Nachricht von der Anwesenheit des Markgrafen von Brandenburg beruht wahrscheinlich ebenfalls auf einem Schreib- oder Editionsfehler. (Vergleiche Lindner.)

VI. De congressu Friderici III. Imp. et Caroli Ducis Burgundiorum — apud Treverim facto anno 1474. Historia perelegans. Dieser Bericht findet sich abgedruckt bei Freher-Struve II, p. 302—305. (Vergleiche Nr. II.)

Wie schon erwähnt, hält Lindner diese Arbeit des Agricola für eine Uebersetzung des Extrait, seine Gründe sind aber nicht überzeugend. Nach der angewendeten Methode könnte ein grosser Theil der Berichte, als aus einer Feder stammend, zusammengefasst werden. Dass Menschen von ungefähr gleicher Bildung über gleiche Dinge Aehnliches sagen, darf uns nicht wundern, wir sehen das täglich in unseren Zeitungen.

VII. Gedechtnisse, Staatsarchiv Luzern. (Allgemeine Abschiede.) Segesser, Abschiede II. Nr. 722, p. 460—461.

Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 18. bis 30. October. Unter den zahlreichen gleichzeitigen Berichten über die Trierer Zusammenkunft ist er einer der interessantesten. Er enthält eine bunte Reihe von Nachrichten meist politischen Inhaltes. Die an ein bestimmtes Datum geknüpften sind im Tagebuch der Trierer Zusammenkunft, I. Beilage, enthalten. Bezüglich einer ist eine Bemerkung nötig. Es heisst nämlich, dass Mittwoch, Allerheiligen Vorfürabend, ein Diener des Königs gehenkt und ein Priester ertränkt wurde. Mittwoch fiel auf den 27. October, Allerheiligen Vorfürabend auf Freitag den 30. October: Möglich, dass der Schreiber die Bedeutung des Vorfürabend weiter ausdehnte, als gewöhnlich üblich war. Da Mittwoch angegeben, ist das Datum 27. October gewiss das richtige. — Ausser den politischen finden sich auch Personalnachrichten in dem Schreiben.

VIII. Brandenburgische Gesandtschaftsberichte über die Zusammenkunft Kaiser Friedrich's III. mit Karl dem Kühnen in Trier 1473. Veröffentlicht von J. Bader im Anzeiger für Kunde deutscher Vorzeit. Neue Folge, II. Jahrgang 1864, Nr. 6 und 7, p. 201—207 und p. 233—242.

Die Publicirung erfolgte von Bader in der Weise, dass er nur einige Partien im Wortlaute gibt, sonst aber Auszüge mittheilt, bei denen die Möglichkeit einer Provenienz aus neueren Darstellungen nicht ausgeschlossen ist. Diese Gesandtschaftsberichte werden durch den sub Nr. VII aufgeführten Bericht „Gedechtnisse" erklärt und ergänzt.

IX. Gedächtnisse. Luzerner Staatsarchiv, Burgunderkriege. Segesser, Abschiede II, Nr. 722, p. 461—462.

Der vorliegende Bericht schliesst sich enge an den sub Nr. VII unter demselben Schlagworte mitgetheilten an, so zwar, dass die Ansicht nicht ungerechtfertigt ist, dass wir in beiden nur Bruchtheile eines grossen umfassenden Berichtes über die Trierer Zusammenkunft vor uns haben. Die Nachrichten, die in beiden Bruchstücken, von denen das vorliegende noch niemals benützt wurde, enthalten sind, lassen den Verlust des vollständigen Berichtes auf das Tiefste bedauern, denn es ist kein Zweifel, dass wir es hier mit einer sehr klaren und eingehenden Berichterstattung zu thun haben. Wer auch immer diese Berichte geschrieben haben mag, zweifellos war es eine einflussreiche Persönlichkeit und wie ich vermute, weder ein Angehöriger des burgundischen, noch ein solcher des kaiserlichen Hofes, vielleicht ein Bürger einer der bedeutenderen Städte, die ihre Gesandtschaften beim Kaiser hatten.

Wir sehen, wie tief der Kaiser sich demütigen musste, um den Burgunderherzog zum Bleiben zu bewegen. Die ganze Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit des Kaisers spiegelt sich in diesem Berichte. Er gibt uns überhaupt ein Stimmungsbild, wie kein zweites der vorhandenen Actenstücke.

X. Brief Friedrich's des Pfalzgrafen bei Rhein an die Eidgenossen. (Von Menzel, Regesten Friedrich's übersehen, bei Segesser, Abschiede II, Nr. 722, p. 460—461.)

Er trägt das Datum 3. November. Die Eidgenossen haben sich an Friedrich um Auskunft über die Vorgänge in Trier gewendet. Die Antwort ist ausweichend.

XI. Urkunde über die Bestätigung der Cession Gelderns und über die Belehnung Karl's. Lünig R. A. VII, Anhang 115. — Lichnowsky VII, 1722.

Für die Ausstellung erhielt der Erzbischof von Mainz 1200 Gulden. Vergleiche ancienne chronique bei Godefroy-Commines.

XII. Brief des Markgrafen Albrecht Achilles zu Brandenburg an Herzog Wilhelm von Sachsen. Müller R. Th. V. Vorst., p. 597—598, ebenda die Antwort; auch bei Riedel, Cod. dipl. brandenb. II. 5, p. 201 und p. 237.

Das vorliegende Schreiben ist datirt vom 13. November und ist als indirecte Fortsetzung der brandenburgischen Gesandtschaftsberichte anzusehen; denn die Berichte der Gesandten Albrecht's sind die Quelle der Nachrichten dieses Schreibens. Man sieht aus demselben, dass in der ersten Hälfte November die Wogen der Aufregung in Trier sehr hoch gingen, namentlich unter den Kurfürsten und Fürsten. Der Kaiser scheint in dieser Zeit willens gewesen zu sein, auf alle Forderungen Burgunds einzugehen, und ich glaube, dass diese Forderungen in dem vorliegenden Schreiben vollständig genau wiedergegeben sind. Der Schreiber zerlegt es selbst in zwei Theile und taxirt den Wert der Nachrichten; gegen den Schluss des Briefes heisst es nämlich: „Das alles wisst fürwor bis an die Stat davor geschrieben steht, das wisst fürwor . . .“ Also bis zu dieser Stelle, wo diese Worte stehen, sind die Nachrichten vollständig der Wahrheit entsprechend; alles Uebrige ist zweifelhaft mit Ausnahme eines einzigen Punktes, der ebenfalls als völlig begründet angeführt wird: „dass die Kurfürsten nichts bestätiget haben.“

Nun findet sich diese Stelle ungefähr nach dem ersten Drittel des Briefes und heisst: „dass alles vor bestimmt wisst

wahrlich". Die sich so positiv ergebenden Nachrichten sind in der Darstellung verwertet.

XIII. Schreiben des burgundischen Kanzlers Hugonet an den französischen Kanzler aus St. Maximin bei Trier vom 13. November 1473 bei Gachard, Bibliothèque Paris I. 346 VII beweist die Richtigkeit der Angabe des Extrait in Mon. I. 16, p. 60, dass Hugonet in Trier war.

XIV. Bericht über Unterhandlungen mit Burgund durch die Abgeordneten Herzog Sigmund's. Per Conradum Wenger licenciatum in decretis, legum doctorem, canonicum Curiensem etc. facta est propositio predicta. (Mon. I. Nr. 11, p. 45—48).

Der Bericht besteht aus zwei Theilen, einem verworrenen lateinischen und einem deutschen. Die auf den 31. October bezügliche Nachricht wird uns erst durch die „Gedechtnisse" verständlich.

XV. Bericht über die Verhandlungen zu Trier (1473). Recessus ab urbe Treverensi et duce in die Katharine hora diei XII (Mon I. Nr. 12, p. 49—51).

Dieser Bericht schliesst sich vollständig an den vorausgehenden an (XIV) und ist, wie mir scheint, die Schlussstelle derselben „uff das ist der nachgeschriben Abschyd geendert worden, als aber nachvolget", als ein Bezug auf den vorliegenden Bericht anzusehen. Eine Einsichtnahme in die Original-Urkunde würde dies wol bestätigen. Der Bericht zerfällt ebenfalls in zwei Theile; der erste enthält Rede und Gegenrede in den Verhandlungen der Sigmundischen und burgundischen Räte, die zweite die Aufzählung der am 24. und 25. November eingetretenen Ereignisse.

Auf Grund des vorliegenden Berichtes ist in neueren Darstellungen viel gegen die historische Wahrheit gesündigt worden und den grössten Teil der Schuld hat wohl Chmel selbst mit seiner Darstellung in der Habsburger Chronik (p. LXXVII), die mit wütender Ueberzeugungstreue abgeschrieben wird, um so sonderbarer, da man ja im selben Bande die urkundlichen Belege einsehen könnte. Wieso dieser vorliegende Bericht dazu dienen soll, die heimliche Abreise des Kaisers in Abrede zu stellen, ist mir nicht verständlich. Es wird durch denselben

lediglich bewiesen, dass die Abreise des Kaisers als bevorstehend galt, wenn keine Einigung erzielt würde. Dass aber die Abreise des Kaisers im Morgengrauen des 25. November für Burgund keine heimliche war, das wird man mit diesem Berichte nicht beweisen können. Für die Fürsten war die Abreise keine heimliche, das ersehen wir aus dem früher erwähnten Berichte (Mon. I, Nr. 11, p. 48). „Item darnach hat die kaiserliche Majestät die Fürsten und Fürsten-Räte an dem genannten Katharinen-Abend (24. November) besant und in dem Abschyd zue erkennen tun und entdecket." Dass die Abreise des Kaisers für Burgund eine heimliche war, besagen fast alle Quellen. Für so unhöflich muss man doch den Kaiser nicht halten, dass er zu einer vorher festgesetzten Stunde abgereist wäre, ohne Abschied zu nehmen.

Diese Darlegung dürfte den Wert dieses Schriftstückes etwas ermässigen.

XVI. De conventu Friderici Imperatoris et Caroli Ducis Burgundiae. (Chmel, Mon. I, Nr. 13, p. 51—52. Burgund, November.)

Für die Abreise des Kaisers und für die Darstellung der Verhältnisse vor derselben können wir uns einen geordneteren und sicher auch zuverlässigeren Bericht nicht wünschen. Ich begreife nicht, wie man bei so klaren Angaben, wie sie hier vorliegen, über ein hier geschildertes Ereigniss so viel Unklares schreiben konnte, wie es bisher bezüglich der Abreise des Kaisers von Trier geschehen ist. „Item so sein auf heut Katharine (durch dieses „heut" ist das Datum des Briefes genau angegeben und man bedarf also keiner approximativen Angabe. Ob man dabei von einer Entstehung des Berichtes in Burgund reden kann, will ich dahingestellt sein lassen; er ist wohl in Trier geschrieben) bed tayl aufgeprochen . . . . doch hett der von Burgundi im furgenommen urlaub von der kaiserlichen Majestät zenemen, ward er uberfruet also daz der Kaiser vor Tag also ungesegnet von dann geschayden ist." (Mon. I, p. 51.) An dieser Mittheilung lässt sich nichts mäkeln, und die Wahrheit derselben kann nicht bezweifelt werden. Wenn es sich um ein Criterium für die Glaubwürdigkeit des Verfassers handeln würde, möchte ich ausser der vollständigen Absichts-

losigkeit auch seine Gewissenhaftigkeit betonen, die sich mir in den Worten documentirt: „Item mein Herr von Burgundi hat in seinen Abschid nach dem von Mentz und von Trier gesandt und etleich ernstleich red mit in getan, die in nicht wol gefallen haben, was aber die sein, ist mir verporgen." Wer so schreibt, berichtet keine bewusste Unwahrheit und ist bezüglich dessen, was er berichtet, gewiss stets bemüht, die Wahrheit zu erfahren. Ich lege diesem Berichte eine grosse Bedeutung für die Beurtheilung der Vorgänge in Trier bei. — Lichnowsky, Reg. VII. 24 B. datirt irrtümlich 1474.

XVII. Schreiben eines Unbekannten über die Verhältnisse. (Mon. I, Nr. 14, p. 53—54 [1473].)

Der Verfasser dieses Briefes ist ebenfalls unbekannt, wie jener des früher besprochenen Schreibens. Wie es auf den ersten Anblick scheint, werden in dem Briefe nur Gerüchte in verworrener Weise gegeben. Wenn man sich aber die Mühe nimmt, die äusserst schleuderhafte Edition nur durch Unterscheidungszeichen zu verbessern, erhält man eine andere Meinung von dem Schreiben. Man weiss nicht, wer es verfasst hat und an wen es gerichtet war, aber ich möchte auf den Schluss hinweisen, aus welchem sich wohl einige Anhaltspunkte gewinnen lassen: „vil mer solt ich eu noch schreibn, das ich jetz nicht tun wil, sunder kurczlich durch mein aignen potn oder selbs sagn und verkundn all maynung, darob ihr eu gesegen (erstaunen) werdet; solt solchs fürnemen habn gehabt furgang, alle welische land hat mussn swizcn — tuet zu eurn sachen." (Trefft Vorsorge.)

Wie man aus diesen Zeilen entnehmen kann, ist der Schreiber ein in die Verhältnisse und in die ferneren Ziele der Politik eingeweihter Mann, und dieser Brief gleicht sehr einer Warnung, die doch nur wieder an irgend eine einflussreiche oder wichtigere Persönlichkeit gerichtet sein kann. Wir dürfen daher diesen Brief schon mit einer etwas grösseren Aufmerksamkeit behandeln und ihm mehr Wichtigkeit beilegen, als es sonst zu geschehen pflegt.

Die Mittheilungen des Briefes erweisen sich alle als richtig:

Dass die Angelegenheit des Pfalzgrafen mit einen Anstoss gegeben hat zur ersten Entzweiung des Kaisers und Herzogs, ist uns durch viele andere Berichte verbürgt; dass die Forderung gestellt wurde, beweist uns der Bericht „Gedechtnisse", in welchem die vier Punkte, welche der Herzog als Inbegriff seiner Forderungen formulirte, angeführt sind.

Wie es um die beabsichtigte Abreise des Kaisers stand, sagen uns folgende Zeilen: „Und man hat gesagt, ob sie nicht übereins komen, so sull es vast kumerlich werden der k. maiestät, aus seinem reich mit frid ze komen."

Der Brief des Königs von Frankreich an den Kaiser findet, wie an so manchen anderen Orten, auch hier seine Bestätigung.

Nun folgt eine Aufzählung der Länder des künftigen burgundischen Reiches. Hätten wir keine andere Nachricht über diese Dinge, als den Abdruck dieses Briefes, so vermöchten wir freilich das, was hier gesagt werden soll, nicht zu erkennen. Aber mit Hilfe des Schreibens des Markgrafen Albrecht Achilles vom 13. November werden wir die Stelle leicht zu erklären vermögen. Es heisst: „Geltern, Tolff, Lutry, Genn und Sophoy, dazu vier Bischof: Reich Lietich, Tolln und Werdn; Gellern ist under dem reich, das hat der Herzog under sein Kron haben wolln. . . ." Die Namen erklären sich folgendermassen: Geldern, Zütphen, Lothringen, Burgund und Savoyen; dazu vier Bistümer: Utrecht (Reich), Lüttich, Dole und Verdun. Ein Vergleich mit dem Brief des Albrecht Achilles und dem Berichte: „Gedechtnisse" ergibt, dass wir es hier mit einem sehr unterrichteten Berichterstatter zu thun haben.

Dass Graf Haug von Werdenberg seinen Einfluss beim Kaiser gegen Burgund in die Wagschale geworfen, ist nicht zu bezweifeln, die Nachricht über den Zwist des Mainzer Erzbischofs mit dem Kaiser wegen rückständiger Kanzleigebühren im Betrage von 32.000 Gulden ist mindestens nicht zu verwerfen.

Dass der König von Frankreich sehr bereitwillig war mit dem Versprechen, seine Soldaten marschiren zu lassen, dafür erhalten wir anderweitig genug Proben. Dass die Anwesenheit des Kaisers in Trier die Ruhe des Reiches nicht gefördert hat,

ist nicht zu bezweifeln; bezeichnend sind die Worte: „Die Fürsten sein erschrockhen ob im und das ganze Reich.“

Damit sind wir an den schon mitgetheilten Schluss des Briefes gelangt. Die Analyse hat uns gezeigt, dass es sich hier gar nicht um die Mittheilung von Gerüchten handelt, und so möchte ich bemerken, dass der Briefschreiber nicht nach dem Hörensagen erzählt, sondern dass er Augen- und Ohrenzeuge gewesen ist. Der Beweis liegt im ersten Satze des Briefes: „Nyemant hiet mich in die rais umb gelt muge bringen zum Kaiser.“ Das kann doch nur Jemand sagen, der diese Reise gemacht hat, und zwar aus anderen Ursachen, als um Geld zu erwerben, vielleicht aus Gefälligkeit und dies Demjenigen zu verstehen gibt, dem zuliebe er die Reise unternommen hat. Die anderwärts über dieses Schreiben ausgesprochenen Ansichten (vgl. Lindner p. 7) darf ich durch diese Bemerkungen als widerlegt betrachten.

XVIII. Schreiben Berns an Luzern. (Im Luzerner Archiv. Inhalts-Angabe bei Dändliker: Ursachen und Vorspiel der Burgunderkriege, p. 48, Anm. 3. Datum: 29. November 1473.)

Wahrscheinlich ist dieses Schreiben identisch mit dem schon publicirten Sendschreiben der Stadt Bern an Freiburg, Solothurn und Luzern vom 29. November 1473 aus dem Berner Missivenbuch bei Zellweger, Archiv für Schweizer Geschichte, V. p. 27. — Es beweist das Streben Berns, den Krieg gegen Burgund vorzubereiten.

XIX. Schreiben Basels und Strassburgs an Luzern vom 6., 8., 13. December 1473. Im Luzerner Archive, Inhalts-Angaben von Dändliker a. a. O. enthalten Warnungen, gerüstet zu sein gegen das Vorrücken Burgunds.

XX. Niederdeutscher Bericht über die Verhandlungen in Trier. Edirt von Paul Wigand im Archiv für Geschichte und Alterthumskunde Westphalens. Jahrg. 1826, I, p. 126 ff. (Vgl. Lindner p. 13, 6.)

XXI. Schreiben eines Unbekannten an Johann Gelthaus oder Ludwig Waldegk zu Frankfurt. (Janssen, Frankfurter Reichstags-Correspondenz II. 1, p. 299—302.)

XXII. Herzog Karl's von Burgund Militär-Reglement. (Mon. habsb. I. 17, p. 62—82.)

Da dieses Schriftstück während der Trierer Zusammenkunft auf Befehl des Herzogs Karl verfasst wurde, um einen Wunsch Maximilian's zu erfüllen, so wollte ich es unter den auf die Trierer Zusammenkunft bezüglichen Schriftstücken nicht unerwähnt lassen.

IV.

Actenstücke für die Zeit vom Ausgang der Verhandlungen in Trier bis zum Tode Karl's des Kühnen.

1473. 3. December. Cöln. Kaiser Friedrich bevollmächtigt eine Gesandtschaft an den Herzog Karl von Burgund nach Brühl. — Lichnowsky, Reg. VII, 1725.

1474. 13. März. Paris. König Ludwig XI. bevollmächtigt als Gesandte bei Kaiser Friedrich: J. Thierceleyn, Delrosse und Meister J. de Paris zum Abschlusse eines Bündnisses gegen den Herzog von Burgund. — Lichnowsky, Reg. VII, 1749.

1474. 27. August. Augsburg. Kaiser Friedrich's Aufgebot wider Herzog Karl von Burgund. — Lichnowsky, Reg. VII, 1792.

1474. 1. November. Aus dem Lager vor Neuss. Schreiben Karl's des Kühnen an den Kurfürsten Erzbischof Adolf von Mainz, worin er sein kriegerisches Vorgehen zu rechtfertigen sucht. — Chmel, Mon. habsb. I. Nr. 27, p. 120 f. Früherer Abdruck bei Schilter, Script. Rer. Germ., p. 57—58, viel sorgfältiger als der Chmel'sche; z. B.:

Schilter.	Chmel.
Quod si Imperator pro nostra forte solertia et acie, nostrae invidet fortunae . .	Quodsi imperator pro nostra forte solertia et otio suo nostre invidet fortune . .

1474. November ? Kaiser Friedrich an den Herzog von Burgund. Verteidigung des Kaisers gegen die im früher

angeführten Briefe Karl's enthaltenen Anklagen und Schmähungen, namentlich gegen den Vorwurf des Neides. — Chmel, Mon. habsb. I. Nr. 28, p. 122—125. — Bei Lichnowsky, Reg. VII, 23 B., irrtümlich 1473 datirt. Da vom 3. December 1474 der feierliche Absagebrief des Kaisers vorliegt, dürfte dieser Brief noch in den November 1474 zu setzen sein, nicht, wie Chmel annimmt, 1475.

1474. 3. December. Frankfurt. Kaiser Friedrich an den Herzog von Burgund. — Schilter, Scr. Doc., p. 58—60. — Chmel, Reg. 6937. — Lichnowsky, Reg. VII, 1818.

1474. 31. December. Andernach. Kaiser Friedrich und die Kurfürsten von Mainz, Trier, Sachsen und Brandenburg schliessen ein Schutz- und Trutzbündniss gegen Herzog Karl von Burgund. — Lichnowsky, Reg. VII, 1820. — Chmel, Mon. habsb. I. Nr. 84, p. 271—279, hält diesen Vertrag nur für einen früheren Entwurf der am selben Tage zwischen dem Kaiser und dem Könige geschlossenen General-Allianz mit Bestätigung aller Tractate seit Karl dem Grossen.

1475. 1. Jänner. Andernach. Relation der Räte Herzog Wilhelm's zu Sachsen über die Bemühungen des Dänenkönigs zur Herstellung des Friedens. — Müller, R. Th. V. Vorst., p. 677—678.

1475. 7. Jänner. Andernach. Kriegserklärung des Kaisers gegen Burgund. — Lichnowsky, Reg. VII, 1825. — Vom selben Tage ist auch der Absagebrief des Markgrafen Albrecht Achilles und vermutlich jener der Reichsstände.

1475. Anfangs ? Instruction für die Gesandten Graf Seifried von Leiningen und Dr. Mert Haiden an den König von Frankreich. — Chmel, Mon. I. Nr. 97, p. 300 ff.

1475. 4. Jänner. Paris. König Ludwig's Recredenziale für den kaiserl. Rat Heinrich von Geresburg. — Chmel, Mon. I. Nr. 86, p. 281—282. Bezüglich des Namens vergleiche die Note in der Darstellung.

1475. 5. Jänner. Paris. Instruction für den Gesandten König Ludwig's an den Kaiser und an die Kurfürsten. — Chmel, Mon. I. Nr. 87, p. 282—284.

1475. 2. Februar. Andernach. Kaiser Friedrich bevollmäch-

tigt den Bischof Heinrich von Münster, Schloss und Stadt Zütphen zu des Reiches Handen zu nehmen. — Chmel, Reg. 6948. — Lichnowsky, Reg. 1831.

1475. 15. Februar. Rom. Beglaubigungsschreiben des Papstes für den Bischof Alexander von Forli als päpstlichen Gesandten. — Chmel, Mon. III. Nachtr., p. 435.

1475. 9. März. Dillingen. Herzog Maximilian schreibt dem Heinz von Rechberg über den glücklichen Fortgang des Krieges gegen Burgund. — Lichnowsky, Reg. VII, 1841.

1475. 25. März. Cöln. Herabsetzung der stipulirten Hilfsmacht von 30.000 auf 20.000 Mann seitens der Verbündeten. Erklärung des Kaisers. — Chmel, Mon. I. Nr. 88, p. 284 bis 285, irrig mit Jänner datirt. — Lichnowsky, Reg. 1843. Die Erklärung des Königs ist datirt vom 17. April 1475 aus Paris. — Lichnowsky, Reg. 1851. — Chmel, Mon. I. Nr. 91 A und B, p. 288—295.

1475. 30. April. In loco beate Marie Victorie. König Ludwig an Kaiser Friedrich bezüglich des Krieges gegen Burgund. — Chmel, Mon. I. Nr. 93, p. 296—297. — Lichnowsky, Reg. VII, 28 B.

1475. 11. Mai. Senlis. König Ludwig an den Kaiser bezüglich des Constanzer Tages. — Chmel, Mon. I. Nr. 94, p. 297—298. — Lichnowsky, Reg. VII, 29 B.

1475. ? Schreiben der Stadt Cöln an die Stadt Bern über die Vorgänge vor Neuss und den Abschluss des Waffenstillstandes. — Diebold-Schilling, p. 158—161.

1475. 22. Mai. Senlis. König Ludwig an den Kaiser bezüglich des Krieges gegen Burgund. — Chmel, Mon. I. Nr. 95, p. 298—299. — Lichnowsky, Reg. VII, 30 B.

1475. 24. Mai. Rom. Der Papst belobt den Legaten wegen Zustandekommens des Neusser Waffenstillstandes. — Chmel, Mon. habsb. III. Nachtr., p. 435—436.

1475. 17. Juni. Champs chez le pont de Gremelichousen. Schreiben Karl's des Kühnen an den Magistrat von Lille über einen Sieg, den er über die Deutschen erfochten. — Gachard, Doc. inéd. I, p. 243—246, Nr. XXXVIII.

1475. 20. Juni. Schreiben der Herzogin von Burgund über denselben Gegenstand. — Gachard, a. a. O. p. 247 f.

1475. 23. September. Cöln. Auftrag des Kaisers an Frankfurt,

den Herzog von Lothringen gegen Karl von Burgund zu unterstützen. — Lichnowsky, Reg. VII, 1886. — Chmel, Reg. 7009.

1475. . . . . . Projet du mariage entre Charles Daufin, fils du Roi Louis XI. et Marie, heritière des Pais-Bas. Recueil de traitez de paix I, p. 188—189. Wir haben es hier nur mit einem Entwurfe zu thun. Er könnte während der Friedensverhandlungen zwischen Burgund und Frankreich nach der englischen Expedition, die in diese Zeit fallen, entstanden sein; doch macht es die Bezeichnung Maria's als heritière des Pais-Bas nicht unwahrscheinlich, dass der Entwurf nach dem Tode Karl's erst entstanden ist, in jener Zeit, als der König mit dem Plane umging, Maria mit dem Dauphin zu vermählen.

1475. 4. October. ap. pontem Samoisii (Samoise). König Ludwig beglaubigt seine Gesandten Wilhelm v. Haugest und Jacob de Forges beim Kaiser wegen des Krieges mit Burgund. — Chmel, Mon. I. Nr. 98, p. 203.

1475. 17. November. Friedensinstrument zwischen Kaiser Friedrich und Herzog Karl von Burgund. — Chmel, Mon. I. 1. Nr. 30, p. 130—133. Vergleiche die Darstellung.

1475. 18. December. Paris. König Ludwig theilt dem Kaiser mit, dass sein Gesandter Jacob de Forges Depeschen überbringen werde. — Chmel, Mon. I. 99, p. 304.

1476. 31. Jänner. Besançon. Karl ratificirt den Frieden mit dem Kaiser. — Chmel, Mon. I. Nr. 31, p. 133—134.

1476. 6. Mai. Bei Lausanne. Herzog Karl von Burgund beurkundet das Ehegelöbniss zwischen seiner Tochter Maria und Erzherzog Maximilian. — Chmel, Mon. I. Nr. 32, p. 134—135.

1476. 4. November. Vor Nancy. Schreiben Herzog Karl's an den Kaiser wegen Vollziehung der Heirat. — Chmel, Mon. I. Nr. 33, p. 136.

1476. 26. November. Gent. Maria von Burgund an Erzherzog Maximilian, bezüglich ihrer Verlobung. — Chmel, Mon. I. Nr. 34, p. 137.

V.

Actenstücke für die Zeit nach dem Tode Karl's bis zur Vermählung Maximilian's mit Maria.

1477. 24. Jänner. Wien. Kaiser Friedrich an Herzog Karl wegen der Eheschliessung. — Lichnowsky, Reg. VII, 2006.

1477. 24. Jänner. Wien. Erzherzog Maximilian an Karl in derselben Angelegenheit. — Lichnowsky, Reg. VII, 2004.

1477. 24. Jänner. Wien. Erzherzog Maximilian an Maria von Burgund, dass er den Heiratsvertrag angenommen. — Lichnowsky, Reg. VII, 2005.

1477. 12. Februar. Wien. Kaiser Friedrich an die Stadt Dole, sie soll Maria und Maximilian huldigen. — Lichnowsky, Reg. VII, 2012.

1477. 12. Februar. Wien. Schreiben des Kaisers an die burgundischen Capitäne und Befehlshaber. Aufforderung zum Gehorsam gegen Maximilian und Maria. — Chmel, Mon. habsb. I. Nr. 35, p. 137—138.

1477. 15. Februar. Wien. Geleitschein der beiden Gesandten Bischof von Metz und Georg Hesler an zehn deutsche Reichsstädte. — Chmel, Mon. I. Nr. 36, p. 139.

1477. 26. März. Wien. Kaiser Friedrich an Berth. v. Starhemberg wegen Begleitung auf seiner Reise nach Burgund. — Lichnowsky, Reg. VII, 2025.

1477. 26. März. Gent. Schreiben der Maria von Burgund an ihren Verlobten Erzherzog Maximilian. — Chmel, Mon. I. Nr. 37, p. 140—141.

1477. 30. März. ? Herzog Ludwig und Albrecht von Baiern an den Kaiser mit ihren Ansprüchen auf Holland, Seeland, Friesland. — Chmel, Mon. I. Nr. 171. p. 463—464.

1477. 2. April. Wien. Ausschreiben Friedrich's an die deutschen Städte und Fürsten wegen Begleitung Maximilian's auf seiner Reise nach Burgund. — Chmel, Mon. I. Nr. 39, p. 142—144.

1477. 2. April. Wien. Schreiben Maximilian's an die deutschen Reichsstände, ihm bei Erwerbung der burgundischen Länder zu helfen. — Chmel, Mon. I. Nr. 172, p. 464 bis 465.

1477. 14. April. Mecheln. Die kaiserlichen Gesandten Bischof Georg von Metz und Georg von Hesler beurkunden der Stadt Cöln den Empfang von 1000 Gulden. — Chmel, Mon. habsb. I. Nr. 173, p. 465 f.

1477. 15. April. Mecheln. Margaretha, verwitwete Herzogin von Burgund an den Kaiser. — Chmel, Mon. I. Nr. 40, p. 145—146.

1477. (April.) . . . . Schreiben des Georg Hesler an Erzherzog Maximilian. — Chmel, Mon. I. Nr. 38, p. 141—142. Chmel datirt 1477 März. Das Schreiben ist wahrscheinlich Mitte April in Mecheln verfasst.

1477. 18. April. . . . . Schreiben des Caplans Jacob an Herzog Maximilian. — Chmel, Mon. I. Nr. 41, p. 146. Wichtig für die Zeitbestimmung des Empfanges der kaiserlichen Gesandtschaft.

1477. 20. April. Brügge. Schreiben der kaiserlichen Gesandten an den Kaiser über die Verhältnisse. — Chmel, Mon. I, Nr. 42, p. 147—149.

1477. 20. April. Brügge. Schreiben der kaiserlichen Gesandten an Herzog Maximilian. — Chmel, Mon. I, Nr. 43, p. 149—151.

1477. 21. April. Luxemburg. Schreiben mehrerer Herren aus Luxemburg an den Kaiser. — Chmel, Mon. I, Nr. 44, p. 151—153. Das Schreiben ist wichtig zur Kenntniss der politischen Intriguen.

1477. 21. April. Gent. Heirat Maria's mit Maximilian per Procuration. — Lichnowsky, Reg. VII, 2040.

1477. 21. April. . . . . Schreiben Maximilian's an Herzog Sigmund wegen Burgund. — Chmel, Mon. I, Nr. 46, p. 155—156.

1477. 14. Mai. Wien. Verpfändung von Stadt und Schloss Enns

um 10.000 Gulden zur Abfertigung Maximilian's nach Burgund. — Chmel, Mon. III. Nachtr. Nr. 199, p. 699 bis 700.

1477. 19. Mai. Wien. Schreiben Friedrich's an den Verwalter des Stiftes Cöln wegen Geld für Maximilian. — Chmel, Mon. I, Nr. 175, p. 467.

1477. 19. Mai. Wien. Schreiben Friedrich's an die Stadt Cöln in derselben Angelegenheit. — Chmel, Mon. I, Nr. 176, p. 468.

1477. 19. Mai. Wien. Befehl Friedrich's an die Zolleinnehmer zu Bonn in derselben Angelegenheit. — Chmel, Mon. I, Nr. 174, p. 466—467.

1477. 20. Mai. (Wien.) Mandat Friedrich's an alle Reichsstände, Geleitsbrief für Maximilian. — Chmel, Mon. I, Nr. 177, p. 468 f.

1477. 20. Mai. Westminster. Eduard IV. bevollmächtigt eine Gesandtschaft nach Flandern zu Verhandlungen mit den kaiserlichen Gesandten. — Lichnowsky, Reg. 2051.

1477. 25. Mai. . . . . Schreiben des Kaisers an Maximilian, Mittheilung über seine Verfügungen. — Chmel, Mon. habsb. I, Nr. 46, p. 155—156.

1477. 29. Mai. Wien. Kaiser Friedrich an den Kurfürsten von Trier wegen René von Lothringen. — Chmel, Mon. I, Nr. 47, p. 156.

1477. 20. Juni. St. Quentin. Instruction Ludwig's XI. für Diejenigen, welche er nach Tournay schickte. — Petitot-Commines XII, p. 254, Note 2.

1477. 30. Juli. . . . . Schreiben des Dr. Maroltinger an Herzog Maximilian wegen des Ortes, an dem das Beilager abgehalten werden solle. — Chmel, Mon. I, Nr. 48, p. 157—158.

1477. 31. Juli bis 29. August. Beschreibung der Reise Maximilian's von Cöln nach Gent. — Chmel, Mon. I, Nr. 49, p. 159 ff.

1477. 18. August. . . . Bericht der brandenburgischen Gesandten über die Vermählung Maximilian's und Maria's. — Minutoli, kais. Buch, p. 516 f.

1477. 18. August. . . . . Heiratsvertrag. — Lichnowsky, Reg. VII, 2079; Chmel, Reg. 7141.

1477. 18. August. Gent. Maria von Burgund macht die Bedingungen ihrer Ehe mit dem Erzherzoge Maximilian bekannt. — Lichnowsky, Reg. Nr. 2080.

1477. 7. September. . . . Unterwerfungs-Acte der drei Stände Flanderns unter Maximilian.

1477. 15. September. Brügge. Margarethe von Burgund leistet das Gelöbniss der Treue. — Chmel, Mon. I. Nr. 51, p. 165—166.

1477. 17. September. Brügge. Schenkungsbrief Maria's für Erzherzog Maximilian. — Chmel, Mon. I. Nr. 52, p. 166 bis 168.

1477. 2. November. Mons. Erzherzog Maximilian's Besitzergreifung von Hennegau. — Lichnowsky, Reg. VII, 2109.

1477. 12. November. Brüssel. Abolition accordée par Maximilien et Marie à ceux de Gand pour une emeute qui avait eclaté le 5 novembre . . . . — Gachard, Notices Bibl. de Gent, p. 41.

1479. 17. März. Autographisches Schreiben des österreichischen Chronisten Albert von Bonstetten mit einer Geschichte der Vermählung Maximilian's mit Maria. — Chmel, Mon. III. Nr. 60 (65), p. 157—161.